

Birgit Daiber /
Cornelia Hildebrandt (Hrsg.)

Die Linke in Europa

Analysen linker Parteien und Parteiallianz

Aufsätze zur politischen Bildung



Inhalt

Vorwort	5
Westeuropa	
<i>Dupret, Paul-Émile:</i> Möglichkeiten und Grenzen der antikapitalistischen Linken in Belgien	8
<i>Hildebrandt, Cornelia:</i> Frankreichs Linke in Bewegung	16
<i>Wagener, Sascha:</i> Die Linken in Luxemburg	25
Weissbach, Cornelia: Die emanzipative Linke in den Niederlanden	34
Nordeuropa	
<i>Johansen, Inger V.:</i> Die soziale und politische Linke Dänemark	42
<i>Pertti Hynynen / Anna Striethorst:</i> Linke Parteien und Politik in Finnland	51
<i>Seierstad, Dag:</i> Die norwegische Linke - Politik in einer Mitte-Links- Regierung	57
<i>Süssner, Henning:</i> Schweden - Langer Marsch in die Koalition	66
Nordwesteuropa	
<i>Kachel, Thomas:</i> Die Linke in Gordon Browns Großbritannien	71
<i>Ahern, Ken / Howard, William:</i> Radikal Linke Politik in Irland - Die Partei Sinn Féin	79
Mitteleuropa	
<i>Hildebrandt, Cornelia:</i> DIE LINKE in Deutschland	87

<i>Furtlehner, Leo:</i> Zur Situation der Linken in Österreich	97
<i>Politt, Holger:</i> Linke Parteien in Polen	104
<i>Kosel, Heiko:</i> Die kommunistische Partei der Slowakei (KSS)	110
<i>Holubec, Stanislav:</i> Die radikale Linke in Tschechien	116
Südeuropa	
<i>Porcaro, Mimmo:</i> Die radikale Linke in Italien zwischen nationaler Niederlage und europäischer Hoffnung	126
<i>Soeiro, José:</i> Der Bloco de Esquerda und die Neugründung der Linken in Portugal	133
<i>Heilig, Dominic:</i> Das spanische Linksbündnis Izquierda Unida zwischen Regionalisierung und autoritärer Politik	140
Südosteuropa/Türkei	
<i>de Nève, Dorothee / Olteanu, Tina:</i> Die Linken in Bulgarien	148
<i>de Nève, Dorothee / Olteanu, Tina:</i> Die Linke in Rumänien	155
<i>Sey, Cem:</i> ÖDP – Eine türkische Linkspartei zwischen Patriotismus und Linksliberalismus	162
<i>Marioulas, Julian:</i> Wo Kommunisten regieren - Zypern	168
Autorenverzeichnis	174
Impressum	176

Vorwort

Der dreißigjährige Siegeszug des Neoliberalismus ist am Beginn des 21. Jahrhunderts an seine Grenzen geraten und hat zu einer globalen Finanz- und Wirtschaftskrise geführt. Erstmals fallen Finanz- und Wirtschaftskrise zusammen mit einer Krise der Gesellschaft, der Umwelt und des Klimas. Das Ausmaß der sie verursachenden gesellschaftlichen Deformationen, der zunehmenden sozialen Klüfte, Hunger und Armut sind schon heute in allen Ländern Europas sichtbar. Aber noch weiß niemand, wie diese Krise enden wird, auch nicht die Linke.

Die Linken in Europa haben in der Vergangenheit vieles beschrieben, analysiert und eingefordert. Viele ihrer Forderungen wie die Kontrolle der Finanzmärkte, die Tobin-Tax, die Schließung von Steueroasen, die Verbote von Derivaten und Hedgefonds, die Enteignung von Aktionären der Großkonzerne, die Auflage von Konjunkturprogrammen und die Durchsetzung von Mindestlöhnen werden nun plötzlich unter den Bedingungen der Krise von herrschenden Eliten übernommen und zumindest teilweise in die eigenen Programme integriert.

Die Krise gibt den Forderungen der Linken recht, macht aber zugleich auch die Krise derselben deutlich. Sie ist bisher nicht fähig zu gesellschaftlicher Führung. Erst in Anfängen ist es ihr über soziale, politische und kulturelle Differenzen hinweg gelungen, gemeinsame Handlungsfähigkeit zu entwickeln. Erstmals gibt es eine gemeinsame Wahlplattform der Europäischen Linkspartei.

Übereinstimmungen gibt es hingegen genug: Alle linken Parteien in Europa, von denen wir in dieser Publikation nur einen Ausschnitt zeigen, stehen für soziale Gerechtigkeit, für Demokratie, für ein Europa, in dem die Menschen in Würde und sozialer Sicherheit friedlich leben können. Alle hier dargestellten Parteien setzen sich mit der neoliberalen Politik herrschender Eliten auseinander und vertreten dabei die Interessen der Mehrheit der Menschen in Europa. Die Linken in Europa haben dabei genügend Erfahrungen und Potentiale für gemeinsame Kämpfe wie der gegen den Irakkrieg, gegen die neoliberale Ausrichtung des EU-Verfassungsvertrages oder gegen die Bolkestein-Richtlinie gezeigt. Doch all dies reichte bisher nicht aus, dem Neoliberalismus ein alternatives hegemoniefähiges Projekt entgegenzustellen.

Dies führt zu mehreren höchst unterschiedlichen Fragen: Wo sind die Ursachen für diese Situation zu suchen? Wo werden vorhandene Entwicklungspotentiale blockiert und wodurch? Wie muss die Linke sich verändern, um einen alternativen hegemonialen Block aufzubauen? Wie kann sie eine Gesellschaft schaffen, in der die Befreiung des Einzelnen die Voraussetzung für die Befreiung aller ist, eine Gesellschaft, die von linken Parteien in Europa Sozialismus genannt werden kann?

Um derartige Fragen mit Parteien, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen vor Ort zu diskutieren, arbeitet die Rosa Luxemburg Stiftung – unterstützt von ihren Büros in Brüssel, Warschau und Moskau – mit ihren Partnern Transform Europe und der Fraktion der Linken im Euro-

päischen Parlament zusammen. Zusammen mit diesen wurde ein langfristiges Projekt über die nicht-sozialdemokratische Linke in den Ländern Europas ins Leben gerufen. In diesem Rahmen bilden die hier versammelten Länderberichte eine erste Momentaufnahme, eine notwendige Grundlage für die Erarbeitung des gemeinsamen Forschungsprogramms. Dabei geht es zunächst darum, der Leserin oder dem Leser einen Überblick über die Geschichte und die aktuelle Situation linker Parteien in Europa zu geben, wobei die Artikel jeweils die Auffassung der Autorinnen und Autoren ausdrücken.

Die Linke gibt in den einzelnen Ländern ein höchst unterschiedliches Bild ab, entstanden aus unterschiedlichen Traditionen und Politikansätzen des betrachteten Landes, und aus einem unterschiedlichen Selbstverständnis der jeweiligen Organisationen. In diesem Band beispielhaft versammelt sind linke Parteien, die sich aus ehemals kommunistischen Staatsparteien entwickelt haben, jene mit eurokommunistischem Hintergrund, nicht-sozialdemokratische Reformlinke, klassisch kommunistische Linke mit einem feministisch erweiterten Selbstverständnis und andere.

Die hier dokumentierte parteipolitische Linke ist vielfältig geprägt durch die wirtschaftliche, politische und soziale Situation in den einzelnen Ländern, durch ihr gesellschaftliches Umfeld, die Stärke oder Schwäche von Zivilgesellschaft, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen. Sie muss sich unter den jeweiligen politischen Rahmenbedingungen der Parteien- und Wahlsysteme durchsetzen. Sie wird auch geprägt durch die vor Ort agierenden sozialdemokratischen Parteien, deren Lage oft nicht weniger komplex ist und ohne die es linke Mehrheiten für einen Politikwechsel nicht geben wird. Eine besondere Herausforderung ist es für die radikale Linke aber auch, wenn die Sozialdemokratie wie beispielsweise in der Slowakei besonders erfolgreich ist.

Die Linke ist auf der Suche nach einer zeitgemäßen pluralen Identität, zwischen Tradition und gesellschaftlich notwendiger Öffnung und Erneuerung. Beides gibt es in jeder Partei – beides wird von den Mitgliedern der Parteien parallel gelebt und gebraucht wie die alten Symbole der Arbeiterklasse und neuen Symbole, die für eine andere Welt stehen. Dass solch komplizierte Klärungsprozesse zunächst zu Spaltungen führen, ist ein oftmals unvermeidlicher Prozess, bevor in nachfolgenden Phasen stabile neue Koalitionen möglich sind. In Frankreich zum Beispiel ist die nicht-sozialdemokratische Linke in mindestens vier Parteien gespalten, und sie versucht gegenwärtig, durch parteiübergreifende Koalitionen wieder an Zustimmung zu gewinnen. In Tschechien ist die kommunistische Partei zwar noch relativ stark, aber dem traditionellen Kommunismus verhaftet, was Bündnisse erschwert. Ähnliches gilt für die KP in Griechenland, die KP Belgiens und die der Slowakei.

Bemerkenswert sind die reformkommunistischen Erfahrungen der AKEL in Zypern, die sich dem Marxismus-Leninismus verbunden sieht, am wissenschaftlichen Sozialismus festhält und als Regierungspartei für die friedliche Lösung des Zypernkonflikts, die deutliche Erhöhung der Sozialausgaben um 26 Prozent, kostenlose Schulbusse und die Halbierung der Haftzeit für Gefängnisinsassen steht. Sie bereitet zurzeit den notwendigen Bau von Meeresentsalzungsanlagen vor und plant, 245 Millionen Euro in staatliche Bauprojekte zu investieren.

In Italien und Spanien hat die nicht-sozialdemokratische Linke nach einer langen Zeit der festen Verankerung im politischen Spektrum der Länder empfindliche Niederlagen hinnehmen müssen. In Deutschland hingegen erlebte die neue Partei Die Linke einen bemerkenswerten Aufschwung. In den Niederlanden findet die Linke große Zustimmung und hat eine beispielgebende Struktur partizipativer und kampagnenorientierter Demokratie gefunden.

Die derzeitige Krisensituation ist günstig für die Linke, aber sie trifft sie unvorbereitet und in einem Stadium intensiver Suche nach einer zeitgemäßen Identität, nach Wegen für einen sozial-ökologischen Umbau, der national nicht mehr zu haben ist. Die Leserinnen und Leser sind aufgefordert, sich selbst ein Bild über die zum Teil sehr komplizierten historischen und aktuellen Gestaltungsbedingungen für linke Politik in Europa zu machen. Sie sind ebenso aufgefordert, sich mit Anregungen und Kritik in die Formulierung des umfassenderen Forschungsprojektes über die Linke in Europa einzubringen.

Wir danken den Autorinnen und Autoren für ihre informativen, aufschlussreichen Beiträge, und hoffen, dass die Leserinnen und Leser diese als ebenso bereichernd empfinden wie die Herausgeberinnen. Wir freuen uns auf spannende Diskussion über die Linke in Europa und über den hierzu vorliegenden Beitrag.

Möglichkeiten und Grenzen der antikapitalistischen Linken in Belgien

Paul-Émile Dupret

Belgische Politik weckte kürzlich internationale Aufmerksamkeit angesichts der Konflikte zwischen der wallonischen und flämischen Sprachgemeinschaft. Ausländische Beobachter und selbst die BelgierInnen haben Schwierigkeiten, das große politische Labyrinth des kleinen Belgien zu verstehen. Die Finanz- und Wirtschaftskrise überschattete jedoch diese Frage, zumindest in den letzten Monaten. Die Menschen erachten den wirtschaftlichen und sozialen Tsunami als vorrangig.

Die Einmischung des Premierministers in Fragen der Justiz führte – im Zusammenhang mit dem Verkauf der Fortis-Bank – zum Rücktritt der Regierung Yves Leterme. Der belgische König ernannte einen erfahrenen Regierungschef zum Nachfolger, der eine ähnlich eigenartig Regierung aufstellte, wie die vergangene: Die französischsprachigen Sozialisten, Christdemokraten und Liberale aus beiden Sprachgemeinschaften sitzen hier beisammen. Die flämischen Sozialisten verweigerten sich der Regierungsteilnahme, und zwar nicht weil sich hier eine Koalition zwischen politischen Gegnern bildete, sondern wegen der eigenen letzten Wahlniederlage. Sie Sozialisten entschieden sich für die bevorstehenden Regional- und Europawahlen neu in Stellung zu bringen. In der neuen Mitte-Rechts-Regierung wiederum versuchen die wallonischen Sozialdemokraten nun, die Umsetzung neoliberaler Politik einzudämmen.

Die Opposition umfasst die Rechtsextremen, die in Flandern dreißig Prozent der Stimmen gewinnen konnten, in den französischsprachigen Gebieten aber kaum existieren, die Grünen beider Regionen, die flämischen Sozialisten sowie zwei kleinere flämische Nationalparteien. Die antikapitalistische Linke stellt weder in einer der Regionalkammern, noch im belgischen Parlament, noch im Europaparlament einen einzigen Abgeordneten. Diese Tatsache löst bei vielen Ausländern, die in Brüssel leben und die belgische Realität kennen, große Verwunderung aus.

Die lange Geschichte des Kampfes der Linken in Belgien

Belgien hat eine lange Tradition sozialer Kämpfe, die auch von berühmten Intellektuellen beeinflusst wurde, nicht zuletzt vom hier im Exil lebenden Karl Marx. Belgien erlebte 1848 eine vorrevolutionäre Zeit, die den Aufbau einiger großer Gewerkschaften einleitete. Im Jahre 1885 wurde im heute noch bestehenden Café Le Cygne am Brüsseler Grand Place die „Belgische Ar-

beiterpartei“(POB/BWP)¹ gegründet, mit der sich Hunderte von demokratischen Arbeiterverbänden vereinigten. In ihrer Charta aus dem Jahr 1894 definierten sie die Werte der Partei: die Verteidigung der unterdrückten Menschen ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit, Geschlecht, Religion oder Rasse. Die Partei organisierte zwischen 1890 und 1893 große Generalstreiks für das allgemeine Wahlrecht, das jedoch erst 1919 eingeführt wurde. Nach dem Ersten Weltkrieg konnte durch die Teilnahme der Sozialisten an der Regierung viele politische Reformen erzielt werden, einschließlich des Rechts auf Gewerkschaftsbildung, des Achtstundentages sowie die Rente, das Arbeitslosengeld, ein Gesetz zur Beschränkung des Alkoholkonsum und die progressive Besteuerung.

1933 distanzierte sich die Belgische Arbeiterpartei vom klassisch-marxistischen Denken. Sie zog die Verstaatlichung der Vergesellschaftung vor und bezog sich immer mehr auf staatliches Handeln denn auf die direkte Aktion der Massen. Trotz der Opposition an der Basis der Partei weigerte sich einer ihrer Führer, der Außenminister Paul-Henri Spaak, im Spanischen Bürgerkrieg Partei zu beziehen, was einer *de facto*-Unterstützung der Regierung Francos gleichkam. Der Parteivorsitzende Henri De Mann kollaborierte während des Zweiten Weltkriegs mit den Nazis, während die meisten Mitglieder der Partei gegen die Besatzung waren und viele in den Widerstand gingen. Nach dem Krieg strukturierte sich die Belgische Arbeiterpartei in vier autonome Einheiten um: die Versicherungsvereine, die Genossenschaften, die Gewerkschaften und die Partei selbst, welche sich nun „Belgische Sozialistische Partei“ (BSP)² nannte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg führte die Beteiligung der fortschrittlichen Parteien an der Regierung zum Ausbau des Wohlfahrtsstaats. Anfang der 1960er Jahre organisierten die Sozialisten und Kommunisten große Streiks für soziale Rechte und für die Wiederherstellung eines öffentlichen Schulsystems in einem Land, in dem nach zwei Wahlperioden Christdemokratischer Regierungen ein katholisch dominiertes Bildungssystem herrschte. Seitdem wurde die Sozialistische Partei im französischsprachigen Süden des Landes sowie in der Gewerkschaftsbürokratie rasch stärker. Im Jahre 1978 teilte sich die Belgische Sozialistische Partei in zwei regionale Parteien: in die wallonische und eine flämische „Sozialistische Partei“³. Die Sozialistische Partei verteidigt, wenn auch mit gebremster Kraft, einige ihrer sozialen Erfolge wie den Wohlfahrtsstaat, die Indizierung von Gehältern auf die Inflation (außer Energiekosten), das progressive Besteuerungssystem (obwohl Kapitalgewinne im Wesentlichen unbesteuerbar bleiben) und die Solidarität zwischen den beiden Hauptregionen des Landes.

Das rasche Wachsen der kommunistischen Partei in Belgien

Im Jahre 1921 verließ Joseph Jacquemotte die Belgische Arbeiterpartei und gründete die Belgische „Kommunistische Partei“ (PC/KP)⁴. Nach ihrer Gründung im Jahre 1921 wuchs die Kommunistische Partei besonders in den Regionen um Charleroi und Lüttich im Südteil des Landes, dem Herz der Stahlindustrie, sehr schnell. 1927 solidarisierte sich die Mehrheit der Mitglieder mit dem russischen Oppositionsführer Leon Trotzki. Als die Kommunistische Partei diese daraufhin aus der Partei ausschloss, büßte sie um die 50 Prozent ihrer Mitglieder ein. Dennoch

¹ Fr. Parti Ouvrier Belge (POB); nl. Belgische Werkliedenpartij (BWP).

² Fr. Parti Socialiste Belge; nl. Belgische Socialistische Partij (BSP).

³ F. Partie Socialiste (PS); nl. Socialistische Partij Anders (SP).

⁴ Fr. Parti Communiste (PC); nl. Kommunistische Partij (KP).

wuchs die Partei während der 1930er Jahre rasch weiter; viele Intellektuelle traten ihr bei. Trotz Schikane durch die Regierung – einschließlich ihrer sozialistischen Minister – startete sie eine starke Solidaritätskampagne für die Spanische Republik. 1939 hatten die kommunistischen Parteien 7000 eingetragene Mitglieder in Wallonien, 1300 in Brüssel und 1700 in Flandern. In Flandern blieb sie trotz dessen höherer Bevölkerung eine unbedeutende Kraft, da dort fast keine Industrie existierte und die Region unter dem starken Einfluss der katholischen Kirche stand.

Der Hitler-Stalin-Pakt löste eine heftige Debatte innerhalb der Kommunistischen Partei aus. Lange vor dem Überfall Deutschlands auf die UdSSR hatte sie aber zu einer Position gefunden, die sie während der gesamten Besatzungszeit beibehielt. Die Kommunisten nahmen aktiv an der Unabhängigkeitsfront teil, viele wurden festgenommen, getötet oder in Konzentrationslager verschleppt, insbesondere nach 1943, als die Gestapo eine Kartei mit den Namen der Mitglieder sicherstellen konnte. 1944 wurden viele Mitglieder der *Résistance* von der belgischen Regierung, die aus London zurückgekehrt war, entwapnet. Sie beschlossen, sich den amerikanischen und englischen Armeen anzuschließen, um zur vollständigen Niederlage Deutschlands beizutragen.

Nach dem Krieg sprachen sich viele Belgier gegen die Rückkehr des Königs Leopold III aus, weil dieser sich den Nazis nicht entgegengestellt sondern versucht hatte, mit ihnen zu kollaborieren. Die Mehrheit der Wallonen entschied sich bei der Volksabstimmung zwar für eine Republik, unterlag auf nationaler Ebene aber nur knapp. König Leopold III trat zugunsten seines Sohnes ab. Während der Krönungsfeierlichkeit des neuen Königs Baudouin 1950 schrie ein Mitglied der kommunistischen Kammerfraktion „Vive la République!“. Eine Woche später wurde der Fraktionsvorsitzende von einem Kommando royalistischer *Résistance* Kämpfer erschossen.

Die kommunistische Partei spielte eine wichtige Rolle bei der Entwicklung der Arbeiterbewegung, dem großen Streik von 1960/61 sowie der Forderung nach einem demokratischen Föderalismus und der Reform der kapitalistischen Strukturen. Doch nach Ende der 1960er, mit der Unterdrückung des Prager Frühlings und später auch dem Rückgang der großen Industrieviere Walloniens, schrumpfte die Kommunistische Partei kontinuierlich.

Die belgische Revolutionär-kommunistische Liga

Als sich die Kommunistische Partei 1927 spaltete, traten die belgischen Trotzkisten zunächst der Dritten und dann Vierten Internationale bei. Während der 1950er Jahre wandten ihre Mitglieder die Taktik des „Entrismus“, des gezielten Eindringens in Organisationen, auf die Sozialistische Partei und in die sozialistischen Gewerkschaften an. Im Jahr 1956 gründeten sie die Zeitung *La Gauche*; 1964 wurden diese Linken von den Sozialisten ausgeschlossen. Zwei Parteien entstanden damals: der linkssozialistische Bund in Brüssel und die wallonische Arbeiterpartei. Diese bildeten dann 1971 den „Revolutionären Arbeiterbund“ (LRT/RAL)⁵. Der Revolutionäre Arbeiterbund sowie seine Jugendorganisation waren insbesondere im Kohlebergbau aktiv, mit einer Reihe von spontanen Streiks in den 1970ern. Viele Studenten und Intellektuelle schlossen sich ihm an. Ernest Mandel, Dozent an der Brüsseler Freien Universität, war die bedeutendste Führungsperson; er genoss in der gesamten Vierten Internationale großen Einfluss.

⁵ Fr. Ligue révolutionnaire des travailleurs (LRT/RAL).

1984 nannte sich der Revolutionäre Arbeiterbund in „Sozialistische Arbeiterpartei“ (POS/SAP)⁶ um; das Recht auf Fraktionsbildung wurde anerkannt. Seine Mitglieder engagierten sich in sozialen Bewegungen in Belgien wie der globalisierungskritischen Bewegung und dem „Komitee zum Erlass der Drittweltschulden“⁷, einem großen und wirksamen internationalen Netzwerk zur Unterstützung der Entwicklungsländer gegen die Politik der internationalen Finanzinstitutionen. 2005 benannte sich die Sozialistische Arbeiterpartei mit Blick auf ihre bekannte französische Schwesterpartei in „Revolutionär-kommunistische Liga“ (LCR)⁸ um; drei Jahre später änderte allerdings der französische Partner seinen Namen in „Neue Antikapitalistische Partei“.⁹

In Belgien gibt es auch eine große Anzahl sehr kleiner trotzkistischer Parteien. Bei den jüngsten Wahlen trat die Revolutionär-kommunistische Liga im Bündnis mit einer von diesen an, der „Sozialistischen Kampfpartei“ bzw. „Linksozialistischen Partei“ (PSL/LSP)¹⁰. Diese Gruppe gehört international dem „Komitee für eine Arbeiter-Internationale“ an.

Die Arbeiterpartei Belgiens

Die Arbeiterpartei Belgiens hat ihren Ursprung in der flämisch-nationalistischen Studentenbewegung der Universitätsstadt Leuven der späten 1960er Jahre. Sie breitete sich über das ganze Land aus, verwarf ihre nationalistische Ideologie und übernahm den Marxismus-Leninismus. Nach Beteiligung an einem großen Kohlestreik gründete sie die Zeitung AMADA, das flämische Akronym für „Alle Macht den Arbeitern“¹¹; 1979 hielt sie ihren ersten Parteitag ab und nannte sich fortan PvdA/PTB¹². Zwischen 1974 und 1985 war sie Gegnerin sowohl des amerikanischen als auch des sowjetischen Imperialismus und kritisierte das mit der UdSSR verbündete Kuba und Vietnam. Während der 1970er Jahre befürwortete sie gar die Stärkung der NATO und die Schaffung einer antisowjetischen Front. Nach 1985 änderte sie allmählich ihr Verhältnis zur UdSSR.

In Belgien hat die Arbeiterpartei den Ruf, eine sektiererische Partei zu sein. Mit dem Argument des Antiimperialismus unterstützte sie alle Feinde der USA, selbst die antidemokratischen kriminellen Regimes von Nicolae Ceausescu in Rumänien, Saddam Hussein im Irak und Abimale Guzmán in Peru („leuchtender Pfad“). Die Partei vertrat die Auffassung, dass der bewaffnete Kampf der einzige Weg zur Befreiung war, und zwar überall in aller Welt – außer in Belgien. Bewaffnete Gruppen wie die FARC in Kolumbien, die mit ihren Regierungen verhandelten, galten als „unzuverlässig“.

Inzwischen vertritt die Partei eine gemäßigtere Position in internationalen Angelegenheiten und eine kritischere Sicht auf Länder wie China und Nordkorea. Die neuen linken Regierungen in Venezuela, Bolivien, Ecuador usw. veranlassten sie, ihre Ansicht zu revidieren, wonach die bewaffnete Revolution der einzige Weg sei, Veränderungen in solchen Ländern herbeizuführen. Auch Kuba wird inzwischen von der Arbeiterpartei anerkannt.

⁶ Fr. Parti ouvrier socialiste (POS); Socialistische Arbeiderspartij (SAP).

⁷ Fr. Comité pour l'annulation de la dette du tiers monde (CADTM).

⁸ Fr. Ligue communiste révolutionnaire; der niederländische Name wurde nicht geändert.

⁹ Fr. Nouveau Parti Anticapitaliste (NAP).

¹⁰ Fr. Parti Socialiste de Lutte; nl. Linkse Socialistische Partij.

¹¹ Nl. Alle Macht aan de Arbeiders.

¹² Nl. Partij van de Arbeid (PvdA); fr. Parti du travail de Belgique (PTB).

Auf ihrem Parteitag 2008 kündigten sich wichtige Erneuerungen an: Mehrere jüngere Mitglieder gelangten in Parteiämter. Der Parteivorsitzende verkündete die Abkehr vom Sektierertum und den Wunsch, Bündnisse mit anderen linken Gruppen aufzubauen. Es werden jetzt Menschen mit einer weniger oder gar einer nicht-kritischen Sicht des Kapitalismus als Mitglieder angeworben; auch antikommunistische Ansichten sind akzeptabel. Die Forderungen schließen konkrete und sogar reformistische Maßnahmen mit ein, wie die Senkung der Steuern auf Energie und Müllentsorgung, dabei bleibt die Perspektive des Kampfs gegen den Kapitalismus auf der Strecke. Die Arbeiterpartei versteht sich heute nicht mehr als Teil der radikalen Linken, sondern einfach als Teil der Linken und als Bündnispartner der Sozialistischen Partei.

Der Aufstieg der belgischen Grünen

Die belgischen Grünen setzen sich aus der belgischen wallonischen ECOLO und flämischen *Groen!* zusammen. Mit guten Ergebnissen – um die fünf Prozent – nahmen sie zunächst an den 1976er Kommunalwahlen, den 1977er bundesweiten und den 1979er Europawahlen teil. Als die belgischen Grünen im Jahre 1981 vier Abgeordneten- und fünf Senatorenmandate gewannen, waren sie europaweit eine der ersten Ökoparteien mit Erfolg auf nationaler Ebene. Anfangs organisierten sich die Grünen intern basisdemokratisch, entwickelten aber allmählich eine eher klassische Parteistruktur und wandelten sich zeitgleich programmatisch von „grün-grünen“ zu „sozialgrünen“ Parteien. Nach einem guten Wahlergebnis 1999 gingen sie auf nationaler Ebene eine bemerkenswerte Regierungskoalition mit den Sozialisten und den Liberalen ein. Die Hauptpunkte ihres Programms konnten sie hier nicht durchsetzen und gingen viele Kompromisse mit der liberalen Politik ein. Sie waren Teil einer Regierung, die stillschweigend den Irakkrieg unterstützte und die Verwendung des Antwerpener Hafens für den amerikanischen Kriegsnachschub duldete, trotz starker Opposition der belgischen Friedensbewegung. Die Grünen verließen schließlich die Regierung nicht etwa wegen ihrer Privatisierungspolitik oder ihrer stillschweigenden Kriegsunterstützung, sondern wegen einer Auseinandersetzung um Nachtflüge am Brüsseler Flughafen Zaventem. Als Folge büßten die Grünen im Wahljahr 2003 die Hälfte ihrer Stimmen ein.

Die grünen Abgeordneten im belgischen Parlament stimmten der Ratifizierung des europäischen Verfassungsvertrages im Jahr 2005 mit wenigen Ausnahmen zu, zusammen mit der großen Mehrheit der Sozialisten. Bei der nächsten Wahl verloren die Grünen weitere 10 Prozent ihrer Stimmen, konnten diese aber 2007 zurückerobern. Die belgischen Grünen machen heute keine anti-kapitalistische Politik; sie wollen den Kapitalismus grüner und damit akzeptabler machen.

Andere Formen des demokratischen und linken Widerstandes in Belgien

Wie ein niederländisches Mitglied des europäischen Parlaments kürzlich sagte, müsste es eigentlich in Belgien leichter als in den Niederlanden sein, eine antikapitalistische linke Partei aufzubauen. Belgien schaue auf eine lange Geschichte des anti-kapitalistischen Widerstands und demokratischer linker Kämpfe zurück und habe gewerkschaftlichen Organisationsgrad von knapp 70 Prozent. Neue soziale Bewegungen sind in jüngster Zeit hinzugetreten, wie etwa die *Sans Papiers* mit Dutzenden von Kirchenbesetzungen, Märschen, Besetzungen von Abschiebegefängnissen und Flughafenblockaden. Es gibt eine lange Geschichte von Aktionen für die Auf-

rechterhaltung öffentlicher Dienste, wie etwa die aktuell sehr aktive Bewegung für einen freien öffentlichen Nahverkehr in Brüssel. Die belgische *Attac* setzt sich derzeit gegen die Bolkestein-Richtlinie und gegen Angriffe auf öffentliche Dienste ein und engagiert sich zusammen mit der belgischen antikapitalistischen Linken und einigen wenigen Mitgliedern der Grünen und der Sozialistischen Partei gegen den europäischen Verfassungsvertrag.

Die Friedensbewegung in Belgien ist traditionell groß und aktiv. Am 11. Januar 2009 protestierten 80.000 Menschen gegen den Krieg im Gazastreifen, angesichts der Größe des Landes eine beträchtliche Zahl. Auch das Solidaritäts-Netzwerk mit Drittweltländern ist eine wichtige Größe unter den sozialen Bewegungen und vertritt innerhalb europäischer Netzwerke fortschrittliche Positionen.

Im Jahre 1996 entstand nach dem Konkurs der Stahlhütte *Les Forges de Clabecq* südlich von Brüssel eine starke Widerstandsbewegung, als 1800 Arbeitern die Arbeitslosigkeit drohte. 70.000 Menschen blockierten in einem „Marsch für Arbeit“ eine belgische Autobahn. Trotz Eingriffe der Polizei führten die Demonstranten die Aktion mithilfe einer Planierdraupe zu Ende. Die Hütte *Clabecq* wurde zwar *Duferco* verkauft, ein Teil der Stahlproduktion konnte jedoch weitergeführt werden. Der Allgemeine Belgische Gewerkschaftsbund distanzierte sich von der Aktion; die treibenden Kräfte der Aktion (Gewerkschaftler) wurden entlassen und unter großer öffentlicher Aufmerksamkeit vor Gericht angeklagt. Nach einem mehrjährigen Prozess wurden sie 2002 freigesprochen. Der *Clabecq* Gewerkschafter Roberto D’Orazio kandidierte 1999 mit einer eigenen Liste für die Arbeiterpartei und erzielte mit 90.000 Stimmen den größten Erfolg, den je eine linke Liste jenseits von Sozialisten und Grünen geschafft hatte.

Trotz aller Debatten über die belgische Verfassung: Eine breite linke Front

2008 bildete sich eine neue politische Bewegung – keine Partei – mit dem Namen „Klima und soziale Gerechtigkeit“¹³, um sowohl ökologische als auch soziale antikapitalistische Aktionen zusammenzuführen. Sie veranstaltete im Sommer 2008 ein erfolgreiches Studienlager; zum Abschluss gab es einen fantasievollen Marsch gegen ein höchst antiökologisches und energieverwendendes Projekt in der Stadt Maubray, wo eine ganzjährige Wintersportanlage, wie in Abu Dhabi, gebaut werden sollte. Der Marsch dutzender Personen an einem sonnigen Julitag mit Skiern und Schlitten, Pullis und Wollmützen, trug zur letztendlichen Aufgabe dieses katastrophalen Projekts bei. Für die Europawahl im Juni 2009 soll ein Fragebogen an alle Kandidaten geschickt werden, um sie aufzufordern, klare Position zu den wichtigsten sozialen und ökologischen Fragen zu beziehen.

Leider hat es die Linke in Belgien seit einiger Zeit versäumt, sich auf eine oder zwei besonders große, symbolträchtige bzw. erfolgreiche Schlüsselkämpfe gegen den Kapitalismus zu konzentrieren. Dies wäre notwendig, um eine größere Anzahl von AktivistInnen für Kämpfe gegen den Kapitalismus zu mobilisieren und zu motivieren.

¹³ Fr.: Climat et Justice sociale, nl.: Klimaat en Sociale Rechtvaardigheid.

Vorhaben zur Vereinigung der Linken

Die drei Parteien der „kleinen Linken“ haben 2006 einige Kommunalvertreter wählen können: die Arbeiterpartei fünfzehn Kommunalvertreter (zehn in Flandern, einen in Brüssel und vier in Wallonien), die Kommunistische Partei zehn in Wallonien und die trotzkistische Revolutionär-kommunistische Liga je einen in Wallonien und Flandern.

Trotz ihrer tatsächlichen Präsenz und ihrer Verankerung vor Ort sind diese drei Parteien bislang außerstande gewesen, Kandidatenplätze in einer der vier Regionalversammlungen Belgiens, in der Abgeordnetenkammer, dem Senat oder dem Europaparlament zu gewinnen. Der Hauptgrund dafür ist, dass sie bei den Wahlen stets getrennt und gegeneinander antreten. Die Arbeiterpartei kandidiert grundsätzlich alleine, die anderen beiden tun es manchmal, kandidieren allerdings auch manchmal im Bündnis mit anderen. Das Ergebnis ist, dass viele Menschen, die ihnen vielleicht ihre Stimme geben würden, wenn sie vereint anträten, ihre wahlpolitischen Alleingänge als eine Zeit- und Ressourcenverschwendung betrachten, die nur neuen Frust für mögliche antikapitalistische Wähler schafft.

Der antikapitalistische Linke hat in den kommenden Jahren sehr gute Möglichkeiten sich zu vereinen und zu wachsen. Vom „globalen Plan“ Anfang der 1990er bis zum jüngst verkündeten „Generationenpakt“ haben verschiedene bunte Mitte-Rechts-Regierungen, oft mit Beteiligung der Sozialdemokraten, Kürzungspläne geschmiedet, die die Armen trafen, die Aktienbesitzer aber bevorzugten. Einer der wichtigen Versuche sich zu vereinen war die Bewegung „Vereinigte Linke“, eine Koalition aller linken Parteien und Bewegungen, die sich 1993 gründete. Leider nahm die Belgische Arbeiterpartei nur an der ersten Sitzung teil, kritisierte aber schon am nächsten Tag die neue Initiative, noch bevor sie sich programmatisch überhaupt definieren konnte. Die Vereinigte Linke war bei der Europawahl 1994 mit 1,6 Prozent erfolgreich, verglichen mit den 0,8 Prozent der Arbeiterpartei und den 0,4 Prozent der kleinen Trotzkisten-Gruppe OSI (die Lambertisten). Der letztlich erfolglose Wahlkampf ist aber nicht nur der Arbeiterpartei anzukreiden: die Sozialisten und die Grünen gingen mit den fortschrittlichsten Wahlprogrammen, die sie jemals verabschiedet hatten, in die Wahl, um angesichts der Bedrohung durch diese neue Partei linke Wähler abzuschöpfen. Diese Programmatik versuchten sie jedoch nie wirklich durchzusetzen, als sie an die Regierung gelangten.

Eine andere Linke: der Versuch eines langfristigen Bündnisses der belgischen Antikapitalisten

Im Jahr 2006 lancierten die angesehenen flämischen Linken Jef Sleenckx, Lode van Outrive und Georges Debunne mit ihrem Aufruf „Eine andere Politik“¹⁴ eine neue Koalition mit dem Namen „Komitee für eine andere Politik“ (CAP) bzw. „Eine andere Linke“ (UAG)¹⁵. Das Komitee vereinigt kritische Gewerkschafter und unabhängige Linke. Auch die Kommunistische Partei, die Revolutionär-kommunistische Liga und andere sind beteiligt. Die kleine trotzkistische Sozialistische Kampfpartei (PSL) trat ihr zwar bei, akzeptierte aber, anders als alle anderen Organisationen, einige demokratische Regeln nicht, die verabschiedet wurden, um die Vielseitigkeit zu bewahren und einer künstlichen Dominanz irgendeiner Tendenz in den Gremien zuvorzukommen. In Wallonien widerstand die Mehrheit der UAG-Mitglieder dem Versuch, die UAG zu dominie-

¹⁴ Der Aufruf *Een Andere Politiek* wurde zunächst in der bundesweiten Zeitung *de Morgen* veröffentlicht.

¹⁵ *Nl.* Comité voor een Andere Politiek; auf Französisch heißt dieses Komitee auch *Une Autre Gauche* (eine andere Linke).

ren, worauf die PSL verkündete, sich aus der Bewegung zurückzuziehen. In Flandern war dieser Widerstand im „Komitee für eine andere Politik“ erfolglos, das somit rasch unter der Kontrolle der Linksozialistischen Partei (LSP) geriet; als Reaktion darauf stellte PSL auch in Wallonien CAP-Komitees auf. Die sehr angesehenen Personen van Ouirve und Sleenckx distanzieren sich fortan von dem Komitee und der LSP. In der Bundeswahl 2007 beschloss die UAG, keinen Kandidaten aufzustellen. Die CAP kandidierte – mit sehr enttäuschenden Ergebnissen – in beiden Landesteilen.

Am 7. Juni 2009 wählen die Belgier ihre Vertreter für die beiden regionalen Parlamente und für das Europaparlament. Da die Arbeiterpartei (PvdA/PTB) ankündigte, sein Verhalten zu ändern und da die UAG seit 2007 den Beobachterstatus in der Europäischen Linken Partei innehat, bestand die Hoffnung, dass eine antikapitalistische Liste vereint zu dieser Wahl antreten würde. Die UAG dient als wichtige Plattform zum Aufbau der Einheit der Antikapitalisten in Belgien, insbesondere im französischsprachigen Teil des Landes.

Doch trotz der Tatsache, dass die antikapitalistische Linke im geteilten Zustand chancenlos bleiben muss, hat sich wieder das gleiche alte Verhalten gezeigt. Trotz ihres Versprechens, eine neue politische Kultur zu entwickeln, beschloss die Arbeiterpartei als erste, sowohl für die Regional- als auch für die Europawahl im Juni 2009 alleine anzutreten. Und trotz der vielen Initiativen, Erklärung und Veranstaltungen, die von der UAG organisiert worden waren, trotz ihrer Bemühungen um Einheit, um sinnvoll der Wirtschaftskrise entgegenzutreten, hat auch die trotzkistische Revolutionär-kommunistische Liga(LCR/SAP), die seit mehr als zwei Jahren in der UAG beteiligt gewesen war, beschlossen, eine eigene Liste für die Europawahlen aufzustellen. Während der Debatte waren etwaige Uneinigheiten über Ansichten zu Europa bzw. über eine Zusammenarbeit mit der Sozialistischen Partei nicht der Grund für die Schwierigkeiten, eine vereinigte Liste zu vereinbaren. Das letztendliche Argument der LCR/SAP bezog sich auf eine Frage der Tagesordnung, wodurch ihr eigentlicher Grund klar wurde: Sie will von der Beliebtheit des französischen Trotzkisten Olivier Besancenot in den Medien profitieren und – indem sie diese Beliebtheit auf die LCR in Belgien überträgt - Wählerstimmen gewinnen. Um die 5000 Unterschriften zu erhalten, die notwendig sind, um eine Liste aufzustellen, beschloss die LCR/SAP, sich mit der sektiererisch-trotzkistischen PSL/LSP zu verbünden. Gleichzeitig lehnte sie jedes Bündnis mit der belgischen KP ab, trotz der Tatsache dass diese, um den Weg für ein breiteres Bündnis zu öffnen, akzeptiert hatte, dass das Programm der Europäischen Linken nur ein Referenzpunkt unter anderen Europaprogrammen sein würde.

Eine konkrete Auswertung der Wahl wird notwendig sein, um die politischen Führer dazu zu bringen, sich ihrer Verantwortung zu stellen. Die Anstrengung der UAG, sich für die Einheit der Antikapitalisten in Belgien einzusetzen, ist ein langfristiges Projekt. Die Bewegung wird weiterhin Anstrengungen unternehmen, um gemeinsam der Wirtschaftskrise gegenüberzutreten. Die antikapitalistische Linke wird sich mit großer Wahrscheinlichkeit neuen Situationen und Krisen stellen müssen, insbesondere Angriffen gegen Geringverdienende. Nur vereint wird sie in der Lage sein, diese angemessen zu beantworten.

Frankreichs Linke in Bewegung

Cornelia Hildebrandt

Proteste auf den Straßen Frankreichs

Alle acht großen Gewerkschaften hatten für den 29. Januar 2009 zu einem landesweiten Generalstreik aufgerufen. Weitere Gewerkschaften folgten. Die Forderungen der eine Million Streikenden reichten von Arbeitsplatzgarantien bis zu Subventionen für bedrohte Branchen. Sie protestierten gegen die geplante Privatisierung des staatlichen Energiekonzerns EDF, gegen den Gesamtansatz der Politik Sarkozys, der von den 26 Milliarden Euro acht Milliarden den Großkonzernen zur Verfügung stellt, ohne sie an Bedingungen der Verwendung zu knüpfen, und lediglich 2,5 Milliarden für soziale Ausgaben, für jene, die am meisten von der Krise betroffen sind.

Immer deutlicher wird der Widerspruch zwischen seiner angekündigten „Neugründung des Kapitalismus“ und seinem tatsächlichem Handeln, zwischen eingreifender und zugleich Marktfreiheit sichernder Politik ohne einer wirklichen Kursänderung. Es geht nicht mehr nur um einzelne Forderungen, die eigene Person oder eigene Branche betreffend. Die Lehrer beispielsweise sind beunruhigt über die Desorganisierung der Justiz, die Lohnabhängigen in der Autoindustrie sind über die Lage des Notdiensts in den Krankenhäusern verärgert; die Zahnärzte und Anwälte stellen fest, dass Sarkozy, den sie gewählt haben, ihre Bemühungen nicht belohnt. Und vor allem – die Leute sind nicht bereit, für eine Krise zu bezahlen, für die sie keine Verantwortung tragen. Gegen all das richtete sich die Wut der über eine Million Demonstrierenden, geprägt von einem Gefühl tiefer Ungerechtigkeit, das sich in dem Wortspiel "Grève générale, Rêve générale"¹ äußerte.

Sarkozy verliert in den letzten Wochen deutlich an Zustimmung; nur 36 Prozent der Franzosen sind zufrieden mit seiner Politik. Gemäß den Meinungsumfragen für die Europawahlen liegt die Partei von Sarkozy (UMP) nur noch bei 26 Prozent, (23 Prozent Sozialistische Partei, Zentrumspartei ca. 14,5 Prozent). Trotzdem gibt es noch immer deutliche Mehrheiten für ein Mitte-Rechts-Bündnis. Was also machen die Linken und welche Voraussetzungen haben sie, dieser Mehrheit eine linke oder, wie andere meinen, eine links-liberale Allianz entgegenzustellen?

Die gesamte politische Linke Frankreichs ist in Bewegung: die moderate, die radikale und ebenso die extreme parteipolitische Linke. Im Dezember 2008 votierte der Parteitag der Kommunistischen Partei Frankreichs (PCF) für eine Öffnung und Erneuerung der Partei, im November führte der Parteitag der *Parti Socialiste*(PS) zu einer Abspaltung der Gruppe um Jean-Luc Mélenchon, und Ende Januar kam es zur Bildung der *Parti de Gauche*(PG). Eine Woche später beschließt der Parteitag der Liga der revolutionären Kommunisten (LCR) unter Führung von

¹ Es handelt sich hier um ein Wortspiel, das leider nur im Französischen, nicht aber im Deutschen aufgeht: Generalstreik – Generalträume, im Sinne von „Grundsätzlich träumen“ – von einer anderen Welt womöglich!

Olivier Besancenot ihre Auflösung und die Gründung einer neuen antikapitalistischen Partei – der *Nouveau Parti Anticapitaliste* (NPA). Parallel dazu gründete sich die „Fédération“, eine Sammelbewegung von politischen Gruppierungen: der Partei der *Alternatifs*, der *Association des communistes unitaires* (ACU), der *Alternative Démocratie et Socialisme* (ADS), von *AlterE-kolo*, *Écologie Solidaire*, *Mai* und *Utopia*. All diese Prozesse vollziehen sich mit unglaublicher Dynamik – vor dem Hintergrund der Krise und im Vorfeld der Wahlen zum Europaparlament. Wie stellt sich die Situation im Einzelnen dar?

Die sozialistische Partei – noch in der Krise

Die Sozialistische Partei ist in der Krise – personell und programmatisch. Der Parteitag im November 2008 sollte mit der Abstimmung über die Programme der sechs verschiedenen Strömungen Klarheit innerhalb der PS schaffen und einen entsprechenden Personalvorschlag für den Parteivorsitz unterbreiten. Sichtbar wurde das Bild innerer Zerrissenheit. Die größte Unterstützung erfuhr mit 29 Prozent das richtungspolitisch offene und sich eher nach rechts orientierende Programm von Segolène Royal, in dessen Zentrum sie die Frage der partizipativen Direktdemokratie stellt. Je 25 Prozent Unterstützung erhielten der Pariser Bürgermeister *Bertrand Delanoë* für seinen reformistisch-sozialdemokratischen Kurs mit Brückenschlag zum bürgerlichen Zentrum und ebenso Martine Aubry, die für ein klassisch sozialdemokratisches Organisations- und Politikverständnis mit starker Betonung der sozialen Frage steht. 19 Prozent der Stimmen erhielt überraschend der Repräsentant des eher linken Flügels, Benoît Hamon, der auch für einen radikalen Generationswechsel in allen Führungsgremien der PS steht und für eine breite Abwehrfront gegen Sarkozy. Die ökologistische Strömung erhielt lediglich zwei und die Gruppierung *Utopia* weniger als zwei Prozent.

Mit diesem Abstimmungsergebnis wurde eine inhaltliche und personelle Einigung auf dem Parteitag selbst nicht möglich. Erst in neuerlichen Urwahlen der Mitglieder kam eine Koalition verschiedener Strömungen zustande, die Martine Aubry zu einer knappen Mehrheit verhalf. Ob sich mit ihr eine stärkere, auf die soziale Frage hin ausgerichtete Orientierung der SP durchsetzen wird, bleibt abzuwarten. Europapolitisch wird die SP einen Spagat leisten müssen: sich einerseits von Sarkozy abzusetzen und andererseits für den Vertrag von Lissabon zu werben. Damit steht sie auch europapolitisch auf der sozialliberalen Plattform der PSE (*Parti socialiste européen*).

Die Linkspartei

Noch der letzten Phase des Parteitages der SP im November 2008 beschlossen die Senatoren Jean-Luc Mélenchon und Marc Dolez, mit ihrer Gruppe die PS zu verlassen und eine neue autonome Linkspartei, die *Parti de Gauche* zu gründen. Mélenchon gehörte 2005 zu den maßgeblichen Akteuren innerhalb der SP, die den Verfassungsvertrag ablehnten.

Angesichts der Krise des Kapitalismus und des Scheiterns der Sozialdemokratie in Europa braucht es aus ihrer Sicht eine neue Partei, die "fest im linken Lager verankert" ist und "demokratische und republikanische Werte ohne Zugeständnisse an die Rechte" vertritt.

Auf einem ersten öffentlichen Meeting, bei dem Oskar Lafontaine das Wort ergriff, versammelten sich 3.000 Menschen. Anfang 2009 hat die *Parti de Gauche* ca. 7.000 Mitglieder und Sympathisanten, unter ihnen viele ehemalige Anhänger der PS, die vom Kurs dieser Partei ent-

täuscht sind. Darüber hinaus vereint sie Vertreter aus Bürgerrechtsgruppen und Kommunisten. Die Strategie der Partei beschreibt Mélenchon als „Revolution durch Wahlen“. Über eine neue politische Linksfront verschiedener Parteien sollen linke Mehrheiten für einen Politikwechsel ermöglicht werden. Klar ist hierbei, dass keine politische Kraft in Frankreich für ein solches Projekt eine Selbstaflösung akzeptieren könnte. D.h. die Parteien, die sich als Teil dieser Front gegen die neoliberale Politik Sarkozys verstehen, sollen ihre parteipolitische Identität behalten. So auch die PCF, die als privilegierter Partner zur Konstruktion einer solchen politischen Front in Vorbereitung der Europawahlen bereit steht. Zusammen mit der neuen antikapitalistischen Partei (NPA) von Besancenot könnte diese Front gegenwärtig ca. 15 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Dies aber wird von der NPA derzeit abgelehnt.

Bemerkenswert ist, dass sich dieses neue parteipolitische Projekt unmittelbar auf die Erfahrungen der Herausbildung der Partei DIE LINKE in Deutschland beruft und versucht, diese innovativ „französisch“ zu bearbeiten. Das heißt, es geht vor allem um die Wahrnehmung von Möglichkeiten und Zeitfenstern für Veränderungen, um alte Strukturen aufzubrechen und zunächst über eine linke „Sammlungspartei“ ein neues parteipolitisches Projekt – ähnlich wie zunächst die WASG in Deutschland – aufzubauen. Langfristig geht es um die Entwicklung einer darüber hinausweisenden Linksallianz, und linke politische Mehrheiten für einen Politikwechsel, die – so Mélenchon – in Frankreich ohne die Sozialistische Partei nicht möglich sind. Bisher jedoch vollzieht die SP die Angleichung ihrer Politik und ihres Regierungsprogramms an sozialdemokratische europäische Orientierungen, die „alle auf der Akzeptanz des Lissabon-Vertrages beruhen“.

Die Grünen in Frankreich

Die Geschichte der französischen Grünen hat lange vor ihrer Gründung 1984 angefangen. Sie begann mit der Kandidatur des Agronomen und Dritte-Welt-Anhängers René Dumont zu den Präsidentschaftswahlen 1974, der beim 2. Wahlgang dazu aufrief, für François Mitterrand zu stimmen. Danach wurde die Ökologische Bewegung gegründet, die bereits zu dieser Zeit vor einer Veränderung des Klimas warnt und die Plünderung der Dritten Welt, die Unterdrückung der Frauen und Migranten kritisiert. Vor dem Hintergrund der Protestmeetings in den 1970er Jahren und der Bewegung gegen den Aufbau von Kernkraftwerken erhält sie bei den Kommunalwahlen 1977 in den Großstädten bis zu 10 Prozent der Stimmen. Sie stehen für eine andere Art von Politik – für ein linksökologisches Bündnis von Ökologen mit *non-violent!* und Anti-kernkraft-Aktivisten, Sympathisanten der Linksradiakalen, Naturfreunden und Verbrauchervereinen. Mit den Wahlerfolgen stellt sich für die Grünen die Frage der Formierung als politische Partei, die im Januar 1984 gegründet wird. Bei den Präsidentschaftswahlen 1989 erreichen sie 3,8 Prozent der Stimmen, bei den Kommunalwahlen 1989 kommen sie auf 10,6 Prozent, das beste Ergebnis der Geschichte der Grünen. Sie gehören zu den Demonstranten gegen den Golfkrieg 1989. Unterschiedliche Positionen gab es – wie später zum Vertrag zur Europäischen Verfassung – zum Maastrichter Vertrag. 1993 vollziehen die französischen Grünen eine strategische Wende – ab dieser Zeit gibt es Wahlbündnisse mit den linken Parteien. Der Sieg der Sozialisten unter Jospin führt auch die Grünen in die Regierung, Dominique Voynet wird Ministerin. 1999 führt Dany Cohn-Bendit den Europawahlkampf – neun Abgeordnete von den Grünen sind im Europaparlament vertreten. Seit den Parlamentswahlen 2007 bilden die Grünen zusammen mit der PCF eine Fraktion.

Die Grünen beteiligen sich an allen sozialen Kämpfen, an die Friedensbewegung, der internationalen Solidarität und arbeiten aktiv im Nationalkollektiv für einen gerechten und dauerhaften Frieden zwischen Völkern Israels und Palästinas. Sie werden zu den Europawahlen 2009 als Teil der Liste *Europe Ecologie* antreten zusammen mit „Altermondialisten“ im Umfeld von José Bové und Umweltschützern von Nicolas Hulot. Daniel Cohn-Bendit führt die Liste in Ile de France und leitet zugleich den Wahlkampf auf nationaler und europäischer Ebene. Zentraler Bezugspunkt ihres Programms ist die partizipative Demokratie. Ihr Ziel ist es, Barroso als Vorsitzenden der EU-Kommission abzuwählen, bei den Antworten auf die gegenwärtige Krise ökologische und soziale Fragen zu verbinden. Angeprangert wird die Politik der Konzerne wie Total, Elf Aquitaine etc.. Einen anderen Schwerpunkt des Wahlkampfs bilden Fragen der Wohnungspolitik auf Europaebene, ökologische Fragen, Fragen der Demokratie und die Rechte der Migranten.

Gründung einer neuen antikapitalistischen Partei

Die *Nouveau Parti Anticapitaliste* (NPA) wurde am 7. Februar 2009 als Nachfolgerin der Revolutionären Kommunistischen Liga (*Ligue Communiste Révolutionnaire*– LCR) gegründet. Die NPA hat 9.000 Mitglieder und Sympathisanten, unter ihnen Vertreter der Lutte Ouvrière (LO), der Freunde von Jean-Marc Roullian, dem Gründer der *Action directe* (einer Organisation des zivilen Ungehorsams), Aktivisten des Komitees von José Bové, Umweltschützer und Globalisierungskritiker. Die meisten sind politische Neulinge, sie eint ihr gemeinsamer Kampf gegen die Politik Sarkozys. Zu den politischen Essentials der NPA gehören der Bruch mit dem Kapitalismus und die völlige Unabhängigkeit gegenüber der SP.

Die NPA versteht sich nicht mehr als trotzkistische Partei, nicht als Fortsetzung der LCR und wird auch nicht mehr der Vierten Internationale angehören. Ob sie sich ideologisch und organisationspolitisch tatsächlich von ihr abhebt, wird sich zeigen, zumal die Hälfte der neuen Führungsinstanz von den Führungskräften der LCR gebildet wird. In ihren Gründungsprinzipien beschreibt sie, vor dem Hintergrund der aktuellen Krise als „Verallgemeinerung der kapitalistischen Globalisierung“, die Notwendigkeit des Bruchs mit dem kapitalistischen System durch eine revolutionäre Transformation der Gesellschaft.

Das Ziel der neuen antikapitalistischen Partei ist ein System der kollektiven Organisation, eine Assoziation, wo die freie Entfaltung jedes Einzelnen Bedingung der freien Entfaltung aller ist. Sie bezieht sich auf die Klassenkämpfe der sozialistischen, kommunistischen, libertären und revolutionären Tradition und in ihren Gründungsprinzipien auf einen Sozialismus des 21. Jahrhunderts – frei von Ausbeutung und Unterdrückung, Rassismus und jeder Diskriminierung, nicht zuletzt der Frauen.

Der Sozialismus stellt das Privateigentum an Produktionsmitteln in Frage. Zunächst aber muss der Profit zugunsten von Lohnerhöhungen, Pensionen der Rentner und soziale Minima umverteilt werden, als die drängende Antwort auf die unmittelbaren Bedürfnisse der von der Krise am stärksten Betroffenen. Der notwendige revolutionäre Bruch müsste sich einbinden in eine Mobilisierung für ein anderes Europa. In der Resolution zu den Europawahlen 2009 wird die Unfähigkeit Europas beschrieben, auf die Krise zu reagieren. Gefordert wird ein demokratisches Europa der Arbeiter und der Völker, ein europäischer „Dringlichkeitsplan“ vorgeschlagen. Dazu gehört das Verbot von Entlassungen, die Verteilung der Arbeit unter alle, ein europäischer Mindestlohn in Höhe einer Kaufkraft von 1.500 Euro netto, die Harmonisierung der Arbeits-

rechte. Vorgeschlagen wird ferner ein öffentlicher Dienst auf europäischer Ebene für Luftfahrt, Bahn, Wassertransporte, Energie und pharmazeutische Konzerne. Die Kapitalflüsse müssen kontrolliert und alle Steueroasen geschlossen werden. Gefordert wird ein ökologisches Europa, gebunden an gesunde Nahrung, an Wasser als Allgemeingut und ebenso an einen Ausstieg aus der Atomwirtschaft. Europa soll ein Europa der Gleichheit, der Solidarität mit den Völkern des Südens und des Friedens sein. Das erfordert den Abzug der Truppen aus Afghanistan, den Stopp der Unterstützung der Diktaturen in Afrika, den Bruch mit der NATO. Die NPA lehnt die aktuelle Politik der Europäischen Union ab, die imperial, unsozial und undemokratisch ist. Sie plädiert für ein soziales, ökologisches und wahrhaft demokratisches Europa. Sie distanziert sich von nationalistischen Kräften, die der Souveränität des Nationalstaats oberste Priorität beimessen.

Auf einer Gründungsversammlung sollen die Völker selbst über die Form ihrer Kooperation entscheiden. Die NPA steht für eine freie Föderation der vereinigten sozialistischen Staaten Europas. Dazu braucht es aus ihrer Sicht auch den Zusammenschluss der Antikapitalisten auf europäischer Ebene.

Die NPA lehnt eine Zusammenarbeit mit der PS und ebenso mit der PCF ab, das Angebot von PCF und *Parti de Gauche*, eine „Front der Linken zur Veränderung Europas“ zu bilden, hat sie bisher ausgeschlagen. Sie will für die Verbesserung der Situation der Arbeiter und ihrer demokratischen Rechte kämpfen, sich jedoch nicht an keiner Koalition beteiligen, die im Widerspruch zu ihrem revolutionären Kampf steht. Eine Mitwirkung ihrer Mandatsträger im System lehnt sie ab; ihr Ziel ist es, neue Formen politischer Macht zu entwickeln und letztlich eine neue Internationale mit zu schaffen.

Die PCF zwischen Tradition und Innovation

Die Kommunistische Partei Frankreichs zählt zu den ältesten linken Parteien Europas. Sie wurde 1920 gegründet; ihre Geschichte, die hier nicht ausgeführt werden kann, ist die wechselvolle Geschichte einer westeuropäischen kommunistischen Partei mit all ihren Erfolgen, Fehlern und Irrtümern und Phasen der Erneuerung.

Gegenwärtig hat die PCF ca. 135.000 Mitgliedern (Zahl aus 2006) und ist damit eine der größten linken Parteien Europas. Ihre Hochburgen liegen noch immer in den alten Revieren der Schwerindustrie im Nordwesten und in den östlichen Vorstädten von Paris, an den Rändern des Zentralmassivs und an der Mittelmeerküste². Sie wird überdurchschnittlich von Männern über 45 Jahre und ebenso in den höchsten Altersgruppen gewählt. Sie ist deutlich unterrepräsentiert bei den Wählern zwischen 18 und 29 Jahren. Ihre Sozialstruktur verweist auf eine klassische Arbeiterpartei. Ihre Wähler besitzen eher geringe oder mittlere Bildungsabschlüsse. Sie sind häufig berufstätig, manuelle Arbeiter, weniger präsent sind die Vertreter der technischen Intelligenz. Im Vergleich zur Bevölkerung wählen Vertreter aus soziokulturellen Berufen überdurchschnittlich PCF. Sie ist deutlich unterrepräsentiert bei den Arbeitslosen – diese finden sich eher bei den Parteien der extremen Linken.³

Die PCF steht innerhalb des linken Lagers in Konkurrenz zur PS und zu den bisherigen Parteien und Gruppierungen der extremen Linken in Frankreich. Dazu gehört die bereits oben er-

² Vgl. Tim Spier: Ausnahmeerscheinung oder Normalität? Linksparteien in Westeuropa, in: Tim Spier, Felix Butzlaff, Matthias Micus und Franz Walter: Die Linkspartei. Wiesbaden 2007, S. 96f.

³ D.h. bei den Parteien und Strömungen, die sich links von PCF und der PS befinden.

wähnte LCR, die *Lutte Ouvrière* sowie die *Parti des Travailleurs*, die 1999 über eine gemeinsame Liste in das Europäische Parlament einzogen und bei den Präsidentschaftswahlen 2002 elf Prozent auf sich vereinen konnten (die PCF mit Robert Hue erreichte 3,37 Prozent). Bei den Präsidentschaftswahlen 2007 erhielt die PCF mit Marie-George Buffet 1,9 Prozent, bei den Parlamentswahlen im gleichen Jahr 4,3 Prozent, d.h. 15 Sitze als „gauche démocrate et républicaine“, zu der auch die Grünen gehören - Ergebnisse, die zu gründlicher Analyse zwingen und zu offenen Diskussionen über das Selbstverständnis, die Strategie und Programmatik und ebenso über die Organisationsstrukturen der Partei.

Vor dieser Aufgabe stand der außerordentliche Parteitag der PCF im Dezember 2008. Was waren seine Ergebnisse? Neben Marie George Buffet wurde der bisherige Chefredakteur der *Humanité*, Pierre Laurent, zum Chef einer neu eingerichteten kollektiven Leitung gewählt, die auf Anforderung der Mitglieder eine größere Leitungseffizienz gewährleisten soll. In der politischen Resolution des Parteitages wurde versucht, die politische Strategie – ausgehend von den neuen Realitäten im Kapitalismus und den in der Krise noch steigenden Anforderungen an radikale gesellschaftliche Veränderungen – zu definieren. Ausgangspunkt für alternative Wege sind die konkreten strategischen Erfahrungen wie die Regierungsbeteiligungen der PCF, die erfolgreiche Sammlungsbewegung beim Referendum 2005, der gescheiterte Versuch einer gemeinsamen Präsidentschaftskandidatur der Antiliberalen, die schlechten Wahlergebnisse auf der nationalen Ebene und die bisweilen guten Resultate bei den Lokalwahlen. 80 Prozent der Delegierten stimmten für die Orientierung auf eine breite linke Front zu den Europawahlen im Juni 2009 mit möglichst allen, in europäischen Fragen konvergierenden, politischen und sozialen Kräften. Ob diese Strategie nur für den Europawahlkampfes 2009 gilt, oder als ein grundsätzlich neuer strategischer Ansatz zu verstehen ist, bleibt offen, ebenso die Frage nach dem Charakter dieser Front: neue, an heutigen Bedingungen angepasste Volksfront, oder die Errichtung von Fronten mit unterschiedlichen Partnern. Dahinter steht zum einen die nicht gelöste Frage des Verhältnisses zur SP, und zum anderen die Frage nach der Identität der PCF als Teil eines gesellschaftlichen Mitte-Unten- Bündnisses und einer politisch neu zu bestimmenden Mitte-Links-Allianz.

In der Resolution des Parteitags wird immer wieder auf die Verankerung der Partei verwiesen, auf die Rolle von Kommunalpolitik, partizipativer Demokratie auf allen Ebenen, um die aktive Bürgerbeteiligung wieder zu beleben. Es wird ein Diskussionsrahmen für die Entwicklung neuer Politikansätze vorgeschlagen, die vor allem in benachteiligten Wohnvierteln, an den Arbeitsplätzen greifen sollen.

Orte der Begegnung sollen geschaffen werden, wo politische und soziale Kräfte, Künstler, Intellektuelle, Akteure sozialer Bewegungen sich treffen und informieren können – offene Räume. Auch die angestrebte fortschrittliche Front soll bürgerorientiert sein und der vernachlässigte Vorrang für die „Bewegung von unten“ müsse wieder aktiviert werden. Hierzu sind die bisherigen Erfahrungen gesellschaftlicher und politischer Bündnisse zu analysieren. Es wird ausdrücklich von Fehlern in der Bündnisfrage gesprochen. Analysen werden eingefordert, anstatt sie vorzunehmen. Festgestellt wird, dass es nicht möglich war, einen Rahmen und eine Methode zu finden, die es erlaubt hätten, die Dynamik der Komitees von 2005 weiterzuführen. Undeutlich bleibt die Beschreibung der Ursachen hierfür, die von den Fragen nach Öffnung und Erneuerung der Partei, einschließlich ihrer Organisationsstrukturen, und letztlich ihrem Selbstverständnis nicht zu trennen sind. Hierzu werden im Leitantrag erste Überlegungen formuliert. Die PCF müsse sich vorrangig als ein politisches Beteiligungsprojekt der Bevölkerung verstehen, als Ak-

tionspartei, die in benachteiligten Wohnvierteln und verstärkt auch wieder an den Arbeitsplätzen verankert ist. Dazu soll die Funktionsweise aller Strukturen (Zellen, Sektionen, regionalen Zusammenschlüsse, Kollektive) verändert werden. Sie sollen durchlässiger werden und Raum für Kreativität und Vielfalt unter Einbeziehung bisheriger Erfahrungen bieten. Zur Erneuerung der Partei gehöre auch die stärkere Gewichtung ihres feministischen Engagements, das dem antikapitalistischen Kampf gleichzusetzen und nicht unterzuordnen ist. Sie will Bedingungen schaffen, damit die politische Repräsentation der Mandats- und Funktionsträger wieder die Vielfalt der Gesellschaft spiegelt.

Es ist ein Anfang, der nachhaltiger sein muss, als es die Erneuerungsversuche der *Renovateurs* 1984, der *Reconstructeurs* (Wiederaufbauer) 1987 und der *Refondateurs* (Neugründer) bisher waren. Absichten und Beschlüsse sind nicht ausreichend. Das zeigen auch die eigenen Erfahrungen wie der Beschluss zur Neugründung der PCF aus dem Jahr 2002, angenommen auf dem PCF-Parteitag in Martigue, der in der Partei letztlich nicht durchsetzungsfähig war⁴. Ein Blick auf unterschiedliche Strömungen innerhalb der PCF macht die Schwierigkeit bisher nicht ausreichend erfolgter Öffnungen und Parteireformen deutlich.

Obwohl die Struktur der Partei keine formal organisierten Plattformen und Strömungen vorsieht, gibt es sie informell. Diese sollen hier lediglich skizziert und an ausgewählten Problemen und parteiinternen Kontroversen dargestellt werden. Die frühere Unterscheidung zwischen Traditionalisten, Erneuerern, Hueisten (Anhänger des früheren Generalsekretärs der PCF) und Anhängern der Linie von Marie-George Buffet hat sich weitgehend überholt. Die entsprechenden Strömungen haben sich weiter ausdifferenziert, stehen sich in einigen Fragen distanziert gegenüber, während sie bei anderen übereinstimmen. Das klare Raster greift nicht mehr.

Verhältnis zur PS

Muss die PCF ihre eigenständige Rolle links von der PS und in Distanz zur ihr bestimmen, oder muss sie hier eine flexible, die Kräfteverhältnisse in den Regionen berücksichtigende Strategie entwickeln? Spätestens zu den Regionalwahlen 2010 stellt sich diese Frage konkret, vor allem in den Regionen, wo die PCF nur mit Unterstützung der PS regionale linke oder Mitte-Links-Mehrheiten erreichen kann. Vor allem von den Traditionalisten in der PCF, den Anhängern von Robert Hue und vom Großteil der Mandatsträger der PCF wird das Prinzip der Allianz mit der Sozialistischen Partei vertreten. Wenn man wirkliche Veränderungen wolle, könne man linke Regierungsbündnisse nicht grundsätzlich ausschließen. Sie haben sich in der Vergangenheit gegen eine überzogene kritische Bilanz der Regierungszeit der *Gauche plurielle* ausgesprochen und erheblichen Anteil daran, dass es bis heute keine Auswertung der zweiten Regierungsbeteiligung gibt, obwohl Marie-George Buffet und die Anhänger ihres Umfeldes sehr wohl die Notwendigkeit einer kritischen Analyse der Regierungsbeteiligung PCF in der *Gauche plurielle* sehen. Eine Wiederholung eines linken Regierungsbündnisses mit der SP ohne Analyse der bisherigen Erfahrungen wäre eine Katastrophe.

Rolle der PCF in gesellschaftlichen und politischen Bündnissen

Für die Anhänger der Linie von Marie-George Buffet waren die Kampagnen und Bündnisse des 29. Mai 2005 – der Abstimmung gegen den Verfassungsvertrag – Ausdruck einer neuartigen

⁴ Roger Martelli, S. 6

Einheit der Linken – einer *union populaire*, die letztlich aber nicht in eine neue politische Einheit überführt werden konnte. Diese Bündnisse des 29. Mai 2005 wurden von allen Strömungen und Gruppierungen der PCF unterstützt. Unterschiedlich bewertet wird jedoch die Rolle der PCF – als führender oder mitwirkender Teil. Diese bestimmte letztlich die konkrete Methode, eine anti-neoliberale Einheitskandidatur mit einer kommunistischen Kandidatin durchzusetzen.

Unterschiedliche Positionen gibt es auch zur Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen wie Attac und zur Beteiligung am Weltsozialforum und an den europäischen Sozialforen. Während sich *Espace Marx* und andere Gruppen ihres Umfeldes aktiv und engagiert in diese Foren einbringen, die Anhänger von Marie-George Buffet und Erneuerer diese unterstützen, messen ihnen die Mitglieder der Partei mit eher traditionellem Politikverständnis eine nachrangige Bedeutung bei. Sie stehen sozialen Bewegungen skeptisch gegenüber, weil diese undefinierbar und inhaltlich unbestimmter erscheinen und zum Teil von der extremen Linken unterwandert sind.

Der Umgang mit der Geschichte und das Selbstverständnis

Die PCF ist eine kommunistische Arbeiterpartei und soll es auch bleiben. Dieses klare traditionelle Parteiverständnis findet sich vor allem dort, wo die Partei in der klassischen Industriearbeiterschaft sozial verankert ist, zum Beispiel in der Region „Nord“ und „Pas de Calais“, aber auch im Département „Marne“, im roten Gürtel um Paris. Die hier als traditionell gefassten Gruppierungen stehen einer „Modernisierung“ der Partei eher ablehnend gegenüber und vertreten das kommunistische und zugleich „ouvrieristische“ Erbe der PCF. Sie lehnen eine zu deutliche Kritik an der kommunistischen Geschichte ab und stehen kritisch zur Abrechnung mit dem Stalinismus. Für sie bedeuten die angestrebten Erneuerungen und Öffnungen der Partei immer auch das Infragestellen der kommunistischen Identität, die erhalten bleiben muss. Eine Diskussion um einen anderen Parteinamen ist daher für sie obsolet. Hinweise darauf, dass sich kollektive Identitäten heute - unter den konkreten Veränderungen der Arbeitswelt und der Lebensweise, der sozialen, kulturellen und politischen Ausdifferenzierung und Polarisierung von Gesellschaft -, anders ausprägen und dies Einfluss nimmt auf die Wahrnehmung der kommunistischen Identität heute, wie dies in der Partei selbst diskutiert wird, werden mit dem Vorwurf der Parteischädigung zurückgewiesen. Dass die PCF vor allem Jugendliche, Frauen, die auf unterschiedliche Weise prekär Beschäftigten oder Arbeitslose als Wählergruppen fast nicht mehr erreicht, wird mit dem klassischen Selbstverständnis der Partei und ihrer öffentlichen Wahrnehmung nicht zusammen gedacht.

Die Europawahlen als Schlüssel für die weitere Entwicklung

Die PCF ist derzeit mit zwei Abgeordneten im Europaparlament vertreten. Für einen erfolgreichen Europawahlkampf müsste sie versuchen – anknüpfend an den Erfahrungen beim Referendum gegen den EU-Verfassungsvertrag im Jahre 2005 –, Teile der Bewegung für das linke »Nein« für ein neues, breit angelegtes gesellschaftlich und politisches Bündnis zu gewinnen. Die hierfür angestrebte „Front der Linken zur Veränderung Europas“ als gemeinsames Projekt von PCF, PG und anderen politischen und sozialen Kräften könnte der Motor für eine neue Dynamik und gesellschaftliche Öffnung sein. Unklar sind die Konturen dieser »Front«. Die NPA lehnt eine Beteiligung an dieser Front derzeit ab. Von Bewegungen wird der Anspruch angemeldet, nicht nur eine Achse von Parteien zu konstruieren, sondern auch unterschiedlich konsti-

tuierte Gruppen zu berücksichtigen. Dazu gehören Bewegungen wie Attac und selbstorganisierte und über das Lokale hinaus vernetzte Jugendgruppen aus den Banlieues, die ihr Interesse an dem entstehenden Bündnis bekunden.

Inwieweit es den führenden Persönlichkeiten des Appells der Zeitschrift *Politis* vom Sommer 2008 zur Gründung einer neuen linken Kraft gelingen wird, sich tatsächlich in einer neuen *Fédération* zu vereinen und damit einen weiteren Pol mit einer realen sozialen Basis herzustellen, ist noch nicht abzusehen.

Europa ist eine Chance – denn weder das Argument der »nützlichen Stimme« zu Gunsten der PS, um die Rechte zu blockieren, noch die heiklen Fragen des Verhältnisses von PCF und PS üben bei diesem Wahlgang Druck aus.

Die Linke hat eine Chance, im Europawahlkampf erfolgreich zu sein, wenn sie alle ihre Erfahrungen, Potentiale und Ressourcen zur Selbstveränderung zusammenbringt: die Erfahrungen aus 2005, dem Scheitern des antiliberalen Bündnisses 2007, das Wissen um die Mobilisierungsfähigkeit der französischen Gesellschaft, die Kraft der Gewerkschaften zur Organisation wirkungsvoller Generalstreiks bis hin zu den Eindrücken des 29. Januars 2009.

Die Linken in Luxemburg

Sascha Wagener

Die wirtschaftliche und soziale Lage des Landes

Früher lebte Luxemburg von der Stahlindustrie, heute von der Globalisierung und den Banken. Dieser wechsellvollen Geschichte verdankt Luxemburg seinen ungeheuren Wohlstand, aber auch eine vergleichsweise starke Arbeiterbewegung und eine multikulturell zusammengesetzte Bevölkerung. Luxemburg hat 483.800 Einwohner. Der berufstätige Teil der Bevölkerung umfasst 361.089 Menschen, wovon 150.909 als Grenzgänger im benachbarten Ausland wohnen und täglich über die Grenze zu ihrem Arbeitsplatz fahren. Ein großer Teil der in Luxemburg lebenden Menschen hat eine andere Staatsbürgerschaft. So sind nur 63,1 Prozent Luxemburger, darüber hinaus leben in Luxemburg 13,3 Prozent portugiesische, 4,5 Prozent französische, 4,3 Prozent italienische und 2,3 Prozent deutsche Staatsbürger.

Lange war das Leben zwischen Mosel und Ardennen von karger Landwirtschaft geprägt. Erst als in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts große Eisenerzvorkommen entdeckt wurden, beginnt sich das Blatt zu wenden. In Luxemburg wird die Stahlindustrie zum wichtigsten Wirtschaftszweig und beschäftigt in den 1960er und 70er bis zu dreißigtausend Menschen. Noch heute hat der weltgrößte Stahlkonzern *Arcelor-Mittal* seinen Sitz in Luxemburg. Als der Abbau und die Verarbeitung von Eisenerz unproduktiv werden, richtet die Luxemburger Regierung die Wirtschaft des Landes auf eine Nischenpolitik im internationalen Finanzwesen aus. Die Europäische Union räumt dem Land wichtige ökonomische und politische Funktionen ein. wird zu einer Steueroase, in der niedrige Mindestreserven und ein sicheres Bankgeheimnis ausländisches Geldkapital ins Land locken.

Die für 2008 vorgesehenen Ausgaben des Staatshaushaltes haben eine Höhe von 8,5 Milliarden Euro. Gleichzeitig machen die Schulden des Staates nur knapp zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Dieses steigt von 2006 zu 2007 von 33,9 auf 36,3 Milliarden Euro. Die Inflation liegt seit 1993 konstant zwischen 2,3 und 3,4 Prozent. Die Außenhandelsbilanz des Landes weist 2007 ein Plus von 3,6 Milliarden Euro auf. Luxemburg liefert 56 Prozent seiner exportierten Produkte in die drei Anrainerstaaten Deutschland, Frankreich und Belgien, weitere 30 Prozent in die übrigen EU-Mitgliedsländer. Dabei hat Luxemburg seine Exporte seit 1993 mehr als verdoppelt.

Das Luxemburger Sozialmodell beruht auf der Institutionalisierung des sozialen Kompromisses und auf einer starken Gewerkschaftsbewegung. In einem *Tripartite* genannten Gremium mit Vertretern von Regierung, Unternehmensverbänden und Gewerkschaften werden Gesetze und Maßnahmen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage konsensorientiert ausgehandelt. Dadurch ist der Rückbau von vier Fünftel der Arbeitsplätze in der Stahlindustrie ohne Entlassungen erfolgt.

Der „Index“ als automatische Kopplung der Lohn- und Gehaltsentwicklung an die Preisentwicklung eines Warenkorbes, ein Mindestlohn von mehr als zehn Euro die Stunde, verbindliche Tarifverträge für etwa zwei Drittel der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stehen für vergleichsweise hohe soziale Standards. Trotzdem zeigt auch das Luxemburger Sozialmodell Risse: Der „Index“ wird durch eine Diskussion über die Zusammensetzung des Warenkorbes und um seine Aussetzung in besonderen Situationen angegriffen und die Arbeitslosenquote von 5 Prozent ist für Luxemburger Verhältnisse sehr hoch. Obwohl in den Jahren 2006 und 2007 14.800 zusätzliche Arbeitsplätze entstehen, gibt es im Dezember 2008 11.511 registrierte Arbeitslose.¹

Die Kommunistische Partei Luxemburgs

Die „Kommunistische Partei Luxemburgs“ (KPL) wird am 2. Januar 1921 in Niederkorn von Vertretern des linken Flügels der „Luxemburger Sozialistischen Arbeiterpartei“ (LSAP) gegründet. Erst bei den Parlamentswahlen 1934 gelingt es dem Kommunisten Zénon Bernard, ins Parlament gewählt zu werden. Doch bereits wenige Monate später wird er durch einen Mehrheitsbeschluss aus der Abgeordnetenkammer ausgeschlossen. Der Versuch der bürgerlichen Parteien, die Kommunistische Partei zu verbieten, scheitert knapp an einer Volksabstimmung. Erst nach dem Einmarsch der Wehrmacht im Mai 1940 wird die Partei verboten. Im Untergrund bildet sie einen der aktivsten Pole des Widerstandes gegen die deutsche Besatzung. Durch diesen Kampf erlangt sie ein gewisses Prestige in der luxemburgischen Bevölkerung.

Bei den ersten freien Wahlen am 21. Oktober 1945 erringt die KPL einen großen Wahlerfolg in den südlichen Industriegebieten. Sie beteiligt sich mit Charles Marx als Gesundheitsminister an der nationalen Einheitsregierung und stellt den Bürgermeister in Esch-Alzette, der zweitgrößten Stadt Luxemburgs, bevor sie im Zuge des aufkommenden Kalten Krieges in die Isolation gedrängt wird. Doch trotz der Ausgrenzung auf nationaler Ebene gelingt es ihr dank ihrer Verankerung in der Arbeiterschaft der Stahlwerke als „Partei des kleinen Mannes“ an Stimmen zu gewinnen. Ihr bestes Wahlergebnis erzielt sie bei den Parlamentswahlen am 15. Dezember 1968 mit 13,8 Prozent der gültigen Stimmen. Zu diesem Zeitpunkt hat die Partei allerdings bereits an strukturellem Einfluss verloren. Die kommunistische Gewerkschaft FLA (Freier Luxemburger Arbeiterverband) ist in der sozialdemokratischen Gewerkschaft aufgegangen. In der Sozialpolitik wettet die Partei gegen die Regierungspolitik des sozialen Kompromisses, während ihre gewerkschaftlichen Vertreter diese mittragen müssen. In der Kommunalpolitik unterscheidet sich die Praxis der Kommunisten kaum von der ihrer sozialdemokratischen Konkurrenten. Durch den Rückbau in der Stahlindustrie lösen sich die kommunistischen Milieus im Süden des Landes nach und nach auf. Es ist vor allem dem Ansehen älterer kommunistischer Parteiführer wie Dominique Urbany, Jos Grandgenet und Arthur Useldinger zu verdanken, dass sich die strukturellen Schwierigkeiten der Partei und ihr Unvermögen, sich neue Wählerschichten zu erschließen, erst verspätet in den Wahlergebnissen niederschlagen.²

Die demokratische Revolution in Osteuropa und der Untergang des Sowjetimperiums treffen die Kommunistische Partei Luxemburgs sehr hart. Die KPL hat die Niederschlagung des Prager

¹ Alle statistischen Angaben zur wirtschaftlichen und sozialen Lage sind zu finden auf <http://www.statec.public.lu/fr/education/indicateurs/index.html> und <http://www.statistiques.public.lu/fr/publications/horizontales/luxChiffresFR/index.html>.

² Vgl. CRP-Gabriel Lippmann: *Projet Elections. Etude sur les élections législatives de juin 1999*, 21.11.2000, S. 81; in : <http://www.chd.lu/fr/organisation/documentation/espTele.jsp>, abgerufen am 20.01.2009.

Frühlings gutgeheißen, die eurokommunistischen Ideen der siebziger Jahre nicht aufkommen lassen und den Einmarsch in Afghanistan begrüßt. Innerparteilich ist lange nicht mit dem demokratischen Zentralismus gebrochen worden. Der Glaube an die Sowjetunion oder zumindest an die Möglichkeit einer Alternative zum westlichen Kapitalismus sind identitäre Merkmale und damit für gewerkschaftlich orientierte KP-Mitglieder wichtige Unterscheidungskriterien zur Sozialdemokratie. Die Intellektuellen in der Partei sind von der Notwendigkeit des Realsozialismus für das internationale Gleichgewicht überzeugt. Ihnen dient die Nähe zu Moskau auch zur Abgrenzung von der aufkommenden grünen Bewegung.³

Die erste Spaltung 1993

Im Laufe des Jahres 1990 sieht es kurzzeitig so aus, als könnte der Partei ein Erneuerungsprozess gelingen. Auf der Rümelinger Konferenz im März und auf dem Bettemburger Kongress im Dezember 1990 wird das Zentralkomitee erstmals geheim gewählt und werden Leitlinien für eine Erneuerung der Partei mit deutlicher Mehrheit verabschiedet. Dieser Prozess lässt sich jedoch nicht fortsetzen, denn in der Folge verhärten sich die Fronten zwischen jenen, die aus der Erkenntnis des bisherigen Scheiterns eine neue Partei begründen und jenen, die vor allem die alte Partei bewahren wollen. Die Parteiaustritte nehmen zu. Im Jahre 1993 kommt es zur Spaltung, wobei der einzige verbliebene kommunistische Abgeordnete im Parlament, André Hoffmann, zu den Initiatoren der Neugründung „Neue Linke“ (NL) gehört. Bei den darauf folgenden Parlamentswahlen am 12. Juni 1994 scheitern beide Linksparteien deutlich.⁴

Das Entstehen der neuen Sammelbewegung „Die Linke“

Im Herbst 1998 kommt es auf Initiative von parteilosen Linken, Mitgliedern von KPL und NL, Trotzlisten und einzelnen Jusos zu einem Treffen mit dem klaren Ziel, im folgenden Jahr auf gemeinsamen Listen zu National- und Europawahlen anzutreten. Verbindendes Moment ist die Unzufriedenheit mit der eigenen Schwäche und die Abneigung gegen die sozialdemokratische Regierungspolitik, vor allem beim Sozialabbau im öffentlichen Dienst. Schließlich einigen sich die Kommunistische Partei Luxemburgs, die Neue Linke und die trotzkistische Revolutionär Sozialistische Partei (RSP)⁵ auf einen gemeinsamen Wahlantritt.

Satzung

Bereits am 30. Januar 1999 werden auf einem Gründungskongress in Bonneweg Satzung und Programm der neuen Sammelbewegung „Die Linke“ (DL) verabschiedet. Die Satzung spiegelt die verschiedenen Anliegen wieder. Erstens versucht sie, den Charakter der Organisation als Sammelbewegung, weder als Partei noch als loses Bündnis, zu definieren. Dabei stellt sie ihren Mitgliedern frei, „in anderen linken politischen Organisationen tätig zu sein“. Dieses deutliche

³ Vgl. F. Fehlen: Ende oder Wende? Die Luxemburger KP vor der Zerreißprobe, in: Forum für Politik, Gesellschaft und Kultur (118), März 1990, S. 4-8.

⁴ Vgl. André Hoffmann, Jean-Laurent Redondo, Serge Urbany, Henri Wehenkel (1996): Pcl et/ou nouvelle gauche. Renouveau et/ou scission, in: Cahiers Marxistes (201): Luxembourg un échantillon d'Europe, April-Mai 1996, S. 121-144.

⁵ Die trotzkistische RSP wurde im Zuge der Schüler- und Studentenproteste in Luxemburg 1970 als Ligue Communiste Révolutionnaire gegründet und benannte sich 1985 in Revolutionär Sozialistische Partei um.

Zeichen der Offenheit in Richtung der KPL (NL und RSP haben sich zu diesem Zeitpunkt bereits aufgelöst) wird aber gleichzeitig durch die Betonung, dass Gewählte in Parlament und Gemeinderäten „jedoch allein *déi Lénk*“ vertreten, eingeschränkt. Zweitens stellt sie einen klaren Bruch mit der in der KPL so lange vorherrschenden Tradition des demokratischen Zentralismus dar. So heißt es: „Alle Mitglieder der *Lénk* behalten ihre Meinungsfreiheit sowohl im Innern der Bewegung als auch nach außen.“ Praktische Beispiele hierfür sind die freie Wahl der Mitglieder zwischen einer lokalen oder einer themenspezifischen Sektionsmitgliedschaft und die Tatsache, dass Ausschlüsse nun einer aufwendigen Prozedur bedürfen.⁶

Grundsatzprogramm

Das Grundsatzprogramm der „Linken“ wurde am 29. März 1999 mit leichten Änderungen bestätigt. Die Führung der Kommunistischen Partei war an der Ausarbeitung beteiligt. Im Hinblick auf die National- und Europawahlen von Juni 1999 diente es gleichzeitig als Wahlprogramm.

Kernthese des Programms ist in bester marxistischer Tradition der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit. Im Mittelpunkt stehen die Kritik der Wirtschaft und die Rolle des Staates. Sieben der vierzehn Kapitel behandeln wirtschaftspolitische Themen: Umverteilen des Reichtums, Recht auf Arbeit, Sicherung von Arbeitsplätzen, Demokratie am Arbeitsplatz, öffentliche Dienstleistungen, soziale Sicherheit und Sozialpolitik. Es werden folgende Grundideen ausgedrückt:

- ▶ Ausbau der sozialen Sicherungssysteme durch eine die Reichen stärker belastende Steuerpolitik;
- ▶ Arbeit für alle durch eine schrittweise Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 30 Stunden;
- ▶ Erhöhung der Kaufkraft durch ein staatliches Investitionsprogramm;
- ▶ Reform des Arbeitsrechts, mehr Kontrollrechte für Personalvertretungen und Gewerkschaften und Einführung eines einheitlichen Statuts für Arbeiter und Angestellte;
- ▶ Beibehaltung der Kopplung des Sozialversicherungswesens an die Arbeit;
- ▶ Übernahme der Arbeitslosenversicherung durch den Arbeitgeber (nach dem Verursacherprinzip);
- ▶ Ausbau des öffentlichen Sektors und der öffentlichen Dienstleistungen, hauptsächlich in den Bereichen Wohnen, Gesundheit, Transport und Bildung.

Mit ihrer Forderung nach der „Abkehr von der seit Jahrzehnten betriebenen Nischenpolitik im Steuer- und Finanzbereich“ und der Ablehnung der „Politik der Sozialpartnerschaft und des ‚sozialen Friedens‘ als politische Strategie“ stellt sich Die Linke gegen den gesellschaftlichen Konsens im Großherzogtum Luxemburg⁷. Eine Rolle spielt hierbei die Kritik an der Globalisierung.

⁶ *Déi Lénk – La Gauche* (1999): Statut. Angenommen auf dem Gründungskongress vom 30. Januar 1999 in Luxemburg, abgeändert auf dem nationalen Kongress vom 28. Mai 2000 in Tetingen.

⁷ Vgl. Jean-Lou Siweck: *Pensée unique*, in: *d’Land*, 11.06.1999: „La seule véritable alternative en matière de politique économique est finalement proposée par *Déi Lénk*. C’est d’ailleurs le seul parti, dans la meilleure tradition du matérialisme marxien, à ouvrir son programme sur les questions économiques. [...] Mais *Déi Lénk* préfèrent cependant se référer aux malheurs du monde qu’à la seule situation luxembourgeoise. En proposant, par exemple, de mettre fin à la politique de niche dans le secteur financier, le parti d’extrême gauche s’attaque d’ailleurs moins à une politique économique qu’à un modèle de société. Il en est de même quand il rejette le dialogue entre partenaires sociaux et la paix sociale en tant que stratégie politique.“

Gleich in der Präambel heißt es: „Die ungehemmte internationale Finanzspekulation, welcher durch Deregulierung und freier Kapitalzirkulation keine Grenzen mehr gesetzt sind, ist dabei, die reale Wirtschaft in eine größere Krise zu stürzen.“ Die Einführung einer Steuer auf internationale Finanztransaktionen wird gefordert.

Demokratie definiert Die Linke in einem gesonderten Kapitel als „größtmögliche kollektive und individuelle Selbstbestimmung und Selbstverwaltung“. Es ginge um die Beteiligung aller Mitglieder der Gesellschaft an der Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse“. Demokratie wird eher als kollektives Gut oder als staatliche Einschränkung, weniger als das von libertären Linken vertretene individuelle Recht auf Entzug aus gesellschaftlichen Verwertungsprozessen gesehen. Dennoch betont Die Linke die Unteilbarkeit und Universalität der „individuellen und sozialen Menschenrechte“. Diese müssten auf alle in Luxemburg lebenden Bevölkerungsgruppen und Minderheiten, auf Homosexuelle, Frauen, Behinderte und Asylbewerber übertragen werden. Auch hier scheint Die Linke eher auf kollektive Befreiung dieser Gruppen durch staatliches Handeln als auf deren emanzipatorisches Potenzial zur Selbstbefreiung zu setzen.

Die gesellschaftspolitischen Themen sind den wirtschaftspolitischen nachgeordnet und zeichnen sich allesamt dadurch aus, dem Staat eine wichtigere Rolle zuzumessen. Kulturpolitik wird weitestgehend auf die Notwendigkeit höherer staatlicher Subventionen reduziert. In der Geschlechterpolitik wird die Frau eher als zu befreiendes Opfer angesehen, statt dass die Geschlechterverhältnisse als Entfremdung von Männern und Frauen zugleich eingeschätzt würden. In der Bildungspolitik wird Chancengleichheit angemahnt, eine gemeinsame Schule aller Kinder aber nur für die ersten drei Jahre im Sekundarunterricht gefordert. Hochschulpolitik, Wissenschaft und Forschung tauchen nicht wirklich auf. Der Abschnitt zur Ökologie erschöpft sich in Kritik an die Adresse von Regierung und Unternehmern, aber der Widerspruch zwischen ökologischer Nachhaltigkeit und ökonomischem Wachstum wird als solcher nicht diskutiert.⁸

Der gemeinsame Wahlerfolg 1999

Die National- und Europawahlen im Juni 1999 verlaufen erfolgreich, aber ernüchternd. Mit einem Ergebnis von 4,98 Prozent im Wahlbezirk Süden erreicht Die Linke einen Sitz im Luxemburger Parlament. Eine Besonderheit des Luxemburger Wahlsystems besteht in der Möglichkeit, auf jeder politischen Ebene zu kumulieren und panaschieren⁹. Entsprechend seiner persönlichen Stimmenanzahl ist André Hoffmann (NL) gewählt. Im Oktober desselben Jahres finden Kommunalwahlen statt, bei denen Die Linke mit sechs Abgeordneten in fünf Stadtparlamente einzieht, darunter die drei größten Städte des Landes: Luxemburg, Esch-Alzette und Differdingen. Bei vorgezogenen Neuwahlen in Esch-Alzette am 30. April 2000 erreicht Die Linke mit 12,8 Prozent ihr bisher bestes Ergebnis und tritt mit André Hoffmann als stellvertretendem Bürgermeister in die Stadtregierung ein. Für ihn rückt KPL-Präsident Aloyse Bisdorff ins Luxemburger Parlament nach.

⁸ Déi Lénk – La Gauche (1999): Programm. Angenommen auf dem Gründungskongress vom 30. Januar 1999 in Luxemburg, abgeändert auf dem Europakongress vom 29. März 1999.

⁹ Das heißt, Bürger können auf der von ihnen gewählten Liste einzelnen Kandidaten mehr als eine Stimme geben und ungewollte Kandidaten „streichen“. Darüber hinaus gibt es die Möglichkeit, Kandidaten auf verschiedenen Listen zu unterstützen.

Die zweite Spaltung 2003

Nach diesen Wahlerfolgen brechen die bis dahin durch die gemeinsamen Wahlziele verdeckten Konflikte in voller Heftigkeit aus. Von Anfang an hat es ein Missverständnis über den Charakter der neuen Organisation gegeben, der durch den Begriff der „Sammelbewegung“ übertüncht, aber nicht ausgeräumt war. Während die Mehrheit der KPL weiter an ihrer eigenen Partei festhalten will, geht es den aus Neuer Linker und RSP kommenden Aktivisten um mehr als nur gemeinsame Wahllisten. Praktisch bedeutet dies, dass die KP-Mitglieder in der Linken für ihre eigene Struktur werben und Pressemitteilungen als KPL veröffentlichen, während die anderen Mitglieder dies für Die Linke tun. Zusätzlichen Zündstoff liefert das Rotationsprinzip, welches in der Praxis zu einer Minderung des kommunistischen Einflusses im Parlament und in den Kommunalvertretungen führt. Diese Auseinanderentwicklung spitzt sich auf dem Zweiten Kongress der Linken im Oktober 2001 zu, als die KP-Mitglieder erstmals im Rahmen der Linken als geschlossene Gruppe auftreten.

Schließlich unterbreitet die KPL der Linken das Angebot, die Wahlen 2004 nicht mehr im Rahmen der gemeinsamen Sammelbewegung, sondern auf Augenhöhe zwischen Linker und KPL zu bestreiten. Für die Mehrheit in der Linken kommt dies einer Aufkündigung des gemeinsamen Projekts gleich¹⁰. Schließlich ziehen beide getrennt in die National- und Europawahlen im Juni 2004 und verlieren ihre parlamentarische Präsenz. Nach Romain Hilgert gelingt es der „altmodischer und verstockter“ erscheinenden KPL dabei, „mehr aktive und pensionierte Arbeiter“ und der Linken, mehr „intellektuelle Mittelschichtler“ anzusprechen¹¹.

Abbildung 1: Wahlergebnisse linker Parteien bei den Nationalwahlen (in Prozent)

	1979	1984	1989	1994	1999	2004
LSAP	21,64	29,93	25,45	24,8	23,58	22,09
SDP	7	-	-	-	-	-
PSI	-	2,56	-	-	-	-
Greng	-	6,08	10,46	10,93	10,7	15,02
GLA	-	-	-	-	1,83	-
KPL	5	4,08	4,71	1,63	2,77	1,17
DL	-	-	-	-	-	1,69
NL	-	-	-	0,9	-	-

¹⁰ Déi Lénk – La Gauche (2004): Bref historique du mouvement unitaire 'déi Lénk/la Gauche', 02/01/2004, in : <http://www.lenk.lu/node/157>, abgerufen am 25.01.2009: „Le PCL reprochait au mouvement unitaire d’occuper tous les terrains et de se transformer progressivement en parti politique et craignait d’être marginalisé lors de la composition des listes électorales. Le 3e Congrès de déi Lénk/la Gauche a rejeté toute tentative de remettre en cause le mouvement unitaire et de lui substituer une simple coalition d’appareils politiques.“

¹¹ Romain Hilgert (2003): Prinzip Hoffnung. Links von LSAP und Grünen bläst ein rauer Wind, Kommunisten und déi Lénk kämpfen gegeneinander um den letzten Parlamentssitz, in: Letzebuenger Land vom 28.11.2003.

	1979	1984	1989	1994	1999	2004
GRAL	-	-	0,86	-	-	-
LCR/RSP	0,52	0,38	0,61	-	-	-
	34,14	43,09	42,09	38,26	38,81	39,97

LSAP: Luxemburger Sozialistische Arbeiterpartei; SDP: Sozialdemokratische Partei; PDS: Unabhängige Sozialisten; Greng: Grüne Partei, zeitweise getrennt angetreten; GLA: Grün-Liberale Allianz; KPL: Kommunistische Partei Luxemburgs; DL: Die Linke; NL: Neue Linke; Abbildung: http://www.ipu.org/parline-f/reports/1191_E.htm, abgerufen am 2.2.2009.

Abbildung 2: Wahlergebnisse linker Parteien bei den Europawahlen (in Prozent):

	1954	1959	1964	1968	1974	1979	1984	1989	1994	1999	2004
LSAP	35,1	34,9	37,7	32,3	29,1	24,3	33,6	27,2	24,8	23,7	25,4
SDP					9,2	6					
PSI						2,2	2,5				
Greng							5,2	8,9	10,9	9,1	11,6
GLA										1,09	
KPL	8,9	9,1	12,5	13,8	10,5	5,8	5	5,1	1,6	3,3	0,92
DL											1,9
NL									0,5		
	44	44	50,2	46,1	48,8	38,3	46,3	41,2	37,3	36,1	38,8

GRAL: Grüne Radikale Allianz; LCR/RSP: Ligue Communiste Révolutionnaire/Revolutionär Sozialistische Partei; Abbildung: http://dev.ulb.ac.be/cevipol/fr/elections_luxembourg_europeennes_2004.html, abgerufen am 2.2.2009.¹²

Europapolitischer Erfolg und kommunalpolitische Niederlage

Am 10. Juli 2005 stimmen die Luxemburger in einem Referendum über den Europäischen Verfassungsvertrag ab. Ebenso wie in Frankreich und den Niederlanden deckt sich der Grad der Zurückweisung mit der geographischen und soziokulturellen Verankerung der Linken. Für Die Linke und die KPL ist dies der Moment, die Wahlniederlage 2004 hinter sich zu lassen und für ein Nein zum Verfassungsentwurf zu werben. Dies tun sie mit einem solchen Erfolg, dass ein Parlamentsbericht der „Linken der Linken“ im Nachhinein bescheinigt, lange Zeit die Themen

¹² Zu beiden Tabellen muss einschränkend formuliert werden: Im auf Panaschieren und Kumulieren beruhenden Luxemburger Wahlsystem sind bis vor wenigen Jahren keine Stimmen in Prozent gemessen worden. Für die vorliegende Publikation schien mir eine solche Tabelle aber wichtig. Dabei sind Abweichungen durch die unterschiedliche Stimmenzahl in unterschiedlichen Wahlkreisen sehr schwer zu berücksichtigen und eine fehlerfreie Zusammenstellung ohne größeren statistischen Aufwand nicht zu leisten.

der Kampagne bestimmt zu haben. Selbst wenn der Einfluss der Linken nicht überschätzt werden sollte: Bezeichnenderweise gibt es in allen Städten des Südens, in denen die Linke bei den Wahlen 1999 eine Kommunalvertretung erreicht hat und die über ein traditionelles Arbeitermilieu verfügen, eine Mehrheit gegen den Verfassungsvertrag, während im Landesdurchschnitt das Ja dominiert¹³. Dieser Erfolg und die als Vorreiterrolle empfundene Funktion in anderen politischen Fragen und sozialen Bewegungen führt dazu, dass sich Die Linke gestärkt sieht und sich nicht weiter um ein Zusammengehen mit der Kommunistischen Partei bemüht. Sie tritt der Europäischen Linkspartei bei, was den Bruch weiter befördert.

Die KPL ihrerseits schlägt einen ideologisch auf Abgrenzung und Bewahrung kultureller Identität ausgerichteten Kurs ein. Nachdem die reformorientierten, 1993 in der KP verbliebenen Kräfte sich bereits im Vorfeld der Wahlen 2004 für Die Linke entschieden hatten, kann der konservative Flügel um den Parteivorsitzenden Ali Ruckert seine Linie ohne Widerstand durchsetzen. Auf europäischer Ebene beteiligt sich die Partei an den Athener Treffen, welche an die Tradition der vormals unter sowjetischer Schirmherrschaft organisierten kommunistischen Parteikonferenzen anknüpfen. Diese „identitäre Rückbesinnung“ drückt sich bei der KPL in einer Verklärung der ehemaligen Regime in Osteuropa und einem verstärkten Avantgarde-Gedanken aus. Der KPL-Vorsitzende ist überzeugt: „Wie schon in der Vergangenheit sind die Kommunisten die einzigen, die eine Alternative zu den bestehenden Verhältnissen bieten, die einzigen, die über ein revolutionäres Programm für eine andere Gesellschaft verfügen.“¹⁴

An ein Zusammengehen ist nicht mehr zu denken. Die anschließenden Kommunalwahlen am 9. Oktober 2005 bringen aufgrund der konkurrierenden Listen den Verlust von fünf der sechs Kommunalvertreter. Zum Verhängnis wird der stärkeren Die Linke die Kandidatur der KPL. In Luxemburg-Stadt (31.873 Wähler) erreicht Die Linke 3,1 Prozent gegenüber 3,6 Prozent vor sechs Jahren. Die KP kommt auf 1,14 Prozent. In Sanem (8.412 Wähler) fällt Die Linke von 8,22 auf 5,02 Prozent. Die KP erreicht 2,69 Prozent. Beide Mandate der Linken gehen verloren. Auch in den ehemaligen kommunistischen Hochburgen Rümelingen und Differdingen kann die KP ihre letzten Sitze nicht verteidigen. Nur in Esch-Alzette (13.729 Wähler), wo Die Linke in Koalitionsverantwortung mitregierte, kann trotz des Sturzes von 12,8 auf 8 Prozent eines von zwei Mandaten verteidigt werden. Die KP geht auch hier mit 4 Prozent leer aus.

Perspektiven

Seit der Niederlage bei den Kommunalwahlen 2005 hat sich am Verhältnis zwischen Kommunistischer Partei und Die Linke nichts verändert. Ein Brief der Linken, im Vorfeld der Wahlen im Juni 2009 über gemeinsame Listen nachzudenken, wird von der KPL nicht beantwortet. Stattdessen erklärt Ali Ruckert gegenüber der Presse, seine Partei werde selber mit offenen Listen antreten. An einer Zusammenarbeit mit der Linken sei er wegen der schlechten Erfahrungen

¹³ Vgl. Patrick Dumont et al. (2007): Le référendum sur le Traité établissant une Constitution pour l'Europe. Rapport élaboré pour la Chambre des Députés, Luxembourg, S. 87f.

¹⁴ Ali Ruckert (2006): Schon wieder geht ein Gespenst um in Europa, in: Marxistische Blätter 3-06, S. 61.

in der Vergangenheit nicht interessiert¹⁵. Der KPL nutzen bei dieser Strategie einige Grundeinstellungen der Luxemburger Bevölkerung, die vielleicht verwundern. So hat Luxemburg mit 59 Prozent europaweit den höchsten Anteil an Menschen, die den Fall der Berliner Mauer („rideau de fer“) als eher nachteilig für die Entwicklung des eigenen Landes betrachten¹⁶. Auch ist die Erinnerung an die Kommunistische Partei der sechziger und siebziger Jahre und an ihr sozialpolitisches Wirken im Dienste der ‚Schaffenden‘ in den südlichen Regionen des Landes durchaus lebendig.

Die Linke ihrerseits versucht, sozialdemokratische und grüne Wählerinnen und Wähler zu gewinnen. Dazu spitzt sie soziale und ökologische Fragestellungen zu und nimmt zu gesellschaftspolitischen Themen stärker Stellung¹⁷. Besondere Bedeutung erfährt die Mitarbeit in der Partei der Europäischen Linken. Mitglieder der Linken sind im Juni 2008 an der Gründung von *transform! Luxembourg* beteiligt, eine an das europäische linke Stiftungsnetzwerk Transform angelehnte Vereinigung in welcher in Arbeitsgruppen Verteilungsfragen und der Zusammenhang von ökologischen und sozialen Fragen diskutiert werden¹⁸.

¹⁵ Vgl. KPL (2008): Pressemitteilung vom 18.12.2008, in: <http://www.kp-l.org/>, abgerufen am 25.01.2009; David Wagner (2008): Rede auf dem Neujahrstreffen der „Déi Lénk“, in: http://www.indymedia-letzebuerg.net/index.php?option=com_content&task=view&id=13&Itemid=26, abgerufen am 25.01.2009; Déi Lénk – La Gauche: Pressemitteilung vom 06.01.2008, in: <http://www.sokrates.lu/forum/viewtopic.php?f=4&t=2431>, abgerufen am 25.01.2009.

¹⁶ Vgl. Sondage Eurobaromètre au Luxembourg , 28.01.2009, in: http://www.indymedia-letzebuerg.net/index.php?option=com_content&task=view&id=17916&Itemid=27, abgerufen am 25.01.2009.

¹⁷ Tageblatt, Zeitung für Lëtzebuerg, vom 23.01.2009.

¹⁸ Transform! Luxembourg, in: Forum für Politik, Gesellschaft und Kultur (282), Dez. 2008, S. 8.

Die emanzipative Linke in den Niederlanden

Cornelia Weissbach

Kontextbedingungen

Die Niederlande durchlaufen seit 2002 eine doppelte Krise, deren sozioökonomische Dimension das wirtschaftliche Wachstum, den Export und die Nachfrage bremsen sowie den Anteil prekärer Beschäftigung noch einmal sprunghaft erhöhen. der bundesdeutschen Medienöffentlichkeit erfährt die politisch-kulturelle Dimension dieser doppelten Krise durchaus Aufmerksamkeit: Zuletzt im Zusammenhang mit dem islamfeindlichen Film des Regisseurs Theo van Gogh und seiner brutalen Ermordung. Vorausgegangen war das „lange Jahr 2002“ mit einer großen und nachhaltigen Erschütterung im Parteiensystem. Die WählerInnen hatten bei den Parlamentswahlen mit der neu gegründeten postmodernen Antiestablishment-Liste *Lijst Pim Fortuyn* (LPF) eine Partei zur zweitstärksten Kraft gewählt, die in Fragen der Migration und des Bildes einer multi-kulturellen niederländischen Gesellschaft nach rechts ausscherte.

Die seit dreizehn Jahren mitregierende Sozialdemokratie verlor annähernd die Hälfte ihrer Stimmenanteile und sackte auf den historischen Tiefstand von 15 Prozent. Damit war nach sieben Jahren in einer „violettten Koalition“ mit den beiden liberalen Parteien der niederländische Versuch eines „Dritten Weges“ gescheitert. Die „Erdrutschwahlen“ signalisierten erstmalig eine tiefe Kluft zwischen politischer Klasse und Wahlbevölkerung, die den Poldermodell-typischen gesellschaftlichen korporativen Grundkonsens eher als eine inhaltlich-programmatische Gleichförmigkeit aller etablierten Parteien wahrnahm. Die LPF ist zwar als politische Kraft inzwischen implodiert, aber die Abschottung der politischen Klasse ist in den Augen der WählerInnenschaft weiter vorangeschritten.

Darüber hinaus kam es bei den Themen Migration, Islam und Integration zu einer diskursiven Verschiebung in allen Parteien. Nach zahlreichen Spaltungsprozessen liegt die Gruppe um den ehemaligen Politiker der Liberalen Wilders (*Partij voor der Vrijheid*, PVV) den Meinungsumfragen seit Januar 2009 mit 23 von 150 Sitzen vor der *Sozialistischen Partij* (SP), die seit Mitte September 2008 verlor und nun wieder um etwa 15 Sitze oszilliert.

Im Jahr 2004 versammelten sich 300.000 Menschen in Amsterdam zur größten Demonstration, die das Land je gesehen hatte. Zahlreiche Funktionäre und WählerInnen der SP waren dem Aufruf eines Bündnisses aus Gewerkschaften und sozialen Bewegungen gefolgt, die von ihrem Mobilisierungserfolg selbst völlig überrascht wurden. Anlass waren zugespitzte Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Gewerkschaften um die zukünftige Gestaltung der Sozialpolitik: Die Regierung versuchte die Gewerkschaften auf ihren (als „Konsens“ deklarierten) Kurs zu zwingen, indem sie drohte, das Instrument der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifver-

trägen nicht mehr anzuwenden. Diese Auseinandersetzung stand im Kontext der sozialökonomischen Krise in den Niederlanden, die weite Teile der Mittelschichten mit der „Angst vor dem Absturz“ konfrontiert.

Ein weiteres Phänomen der doppelten Krise in den Niederlanden, das weltweit wahrgenommen wurde, war das holländische „Nee“ im Referendum über den EU-Verfassungsvertrag. Die Entwicklungen in den Niederlanden sind umso bemerkenswerter, als das Land noch in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre vielfach als Erfolgsmodell angepriesen wurde: In ganz Westeuropa griffen Massenerwerbslosigkeit, die Krise des Wohlfahrtsstaates und Orientierungslosigkeit der wohlfahrtsstaatlich orientierten Akteure – sozialdemokratische Parteien, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände – damals um sich. Die Niederlande galten in dieser Phase als beispielhaft für eine marktorientierte und zugleich konsensbasierte Gesellschaft; davon zeugt nicht zuletzt die Rede vom „holländischen Wunder“.

Sowohl die Auseinandersetzungen um Sozial-, Kultur- und Integrationspolitik und die EU-Verfassung als auch die Krise des politischen Systems deuten jedenfalls darauf hin, dass derartige Einschätzungen allzu verfrüht waren. Die Kampagne gegen die EU-Verfassung war (im Unterschied zu Frankreich, wo das globalisierungskritische Netzwerk Attac zentral war) von einer Partei geführt worden, namentlich der *Socialistische Partij* (SP). Diese parteipolitische Formation, die auf nationaler Ebene lange in der Bedeutungslosigkeit verharrte, hat in gut einem Jahrzehnt konsequent Erfolge erzielen können (Verdoppelung des Stimmenanteils bei jeder Wahlteilnahme mit Ausnahme 2002).

Zur Geschichte der SP sei angemerkt: Im Jahr 1994 – nach fünf gescheiterten Versuchen erstmals im Parlament vertreten, erreichte sie bei den Wahlen im November 2006 ihren bisher größten Sieg. Mit 16,6 Prozent der Stimmen wurden sie drittstärkste Kraft sowohl in der zweiten Kammer des Parlaments als auch gemessen an ihren Mitgliedern. Nur 4,6 Prozent trennen sie damit von einem der Verlierer der Wahlen den niederländischen SozialdemokratInnen (PvdA), auf die nur 21,2 Prozent der Stimmen entfielen.

Der mediengewandte und überaus populäre Vorsitzende der SP Jan Marijnissen warb bereits im Vorfeld der letzten Wahlen für eine Zusammenarbeit von *GroenLinks*, Sozialdemokratie und SP. Die anderen beiden Parteien lehnten dies ab, und die Mehrheitsverhältnisse nach den Wahlen ließen ein Mitte-Links-Kabinett nicht zu. Jan Peter Balkenende führt als Ministerpräsident zum dritten Mal eine Koalition aus ChristdemokratInnen, SozialdemokratInnen und der kleinen fundamentalistisch christlichen Union.

Der Erfolg der SP ist für linke Parteien aus mehreren Gründen interessant. Der wichtigste Grund ist, dass er in einer Zeit stattfindet, in der die europäische Linke um neue Perspektiven ringt, nachdem traditionelle Orientierungen mit dem Ende der sozialistischen Staaten 1989 – dem Ende einer Ära, die 1917 begonnen hatte – endgültig über Bord geworfen werden mussten. Was der britische Historiker Eric Hobsbawm den „Erdrutsch“ (vgl. Hobsbawm 1999) nennt, trifft die Linke in besonderer Weise – einstmals bestehende Klassenkompromisse sind aufgekündigt, und die Frage, wer eigentlich der zu repräsentierenden „Arbeiterklasse“ angehört, scheint nach der Auflösung von „typischen“ Arbeitermilieus kaum noch zu beantworten. Diese Probleme teilen sozialdemokratische und sozialistische Parteien mit den Gewerkschaften.

WählerInnenschaft und Mitglieder

Untersuchungen zu WählerInnenwanderungen (sogenannte „exit-polls“) ergaben, dass ein Drittel der Stimmen beziehungsweise sechs der Sitze, die die SP gewinnen konnte, auf Kosten der Sozialdemokratie gingen; bei einem Zuwachs von 16 Sitzen insgesamt ist das ein beträchtlicher Anteil (Voerman 2007 a: 139 f.). Nur zehn Prozent der SP- WählerInnen kamen von der LPF. Ein Großteil der bis kurz vor der Abstimmung unentschlossenen WählerInnen stimmte letztlich für die SP oder die rechtspopulistische *Partij voor der Vrijheid*(PVV) von Wilders. Beachtenswert ist der Umstand, dass die SP zehn Prozent der sich politisch in der Mitte verortenden WählerInnen gewinnen konnte. In der Wahrnehmung des Elektorats schreckt die maoistische Vergangenheit offenbar nicht mehr ab, was sich aus einem ungefähr gleich großen Quantum der über 55-Jährigen bei VVD und SP schlussfolgern lässt. Die KernwählerInnen sind hingegen zwischen 30 und 60 Jahre alt. Gleichwohl erweitert sie ihre Wählerschaft: Die jungen WählerInnen unter 25 Jahren sind im Verhältnis zur Gesamtwahlbevölkerung leicht überrepräsentiert. Das Bild des männlichen SP-Stammwählers ist nicht mehr aufrechtzuerhalten – zwei Drittel der Stimmen erhielt die Partei von Frauen. Nicht zuletzt deshalb wird sie als die Partei mit dem insgesamt größten Stimmenpotential eingeschätzt. (NRC Handelsblad vom 23.11.2007)

Stärkste Partei wurde die SP bei ihrer Stammklientel, den unteren Einkommensgruppen, unter denen prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse, Transfereinkommen sowie Teilzeitbeschäftigung weit verbreitet sind. Die SP ist vor allen anderen Parteien diejenige, die am meisten Menschen überzeugen kann, deren Löhne unterhalb des niederländischen Durchschnitts liegen. Zudem lässt sich das Elektorat nach dem differenzieren: Sie wird überwiegend von Menschen ohne höheren Bildungsabschluss (Real- und Hauptschulabschluss) gewählt. (Spier 2008: 112)

Mitglieder

Exakte Angaben zur Mitgliederstruktur sind hingegen schwer zugänglich, da diesbezüglich keine wissenschaftlichen Texte erschienen und parteiinterne Informationen für Außenstehende nicht frei verfügbar sind. Seit der zweiten Legislaturperiode hat sich die Mitgliederstruktur jedoch insofern geändert, als der Anteil der AkademikerInnen zugenommen hat. Diese Entwicklung konzentriert sich vor allem auf die FunktionsträgerInnen in Parlament, Senat und Vorstand. (Kagie 2006: 143, 136) Mit einer größeren Anzahl von Sitzen in beiden Kammern wuchs die Zahl derer, die als „QuereinsteigerInnen“ nicht die gesamte Parteiorganisation von der Gemeinde bis zum Parlament durchlaufen haben.

In der SP versammeln sich TrotzkiInnen, sozialreformerische ChristInnen, Kulturschaffende und ehemalige Mitglieder von CPN, *GroenLinks* und PvdA (vgl. Zonneveld 2007); überdies AktivistInnen aus sozialen Bewegungen, von der Friedens- über die Antimilitarismus- bis hin zur Anti-Atom-, Umwelt- und globalisierungskritischen Bewegung. Der sozial-ethische Humanismus hat mit dem Theologen, Freikirchler und SP-Mitglied Huub Osterhuis, einem in den Niederlanden prominenten konzeptionellen Vordenker des christlichen Sozialismus, einen programmatischen und praktischen Ausdruck gefunden: Die Einleitung zu dem 2004 erschienenen Buch „– What’s left?“, in dem unter anderem Fragmente des Kommunistischen Manifests und ökonomisch-philosophischer Schriften herausgegeben werden, verfasste Osterhuis unter der Überschrift „*Die Revolution der Bibel*“ (vgl. Osterhuis 2004: 9 ff.).

Zentrale Thesen

Seit dem „Erdrutsch“ steht insbesondere für Parteien links der Sozialdemokratie die Herausforderung einer Neugründung im Raum. Gerade aus dem bundesdeutschen Kontext heraus erscheint eine genauere Betrachtung der SP lohnenswert, haben doch Deutschland und die Niederlande die Gemeinsamkeit, dass sich seit langem keine solche linke Partei etablieren konnte. In der Bundesrepublik vereinigte sich im Juni 2007 die PDS mit der Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit (WASG) zur Partei Die LINKE, und bis heute erreichte die gemeinsame Fraktion aus ostdeutscher „Volkspartei“ und westdeutschen Ex- Sozialdemokraten und linken Gewerkschaftern in vier westdeutschen Bundesländern den Einzug in die Landesparlamente. drängt sich die Frage auf, ob sich für diesen Prozess von der SP lernen lässt. Kann die SP einen Beitrag zum Dialog einer neuen Linken in Europa leisten? Diese Fragestellung soll hier einer ersten Annäherung aufgeworfen werden.

These 1: Eine Verengung auf die von Gerrit Voerman vertretene Sozialdemokratisierungsthese (vgl. Voerman 2007b) verkennt das spezifisch neue an der SP sowohl strukturell als auch programmatisch-inhaltlich.

Zunächst sind generelle Zweifel an der analytischen Tragfähigkeit eines Rekurses auf die klassische Sozialdemokratie angebracht. Spätestens seit dem Ende des Fordismus und dem Verschwinden klassischer Arbeitermilieus und Erwerbsbiographien ist die sozialdemokratische Kernwählerschaft vielfach fragmentiert und segmentiert. Ein politisch-inhaltliches Anknüpfen an den Interessen der klassischen Arbeiterklasse hätte der SP weniger als annähernd 17 Prozent der Stimmen eingebracht. Prekarisierungstendenzen reichen bis in die oberen Mittelschichten hinein und erfassen sicherlich die traditionellen FacharbeiterInnen, dessen Normalarbeitsbiographie erodierte.

Die Analyse der Wahlprogramme und die inzwischen eingenommene Orientierung auf eine keynesianisch-wohlfahrtsstaatliche Regierungskoalition stützen die gängige These einer Sozialdemokratisierung der einstigen maoistischen K-Gruppe sowohl hinsichtlich einer programmatisch-inhaltlichen „Mäßigung“ als auch im Hinblick auf eine Verbreiterung des WählerInnenpotentials. Eindeutig bejaht werden kann sie aber dennoch nicht: In Parteistruktur und Arbeitsweise finden sich Elemente, die die SP von typisch fordistischen sozialdemokratischen Parteien abgrenzen. Auch unterschätzt die Sozialdemokratisierungsthese die spezifische Neuzusammensetzung der politischen Programmatik und Taktik, in der Ansätze einer Re-Regulation des nationalen Kapitalismus mit kommunitaristischen Elementen, christlich-sozialer Ethik, einer Nutzung neuer Medien und spezifisch mitgliedsnahen Organizingkonzepten verknüpft sind. Wesentlich ist die Parallelität kulturkonservativer, regulativer sowie ausgeprägt außerparlamentarischer und beteiligungsorientierter Antworten auf die Erscheinungsformen der sozialökonomischen wie der politisch-kulturellen Krise.

Gleichzeitig vermag die SP die zugrunde liegenden Ursachen der Entfremdungstendenzen der Wahlbevölkerung von der politischen Klasse und den AkteurInnen des Wettbewerbskorporatismus sowie vom Prozess der europäischen Integration als einer die Legitimationskrise des niederländischen politischen Systems forcierenden Dynamik zu überbrücken.

These 2: Die SP verfolgt eine Organizing- und Beteiligungsstrategie für linke Parteien

Trotz einer bereits in den 1970ern vollzogenen „Demaioisierung“ der SP hat die maoistische „Massenlinie“ die SP dennoch bis heute geprägt. Dies trifft vor allem für ihre relativ authentische Ausrichtung an den Interessen der „kleinen Leute“ zu. Diese fungieren im Parteidiskurs nicht als reine Projektionsfläche der eigenen Bestrebungen; stattdessen genießt der direkte Kontakt zur Basis und zum WählerInnenklientel einen hohen Stellenwert in der Partei und ist elementarer Bestandteil des Selbstverständnisses.

Zentral ist die Stellung der Ortsgruppen. Sie erhalten weitgehende Autonomie in lokaler Kampagnenführung. Hierzu werden regional relevante Themen - durch die Auswertung selbst geführter Umfragen - identifiziert. Ziel ist es, die Ortsgruppen in die Lage zu versetzen kampagnenfähig zu werden, d.h. alle Elemente ihrer Umsetzung werden auf dieser Ebene entschieden und durchgeführt. Der Beteiligungsansatz gibt den Aktiven in der Partei und in deren Umfeld, die Möglichkeit sich inhaltlich und organisatorisch aktiv einzubringen. Dies kann auch punktuell Engagement sein; ohne an allen in den Ortsgruppen üblichen formal institutionalisierten Parteiroutinen mitarbeiten zu müssen¹. Wichtig ist hierbei: Beteiligung ist nicht im Sinne von Basisdemokratie zu verstehen, denn die Leitung obliegt den lokalen Führungen und die Besetzung der Gemeinderats- und Magistratsposten erfolgt über Listen.

Diese veränderte Rolle der Ortsgruppe hat sich in den Jahren, in denen die SP ausschließlich und sehr erfolgreich Lokalpolitik betrieb, entwickelt. Sie wurde ihr nicht im Sinne einer Modernisierungsstrategie übergestülpt. Heute ist sie noch immer wichtigster Pfeiler der SP, nicht zuletzt, weil die Ortsgruppe erste Anlaufstation für alle Interessierten bleibt und sich aus der Kampagnenarbeit nach wie vor der Nachwuchs rekrutiert. Gleichzeitig sanktioniert die SP solche Ortsgruppen, die den Maßstäben der dezentralen lokalthematischen Kampagnenführung in keiner Weise gerecht werden, indem sie nicht zu den Gemeinderatswahlen zugelassen werden. (Vgl. Bredewold, Martine et al. 2008)

Für ParteifunktionärInnen ist es selbstverständlich, sich an der direkten „Straßenagitation“ zu beteiligen. In ihren Wahlkampfstrategien legt die Partei großen Wert auf eine verständliche Vermittlung ihrer Positionen. Zusätzlich setzt sie vielfach auf außerparlamentarische Aktionsformen wie Unterschriftensammlungen, Demonstrationen und Meinungsumfragen, etwa zur Einbürgerung oder zur Psychiatrie. Aus der frühzeitig entwickelten und lokal umgesetzten Strategie der Massenorganisationen ist auch die Gewährleistung individueller Betreuungs- und Hilfsangebote erhalten geblieben. So bietet die SP etwa Telefonhotlines und Sprechstunden an, die bei Problemen mit Vermietern oder mit der Gesundheitsversorgung Beratung und Unterstützung leisten. Zusätzlich bemüht sich die Partei, Strukturen zu schaffen, die eine möglichst direkte Kritik ihrer Politik durch die Basis, die WählerInnen sowie eine interessierte Öffentlichkeit ermöglichen. Nach den Wahlen 1994, die ihr zwei Sitze in der Zweiten Kammer einbrachten, installierte die SP eine „*Alarmlijne*“, über die Fragen zur Politik im Parlament und den Abgeordneten gestellt werden können (Hippe 1995: 75 f.). Diese ist so erfolgreich, dass sich inzwischen 20 MitarbeiterInnen um die Anrufenden kümmern; von Zeit zu Zeit telefonieren alle bekannten Köpfe der SP über eine Hotline mit Interessierten.

¹ Unerforscht sind die möglichen Probleme und Konflikte innerhalb der unteren und mittleren Ebenen, die sich aus einer solchen Parallelität von formeller und informeller Partei ergeben können.

Mitglieder und Interessierte werden immer wieder direkt befragt, sei es zur aktuellen Verkehrssituation in der Region oder zur Frage, ob sie mit ihrem Geld auskommen. Diese niedrighschweligen Beteiligungsangebote können online via Internet, aber eben auch offline per Post wahrgenommen werden. Die Partei profitiert durch die systematische Auswertung ihrer Feedbacks und Kampagnen. So kann die SP neue Themen generieren, die repräsentativen Meinungsumfragen verborgen bleiben.

Beitrag zum kritischen Dialog linker Parteien

Die Identifikation von Basis und Parteikadern, insbesondere in ihrem Selbstverständnis, ist ausschlaggebend für den Erfolg und führt zum immensen Stellenwert eines (nicht mit Basisdemokratie gleichzusetzenden) Konzeptes der Beteiligung von ehrenamtlichen Mitgliedern und Freiwilligen an Kampagnen, Aktionen und am Wahlkampf. Sie bindet Menschen an die Partei und macht sie so zu einem wichtigen Faktor ihrer Funktionsweise. Das Konzept der Beteiligungspartei mit weitgehend autonomer Ortsgruppe scheint übertragbar. ist jedoch nicht bloßes Instrument einer Marketingstrategie oder eines Servicekonzeptes, sondern wird als ein die Meinungsforschungsinstitute ergänzender Zugang zu Themen genutzt².

In gleicher Weise sind die „interaktiven“ Möglichkeiten der weit verzweigten Internetplattform mit Feedback-Möglichkeiten für die NutzerInnen zu verstehen. Sie ersetzen kein Beteiligungskonzept. Zusätzlich zu den neuen „online-Möglichkeiten“ bemüht sich die Partei, Strukturen zu schaffen, die eine „offline“ Kritik (z. B. Post) ihrer Politik durch die Basis, die WählerInnen sowie eine interessierte Öffentlichkeit ermöglichen. ist die SP durch das Beteiligungskonzept auf allen Ebenen extrem erfolgreich und flexibel im Erkennen und Verarbeiten neuer Themen ein Gegenmodell zum „expertInnenzentrierten“ Poldermodell.

Die Mitglieder erfüllen eher klassische bzw. idealtypische Funktion des Bindegliedes zwischen WählerInnenschaft und Partei. Die Mitglieder repräsentieren die Wählerschaft in einem größeren Maß als dies bei den anderen niederländischen Parteien der Fall ist. In letzteren hat die Funktion der Mitglieder dahingehend abgenommen, dass Meinungsforschungsinstitute WählerInnen außerhalb der Kernwählerschaft identifizieren sollen und Politikinhalt entsprechend angepasst werden (man denke nur an das Vorstoßen in neue WählerInnenschichten bei der SPD in Deutschland im Zuge der Neo-Sozialdemokratischen Erneuerung).

Die SP unterscheidet sich von anderen Parteien durch ein neues Gesamtgefüge. sich die inneren Parteizirkel an der Spitze der SP im Sinne einer Professionalisierung um Berater (z. B. Design, Coaching, Wahlkampf) in Richtung einer eiert haben, so gibt es keine fließenden Rollenwechsel zwischen Lobbyisten und Beratern aus der Wirtschaft und SP-Politikern. umgeht mit ihrer Aktions- und Beteiligungsorientierung (Organizing) bisher jedoch die typischen Entfrem-

² Eine groß angelegte Wähleruntersuchung (Dutch Parliamentary Election Study 2002/2003) zeitigte weder ein Interesse für die Politik der Europäischen Union, noch eine skeptische Haltung gegenüber dem Integrationsprojekten (Vertrag über eine Verfassung). Letzteres wurde dennoch zum Schlüssel des Wahlerfolges. Gesundheitspolitik rangiert beim Ranking relevanter Themen dieser repräsentativen Umfrage gleichfalls relativ weit hinten. Die Kampagne gegen die vollständige Privatisierung und massive Kosteneinsparungen bei der häuslichen Betreuung und Altenpflege wären in klassischen Parteien nie gestartet worden. Bei der SP verlief en sie äußerst erfolgreich. Nach den letzten Wahlen gaben 76 Prozent derjenigen, die für die SP stimmten, an, dass die Gesundheitspolitik hierfür den Ausschlag gegeben habe, während unter allen WählerInnen 55 Prozent das Thema Gesundheitspolitik für das wichtigste hielten. (NRC Handelsblad, 23.11.2007)

dungsprozesse der Mitglieder und Aktiven von den hauptberuflichen Parteifunktionären einerseits und vom Elektorats andererseits. Denn über die direkte Aktion werden Spitzen und mittlere Funktionäre an die Basis und Interessen rückgekoppelt, stärker noch wird der innerparteiliche Willensbildungsprozess unter Beteiligung des gesamten Umfeldes vollzogen. Möglich ist dies nur durch die hohe Zahl partizipierender Mitglieder³. Das Besondere an der SP ist also das Verhältnis der Partei in ihrer Gesamtheit zu ihrem Umfeld.

Die SP war und ist weder Programm- noch Bewegungspartei. Sie orientiert sich diffus am „einfachen Menschen“, der nicht *sui generis* progressiv ist. Verengung auf die im Durchschnitt gut ausgebildeten Anhänger der globalisierungskritischen Bewegung würde sie jedoch beschränken. Die Fixierung am elektoralen Erfolg und dessen Erweiterung verbietet auch eine enge Bindung an linke Teile der Gewerkschaften. Nicht zuletzt würde sie sich hierbei den Zugriff auf die kulturkonservativer orientierte christlich soziale Mitte in den Niederlanden versperren.

Trotz fehlender Fixierung auf eine Bewegung gestaltet sich das Verhältnis zu den neuen (und alten) sozialen Bewegungen nicht unbedingt einfach. Im Grunde hat die SP ein in Teilen utilitaristisches Verhältnis zu den sozialen Bewegungen: Solange Parteipolitik prominent eingebracht werden kann und der Einsatz gewissermaßen (stimmen)gewinnversprechend ist, engagiert sich die sozialistische Partei (etwa auf den europäischen Sozialforen), ansonsten hält sie sich zurück (so bei den G8-Protesten seit Evian).

In der Kampagne gegen den EU-Verfassungsvertrag ergab sich erstmals eine konkrete Aktionsform, vermittels derer die Entfremdung von Bevölkerung und europäischen wie nationalen Eliten greifbarer gemacht werden konnte. Das „Nee“ im Referendum war der Schlüssel zum Wahlerfolg, bei dem die SP ihren Stimmenanteil mit fast 17 Prozent beinahe verdreifachte. Es gelang ihr, linke Themen zu besetzen und progressive Forderungen entschieden zu vertreten. Dies war allerdings gepaart mit teilweise offen kulturkonservativen Elementen, vor allem in der Europapolitik⁴ oder der Integrationspolitik, aber auch in anderen Bereichen, die in den Niederlanden traditionell eher liberal gehandhabt werden wie etwa der Sterbehilfe, der Stammzellenforschung oder der Förderung niederländischer Popmusik.

Beispielsweise scheint die – wahlpolitisch überaus erfolgreiche – programmatische Orientierung. Auf eine Stärkung der nationalen Parlamente im europäischen Integrationsprozesses gegenwärtig bestenfalls die europäisch-institutionalisierte Regimekonkurrenz zu verstetigen. Inwiefern die Partei den Widerspruch zwischen der Einbindung in einen möglichen national sowie wettbewerbstaatlich orientierten „Block an der Macht“ (angestrebte Regierungsbeteiligung) und ihrer strikten Basisorientierung regulieren kann (vor allem nach dem Ende der Ära Marjinissen), ist eine hypothetische Frage.

Wesentlicher Aspekt der Theoriefeindlichkeit ist ein weitgehender Verzicht auf präzise Gesellschaftsanalyse und -kritik. Sie ist aber die Basis jeder strategischen Option einer linken Partei, gerade in Zeiten neoliberaler Hegemonie will sie den Blick über bestehende Herrschaftsverhältnisse hinaus erweitern. Spannungen zwischen Theorie und Praxis wurden immer wieder spürbar und letztlich stets zu Gunsten der Praxis aufgelöst. Die nach wie vor starke Abneigung gegen strategische Analysen bzw. konzeptionelle Intellektuelle ist durchaus ein Moment, das die

³ Im Gegensatz zu anderen Parteien – vor allem der PvdA, die, ungeachtet eines Anstiegs im Jahr 2006, zwischen 1980 und 2007 insgesamt mehr als 50.000 Mitglieder verlor – verdreifachte die SP die Anzahl ihrer Mitglieder seit ihrem Debüt im Parlament (1994). (Vgl. Voerman 2007b) Erstmals verlor die SP im Januar 2009 ca. 500 Mitglieder im Vergleich zum Vorjahr. (Vgl. www.dnpp.nl)

⁴ Hier sei nur erwähnt, dass die SP kein Mitglied der Europäischen Linken ist.

Partei zu deutlich unterkomplexen Antworten auf die herrschenden Zustände verleitet und daher auf Dauer ein Potential der Schwäche für linke Parteien birgt. bleibt, ist der bemerkenswerte Erfolg der SP, neue und vor allem authentische Problemdimensionen „aufzuspüren“ und politisch sowie institutionell dauerhaft zu artikulieren. Gleichwohl sind Zweifel angebracht, ob die Fähigkeiten eines politischen „Trüffelschweins“ ausreichen, um einen Politikwechsel in den Niederlanden zu bewirken.

Literatur

Bredewold, Martine/Lucardie, Paul/ Voerman, Gerrit/van de Walle, Nelleke: Kroniek 2006. Overzicht van de partijpolitieke gebeurtenissen van het jaar 2005, in: Documentatiecentrum Nederlandse Politieke Partijen (Hg.): Jaarboek 2006, Groningen 2008.

Crouch, Colin: Postdemokratie, Frankfurt am Main 2008.

Documentatiecentrum nederlandse politieke partijen: Mitgliedszahlen, 2008 in: <http://www.dnpp.nl>, zugegriffen am 9.2.2009.

Dutch Parliamentary Election Study (2002/2003), in: <http://www.nesstar.nl>, zugegriffen am 21.4.2008.

Hippe, Joop/Lucardie, Paul/Voerman, Gerrit: Kroniek 1994. Overzicht van de partijpolitieke gebeurtenissen van het jaar 1994, in: Documentatiecentrum Nederlandse Politieke Partijen (Hg.): Jaarboek 1994. Groningen 1995, S. 75-77.

Hobsbawm, Eric: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1999.

Kagie, Rudie: De Socialisten. Achter de schermen van de SP, Amsterdam 2006.

NRC Handelsblad 23.11.2007, in: <http://www.nrc.nl>, zugegriffen am 11.4.2008.

Oosterhuis, Huub: De revolutie van de bijbel, in: Anstadt, Milo/Jafari, Peyman/Klamer, Arjo/Meulenbelt, Anja/Oosterhuis, Huub/Pronk, Jan/Raak, Ronald van: Socialisme. What's left? Klassieke teksten ingeleid door socialisten van nu. Diemen 2007, S. 9-26.

Voerman, Gerrit (Hg.): Persbericht Documentatiecentrum Nederlandse Politieke Partijen. Vijwel alle partijen boeken ledenwinst over 2006, Groningen 2007a.

Voerman, Gerrit/Lucardie, Paul: De sociaal democratisering van de SP, in: Becker, Frans/Cuperus, René (Hg.): Verloren slag. De PVDA en de verkiezingen van 2006. Amsterdam 2007b, S. 139-169.

Interview

Interview der Autorin mit Jeroen Zonnefeld (Journalist, Parteivorstandsmitglied der SP), telefonisch geführt am 11. August 2007.

Die soziale und politische Linke Dänemarks

Inger V. Johansen

Die dänische Linke ist, wie auch die sozialen und politischen Bewegungen des Landes, seit den 1980ern schwächer geworden. Insofern politische und soziale Bewegungen entstanden sind, sind sie in der Regel kurzlebig gewesen. Obwohl die dänische Gewerkschaftsbewegung bezogen auf ihre Mitgliedschaft stärker ist als Gewerkschaften in Ländern außerhalb Skandinaviens, ist sie in den letzten beiden Jahrzehnten inaktiv geblieben und hat Mitglieder einbüßen müssen. An dieser Entwicklung ist hauptsächlich die unschlüssige und reformistische Führungsebene schuld. Die Tatsache, dass sich die rechtsbürgerliche Regierung des Anders Fogh Rasmussen seit 2001 an der Macht halten konnte, spiegelt die Schwäche der sozialen Bewegungen wieder und bedingt sie gleichermaßen. Sie sind nicht in der Lage gewesen zu verhindern, dass sich die öffentliche Meinung im Allgemeinen nach rechts verschoben hat.

In den letzten zwei Jahren hat es eine neue Entwicklung gegeben, die zum Aufruhr unter Arbeitern und vor allem Arbeiterinnen im öffentlichen Dienst führte. Diese wurde hauptsächlich von der Politik der Regierung verursacht, die die öffentlichen Ausgaben gekürzt und die Privatisierung beschleunigt hat. Es gab weit verbreitete Streiks und Proteste mit Forderungen für Lohnerhöhungen, gleiche Bezahlung und die Verbesserung von Arbeitsbedingungen. Im Frühjahr letzten Jahres erfreuten sich die jüngsten Streiks riesiger Unterstützung in der Öffentlichkeit, auch vom öffentlichen Sozialsystem als solchem. Da aber der Streik vor den Sommerferien im Jahre 2008 eingestellt wurde, erfolgte eine Pause der Gewerkschaftstätigkeiten, sowohl wegen der Erschöpfung der streikenden Gewerkschaftsmitglieder als auch aufgrund des Versuchs reformistischer Gewerkschaftsführer, die Gewerkschaftstätigkeiten einzudämmen. Im letzten Herbst erfolgten dann gewaltige Kürzungen der öffentlichen Ausgaben für die Kommunalverwaltung, wobei es kaum zu Protesten seitens der Gewerkschaften bzw. der Bevölkerung kam.

2001 wurde die sozialdemokratische Regierung durch eine von der rechtsextremen Dänischen Volkspartei (*Dansk Folkeparti*) unterstützte rechtsbürgerliche Regierung abgelöst. Wende war zum Teil durch die Entfremdung verursacht, die der sozialdemokratische Premierminister Poul Nyrup Rasmussen dadurch zu verantworten hatte, dass er sein Wahlversprechen gebrochen hatte, die Altersgrenze für den Vorruhestand nicht zu ändern bzw. anzuheben. Darüber hinaus sahen viele Wähler keinen Unterschied mehr zwischen der Sozialpolitik der Sozialdemokraten und der der bürgerlichen Parteien. Die Privatisierungspolitik gehörte zu den Anpassungsmaßnahmen an die monetaristischen Kriterien der Wirtschafts- und Währungsunion (EWU) vor 2001. Doch die bürgerliche Regierung trieb die Privatisierung weiter, was zum Beispiel zu schlechteren Standards in den öffentlichen dänischen Krankenhäusern führte.

Die Unruhe hat sich im öffentlichen Sektor fortgesetzt, und unter den vier parlamentarischen Oppositionsparteien arbeiten die Sozialdemokraten und die Sozialistische Volkspartei (*Socialistisk Folkeparti*) jetzt eng zusammen, um eine starke Alternative zur Regierung aufstellen zu

können. Nichtsdestotrotz zeigen die Meinungsumfragen immer noch keine konsistente Unterstützung für eine Alternativregierung in der Bevölkerung. Es war für die rechtsbürgerliche Regierung ein Leichtes, die Wahlen in den Jahren 2005 und im November 2007 zu gewinnen. Der parlamentarischen Opposition schien es an klaren und überzeugenden Alternativen zu fehlen. Vor diesem Hintergrund muss man das vorhandene Spektrum linker Parteien und sozialer und politischer Organisationen betrachten.

Wir haben in diesem Artikel die „emanzipative Linke“ als etwas breiter definiert, als der Begriff es eigentlich erlaubt, da es nicht nur die „emanzipative Linke“ ist, die zu den sozialen und politischen Bewegungen und Aktivitäten in Dänemark beiträgt. Wir haben uns bei diesem Überblick auf die politischen Parteien und Organisationen, auf Jugendorganisationen sowie auf EU-kritische Organisationen beschränkt. Außerdem gibt es in Dänemark eine große Anzahl von Umweltorganisationen und von internationalen Solidaritäts-, Frauen- und Friedensorganisationen und -gruppen. sind zwar ohne Frage wichtig für die dänische Linke, doch werden diese Organisationen hier nicht besprochen.

1. Die im Folketing vertretenen linken Parteien

SF – Socialistisk Folkeparti (Sozialistische Volkspartei)

Eine linksgerichtete, im Jahr 1959 durch Abspaltung von der dänischen kommunistischen Partei gegründete Partei. Eine weitere Spaltung der SF führte 1967 zur Bildung der radikaleren „Linkssozialistischen Partei“ (VS, siehe unten). Die SF hat in den letzten 2-3 Jahren einen großen Zuwachs an Mitgliedern erlebt, womit sie 2008 die 15.000-Marke überstieg; der Frauenanteil lag bei 51,3 Prozent. Bei den letzten Parlamentswahlen im November 2007 erreichte die SF 13 Prozent und 23 von insgesamt 179 Mandaten, was eine Verdoppelung ihrer Fraktionsstärke bedeutete. Die Partei stellt 160 Mitglieder von Regional- und Kommunalparlamenten und zwei Bürgermeister. Ihr einziges MEP ist Beobachter bei der Fraktion die Grünen/Europäisches Freies Bündnis im Europaparlament.

Die SF gründete sich ursprünglich auf der Basis der als „Volkssozialismus“ bezeichneten sozialistischen Ideologie. In den letzten 10 Jahren hat sich die Partei von einer EU-kritischen zu einer Pro-EU-Position entwickelt, wobei sie aber einigen EU-Politiken gegenüber kritisch geblieben ist. Diese Bewegung ging einher mit der Bewegung der Partei hin zur Anerkennung der Marktwirtschaft, gepaart mit der Forderung nach mehr Umverteilung. Damit hat sie die Möglichkeiten für eine engere Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten geöffnet, insbesondere für die Vorbereitung einer Alternative zur gegenwärtigen bürgerlichen Regierung. Teilweise stimmen die Mitglieder nicht ganz mit der Parteiposition zur Marktwirtschaft überein, sondern bevorzugen eher eine sozialistisch orientierte Politik. Die Partei hat eine Parteijugend, die „Sozialistische Volkspartei Jugend“.

Nachdem Villy Søvndal 2006 Parteivorsitzender wurde, stiegen die Mitgliederzahl sowie die Wahlergebnisse der SF deutliche an. Søvndal ist der Medienstar der Partei.¹ Er hat auch stark auf eine Professionalisierung gesetzt und eine langfristige Änderung der Wahlstrategie der Partei herbeigeführt.

¹ Für weitere Informationen zur SF siehe www.sf.dk.

Enhedslisten – De Rød-Grønne (Einheitsliste – Rot-Grünes Bündnis)

Eine im Jahr 1989 von den drei linken Parteien DKP (Dänische Kommunistische Partei), VS (*Venstresocialisterne* / , der Abspaltung von der SF, siehe oben) SAP (Sozialistische Arbeiterpartei/ Trotzlisten der IV. International) gebildetes zialistisches Bündnis, dem später auch ehemalige Maoisten beitraten. Erst zwei Jahre später wurde sie zur eigenen Organisation mit eigener Mitgliedschaft. Schnell überflügelten die neuen Mitglieder die der alten Gründungsparteien zahlenmäßig.

Die Einheitsliste-RGA hat in den letzten Jahren eine Verdoppelung ihrer Mitgliedschaft erfahren; 2008 hatte sie etwa 4300 Mitglieder, davon die Hälfte in Kopenhagen. Der Frauenanteil liegt bei 45 Prozent. Die Einheitsliste-RGA hat ein geschlechtsbasiertes Quotensystem für den nationalen Vorstand. Sie ist seit 1994 im dänischen Parlament, damals mit 6 Mandaten, präsent. Bei den Parlamentswahlen 2007 erreichte sie 2,2 Prozent der Stimmen und 4 Sitze. Weiter stellt sie 34 Mitglieder von regionalen und kommunalen Räten und einen Kopenhagener Bürgermeister. Sie hat nie an Europawahlen teilgenommen, unterstützt aber die beiden dänischen EU-kritischen Bewegungen, auf deren Listen prominente RGA-Mitglieder kandidieren. Sie hat keine eigene Jugendorganisation, es besteht aber eine enge Zusammenarbeit mit der SUF.

Die Einheitsliste-RGA betrachtet sich als Partei der Basis und arbeitet für eine Gesellschaft auf Grundlage des demokratischen Sozialismus und der Ökologie. Sie fußt programmatisch auf einer marxistischen Analyse und ist gegen den Kapitalismus und die neoliberale Globalisierung. Sie ist von Anfang an Gegner der EU gewesen, hat aber dennoch eine internationale Perspektive, sie strebt eine demokratische rot-grüne Alternative zur EU an. Sie ist die im dänischen Parlament am weitesten linke Partei und auch die einzige ohne Parteivorsitzenden, sondern mit einer kollektiven Führung.

2. Linke Parteien mit wenigen Mitgliedern und ohne parlamentarische Vertretung

*Kommunistische Parteien**DKP – Danmarks Kommunistiske Parti (Kommunistische Partei Dänemarks)*

1919 gegründet, Mitbegründerin der *Enhedslist* – 1989² programmatische Grundlage ist der Marxismus-Leninismus.

KPiD – Kommunistisk Parti i Danmark (Kommunistische Partei in Dänemark)

1990 durch die Abspaltung einer Gruppe der DKP gegründet, aufgrund der Ablehnung einer Zusammenarbeit mit anderen linken Parteien in der Einheitsliste RGA;³ Grundlage ist der Marxismus-Leninismus.

KP – Kommunistisk Parti (Kommunistische Partei)

2006 von Mitgliedern der ehemaligen Maoistenpartei (DKP/ML) sowie der KPiD gegründet. Ihre programmatische Grundlage ist der revolutionäre Marxismus-Leninismus.⁴ Gibt die Tageszeitung *Arbejderens* (www.arbejderens.dk) mit einer Auflage von 1.500 heraus.

² Für weitere Informationen zur Einheitsliste-RGA siehe www.enhedslisten.dk;

³ Für weitere Informationen zur KpiD siehe www.kommunisterne.dk.programmatische

⁴ Für weitere Informationen zur KP siehe www.kommunister.dk.

3. Trotzkistische Parteien

SAP – Sozialistische Arbeiterpartei

Sektion der IV. Internationale, 1980 als Partei gegründet, nahm 1989 an der Bildung der Einheitsliste-RGA teil.⁵ Die Mehrheit ihrer Mitglieder sind auch RGA-Mitglieder.

IS – Internationale Sozialisten

Teil der internationalen sozialistischen Tendenz, der z. B. auch die britische SWP (Sozialistische Arbeiterpartei) angehört.⁶ Ihre Mitglieder traten 2006 der Einheitsliste-RGA bei.

Grüne Partei De Grønne (die Grünen)

In den 1980ern als Partei gegründet, jedoch ohne Bedeutung.⁷

4. EU-kritische Bewegungen und Organisationen

Folkebevægelsen mod EU (Volksbewegung gegen die EU)

Eine breite Bewegung, um Dänemark von der EU-Mitgliedschaft zu befreien. Sie wurde 1972 gegründet, die sich 1992 spaltete und zur Gründung der „Junibewegung“ führte (siehe unten). Die Volksbewegung ist seit 1979, damals mit 4 Mandaten, im Europaparlament vertreten; 1994 wurden zwei MEPs gewählt, 1999 und 2004 jeweils eins. Diese Mitglieder haben sich unterschiedlichen Fraktionen im EP angegliedert, seit 2002 sind Ole Krarup bzw. später Søren Søndergaard Mitglieder der Fraktion Vereinigte europäische Linke/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL).⁸ Die Partei hat eine Jugendorganisation, die unter dem Namen „Jugend gegen die EU“ firmiert (Website: www.folkebevaegelsen.dk).

JuniBevægelsen mod Union (die Junibewegung gegen die Union)

Eine im Jahr 1992 gegründete Bewegung, die eine Reform und die Modernisierung der EU anstrebt, die EU-Mitgliedschaft jedoch nicht in Frage stellt. Nach Auffassung der Junibewegung sollte die EU transparenter und weniger zentralistisch sein. Die Bewegung empfahl bei den Volksentscheiden zu dem Maastrichter und Edinburgher Vertrag von 1993, zum Amsterdamer Vertrag von 1998 sowie zum Eurobeitritt 2000 mit „Nein“ zu stimmen, sie ist auch gegen die EU-Verfassung. Sie hat eine Geschlechterquote. Sie hat 1994 und 1999 jeweils drei MEPs gewählt sowie 2004 eins. Dieses war bis zum letzten Jahr Jens Peter Bonde, der seit 1979 im Europäischen Parlament arbeitet und bis 2002 Vertreter der Volksbewegung war.⁹ Die Junibewegung ist Mitglied der Fraktion Unabhängigkeit/Demokratie im EP.

Udfordring Europa (Herausforderung Europa)

Eine EU-kritische Mitte-Links-Organisation, die 2005 gegründet wurde, um die Debatte über europapolitische Fragen voranzubringen. Sie ist gegen marktbasierter Politik und will eine linke

⁵ Für weitere Informationen zur SAP siehe www.sap-fi.dk.

⁶ Für weitere Informationen zur IS siehe www.socialister.dk.

⁷ Für weitere Informationen zu den Grünen siehe www.groenne.dk.

⁸ Für weitere Informationen zur Volksbewegung gegen die EU siehe www.folkebevaegelsen.dk.

⁹ Für weitere Informationen zur JuniBevægelsen mod Union siehe www.j.dk.

Vision mit einer Kritik am Mangel an Demokratie und Transparenz in der EU verbinden. Sie bekämpft Armut, Militarismus, Rassismus und Diskriminierung und unterstützt Verbesserungen für die Umwelt und bei der sozialen Gleichheit.¹⁰ Die Gründer und Mitglieder kommen aus unterschiedlichen linken Parteien (auch einige Sozialdemokraten) und aus der Linken allgemein.

Ny-Agenda (Neue Tagesordnung)

Die Denkfabrik, die 2005 gegründet wurde, hat das Ziel, Untersuchungen und Debatten über die Entwicklung der EU aus einer kritisch-demokratischen und bürgerbezogene Perspektive zu initiieren. Ein besonderes Anliegen ist die Rolle der Europäischen Union in der Welt, insbesondere mit Bezug auf den globalen Süden.¹¹ Durch eingehende Analyse stößt *Ny-Agenda* öffentliche Debatten an und stellt etablierte Denkweisen aus einer Mitte-Links-Perspektive in Frage.

5. Linke Jugendorganisationen

Socialistisk UngdomsFront – SUF (sozialistische Jugendfront)

Eine 2001 gegründete revolutionäre sozialistische Jugendorganisation, die eng mit der Einheitsliste-RGA zusammenarbeitet. Sie sind separate Organisationen – die Einheitsliste „beherrscht“ die SUF nicht, doch sind SUF-Mitglieder oft auch Mitglieder der Einheitsliste-RGA, und die Organisationen haben eine Zusammenarbeit vereinbart. Hin und wieder führen sie gemeinsame Kampagnen durch, in erster Linie Wahlkämpfe. Die SUF strebt eine im Wesentlichen demokratische sozialistische Gesellschaft an und fußt ideologisch auf einer Mischung aus revolutionärem Sozialismus, Anarchie und Kommunismus.

Die SUF nimmt an vielen politischen Kampagnen teil: Gegen Kürzungen in der Bildung, gegen den Neoliberalismus, für eine Verbesserung des Nahverkehrs, für die Integration, gegen die EU und die kapitalistische Globalisierung. Des Weiteren beteiligte sich die Organisation sehr aktiv an den Protesten gegen das G-8 Gipfeltreffen im Juni 2007 in Deutschland. 2005 hatte die SUF 341 Mitglieder, 2008 über 1000. Junge Menschen bis 30 Jahre können Mitglieder werden, laut einer Studie aus dem Jahr 2007 ist der größte Teil zwischen 15 und 23 Jahre alt (fast 30 Prozent zwischen 15 und 17). Etwa 45 Prozent sind Frauen. Die SUF hat 39 Ortsgruppen im ganzen Land, die Hälfte der Mitglieder ist allerdings in Kopenhagen.¹² Zwei frühere Mitglieder sind Abgeordnete der Einheitsliste-RGA geworden, eins davon, Johanne Schmidt Nielsen, sitzt zurzeit im Parlament.

Socialistisk Folkeparties Ungdom – SFU die (Sozialistische Volkspartei-Jugend)

Die 1969 gegründete SFU ist heute mit 1955 Mitgliedern im Alter bis zu 30 die größte Jugendorganisation einer dänischen Partei (laut Daten von 2007). Sie ist eine separate Organisation, hat aber enge Verbindungen zur SF und hat in deren nationalem Vorstand Sitz und Stimme. Ihre Ideologie ist die Gleiche, wie die der SF, eine Art „Volkssozialismus“. Ihre Grundwerte sind Demokratie, Solidarität und Nachhaltigkeit. Ihre Hauptschwerpunkte lagen in den letzten Jahren in den Bereichen Soziales, Integration, Bildungspolitik und Feminismus. Ursprünglich war die SFU wie die SF Gegnerin der EU. Seit Anfang der 1990er Jahre unterstützt sie die dänische EU-

¹⁰ Für weitere Informationen zur Udfordring Europa siehe udfordringeuropa.dk.

¹¹ Für weitere Informationen zur Ny Agenda siehe www.nyagenda.dk.

¹² Für weitere Informationen zur SUF siehe socialistiskungdomsfront.dk.

Mitgliedschaft, kritisiert aber gleichzeitig den Mangel an Demokratie und Transparenz der Gemeinschaft sowie deren Förderung der neoliberalen Wirtschaftspolitik wie die EWU. Sie unterstützt sowohl parlamentarische (d.h., die SF unterstützende) als auch außerparlamentarische Aktivitäten und nimmt an Bewegungen und Demonstrationen teil.¹³ Sie hat 107 Ortsgruppen.

Rød Ungdom – RU (rote Jugend)

Eine dänische revolutionäre, sozialistische Jugendorganisation, die 1993 gegründet wurde und keiner Partei angegliedert ist.¹⁴ Ihre politischen Hauptstoßrichtungen sind der Widerstand gegen die EU, den Rassismus (sie hat ein antirassistisches Netzwerk gegründet) und den Krieg (insbesondere den Krieg im Irak) sowie bessere Bedingungen für Studenten und Unterstützung der Gewerkschaften.

6. Die Positionen von linken Parteien und ihre Beziehungen untereinander

Auf parlamentarischer Ebene arbeiten die Sozialdemokraten und die SF jetzt eng zusammen, um eine Alternative zur bürgerlichen Regierung zu festigen. Zur Opposition zählt auch meist die Partei der Mitte „*Det Radikale Venstre*“ („radikale Linke“, eigentlich liberale Demokraten), obwohl diese Partei keine klare Stellung bezüglich ihrer Position nach den nächsten Wahlen bezogen hat.

Diese enge Zusammenarbeit zwischen der SF und den Sozialdemokraten bedeutet, dass sich die SF den sozialdemokratisch-zentristischen Positionen der dänischer Politik angepasst hat. Früher hat die SF des Öfteren zusammen mit der Einheitsliste-RGA im dänischen Parlament Anfragen gestellt bzw. aktuelle Stunden beantragt, dies ist aber nicht mehr der Fall. Obwohl es immer noch Fragen gibt, zu denen sich die sich die beiden Parteien einig sind, gibt es auch Fälle, wo sich alle Oppositionsparteien zusammenfinden. Wenn gemeinsam gehandelt wird, handelt die SF normalerweise im Gleichklang mit den Sozialdemokraten. Aktuell vertreten die Liberaldemokraten (RV) aus Sicht der Einheitsliste-RGA eine bessere Migranten- und Flüchtlingspolitik, als die der Sozialdemokraten und der SF.

Die Einheitsliste-RGA würde gegebenenfalls eine sozialdemokratische Regierung unterstützen, und ihre Mandate würden mitgezählt, wenn es um eine Regierungsbildung ginge. Aber die Partei verweigert sich einer Regierungsbeteiligung, da die Politik der Partner keine ausreichende Alternative zu der einer bürgerlichen Regierung darstellen würde. In vielen wichtigen Fragen ist die Politik der Einheitsliste-RGA beträchtlich radikaler als die der Sozialdemokraten bzw. der SF, insbesondere ist man strikt gegen den Neoliberalismus und die Privatisierung, den Militarismus, die NATO und zum Beispiel den Lissaboner Vertrag. In diesen Fragen wären Kompromisse notwendig, um mit den Sozialdemokraten und der SF zusammenzuarbeiten. Die Einheitsliste-RGA war z.B. die einzige Partei im Parlament, die sich weigerte, das Finanzkrisenpaket der Regierung für die dänischen Banken zu unterstützen.

Die Einheitsliste-RGA wird normalerweise bei den Wahlen von kleineren kommunistischen und linken Parteien unterstützt, die nicht im Parlament vertreten sind, sei es offiziell oder durch die Vorliebe ihrer Mitglieder. Sozialdemokraten und SF haben versucht, der Herausforderung der rechtsextremen Dänischen Volkspartei, die viele sozialdemokratische Wähler abgeworben

¹³ Für weitere Informationen zur SFU siehe www.sfu.dk.

¹⁴ Für weitere Informationen zur RU siehe www.ru.dk.

hat, zu begegnen, indem sie v.a. ihre Migranten- und Flüchtlingspolitik teilweise der Politik dieser Partei, bzw. der der bürgerlichen Regierung, anpassten.

Schon 2006 äußerte der Parteivorsitzende des SF Villy Søvndals scharfe Kritik an fundamentalistischen muslimischen Gruppen in Dänemark, wobei er den Beifall von Rechtsaußen – sowohl von Politikern als auch ihrer Wähler – genießen durfte. Nicht ohne interne Kritik hat die Partei später, um sich der sozialdemokratischen Position anzupassen, auch die sogenannte Alter-24-Regel unterstützt, ein Mindesteinwanderungsalter beim Familiennachzug, das eingeführt wurde, um Zwangsehen zu verhindern. Die Meinungsumfragen nach den letzten Wahlen im Jahre 2007 haben eine stetige Zunahme der Wahlunterstützung für die SF gezeigt, gleichzeitig geht die Unterstützung für die Sozialdemokraten zurück. Bis vor kurzem schien es andererseits kaum Wählerbewegungen zwischen den beiden politischen Hauptlagern im Parlament zu geben. In allerjüngster Zeit (Januar 2009) scheint es eine Bewegung innerhalb des linken Lagers zu geben, insbesondere vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise.

7. Kooperation – konkrete Projekte

Die Einheitsliste-RGA unterstützt die Volksbewegung gegen die EU und die Junibewegung, und manche ihrer Mitglieder sind dort engagiert. Die kleinen kommunistischen und linken Parteien sowie die Grünen sind Mitglieder der Volksbewegung gegen die EU, bzw. sie unterstützen wie auch Teile der liberalen Demokraten und Mitglieder der bürgerlichen Parteien. Doch beide EU-kritische Bewegungen ziehen im Allgemeinen Wähler und Unterstützer aus dem Mitte-Links-Spektrum an. Dies spiegelt sich auch in den eingereichten Listen für die Europawahl im Juni 2009 wieder. Eine Anzahl angesehener Mitglieder der Einheitsliste-RGA kandidieren auf der Liste der Volksbewegung gegen die EU, neben Kandidaten, die beispielsweise aus den Liberaldemokraten stammen. Die kleinen linken Parteien haben in erster Linie Kandidaten auf der Wahlliste der Volksbewegung gegen die EU.

Wegen dieser EU-kritischen Bewegungen hat die Einheitsliste-RGA beschlossen, nicht selbst für die Europawahl zu kandidieren, sondern diese Bewegungen zu unterstützen und mit ihnen zusammenzuarbeiten. Gleichzeitig versucht die Partei, sich im Wahlkampf als linke Partei mit eigener linker Kritik an dem EU-Neoliberalismus und -Militarismus zu profilieren. Deshalb arbeitet sie mit linken Parteien in Europa zusammen, aber eben als EU-Gegnerin, die eine europäische linke und grüne Alternative zur EU unterstützt. Einige Mitglieder der SF sind Mitglieder von Pro-EU-Organisationen wie *Nyt Europa* (neues Europa), einem zentristisch-sozialdemokratisch-SF-Kooperationsprojekt.

Außerhalb der EU-Problematik besteht eine regelmäßige Zusammenarbeit zwischen linken Parteien, Bewegungen und Organisationen zu bestimmten Themen. Die Mitglieder der linken Parteien sind auch Mitglieder von Organisationen der Umwelt- und Friedensbewegung sowie von Solidaritäts-, Frauen- und anderen Organisationen. Ein jüngstes wichtiges Thema war der Krieg in Gaza, wo sowohl Mitglieder der SF und der Einheitsliste-RGA als auch Mitglieder der kleinen kommunistischen und linken Parteien mit Solidaritätsorganisationen zusammenarbeiteten bzw. sie unterstützten. Auf der großen Demonstration während des Kriegs hatten alle vier parlamentarischen Oppositionsparteien, einschließlich der Liberaldemokraten (RV), Sprecher.

Während der Streiks der Arbeiter im öffentlichen Dienst im Frühjahr 2008 gab es breite Unterstützung von Seiten der linken Parteien und ihrer Mitglieder. Aber sie hatten keinen wesentlichen Einfluss auf das letztendliche Ergebnis der Streiks. 2007 und 2008 gab es eine kraftvolle,

teilweise gewalttätige Jugendbewegung, die nach der Räumung des ursprünglichen *Ungdomshus* (Jugendhaus) durch die Polizei für ein neues Jugendhaus kämpfte. Nach wöchentlichen friedlichen Demonstrationen, die über ein Jahr fort dauerten, erreichte die Bewegung im November 2008 ihr Ziel und erhielt ein neues Hause.

Die dänische Linke trägt zur europäischen Zusammenarbeit und zum Dialog bei

Die dänischen linken Parteien arbeiten regelmäßig mit anderen linken und kommunistischen Parteien auf europäischer Ebene zusammen. Sie knüpfen auch bilaterale Beziehungen. Sie sind Mitglieder oder Beobachter in verschiedenen europäischen linken Kooperationsforen, entsprechend ihren ideologischen und politischen Zeilen und Ansichten.

Diese Foren sind:

- ▶ Die Europäische Linke (EL) – die Einheitsliste-RGA ist Beobachterin
- ▶ NELF (Neues Europäisches Linkes Forum), ein loser Zusammenschluss von Parteien links der Sozialdemokratie – die SF und die Einheitsliste-RGA sind Mitglieder
- ▶ EACL (Europäische Antikapitalistische Linke), ein loser Zusammenschluss radikallinker Parteien – die Einheitsliste-RGA nimmt teil
- ▶ Die herkömmlichen internationale Zusammenschlüsse von kommunistischen und trotzkistischen Parteien

Die nordischen linken Parteien, einschließlich der linken Parteien Grönlands und der Färöer, haben eine „linkssozialistische Gruppe“ innerhalb des Nordischen Rats gebildet, in der die nordischen Länder auf Staats- und parlamentarischer Ebene zusammenarbeiten. Die linken Parteien arbeiten zusammen, um ihre gemeinsamen politischen Prioritäten voranzubringen. Auf nordischer Ebene gibt es auch das Nordische Grün-Linke Bündnis (NGLA), ein Forum für die Zusammenarbeit zwischen einigen nordischen linken Parteien.

Außerdem arbeiten die Jugendorganisationen mit anderen Jugendorganisationen in verschiedenen Kooperationsforen zusammen, einige im europäischen Netzwerk European Network of Democratic Young Left (ENDYL), andere in *Socialistisk Ungdom i Norden* (SUN/ Sozialistische Jugend im Norden). In einigen Fällen sind die Frauenausschüsse an europäischen Netzwerken beteiligt, zum Beispiel nimmt der Frauenausschuss der Einheitsliste-RGA am EL-fem-Netzwerk der europäischen Linken teil.

Viele dänische politische und soziale Bewegungen und Organisationen arbeiten mit anderen auf europäischer Ebene zusammen; manche gehören internationalen Organisationen an bzw. sind ihnen angegliedert, sie entwickeln ihre Politik in enger Absprache mit diesen Bündnissen: ATTAC, NOAH – Freunde der Erde, Greenpeace, ActionAid international, Women's International League for Peace and Freedom (WILPF) und Frauen in Schwarz. Andere arbeiten in losen Netzwerken mit anderen gleichgesinnten Organisationen zusammen, um ihre Politik gemeinsam auf europäischer Ebene voranzubringen. Beispiele dafür sind die Beteiligung der Volksbewegung gegen die EU und der Junibewegung an TEAM, dem europäischen Bündnis EU-kritischer Bewegungen, die Einheitsliste-RGA ist hier Beobachterin. Dieses Netzwerk hat eine demokratische und antirassistische Politik, die von einem sehr breiten Bündnis von Bewegungen und Organisationen getragen wird, von Mitte-Links bis rechts, wovon viele an den Europawahlen teilnehmen.

Dänische linke Parteien und Organisationen sind an europäischen und internationalen Veranstaltungen wie den europäischen Sozialforen und in geringerem Maße an den Weltsozialforen und den G-8-Protesten beteiligt. Ihre Aktivisten nehmen an den Anti-NATO-Aktivitäten in Kehl und Straßburg Anfang April 2009 teil, dänische linke Parteien und Umweltorganisationen bereiten auch ein Alternativprogramm für den Kopenhagener Klimagipfel im Dezember 2009 vor.

Dänische politische Parteien und Organisationen haben einiges an Beiträgen geleistet. Zweifellos hat die kritische Analyse der Politiken und der Funktionen der EU durch die dänischen linken Parteien und die EU-kritischen Bewegungen einen nützlicher Beitrag für die linken Parteien und EU-kritischen Organisationen auf europäischer Ebene gebracht, die zunehmend vom Erstarken der neoliberalen Politik und dem Aushöhlen der Demokratie innerhalb der EU frustriert sind. Ebenso wird der notwendige Radikalismus der Umweltpolitik dänischer linker Parteien und der Umweltbewegung zunehmend eine Inspiration sein. Schließlich betreffen die Erfahrungen und die Analysen bezüglich des Aushöhlens des nordischen Wohlfahrtsstaats und der Gewerkschaften durch die EU und der neoliberalen Politik auf nationaler Ebene Fragen, die in Europa von den Linken und den Gewerkschaften diskutiert werden. Wir hoffen, dass Arbeiter, Gewerkschafter und die Menschen insgesamt erfahren, dass das „flexicurity“ Modell, das von der EU-Führung vorangetrieben wird, nur eine Falle für mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt darstellt und mehr soziale Unsicherheit verspricht.

Linke Parteien und Politik in Finnland

Pertti Hynynen / Anna Striethorst

Der finnische Trend zu wechselnden breiten Koalitionsbündnissen

Aus europäischer Perspektive sind die Regierungskoalitionen in Finnland immer sehr wechselhaft gewesen. Nur selten stehen sich rechts und links als Alternativen gegeneinander. Schon die Erinnerung an den blutigen Bürgerkrieg zwischen den weißen und roten Garden im Frühling 1918 legt nahe, dass man bis heute nach breiten Koalitionen sucht. Ein anderes Vorbild für das heutige Regierungssystem ist die sogenannte *Rotocker* Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und *Agraren*, die 1937 die finnische Demokratie gegen die rechte Gefahr stabilisierte.

Die *Rotocker* konnte nach dem 2. Weltkrieg in einer Koalition mit der "volksdemokratischen" *Suomen Kansan Demokraattinen Liitto* (SKDL), bestehend aus Kommunisten und linken Sozialdemokraten, weiter regieren. Die Zusammenarbeit in der sogenannten Volksfront hielt bis Sommer 1948. Dieser Begriff *Rotocker* fand eine neue Verwendung im Frühling 1966, als die *Suomen Sosialidemokraattinen Puolue* (SDP) als erste sozialdemokratische Partei Europas Kommunisten in die Regierung aufnahm. Diese Zusammenarbeit wurde als spezielles Experiment in einem Land angesehen, in dem die außenpolitischen Beziehungen mit der Sowjetunion traditionell eine wichtige Rolle spielen. Doch innerhalb des finnischen Kommunismus führten die Auseinandersetzungen um die Regierungspolitik und die Missbilligung der sowjetischen Invasion in Prag 1968 durch die Mehrheit der Partei zu einem langjährigen Zersplitterungsprozess.

In den achtziger Jahren wurde deutlich, dass die Zusammenarbeit zwischen SDP und *Suomen Keskusta* (Zentrumspartei, KESK, ehemals *Agraren*) immer schwieriger wurde. Entweder SDP oder Zentrum koalierten daher abwechselnd mit der rechten *Kansallinen Kokoomus* (Nationale Sammlungspartei, KOK). Die erste blaurote Periode – eine Regierung aus KOK und SDP – begann im Jahre 1987. Die darin gemachten negativen Erfahrungen, insbesondere die aus den Krisen Jahren 1991-1995, führten jedoch schon 1995 zu einer breiten Regenbogenkoalition unter Führung von Ministerpräsident Paavo Lipponen (SDP). Das Zentrum musste in die Opposition gehen. Im Gegensatz zu Deutschland, wo eine Koalition von CDU bis Die Linke wohl als Alptraum gelten würde, arbeiteten in Finnland KOK und Linksallianz (ehem. SKDL) bis 2003 in derselben Regierung zusammen.

Wie kam es zur Zusammenarbeit dieser beiden so gegensätzlichen Parteien? Einer der Gründe könnte sein, dass die reaktionären Elemente der KOK damals ins Zentrum gewechselt waren. In Wertefragen wie der Sexualität und dem Verhältnis zu Kirche und Nation war die KOK moderner als das Zentrum. Gleichzeitig wurde in der Partei die Rolle der urbanen postmaterialistischen Mittelschicht immer wichtiger.

Die Rückkehr zur Rotocker Zusammenarbeit

Trotz der Möglichkeit der Regierungsbildung ohne ideologische Vorbehalte behalten die alten Identitäten ihre Wichtigkeit. Begriffe wie "Arbeiterbewegung" und "Zusammenarbeit der Linken" haben auch in Finnland noch ihre Bedeutung, und die finnische Sozialdemokratie kann nicht auf sie verzichten. Auch der Begriff "links" ist nach wie vor in der Gesellschaft positiv geprägt.

Seit Anfang der 1990er hatte die SDP geglaubt, dass sie stets ihre Rolle als größte Partei behalten würde und frei eine der anderen Parteien für eine Koalition auswählen könnte. Dies änderte sich mit den Parlamentswahlen am 16. März 2003, als die Zentrums Partei (KESK) aus der Opposition heraus einen Wahlsieg errang. Die kommunistische Partei SKP erhielt mit einem Ergebnis von 0,8 Prozent gar keinen Sitz im Parlament. Es kam wieder zu jener alten *Rotocker* Zusammenarbeit der Arbeitern und Bauern, welche die finnische Geschichte seit 1937 geprägt hatte.

SDP und KESK fanden leicht und schnell zueinander. Nach kurzer Verzögerung akzeptierte die SDP die KESK-Vorsitzende Anneli Jäätteenmäki als Ministerpräsidentin. Ursprünglich wurde in politischen Kreisen davon ausgegangen, dass eine traditionell breite Koalition gebildet werden würde. Gewerkschaftliche SDP-Kreise sprachen sich für die Regierungsbeteiligung der Linksallianz aus, dagegen sträubte sich aber die KESK. Im Gegenzug wollte die SDP keine Koalition mit den Grünen eingehen. Nachdem sich in der Frage der Beteiligung der Grünen oder der Linksallianz keine Lösung fand, entschieden sich Zentrum und SDP für eine Koalition mit dem Wahlverlierer SFP, der Partei der schwedischsprachigen Minderheit. Die beiden politischen Ränder KOK und Linksallianz fanden sich in der Folge in einer "Regenbogenopposition" mit der christdemokratischen KD, den Grünen und der populistischen PS (*Perussuomalaiset*, Wahre Finnen) wieder.

In der Linksallianz hingegen sprach man nach den Wahlen trotzig von einem "Abwehrsieg": Die Parteien hätten sich mit ihrer Koalition gegen die legitimen und lauten Forderungen der Linksallianz zur Wehr gesetzt. So hatte die Partei beispielsweise nicht an der von allen Parteien geführten populistischen Kampagne für Steuersenkungen teilgenommen und sich stattdessen für jene Menschen eingesetzt, die mit niedrigsten Einkommen leben. Sie hatte die als undurchsichtig empfundene Umverteilungsstruktur des gesellschaftlichen Reichtums thematisiert und damit auch die Debatte innerhalb der SDP beeinflusst.

Die Parteivorsitzende der Linksallianz, Suvi-Anne Siimes, hatte mit ihrem persönlichen Image im Wahlkampf eine moderne Identität für die Partei entwickelt. Als zweite Ministerin im Finanzministerium hatte sie zudem das finnische Wohlfahrtsmodell verteidigt. Dennoch begann in der Linksallianz nach den Wahlen eine heftige Debatte. Einige Abgeordnete hatten in den Regierungsjahren 1995-2003 viele Maßnahmen der Regierung kritisiert und hielten der Parteiführung nun vor, dass der Wandel der Linksallianz zur reinen Hilfspartei der SDP die Niederlage provoziert habe. Suvi-Anne Siimes und der gewerkschaftliche Flügel hielten den Kritikern entgegen, dass die Regierung an der Uneinigkeit und dem Widerstand in den eigenen Reihen zerbrochen sei.

Tabelle 1: Wahlergebnisse der Parlamentswahlen 2007 und 2003 in Prozent

	2007	2003
Zentrum	23,1	24,7
KOK	22,3	18,5
SDP	21,4	24,5
Linksallianz	8,8	9,9
Grüne	8,5	8
KD (christ-dem)	4,9	5,3
SFP (schwed.)	4,5	4,6
PS	4	1,6

Tabelle 2: Errungene Sitze im Parlament bei den Parlamentswahlen 2007 und 2003

	2007	2003
Zentrum	51	55
KOK	50	40
SDP	45	53
Linksallianz	17	19
Grüne	15	14
KD (christ-dem)	7	7
SFP (schwed.)	10	8
PS	5	3

Schon 2003 hatte sich der Verband der kleinen und mittleren Betriebe öffentlich für eine Regierung von KOK und Zentrum ausgesprochen, die wichtigsten wirtschaftlichen Zirkel hatten indes die notwendige Rolle der SDP betont. Vor den Wahlen 2007 wurde hingegen deutlich, dass die wirtschaftlichen Eliten diesmal auf eine Regierung ohne die SDP hinarbeiteten. Ziel ihrer Kampagne war es, Vermögensinteressen durchzusetzen, die Steuern zu senken und die Erbschaftsteuer abzuschaffen. Es begann eine Diskussion darüber, dass das Engagement der Gewerk-

schaften gefährlich für die Wirtschaft sei. Auch andere Argumente und Methoden des Neoliberalismus spielten eine zentrale Rolle im Wahlkampf 2007. Die Forderungen der SDP in diesem Wahlkampf waren um einiges linker als die Politik ihrer Regierung 2003 bis 2007. Besonders umfassend wurde die Abschaffung der Vermögenssteuer im Herbst 2005 diskutiert. Die Arbeitgeberseite forderte die Beibehaltung dieser Entscheidung als ein Teil des Tarifabkommens mit den Gewerkschaften.

Nach den Wahlen März 2007 bekamen die Finnen erneut eine Koalition der konservativen Parteien KOK und KESK, und das Gespenst der "Bürgerregierung" wurde wieder zur Realität. Die kleineren Partner in der derzeitigen Regierung sind die schwedische Minderheitenpartei SFP und die Grünen. Die Grünen sind zwar gegen neue Kernkraftwerke, werden aber wohl nicht wie im Sommer 2002 deswegen die Regierung verlassen. Sie sind ein wichtiges Feigenblatt bei Umwelt- und Minderheitenfragen und in der Einwanderungspolitik.

Die beiden linken Parteien Linksallianz und SKP wie auch die christliche KD und die populistische PS blieben in der Opposition. Die Opposition stellte einen schweren Schock für die SDP dar. Ein noch größerer Schock war aber die Tatsache, dass es nach den Wahlen keinen vergleichbaren Aufwärtstrend gab, von dem die SAP in Schweden nach den Wahlen im Herbst 2006 hatte profitieren können. Eine Ursache für die Niederlage der linken Parteien bei den Wahlen 2007 wird in der schlechten Wahlbeteiligung von nur 67,8 Prozent (1999: 68,3 Prozent; 2003: 69,6 Prozent) gesehen. Neben der SDP hatte auch die Linksallianz verloren, obgleich sie sich als linke Alternative gegenüber der SDP präsentiert hatte. Im Gegensatz zur Niederlage der SDP, die erwartet worden war, war der schlechte Erfolg der Linksallianz eine Überraschung. Die Kommunistische Partei SKP behauptete sich als eine einzige „echte“ linke Alternative, sie verlor aber ebenso wie die kommunistische Arbeiterpartei KTP.

Diese düstere Entwicklung setzte sich bei den Kommunalwahlen im Oktober 2008 fort: Der klare Sieger war die KOK, die SDP konnte den zweiten Platz nur dadurch bewahren, dass die Zentrumspartei viele WählerInnen, insbesondere an die rechtspopulistische PS verloren hatte. Auch die Linksallianz verlor Wähler an die PS. Die letzten Meinungsuntersuchungen geben Grund für Panik in den Reihen der KESK, aber auch in den linken Parteien. Die Linksallianz hat den vierten Platz an die regierenden Grünen verloren, die SDP steht kurz vor der symbolhaften 20 Prozent Grenze.

"Neue SDP" und drei andere linke Orientierungen

Kann man die These formulieren, dass die Zusammenarbeit zwischen SDP und KOK, speziell nach den Wahlen 1999, ein Ersatz für den Dritten Weg in anderen europäischen Ländern war? Betrieb diese Regierungszusammenarbeit das, was mit dem Schröder-Blair-Papier eingefordert wurde? Dagegen spricht, dass das Macher-Image von Lipponen keinen Platz für Theoriendebatten wie Neue Mitte und Dritter Weg bot, und auf diese Weise die alte Identität der Arbeiterbewegung in SDP und Linksallianz erhalten blieb.

Nach der Lipponen-Ära begann dennoch die Diskussion um diese Frage, und innerhalb der SDP gibt es bis heute unterschiedliche Meinungen, ob man das Erbe des skandinavischen Sozialstaatsmodells bewahren oder den Dritten Weg suchen sollte. So verlor der ehemalige Außenminister Erkki Tuomioja beim Parteikongress Juni 2008 knapp gegen seine Konkurrentin Jutta Urpilainen. Tuomioja war immer kritisch gegen jene britisch-deutsche Formulierungen gewesen und hatte bis dahin etwa 40 Prozent der Partei hinter sich. Die neue Vorsitzende Jutta Urpilainen

versprach im Kongress hingegen eine "neue Sozialdemokratie", die sich an der Mitte der Gesellschaft orientieren sollte. Sie argumentierte, dass Zentrum sei so weit nach rechts gegangen, dass die SDP zukünftig ihren Platz einnehmen sollte. Ihrer Meinung nach war die SDP schon in der Lipponen-Ära Teil des neoliberalen Zeitgeistes gewesen.

Vereinfachend kann man die Linke heute in vier Orientierungen oder Milieus unterteilen:

1. Der Neuen Sozialdemokratie, dem Dritten Weg oder der *centre-left* fühlen sich etwa 30 bis 40 Prozent der SDP zugehörig.
2. Die alte Arbeiterbewegung bildet zusammen mit einem Drittel der SDP und einem Drittel der Linksallianz die organisierte Gewerkschaftsbewegung. Der Begriff *Ford&Keynes* trifft diese Bewegung im wesentlichen.
3. Als postkommunistische Orientierungen gelten ein Drittel der Linksallianz und mehrheitlich die SKP, die den postsowjetischen Kommunismus mit Elementen des vierten Milieus vereinigen will.
4. Postmateriellen, feministischen und rotgrünen Milieus fühlen sich je ein Drittel der SDP und der Linksallianz zugehörig. Dieses Milieu ist das Machtzentrum der Präsidentin Tarja Halonen, der bekanntesten Vertreterin des skandinavischen "staatlichen" Feminismus.

In der SDP besteht eine instabile Balance zwischen der Versuchung des "dritten Weges" und der Arbeiterbewegung. Viele Kreise in der SDP, insbesondere aus dem ersten und vierten Milieu, wollen die Partei „modernisieren“. Dies ist durchaus ein durchführbares Anliegen, das einen Beitrag dazu leisten könnte, zumindest einen "Kapitalismus mit menschlichem Antlitz" zu schaffen. Vielleicht könnte man diese Entwicklung sogar mit dem Begriff der "passiven Revolution" beschreiben.

Wie sieht die Zukunft der im Jahre 1990 gegründeten Linksallianz aus? In einigen Ländern – Deutschland, den Niederland und Dänemark – haben die linkssozialistischen Parteien von der Krise der Sozialdemokratie profitiert. Aber dies scheint nicht in Finnland der Fall zu sein, der Abwärtstendenz hält bisher an. Man hat sich noch nicht von den Traumata der Vergangenheit gelöst. Die Linksallianz hatte bei ihrer Gründung 1990 das gesamte Spektrum der ehemaligen SKP in die neue Partei eingeladen. Die Moderaten der Partei halten es seit Jahren für einen Kardinalfehler, dass damals auch ehemalige Stalinisten akzeptiert wurden. Diese werden in finnischer Sprache *Taistoiter* genannt. Taisto Sinisalo war der Führer der SKP-Opposition bis in die 1980er Jahre. Trotz der Kritik ist diese Orientierung ein wesentlicher Bestandteil der Partei und der Parlamentariergruppe. Die *Taistoiter* kritisieren die Nähe der Parteiführung zur SDP. Mit ihrer allgemeinen Forderung nach mehr Radikalität haben sie gemeinsame Punkte mit Gruppen der dritten Milieus – zum Beispiel gegen den Bau neuer Kernkraftwerke.

Ein prominentes Opfer dieser Auseinandersetzung ist die ehemalige Vorsitzende Suvi-Anne Siimes, die seit Ende der 90er Jahre das Profil der Partei jünger und attraktiver für Frauen machte und bis Frühling 2003 Ministerin war. In der Opposition kritisierte sie immer lauter, dass viele Parlamentarier die Partei mit ihrer Blockade-Politik und ihrem Nein zur EU lähmten. 2006 verließ sie nach heftigen Auseinandersetzung die Partei. Sicherlich braucht die Linksallianz ein eigenes Profil, weil sie als Anhängsel der SDP keine Perspektive hätte, aber sie sollte sich auch nicht doch ohne Notwendigkeit als Anti-SDP-Partei profilieren. Doch die jetzige Führung hat

auch aus den internen Streitigkeiten gelernt und mit dem jetzigen Vorsitzender Martti Korhonen einen ruhigen Vermittler zwischen den Strömungen gewonnen. Gleichzeitig bewegt die Linksallianz sich derzeit vorsichtig Richtung des postmateriellen Milieus, mit dem jungen stellvertretenden Vorsitzenden Paavo Arhinmäki wird die vierte Orientierung nun auch stärker in der Parteihierarchie repräsentiert.

Widersprüchliche Auseinandersetzungen in der Opposition

Führt die globale wirtschaftliche Krise zum entgeltigen Ende der sozialdemokratischen Ära in den nordischen Ländern? Die entscheidende Frage für die Linke ist, ob der Zusammenhalt innerhalb der Gewerkschaften bewahrt werden kann. Und wie können die Gewerkschaften die Politik der Regierung beeinflussen? Das Rückgrat der Linken ist die gute Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Linksallianzern in den Gewerkschaften und in deren Zentralorganisation SAK. Doch geht es hier meistens um Widerstand gegen neue neoliberale Zumutungen, die Erwartungen sind auf ein Minimum reduziert: Es soll nicht schlechter werden. Die Zusammenarbeit der Linken bleibt auf der offiziellen Agenda erhalten, es fehlt jedoch an Enthusiasmus und gemeinsamen Visionen. Nun hofft die SDP zur Alternative zur KOK oder zum Zentrum zu werden und auf diese Weise in die Regierung zu kommen. Gemeinsam fordern die linken Parteien mehr Hilfe für Kommunen, Betriebe und alle Bedürftigen.

Eine bisher noch überschaubare Gefahr in diesen Krisenzeiten ist ein Zugewinn der PS. Dies definiert sich als eine einwanderungskritische, aber nicht offen ausländerfeindliche Partei. Neben Populisten wählen auch ehemalige linke Arbeiter der Krisenindustrien die PS. Über einen gefährlichen Rechtsextremismus kann man hier allerdings nicht sprechen. Die Unterstützung der PS in den städtischen Vororten – speziell in der Helsinki-Region und in Turku – spiegelt die "normale Pathologie moderner Industriegesellschaften" wider. PS appelliert an die instinktiven Abwehrhaltungen der Stammtische. Die SP ist keine durchweg rassistische Partei, nichtsdestotrotz ist sie für Rassisten wählbar und einige ihrer Kandidaten hatten rechtsextreme Kampagnen. Die in den jetzigen Meinungsuntersuchungen bei etwa 6-7 Prozent stehende Partei sieht die dänische und die norwegische FP als ihre Vorbilder an.

Eine wichtige Frage für die Linke ist ein möglicher NATO-Beitritt des Landes, es gibt derzeit eine breite Ja-Front von SFP bis PS. Die momentane Integrationsstrategie der NATO kann als offensives Statement gewertet werden, dass Finnland zum Westen gehört. Der ehemalige sozialdemokratische Präsident (1994-2000) und Nobel-Friedenspreisträger Martti Ahtisaari hat eine wichtige Rolle in dieser atlantischen Stimmung. Auch Ministerpräsident Matti Vanhanen (Zentrum) hat nun klar gestellt, dass ein Beitritt nicht in den nächsten zehn Jahren vorgesehen ist. Es gibt allerdings immer mehr NATO-Befürworter auch innerhalb der SDP. Zentrum und SDP haben hier eine zentrale Rolle, denn selbst innerhalb der NATO-Partei KOK denkt man, dass eine solche Entscheidung nicht ohne die Beteiligung der SDP fallen kann. Selbst in einer konservativen Ära gibt es also Anzeichen für eine Konsensorientierung des finnischen Regierungssystems, die Linken die Mitsprache bei zentralen Fragestellungen der Wirtschafts-, Sozial- und Außenpolitik ermöglichen kann. Diese Chance gilt es in den kommenden Jahren ausgiebig zu nutzen.

Die norwegische Linke: Politik in einer Mitte-Links-Regierung

Dag Seierstad

Die Linke im nationalen Parteiensystem

Seit den 1920ern steht eine relativ starke Arbeiterpartei einem in vier oder fünf Parteien zerstückelten bürgerlichen Lager gegenüber, das stets Mühe hatte, einen gemeinsamen politischen Nenner zu finden. Mitten in der Krise der 30er Jahre bildete die Norwegische Arbeiterpartei (norske Arbeiderparti) 1935 eine Minderheitsregierung aufgrund eines Abkommens mit der Bauernpartei. Im selben Jahr einigten sich der Gewerkschaftsbund und die Arbeitgebervereinigung auf einen sozialen Ausgleich zwischen Arbeit und Kapital: Es wurden Verfahren für Tarifverhandlungen auf nationaler, Branchen- und Betriebsebene eingeführt, einschließlich Regeln für Arbeitskämpfe.

Zwischen 1945 und 1961 hatte die Arbeiterpartei die Mehrheit im Parlament. Die Sozialistische Volkspartei (SF) wurde 1961 hauptsächlich von Arbeiterparteimitgliedern gegründet, die gegen die norwegische Mitgliedschaft in der NATO und das Atomwetterüsten waren. 1975, nach der Volksabstimmung zum EG-Beitritt, schloss sie sich mit EG-kritischen Mitgliedern der Arbeiterpartei, einer Minderheitenfraktion der KP sowie mit Aktivist/innen aus den Umwelt- und Frauenbewegungen zur Linkssozialistischen Partei (Sosialistisk Venstreparti/ SV) zusammen. Von 1961 bis 2005 gab es mehrere Minderheitsregierungen der Arbeiterpartei mit Duldung der SF- bzw. SV-Fraktion, doch keine formale Koalitionsabkommen zwischen den beiden Parteien.

Das Rote Wahlbündnis (Rød Valgallianse/ RV) wurde in den 1970er Jahren als Wahlverein einer äußerst disziplinierten Maoistenpartei gegründet, unlängst benannte es sich in „Rot“ (Rødt) um. Seine politischen Ziele unterscheiden sich mit wenigen Ausnahmen kaum, wenn überhaupt, von jenen der SV. „Hauptguthaben“ der Partei sind mehrere bekannte Arbeitervertreter in großen Industrieanlagen sowie eine Tageszeitung, die in den letzten fünfzehn Jahren zum nichtsektiererischen Blatt der gesamten norwegischen Linken, einschließlich des eher linken Teils der Arbeiterpartei, geworden ist. Heute ist die Partei immer noch Minderheitseigentümerin der Zeitung. Norwegens Kommunistische Partei (NKP) ist hingegen praktisch verschieden, bei den letzten Parlamentswahlen 2005 erhielt sie nur noch 1070 Stimmen.

Norwegen hat auch eine kleine grüne Partei, die in den Parlamentswahlen 2005 3700 Stimmen (0,23 Prozent) und in den Kommunalwahlen 2007 12.000 Stimmen (0,6 Prozent) erhielt. Der Hauptgrund für das Fehlen einer mit jenen im restlichen Europa vergleichbaren grünen Partei ist, dass die SV – wie auch die Sozialistische Volkspartei in Dänemark – seit den frühen 1970er Jahre die Umweltpolitik im Schilde geführt hat. Beide Parteien haben sich stets als sowohl rote als auch grüne Parteien profiliert.

Grafik 1: Wahlergebnisse in den letzten drei Parlamentswahlen

Partei	Stimmen in Prozent			Sitze im Storting		
	1997	2001	2005	1997	2001	2005
Linke:	42,7	38	41,5	74	66	76
Norwegische Arbeiterpartei	35	24,3	32,7	65	43	61
Sozialistische Linkspartei (SV)	6	12,5	8,8	9	23	15
Rotes Wahlbündnis	1,7	1,2	1,2	-	-	-
Mitte:	26,1	21,9	19,2	42	34	32
Zentrumspartei	7,9	5,6	6,5	11	10	11
Christliche Volkspartei (CF)	13,7	12,4	6,8	25	22	11
„Die Linke“ (liberale Partei Norwegens)	4,5	3,9	5,9	6	2	10
Rechte:	29,6	35,8	36,2	48	64	61
Die Rechte (konservative Partei)	14,3	21,2	14,1	23	38	23
Fortschrittspartei (populistische Rechte)	15,3	14,6	22,1	25	26	38
Splitterparteien:	1,6	4,3	3,1	1	1	0

Dimensionen des Parteiwettbewerbs

Die norwegische Parteienlandschaft ist durch Trennungslinien gekennzeichnet, die nicht nur vielen ausländischen Beobachtern, sondern auch der norwegischen Wählerschaft selbst verwirrend erscheinen.

► In sozialen Fragen, zum Beispiel Steuern, Soziales und Gesundheitswesen, Arbeitsrecht usw., dominiert die übliche rechtsgerichtete Sichtweise. Dabei ist allerdings die Zentrumspartei in vielen Fällen nahe bei den Parteien der Linken, auch die rechtspopulistische Fortschrittspartei unterstützt bisweilen linke Positionen in diesem Bereich.

► Bei Fragen der strukturellen Änderungen in der Wirtschaft, zur Privatisierung, zur Deregulierung bzw. zur EU-Mitgliedschaft, besteht der neoliberale Pol in der norwegischen Politik aus der Partei Die Rechte (Høyre, die konservative Partei Norwegens) und dem Hauptteil der Arbeiterpartei.

► Die Zentrumspartei (Senterparti), die sich bis 1959 „Bauernpartei“ nannte, hat sich seit Anfang der 1990er Jahre zur zuverlässigen Stütze des öffentlichen Sektors gegen die Privatisierung und

die marktwirtschaftliche Orientierung der Kommunalpolitik entwickelt. In Bezug auf die vorherrschende neoliberale Politik hat sie die Arbeiterpartei eindeutig links überholt.

►In Fragen der Umweltpolitik . der internationalen Solidarität(Entwicklungshilfe, Flüchtlingspolitik) besteht eine Einheit der drei Parteien der Mitte und der SV, die für die Umwelt sowie für größere Solidarität mit bedürftigen Menschen außerhalb Norwegens eintreten. Diese vier Parteien sind es auch, die die Gegnerinnen einer norwegischen EU-Mitgliedschaft sind.

Die Wahlen von 2001: Eine historische Niederlage für die Arbeiterpartei

Die Parlamentswahlen im September 2001 ergaben eine historische Niederlage für die regierende Arbeiterpartei und eine Verdopplung der Stimmen der SV. Unter dem Strich kam aber ein allgemeiner Rechtsruck heraus, da die Arbeiterpartei fast zweimal so viele Stimmen verlor, wie die SV gewann. Das Ergebnis war eine schwache Mitte-Rechts-Minderheitsregierung aus den Parteien die Rechte, Christlichen Volkspartei und die „Linke“ (die liberale Partei), mit zusammen nur 62 von 165 Sitzen. So musste sich die Mitte-Rechts-Regierung auf eine Tolerierung durch die unzuverlässige und einigermaßen fremdenfeindliche Fortschrittspartei (Fremskrittsparti) verlassen. Diese Partei speist sich aus „Recht-und-Ordnung“-Populismus und Ressentiments in der Wählerschaft gegen Einwanderer. Sie gewinnt die meisten Stimmen durch ihr populistisch-soziales Profil, wobei sie üppige Verbesserungen der sozialen Dienstleistungen für alle verspricht, die diese brauchen, insbesondere die Alten und Kranken.

Die Wahlen von 2005: Ein knapper Sieg für Mitte-Links

Die katastrophalen Ergebnisse der Wahlen von 2001 und der Druck von verschiedenen Teilen der Gewerkschaftsbewegung zwangen die Führung der Arbeiterpartei, ihre Wahlstrategie zu ändern.

Während der 1990er haben viele Einzelgewerkschaften und letztlich auch die zentrale Gewerkschaftsführung erkennen müssen, dass sie sich bei mehreren Kernschwerpunkten, einschließlich der marktwirtschaftlichen Orientierung und der Privatisierung von Telekommunikation, Post, Eisenbahn und anderen öffentlichen Diensten, nicht mehr auf die Arbeiterpartei verlassen konnten. Die Gewerkschaften kamen zum Schluss, dass man die Arbeiterpartei nur wieder auf einen linksgerichteten politischen Kurs bringen könnte, indem man sie in eine Koalition mit der SV drängte. Sie gelangten darüber hinaus zu der Erkenntnis, dass sie ihre Forderungen gegenüber einer solchen Koalitionsregierung in einer derart markanten Weise würden artikulieren müssen, dass letztere würde zuhören müssen.

Der Wendepunkt kam im Herbst 2004, als der norwegische Gewerkschaftsbund (Landsorganisasjonen i Norge, LO) Kampagne mit dem Titel „der lange Wahlkampf“ lancierte, mit dem ausdrücklichen Ziel, zum ersten Mal eine linke Mehrheitsregierung auf Basis einer Koalition aus Arbeiterpartei und SV zu bilden. Im Frühjahr 2005 bekannnten sich Arbeiterpartei, SV und Zentrumsparitei auf ihren Parteitag zur Absicht, eine gemeinsame Regierung zu bilden, sollten sie gemeinsam eine Mehrheit im Storting gewinnen.

Dieses Mitte-Links-Bündnis gewann dann tatsächlich die Wahlen im September 2005, doch der Sieg war mit 87 Sitzen gegen 82 für die anderen Parteien knapp. Verglichen mit den Wahlen 2001 erlebte die SV einen Rückschlag, der noch größer erschien, wenn man das Ergebnis mit den Meinungsumfragen verglich. Die meisten Meinungsumfragen zwischen den Wahlen von

2001 und 2005 hatten Ergebnisse für die SV von zwischen 14 und 18 Prozent vorausgesagt. Der Hauptgrund für den Rückschlag war, dass die führenden Politiker/innen der Arbeiterpartei zum ersten Mal einen Wahlkampf führten, in dem sie eine Politik nahe bei der der SV befürworteten.

Die Mitte-Links-Regierung

Die Arbeiterpartei gewann mit 32,7 Prozent zweimal mehr Stimmen, als die beiden kleineren Parteien SV und Zentrumsparlei zusammen (15,3 Prozent). Trotz dieser theoretisch starken Position der Arbeiterpartei, kam eine erstaunliche Koalitionsvereinbarung als Ergebnis der Verhandlungen heraus:

1. Das Regierungsprogramm¹ war mit 74 Seiten ein umfangreiches Dokument, in vielen Fragen überraschend detailliert und konkret, also ziemlich das Gegenteil zum kurzen, allgemein gehaltenen Schriftstück, womit einem dominierenden Partner am besten gedient gewesen wäre
2. Von den 19 Ministern im Kabinett stellte die Arbeiterpartei zehn, die SV fünf (darunter den Finanzminister), und das Zentrum vier, womit die Arbeiterpartei die knappste denkbare Mehrheit im Kabinett erhielt.
3. In vielen Fragen stehen Positionen im Regierungsprogramm, die links von den entsprechenden Forderungen des Wahlprogramms der Arbeiterpartei² sind. Das gilt sowohl für internationale Fragen als auch für die Wirtschafts-, Regional- und Sozialpolitik.
4. Die Koalition verpflichtete sich, die Deregulierung der öffentlichen Dienste im Staatssektor einzustellen und ihre Politik gegenüber internationalen Institutionen, wie der Weltbank, dem IWF und der WTO, zu harmonisieren.

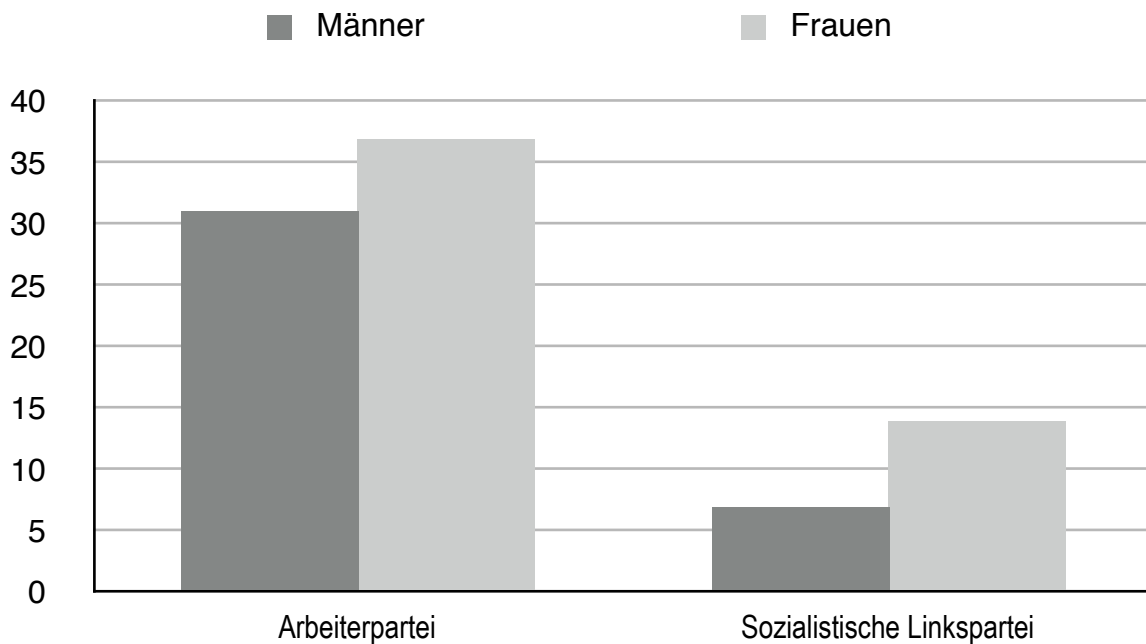
Die Linksparteien in Norwegen: Die soziale Struktur ihrer Wähler/innen³

Heutzutage haben sowohl die Arbeiterpartei als auch die SV mehr Unterstützung von Frauen als von Männern. Zweimal so viele Frauen wie Männer wählen SV. Dies war nicht immer so: In den 1960er Jahren hatten in den Wählerschaften beider Parteien die Männer die Mehrheit.

¹ Vgl. Statsministeren Kontor: Plattform for regjeringssamarbeidet mellom Arbeiderpartiet, Sosialistisk Venstreparti og Senterpartiet 2005-09, Soria Moria, 13. Oktober 2005, in: <http://www.regjeringen.no/upload/kilde/smk/rap/2005/0001/ddd/pdfv/260512-regjeringsplattform.pdf>, gesichtet am 10.2.2008.

² Vgl. Office of the Prime Minister: The Soria Moria Declaration on International Policy, 4.2.2007, in: <http://www.regjeringen.no/en/dep/smk/documents/Reports-and-action-plans/Rapporter/2005/The-Soria-Moria-Declaration-on-Internati.html?id=438515>, gesichtet am 10.2.2008

³ Vgl. Valgundersøkelsen 2005, in: SSB Rapport 2007/31.

Grafik 2: Prozente der Stimmen für Arbeiterpartei und SV, nach Geschlecht

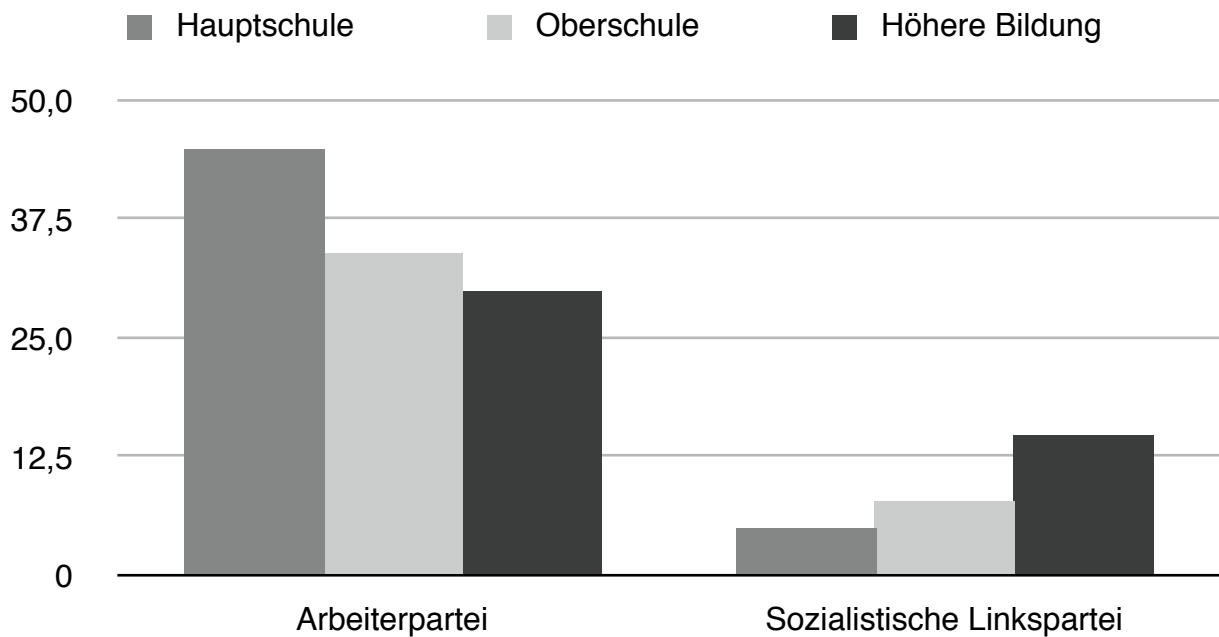
Die heutige Mehrheit der Frauen hat sich allmählich seit den frühen 1990er Jahren entwickelt, wahrscheinlich als Folge der Tatsache, dass Frauen überwiegend Arbeit im wachsenden öffentlichen Sektor fanden, der traditionell von Arbeiterpartei und SV gegen Angriffe vom rechten Teil des politischen Spektrums in Schutz genommen wird.

Die Wählerschaften der beiden Parteien haben eine umgekehrte Altersstruktur. Die Arbeiterpartei ist am beliebtesten unter den Wähler/innen über 50, während die SV nur wenige Wähler/innen über 60 anspricht, dafür aber eine starke Unterstützung bei denen in ihren Zwanzigern genießt.

Wie aus der Grafik Nummer drei deutlich wird, hat die Arbeiterpartei größeren Zuspruch bei den relativ wenigen Wählern, die nur eine Hauptschulbildung haben, während die Wähler/innen der SV mehrheitlich ein Bildungsniveau jenseits des Oberschulabschlusses haben.

In den 1960er Jahren hatten die beiden Parteien fast identische soziale Profile hinsichtlich der Berufe ihrer Wähler/innen. Heute unterscheiden sich diese Profile deutlich. Die Arbeiterpartei ist immer noch sehr viel mehr eine „Arbeiterpartei“, während die SV eine Partei für Angestellte im öffentlichen Dienst geworden ist. 2005 waren die Hälfte der Wähler und 75 Prozent der Mitglieder der SV im öffentlichen Dienst beschäftigt, für die werktätige Bevölkerung insgesamt liegt der Anteil bei 28 Prozent.

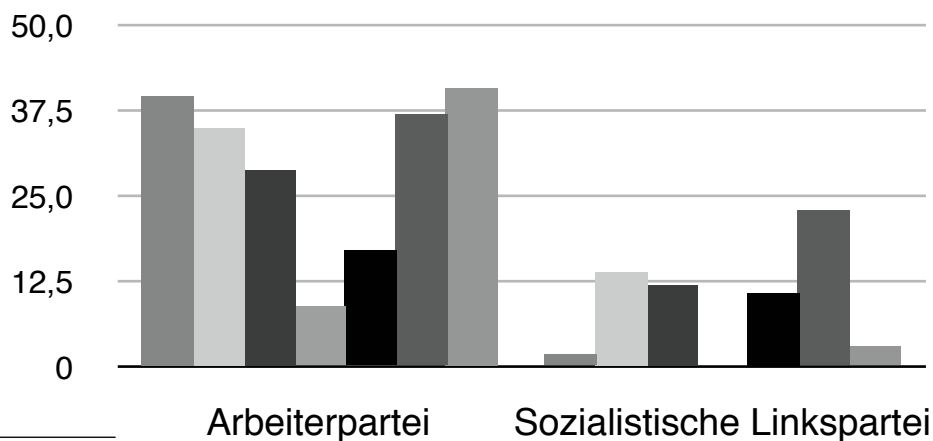
Grafik 3: Prozenste der Stimmen für Arbeiterpartei und SV, nach Bildungsniveau



2005 wurden die Wähler/innen gefragt, welche Partei die beste Politik in bestimmten Bereichen vorweisen könne: Die Arbeiterpartei lag im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit (54 Prozent) sowie bei der Gesundheits- (39 Prozent) und Seniorenpolitik (38 Prozent) vorne. Bei der Umwelt- (35 Prozent), Bildungs- (22 Prozent) und Familien- und Kinderpolitik (21 Prozent) schnitt die SV am besten ab.⁴

Grafik 4: Prozenste von Wählergruppen, die Arbeiterpartei bzw. SV wählten

- ArbeiterInnen
- Angestellte mit mittlerem Einkommen
- Selbstständige
- RenterInnen
- Angestellten im Niedriglohnbereich
- Landwirte/Fischer
- StudentInnen



⁴ Vgl. Valgundersøkelsen 2005, in: SSB Rapport 2007/31, S. 32-34.

Parteimitgliedschaft

Wie in anderen europäischen Ländern, haben auch die norwegischen Parteien in den letzten Jahrzehnten Mitglieder einbüßen müssen. Hatte die Arbeiterpartei 1995 noch 72.600 Einzelmitglieder, so waren es 2007 nur noch 51.500. Dazu kam die „Kollektivmitgliedschaft“, wobei die Gewerkschaften Teile ihrer Mitgliedschaften als Mitglieder der Arbeiterpartei anmelden konnten, sie wurde 1995 abgeschafft. Nicht zuletzt wegen dieser Bestimmung konnte die Partei 1950 mehr als 200.000 Mitglieder zählen.

Die SV erreichte 1992 mit 14.000 ihren Spitzenwert an Mitgliedern. 2001 waren es nur noch 7.300, seitdem ist die Zahl wieder auf 9.500 gestiegen (Stand 2007). Seit 1990 sind die Frauen unter den Mitgliedern der SV in der Mehrheit. Die letzten vergleichbaren Daten für die beiden Parteien gehen auf 2001 zurück: Zu dieser Zeit waren 57 Prozent der SV-Mitglieder Frauen, während es in der Arbeiterpartei nur 40 Prozent waren⁵. Eine Frauenquote (die „40-Prozent-Regel“) für alle ehrenamtliche Stellen in der Partei wird seit der Parteigründung 1975 im SV-Statut festgelegt, sie war von der Sozialistischen Volkspartei geerbt worden. Die Arbeiterpartei führte zehn Jahre später ein ähnliches Statut ein.

2001 waren 64 Prozent der Mitglieder der Arbeiterpartei Mitglieder einer Gewerkschaft, bei der SV waren es 76 Prozent. Bei der Mitgliedschaft in anderen Organisationen gibt es deutliche Unterschiede: 26 Prozent der Mitglieder der SV, aber nur 3 Prozent der Arbeiterpartei, waren Mitglieder einer Umweltorganisation. Ähnlich sieht es bei der Mitgliedschaft in internationalorientierten Organisationen aus: 37 Prozent der SV-Mitglieder, aber nur 6 Prozent von Arbeiterparteimitgliedern sind entsprechend engagiert, der Organisation *Nei til EU* („Nein zur EU“) gehören 38 bzw. 2 Prozent an. Nur 1 Prozent der SV-Mitglieder und 7 Prozent der Arbeiterparteimitglieder waren hingegen auch Mitglieder von Organisationen, die den EU-Beitritt befürworten.⁶

Die SV-Mitglieder sind generell zu einem höheren Grad außerhalb ihrer Partei politisch engagiert, als Mitglieder der Arbeiterpartei. Im Jahr 2001 hatte nur 12 Prozent der Arbeiterparteimitglieder irgendwann einmal an Aktionen, Demonstrationen oder Streiks teilgenommen, Proklamationen unterschrieben oder Geld zur Unterstützung solcher Aktivitäten gespendet.⁷ In der SV waren es 53 Prozent.

Der Anteil von Einwanderern aus nichtwestlichen Ländern

Es gibt keine zuverlässigen Informationen über die Position von Immigranten aus nichtwestlichen Ländern in den beiden Parteien. Im Allgemeinen wird angenommen, dass der Anteil von Einwanderern aus nichtwestlichen Ländern in den beiden Linksparteien größer ist, als in den anderen norwegischen Parteien. Dies stimmt mit Daten für die Kommunalratswahlen im Jahre 2007 überein. Damals waren etwa 180.000 Einwanderer aus nichtwestlichen Ländern wahlberechtigt, also etwa 5 Prozent der Wählerschaft. Die Wahlbeteiligung lag bei den Wähler/innen aus nichtwestlichen Ländern bei 37 Prozent, die Wahlbeteiligung insgesamt bei 62 Prozent. Also gaben Einwanderer aus nichtwestlichen Ländern weniger als 3 Prozent der tatsächlich abgegebenen Stimmen ab.

⁵ Vgl. Knut Heidar/Jo Saglie: *Hva skjer i partiene?*, Oslo 2002, S. 82.

⁶ Vgl. Ebenda, S. 274-75.

⁷ Vgl. Ebenda, S. 284.

Insgesamt wurden 136 Einwanderer aus nichtwestlichen Ländern in Kommunalräte gewählt, die somit 1,3 Prozent aller Ratsmitglieder stellten. Damit ist diese Gruppe in diesen Gremien eindeutig unterproportional vertreten. Nur bei den beiden Linksparteien war das anders: Mit 2,4 Prozent der gewählten Ratsmitgliedern der Arbeiterpartei bzw. 4,5 Prozent der SV-Ratsmitgliedern, stellten die Einwanderer aus nichtwestlichen Ländern hier einen höheren Anteil⁸. Die hauptsächlichen Herkunftsländer der zurzeit amtierenden SV-Ratsmitglieder aus nichtwestlichen Ländern sind der Iran (41), der Irak (22), Chile (19), Bosnien-Herzegowina (18) und Somalia (17).

Programmatische Positionen und politische Aktionen

Bis 1993 gab es keine wirkliche Diskussion in der SV über die Frage einer gegenseitig bindenden Zusammenarbeit mit der Arbeiterpartei im Parlament bzw. in der Regierung. Das Gefälle zwischen den beiden sah man als zu groß, sowohl hinsichtlich des Wahlerfolgs (5-6 Prozent bzw. 35-45 Prozent) als auch hinsichtlich der jeweiligen Politik.

Danach hat sich über eine Reihe von Tatbeständen der Frust angestaut. Mehrere Minderheitsregierungen der Arbeiterpartei haben mit wechselnden Mehrheiten regiert: in der Sozialpolitik suchten sie dabei die Unterstützung der SV, dann aber zur Durchsetzung von neoliberalen Projekten wie die Deregulierung, die Privatisierung usw., die der rechten Parteien. Die Parteiführung, und nach und nach auch die Basis, merkten, dass diese Situation nur dadurch gelöst werden könne, dass man die Arbeiterpartei in ein Bündnis einbände, wobei Kräfte von Außerhalb dieser Partei deren neoliberale Tendenzen zurückdrängen könnten.

Ab 2005 sind SV und Gewerkschaften in der Lage gewesen, die Arbeiterpartei dazu zu zwingen, eine fortschrittlichere Politik zu übernehmen. Zum Beispiel hat sich die Partei von ihrer bisherigen Politik der Privatisierung und der Einführung des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs im Gesundheits- und Sozialwesen verabschiedet. In mehreren Bereichen hat die neue Regierung Bestimmungen rückgängig gemacht, die von allen norwegischen Regierungen, einschließlich der Arbeiterpartei-Regierungen, durchgesetzt worden waren. Die Arbeiterpartei hatte in etwa die neoliberale Politik fortgesetzt, die die Rechtsregierung 1981 abrupt eingeführt hatte.

In der gegenwärtigen Koalitionsregierung setzt die Arbeiterpartei teilweise eine Politik in entscheidenden Bereichen durch, an die die Parteivorsitzenden oft selbst nicht glauben. Viele von ihnen glauben beispielsweise nicht, dass es möglich wäre, die europaweite Strategie der Anpassung an neoliberale Sachzwänge zu vermeiden. In den 1990er Jahren hat die Arbeiterpartei ihre Zusammenarbeitspartner stets im rechten Lager gesucht, wenn sie in Schwierigkeiten geriet. Seit der dramatischen Niederlage bei den Wahlen von 2001 sieht man den „einfacheren Weg“ stattdessen in einer Kooperation innerhalb der Linken, da man erkannt hat, dass die Gewerkschaften und die Wähler/innen sich eindeutig für diese Richtung entschieden haben.

Zweifellos gibt es große Uneinigkeiten zwischen den drei Regierungsparteien, die die Arbeit der gemeinsamen Regierung behindern.

⁸ Vgl. Vebjørn Aalandslid: Innvandrere og kommunestyrevalget i 2007, in: SSB Rapport 2008/47

1. Die Außenpolitik: Die Parteien sind sich darüber uneins, ob die norwegischen Streitkräfte an weitentfernten Kriegen teilnehmen sollten.
2. Es gibt unterschiedliche Meinungen über das Gewicht, das Umweltfragen gegenüber Erwägungen des wirtschaftlichen Gewinns haben sollten, beispielsweise zur Frage der Erforschung neuer Öl- und Gasquellen im Nord- und im Polarmeer.
3. Es besteht Uneinigkeit darüber, ob das Recht auf Vorbehalte im EWR-Vertrag gegen europäische Gesetze verwendet werden sollte, die norwegische Interessen bedrohen.⁹

Der Außenpolitische Kompromiss für die Wahlperiode bis 2009 basiert auf drei Säulen:

1. Die Arbeiterpartei akzeptiert, dass Norwegen für die Dauer der Regierung der Europäischen Union nicht beitrifft.
2. Die SV akzeptiert, dass die Regierung Norwegens die Mitgliedschaft in der NATO und im EWR fortsetzt.
3. Die Zentrumsparlei, eine starke Unterstützerin der NATO-Mitgliedschaft, akzeptiert, dass die Regierung Norwegens die Mitgliedschaft im EWR fortsetzt.

Dieser Kompromiss ist kein stabiler. Die Grundprinzipien der Europäischen Union, die freie Bewegung von Gütern, Dienstleistungen, Kapital und Arbeit, zusammen mit dem Recht der Unternehmensgründung, schränken den Spielraum einer Regierung ein, wirksam „Fehler des Marktes“ zu korrigieren. Aufgrund ihrer Mitgliedschaft im EWR ist Norwegen in dieser Hinsicht in einer ähnlichen Situation wie die EU-Länder. Die neuen Regeln des Europäischen Gerichtshofs haben die Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte derart eingeschränkt, dass sich der Traum von einem „sozialen Europa“ in einen sozialen Alptraum verwandelt hat.

Der schwierigste Teil der Koalitionsverhandlungen im Jahre 2005 bezog sich auf militärische „out-of-area“-Einsätze. Der entscheidende Punkt war, ob ein klares VN-Mandat als Vorbedingung für eine norwegische Beteiligung an internationalen militärischen Einsätzen gelten sollte. Die Unterhändler der Arbeiterpartei versuchten bis tief in die letzte Nacht der Verhandlungen schwächere Bedingungen wie „entsprechend dem Völkerrecht“ oder „entsprechend dem VN-Vertrag“ durchzusetzen, letztlich fanden sie sich aber mit der Forderung der SV ab, die lautete: „ein klares VN-Mandat“.

Die SV hat als Teil der globalisierungskritischen Bewegung – zusammen mit der ATTAC-Norwegen und der breiten NRO-Front im norwegischen Sozialforum – die norwegische Politik in der WTO, der Weltbank und dem IWF stark kritisiert. Die Zentrumsparlei teilt diese Kritik zum Teil, während die Arbeiterpartei die genannte Politik akzeptiert. Als sie allein regierte, hat sie eine Politik durchgeführt, die nicht von jenen der anderen europäischen Länder bzw. der USA zu unterscheiden war.

⁹ Obwohl Norwegen kein EU-Mitglied ist, ist es zusammen mit Island und Liechtenstein durch den Vertrag von 1992 zum Europäischer Wirtschaftsraum (EWR) in den europäischen Binnenmarkt eingebunden. Daher gelten alle Binnenmarkt-Richtlinien und Bestimmungen für Norwegen, das aber das Recht hat, ein Vorbehalt gegen die Durchführung einer bestimmten Richtlinie oder Regelung geltend zu machen, was es bis dato allerdings noch nie in Anspruch genommen hat.

Schweden: Langer Marsch in die Koalition

Henning Süßner

Am 7. Dezember 2008 traten die Parteivorsitzenden der drei schwedischen Oppositionsparteien an die Öffentlichkeit und verkündeten, dass Sozialdemokraten, Grüne und Linkspartei mit einer gemeinsamen Wahlplattform zur Reichstagswahl 2010 antreten werden. Erst kurz zuvor hatte der Parteivorstand der Linkspartei dem Projekt grünes Licht gegeben. Das Ziel des politischen Programms der jetzigen Opposition ist es, die rechte Regierungsallianz in der nächsten Reichstagswahl (2010) zu besiegen und mit einer rot-grünen Koalitionsregierung zu ersetzen. Diese Nachricht schlug in den schwedischen Medien und in den Reihen der Mitglieder der Linkspartei wie eine Bombe ein.

Zum einen, weil es kurz zuvor noch ganz anders geklungen hatte. Am 8. Oktober 2008 hatten die Vorsitzende der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SAP), Mona Sahlin, und die zwei Sprecher der Grünen (*Miljöpartiet*), Maria Wetterstrand und Peter Eriksson, der Öffentlichkeit mitgeteilt, dass SAP und Grüne eine langfristige Zusammenarbeit vereinbart hätten, mit dem Ziel im Jahr 2010 die Regierungsmacht zu übernehmen. Die Linkspartei stand außen vor, und Mona Sahlin erteilte einer Zusammenarbeit mit der Linkspartei (*Vänsterpartiet*) mit dem Hinweis auf die „fundamentalistische Haltung“ der Linken zur Finanzdisziplin ein sehr eindeutiges Nein. Wenig später begannen Sahlin, Eriksson und Wetterstrand demonstrativ eine politische Rundreise durch Schweden, während Lars Ohly, Vorsitzender der Linkspartei, zwar seine Bereitschaft beteuerte, „konstruktiv“ an den Zukunftsdiskussionen der Opposition teilnehmen zu wollen, aber zuhause bleiben musste.

Kurz danach protestierten jedoch Mitglieder des sozialdemokratischen Parteivorstandes gegen das kategorische Nein Sahlins zur linken Zusammenarbeit und nach wachsendem Druck aus den Reihen der eigenen Partei und auch aus Gewerkschaftskreisen sah sie sich widerstrebend dazu gezwungen, die Gespräche mit Lars Ohly und der Linkspartei wieder aufzunehmen. Kurz darauf war die politische Sensation perfekt und die Linkspartei der Gewinner des Rennens.

Eine Sensation war das Ganze jedoch auch aus grundsätzlicheren Gründen: Ein Wahlsieg der neuen rot-grünen „Allianz für Vollbeschäftigung, mehr Gerechtigkeit und eine bessere Umwelt“ würde die erste linke Koalitionsregierung Schwedens schaffen. Zum ersten Mal überhaupt konnte der Sozialdemokratie ein Koalitionsversprechen schon vor einer Wahl abgerungen werden, und obendrein hat nun die schwedische Linkspartei zum ersten Mal die Aussicht Regierungspartei zu werden. Dies wäre in der Tat ein historisches Ereignis und es liegt in Reichweite: Mit einem zweistelligen Vorsprung vor der regierenden Rechtskoalition, so die aktuellen Wahlumfragen, scheint der Machtwechsel in Stockholm geradezu vorprogrammiert.

Bei so viel Geschichtsträchtigkeit ist es kaum verwunderlich, dass es lange dauerte, bis sich die drei beteiligten Parteien das Koalitionsversprechen abringen konnten. Für den Part der Linkspartei eröffnet der eventuelle Schritt in die Regierungsverantwortung nun ein weiteres Kapitel der langen und schmerzvollen Revision ihres Selbstbildes. Dieser Prozess wurde in den 1990er Jahren eingeleitet, führte vor nicht allzu langer Zeit fast zur Spaltung der Partei und gipfelt nun in der Bildung einer festen Wahlallianz mit Grünen und Sozialdemokraten, die von einer grundlegenden Reform der Parteiarbeit begleitet wird.

Erdrutsch im politischen System

Dass sich der Vorsitzende der postkommunistischen Linkspartei Schwedens Ende 2008 als politischer Sieger im Ringen um die Einigung der Opposition vor den Kameras der schwedischen Presse im Stockholmer Reichstag präsentieren konnte, ist ein direktes Resultat des letzten Reichstagswahlkampfes in Schweden. SAP, Grüne und Linkspartei waren nämlich bereits seit 1998 eine immer engere, allerdings auch zunehmend kompliziertere Zusammenarbeit in Regierungsfragen eingegangen. Diese Zusammenarbeit begann damals mit der Tolerierung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung. Diese wurde 2002 mit einer Art Absichtserklärungsprogramm für die damalige Mandatsperiode vertieft und 2006 mit der eindeutigen Aussage, diese Zusammenarbeit nach der Wahl fortsetzen zu wollen, untermauert.

Diese Form der Zusammenarbeit erlitt jedoch im September 2006 eine geradezu traumatische Absage durch die schwedischen Wähler. Daher wurde damals ein Schritt vollzogen, der das Ende einer Epoche der schwedischen Parteienpolitik und den Übergang in ein bipolares Parteiensystem vollzieht.

Die schwedische Politik ist nun in der Praxis dual und findet zwischen zwei politischen Allianzen statt, die jede Möglichkeit der blocküberschreitenden Zusammenarbeit *per se* ausschließen. Damit ist eine über 70 Jahre andauernde Phase der schwedischen Parteienpolitik im Prinzip abgeschlossen worden. Bis zur Wahl 2006 gab es zwar in der Praxis auch zwei politische „Blöcke“, das „Epizentrum“ der Reichstagspolitik war jedoch die SAP, die kein Interesse daran hatte, sich langfristig oder zu fest an bestimmte politische Partner zu binden. Stattdessen wurden die kleineren Mitte-Parteien und die Opposition links der Sozialdemokratie regelmäßig gegeneinander ausgespielt, und somit die politische Rechte (lange Zeit erfolgreich) von der politischen Macht ferngehalten. In der Konsequenz regierten sozialdemokratische Regierungen jahrzehntelang entweder mit eigenen Mehrheiten oder in Minderheit, indem sie mit bürgerlichen Mitte-Parteien verhandelten bzw. sich von Abgeordneten der Kommunisten/Linkspartei¹ tolerieren ließen.

Das frühere Dilemma der Linkspartei

Ein interessantes Phänomen war dabei, dass die Linkspartei in einigen Perioden, beispielsweise in den 1970ern, sozialdemokratische Kabinette hätte stürzen können, es in Realität jedoch nie dazu kommen ließ, da dies bedeutet hätte, einer Rechtskoalition den Weg an die Regierungsmacht zu ermöglichen. Das Wissen um dieses politische Dilemma der Linken ermöglichte den

¹ Die Linkspartei (Vänsterpartiet) wurde im April 1917 als Schwedens sozialdemokratische Linkspartei (SSV) gegründet und schloss sich 1919 der Kommunistischen Internationale an. Mit der Annahme der berüchtigten 21 Thesen der Komintern wurde die Partei 1921 zu Schwedens Kommunistischer Partei (SKP). 1967 wurde die Partei in „Linkspartei-Kommunisten“ (VPK) umgetauft, 1990 erfolgte schließlich die Umbenennung in Linkspartei.

jeweiligen sozialdemokratischen Regierungen, politische Kompromisse in Fragen von größerem Gewicht mit Liberalen und Zentrum einzugehen, beispielsweise, um die parlamentarische Durchsetzung wirtschaftlicher Strukturreformen zu sichern. Gleichzeitig konnte sich die SAP-Regierung nahezu darauf verlassen, die Unterstützung der Linkspartei zu erhalten, wenn es darauf ankam und wenn man keine Einigung mit der politischen Mitte erzielen konnte. Die Tolerierung sozialdemokratischer Regierungen durch die Linke erfolgte so gut wie automatisch.

Erst in den 1990ern sollte sich an diesem lange eingearbeiteten Muster etwas ändern. Anfang der 1990er Jahre leitete der neue Parteivorstand der gerade umbenannten Linkspartei eine postkommunistische Neuorientierung des Parteiprofils ein. Zu diesem Zeitpunkt befand sich die Linkspartei in einer tiefen Krise. Die Partei drohte an der 4-Prozenthürde zum Reichstag zu scheitern, und das politische Grundsatzprogramm war nach kaum 3 Jahren von der Geschichte überholt worden, denn der Eurokommunismus war aufgrund des Zusammenbruchs des real existierenden Staatssozialismus im Prinzip tot. Obendrein war die Mitgliedschaft der Partei überaltert und traditionell in den nördlichen Regionen Schwedens konzentriert, die nach mit der Öffnung des schwedischen Markts für internationale Kapitalinteressen immer mehr ins Abseits geraten waren.

In dieser schweren Situation gelang es der ambitionierten Parteivorsitzenden Gudrun Schyman, der Partei ein in den Medien sehr erfolgreiches, neues feministisches Profil zu verleihen. Gleichzeitig wurde die traditionelle Programmatik der Partei Schritt für Schritt revidiert, und seit 1995 ist die Linkspartei laut Statut eine „sozialistische und feministische“ Partei. Damit erschloss sich die Linkspartei neue Wählergruppen und verbesserte kontinuierlich die Stimmenanteile in den Reichstagswahlen. Hand in Hand mit einer Vertrauenskrise der Sozialdemokraten kam die Linkspartei so zu ihrer historischen Rekordwahl im Jahr 1998, in der sie 12 Prozent der Stimmen erhielt und zur drittgrößten Partei im Stockholmer Reichstag wurde.

Die Erfolge der Linkspartei zwangen die regierende Sozialdemokratie zwar an den Verhandlungstisch, allerdings wurden zu Beginn noch Grüne und Linkspartei gegeneinander ausgespielt. Interessant hierbei war der Umstand, dass es den Grünen trotz erheblich schlechterer Wahlergebnisse gelang, bessere Verhandlungsergebnisse zu erzielen, indem sie sich auch mit der bürgerlichen Opposition an den Verhandlungstisch setzten. Die Linkspartei hingegen hatte einen sehr viel geringeren Handlungsspielraum, da sie nur mit Sozialdemokraten verhandelte. Aus dieser Erfahrung heraus zwangen sie, zusammen mit den Grünen, die regierenden Sozialdemokraten nach der Reichstagswahl 2002 zum ersten Mal in eine langfristige und vertraglich gesicherte Zusammenarbeit.

Nach der Wahl 2002 bekamen die beiden kleinen „Stützparteien“ Berater in den Ministerien sowie jeweils einen Regierungspräsidenten (Gotland und Jämtland) zugesprochen, während SAP weiterhin eine eigene Regierung bildete. Dieses Übereinkommen garantierte den sozialdemokratischen Machterhalt, nahm den Grünen Verhandlungsspielraum und gab der Linken zum ersten Mal indirekten Einfluss auf die Regierungsarbeit.

Der wesentlich weiter reichende Effekt war die Etablierung eines rein dualen Systems im Reichstag, da SAP, Grüne und Linkspartei nun geschlossen im Parlament auftraten und die Opposition aus vier bürgerlichen Parteien bestand, die ebenfalls eng zusammen arbeiteten. Während die linke Seite jedoch keine größere Einigkeit in Grundsatzfragen erstrebte – ganz im Gegenteil stellte man fest, dass es keine Möglichkeit gebe, sich in der Haltung zur schwedischen EU-Mitgliedschaft oder in der grundsätzlichen Analyse der schwedischen Wirtschaft zu einigen

– arbeiteten die bürgerlichen Parteien systematisch darauf hin, Einigkeit in Grundsatzfragen zu erreichen, um eine feste Wahlallianz 2006 bilden zu können.

Diese Allianz wurde 2005 gebildet, sie erreichte ihr Ziel, die zwölfjährige Machtperiode der SAP zu brechen und übernahm im Herbst 2006 die Regierung. Der große Verlierer der Wahl war die SAP, für die wesentlich kleinere Linkspartei war die Wahl jedoch eine Katastrophe. Mit 5,85 Prozent der Stimmen lag die Partei plötzlich in der Nähe des Niveaus, auf dem man sich zu Zeiten der Identitätskrise der frühen 1990er Jahre bewegt hatte.

Warum? fragte sich nicht nur der Parteivorstand und wollte sich diesmal nicht damit begnügen, die feindlichen bürgerlichen Medien für den Wahlverlust verantwortlich zu machen. In einer ersten Wahlanalyse des Parteivorstandes wurde konstatiert, dass die Wahlkampagne der Linken unfokussiert gewesen sei, und dass die zentralen Fragen der Linkspartei in den medialen Hintergrund geraten seien. Außerdem, so monierte die Analysegruppe, sei die Wahlarbeit der Partei halbherzig gewesen und die Nähe zu den Wählern nicht ausreichend gesucht worden.

Was tun?

Auf der Basis der Einsicht, dass die lokalen Parteistrukturen der Linkspartei häufig schwach seien und von schlechten nationalen Wahlergebnissen² besonders stark belastet würden, wurde im Jahr 2007 eine Gruppe gebildet, die nach positiven Beispielen linker Politik in Europa suchen sollte. So sollten Ansätze neuer Politik nach Schweden importiert werden. Die Gruppe erhielt den programmatischen Namen „Die Kunst eine Partei aufzubauen“. Parallel dazu erhielt die Programmkommission der Partei den Auftrag, das Parteiprogramm grundsätzlich zu reformieren. Im Reichstag wurde danach gestrebt, Einigkeit innerhalb der Opposition anzustreben.

Das Ziel des *politischen* Programms ist es, die rechte Regierungallianz in der nächsten Reichstagswahl (2010) zu besiegen und durch eine rotgrüne Koalitionsregierung zu ersetzen. Dieses politische Ziel ist, wie eingangs gesagt, seit dem 7. Dezember 2008 in greifbare Nähe gerückt. Das Vorbild dabei ist die Linkskoalition, die im Nachbarland Norwegen seit 2005 regiert. Wie in Norwegen wurde die sozialdemokratische Parteiführung von den Industriegewerkschaften fast dazu gezwungen, eine gemeinsame Wahlplattform zusammen mit der Linkspartei zu erarbeiten. Wie dort wurden zu diesem Zweck im Januar 2009 parteiübergreifende Arbeitsgruppen gebildet, die die Eckpunkte dieser Wahlplattform erarbeiten sollen. Wie dort wurde versucht, ein günstiges Verhandlungsklima zu schaffen, indem das eigene Parteiprogramm konkretisiert und von überlebtem politischem Jargon befreit wurde. Die politische Zielsetzung ist im Grossen und Ganzen damit schon jetzt erfolgreich verwirklicht, und die Linkspartei Schwedens scheint auf dem Weg in die Regierungsverantwortung zu sein.

Die Ambition des derzeitigen Erneuerungskurses ist jedoch wesentlich weitreichender: Die Partei soll grundsätzlich reformiert werden, und es sollen neue Strukturen für die tägliche Partearbeit und das Politikverständnis der Parteimitglieder geschaffen werden. Ein wichtiger Ausgangspunkt hierbei ist die nüchterne Konstatierung, dass sowohl Zahl als auch Aktivitätsgrad der Mitglieder in den letzten Jahren gesunken ist³, was auf Dauer die Existenz der Linkspartei gefährden könnte.

² In diesem Zusammenhang soll angemerkt werden, dass Kommunal-, Regional- und Reichstagswahlen in Schweden gleichzeitig durchgeführt werden.

³ Die Anzahl der Mitglieder der Partei lag Ende 2008 bei rund 11 000, im Jahr 2002 waren es noch 14 000.

So wird festgehalten, dass das Parteileben außer während Wahlkampagnen weitgehend von einem recht kleinen Kern von aktiven Mitgliedern aufrecht erhalten wird. Auf diese Weise ist die politische Alltagsarbeit der Linkspartei synonym geworden mit kommunaler Politikverwaltung und im besten Fall routinierte, altmodische Wahlkampfarbeit. Die Aktivitäten der Partei erschöpfen sich darüber hinaus häufig in der Mitarbeit in parlamentarischen Gremien, die manchmal nur mit Mühe und Not gefüllt werden können. Gleichzeitig werden jedoch im Selbstverständnis der Partei nach wie vor außerparlamentarische Aktivitäten, beispielsweise die aktive Teilnahme von Parteimitgliedern in den Gewerkschaften, der Mieterbewegung und anderen, hervorgehoben.⁴

Um dieses Dilemma, das in der Vergangenheit periodisch zu wenig konstruktiven Konflikten zwischen Fürsprechern von Real- bzw. Grundsatzpolitik⁵ geführt hat, zu lösen, soll nun versucht werden, von positiven Beispielen wie dem der Sozialistischen Partei der Niederlande zu lernen. Indem die Linkspartei hin zu einer lokal verankerten, bürger- und bewegungsnahen Partei entwickelt werden soll, möchte man verhindern, dass das Parteiprofil undeutlich wird und von der nicht immer positiven Medienrezeption gesteuert wird. So sollen also gleichzeitig Bürgerpartizipation ermöglicht und ein Weg aus der politischen Anonymität gefunden werden. Das Ziel ist es, die Partei weniger anfällig für politische Konjunkturen und Misserfolge in parlamentarischen Wahlen zu machen. Nach niederländischem Vorbild soll dies beispielsweise durch Bürgerbefragungen und Politikerhausbesuche regelmäßige Präsenz vor Ort gezeigt werden.

Die Zukunft der Linkspartei soll außerdem in einer Art Rekonstruktion der Partei als Bewegung liegen. Die Linke soll in den außerparlamentarischen Bewegungen präsent werden, die in den letzten Jahren auch in Schweden wieder stärker geworden sind. Das ist natürlich eine Herausforderung, der sich die schwedische ebenso wie andere europäische Linksparteien zu stellen hat, und eine Aufgabe, die womöglich leichter gedacht als getan ist. Demzufolge hat sich die Partei in der letzten Zeit bewusst gegenüber offenen und radikalen politischen Netzwerken geöffnet, und sie kann bereits darauf verweisen, eine aktive Rolle beim Europäischen Sozialforum in Malmö 2008 gespielt zu haben und im jungen radikalen Umweltaktionsnetzwerk „Klimax“ präsent zu sein.

Ob dieses ehrgeizige Erneuerungsprogramm flächendeckend verwirklicht und die Linkspartei neu gedacht und neu belebt werden wird, bleibt abzuwarten. Es ist jedoch schon jetzt zu sehen, dass die Parteiarbeit zumindest in den urbanen Zentren der schwedischen Linken wie Lund/Malmö, Göteborg, Stockholm, Uppsala belebter geworden ist. Dies ist nicht zuletzt der Werbung neuer und in der Regel jüngerer Mitglieder zu verdanken, die Erfahrungen in außerparlamentarischen Bewegungen mitbringen, und die jetzt angesichts ihrer Abneigung gegen die gegenwärtige Regierungspolitik bewusst den Schritt in die Parteimitgliedschaft wagen.

⁴ Dies ist ein Phänomen, das seit langem bekannt ist. Vgl. Hans Arvidsson: *Medan revolutionen dröjer. Kritik av ett parti i motvind*, Stockholm 1987 und Herman Schmid: „Från folkrörelse till mediaparti“, in: *Socialistisk Debatt*, 1-2/1996. Auch die interne „Organisationsanalyse“ des Parteivorstands der Linkspartei 1998 kam zu einem ähnlichen Schluss.

⁵ Vgl. Henning Süßner: „Good-bye Lenin? Die schwedische Linkspartei 1998-2005“, in: Michael Brie, Cornelia Hildebrandt (Hrsg.): *Parteien und Bewegungen. Die Linke im Aufbruch*, Berlin 2006.

Die Linke in Gordon Browns Großbritannien

Thomas Kachel

In einem Sketch der BBC-Comedy Show Rory Bremner treffen Gordon Brown und Tony Blair ein Jahr nach Blairs Abtritt aufeinander. Brown: 'Du hast es gut getroffen. Genau zur richtigen Zeit hast du dich davon gemacht.' Blair daraufhin: 'Gut getroffen? Du dachtest doch nicht dass das ein glücklicher Zufall war? – Bescheuert bin ich nicht.' In der Tat beendete Tony Blair seine Regierungszeit zu einem Zeitpunkt, als in mehr als einer Hinsicht klar wurde, dass der historische status quo, auf dem New Labour seine Dominanz in der britischen Gesellschaft begründete, zum Ende gekommen war. Sowohl Liberale wie David Marquand als auch Linke wie Anthony Barnett sehen die größte Herausforderung in der Gleichzeitigkeit eines Vertrauensverlust in traditionelle Institutionen und dem Zusammenbruch neoliberaler 'Gewissheiten'.¹ So sind jetzt 70 Prozent der Briten der Meinung, Super-Reiche würden nicht ausreichend zum Gemeinwesen beitragen, und ihr Einkommen solle wesentlich höher besteuert werden. Mehr und mehr Briten werden sich nun auch über den volkswirtschaftlichen Zusammenhang zwischen Reichtumsakkumulation, Spekulation und Krise bewusst.²

Die einzige unmittelbare positive Folge der Krise ist ein Dämpfer für den einstmals noch als sozialistisch firmierenden schottischen Nationalismus – die SNP. Seit 1989 beschwor man ein neoliberales schottisches Wirtschaftswunder im Falle der Unabhängigkeit und spielte mit anti-englischen Ressentiments. Der unerwartete Sieg Labours in den Nachwahlen für den Unterhausabgeordneten für Glenrothes im Oktober 2008 könnte ein Signal sein, dass schottische Wähler zu verstehen beginnen, dass in der „schönen neuen Welt“ der Krise der Satz: ‚small is beautiful‘ nicht mehr gilt. Dies bedeutet Zeitgewinn für die Idee vom multinationalen, multi-kulturellen Großbritannien und für eine hoffentlich wiedererstarkende Scottish Socialist Party. Es stellt sich aber generell die Frage: Ist die Linke in Großbritannien in der Lage, von dieser Legitimationskrise zu profitieren?

In diesem Artikel sollen die drei wichtigsten Akteure in diesem Spannungsfeld verortet werden: Die (Linke in der) Labour Party, die Linke in den britischen Gewerkschaften und die Linke in den Partei-Koalitionen links von Labour, vor allem in der Respect-Koalition. Um die Bedingungen ihres Agierens zu erhellen, bietet sich zunächst ein kurzer Exkurs über New Labour unter Gordon Brown an.

¹ Vgl. David Marquand: How did we get here?, in: New Statesman, 10. April 2008; Gerry Hassan / Anthony Barnett: Breaking out of Britain's neoliberal state, in: Compass thinkpiece no. 43, 5. Januar 2009.

² Vgl. ICM Poll, November 2008, in: The Guardian vom 14. Januar 2009.

1. A 'New' New Labour ? Die Finanzkrise und Labours Re-Sozialdemokratisierung 'wider Willen'

So sehr das New Labour Projekt auch von Linken gehasst wurde und wird, so führt doch an der Labour Party kein Weg vorbei – dafür sorgt schon das Mehrheitswahlrecht, das generell nur je zwei Kandidaten Chancen auf einen Sitz im Unterhaus einräumt. In der Labour Party gibt es gerade an der Parteibasis eine Reihe engagierter linker Mitglieder, und eine Vielzahl innerparteilicher Organisationen, die sich der Propagierung linker Inhalte – von globaler Gerechtigkeit über Feminismus bis hin zur Gewerkschaftsarbeit – verschrieben haben. Aber der sichtbare Widerspruch zwischen linkem Herzen der Basis und rechter Regierungspraxis führt zum weiteren Ausbluten der Partei: Auf dem Höhepunkt der New Labour-Popularität 1997 hatte die Partei 405.000 Mitglieder, Ende 2007 nur noch 176.000, ein historisches Allzeit-Tief, wie konservative Beobachter bemerken.³

Beim Wechsel von Blair zu Brown als Galionsfigur der Regierungspartei 2007 machten sich nur wenige, wie etwa Polly Toynbee von der linksliberalen Tageszeitung *The Guardian*, Hoffnungen auf umfangreiche Korrekturen in der New Labour-Programmatik. Die Hoffnung auf eine eigenständige Kehrtwende erfüllte sich jedoch nicht. Blair mit seiner charismatischen Wirkung vor allem auf konservative Wähler steht nicht mehr zur Verfügung, aber Brown weigert sich standhaft, dies durch eine linkere Profilierung bei der traditionellen Labour-Wählerschaft wieder wett zu machen. Im Gegenteil: Die Erhöhung des Prozentsatzes für den Eingangsteueratz von 10 auf 20 Prozent im letzten Jahr traf vor allem die Einkommensschwachen und führte zu einem PR-Desaster für den Premier. Auf euroapolitischer Ebene setzte sich Brown bis vor kurzem, wie Blair, für eine weitere Deregulierung der Finanzmärkte ein, und er war noch Anfang 2008 der wichtigste Gegner jeder zahmen Idee der Steuerharmonisierung.

Infolgedessen ist die Partei in den Meinungsumfragen stetig auf dem Rückzug. Im Januar 2009 lag Labour 12 Prozent hinter der konservativen Partei. Dies macht entweder ein Patt im Parlament oder einen konservativen Wahlsieg im nächsten Jahr wahrscheinlich.⁴ Die Parteiführung reagiert auf diese Entwicklung überwiegend mit Durchhalte-Rhetorik, ohne dass die Verantwortung der Führung für die Praxis der vergangenen Jahre parteiintern thematisiert würde.

Umso erstaunlicher ist die ordnungspolitische Kehrtwende, die New Labour seit dem Herbst 2008 vollzieht. So boten Premierminister Brown und Schatzkanzler Darling allen Finanzinstitutionen in hoher Geschwindigkeit einen praktisch unbegrenzten Bürgschaftsschirm an. Einige, darunter die Großbanken HBOS und RBS, wurden durch mehrheitliche Anteilskäufe verstaatlicht – ein in der marktgläubigen Ökonomie Großbritanniens einmaliger Vorgang. Man entschied sich für eine massive Neuverschuldung, um ein antizyklisches Wirtschaftsrettungsprogramm zu finanzieren: Im Laufe des Jahres 2009 soll eine Stimulation der Inlandsnachfrage durch eine Senkung der Mehrwertsteuer um 2 Prozentpunkte und andere Maßnahmen erreicht werden. Allein dies entspricht einer zusätzlichen Kreditaufnahme von 21 Milliarden Pfund, was

³ Das ‚First-past-the-post‘-System erwächst aus der seit dem Mittelalter tradierten strikten territorialen Repräsentanz der Abgeordneten. Ein Listenwahlrecht nach Parteien gibt es für das Unterhaus nicht. Ein Abgeordneter wird gewählt, um ein Territorium (constituency) zu vertreten. Dass er/sie zugleich Parteienvertreter ist, ist für die Wahl selbst unerheblich.

⁴ Vgl. ICM-Umfrage vom 25. Januar 2009, in: *The Guardian*, 26. Januar 2009.

die Staatsverschuldung 2010 auf etwa 8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts anwachsen lassen wird.⁵

Damit wird deutlich, dass die New Labour Führung einige Grundsätze der neoliberalen makroökonomischen (Nicht)Steuerung verlässt. Ist das nun ‚die Linke‘ auf dem Vormarsch? Mit Sicherheit nicht. Denn dieses Handeln ist nicht Folge von Einsicht oder neuen politischen Meinungsbildungsprozessen in der Regierung, sondern es ist aufgezwungen.⁶ Trotzdem oder gerade deswegen verstärken sich in der Öffentlichkeit, und auch innerparteilich, die Hoffnungen auf einen ‚Linksruck‘ innerhalb der Partei. Sind diese Hoffnungen berechtigt?

2. Die Labour-Linke

Das wichtigste organisatorische Zentrum der traditionellen Linken in der Partei ist die Socialist Campaign Group. Sie besteht zurzeit aus ungefähr 20 bis 30 Unterhausabgeordneten. Ihre bekanntesten Gesichter sind die Londoner Abgeordneten Diane Abbot, Jeremy Corbyn, und John McDonnell. Die Gruppierung entstand in den 1980er Jahren als Reaktion auf die Aufweichung des Programms der Partei durch die sogenannten Reformer um Neil Kinnock. Der damalige Gründervater der Gruppierung war Tony Benn, der noch immer als spiritus rector der traditionellen Linken in GB geachtet wird.⁷ Politische Prinzipien sind das Eintreten für die Verteidigung öffentlichen Eigentums, die Umverteilung von gesellschaftlichem Reichtum, die Erreichung von Bildungsgleichheit, die Gegnerschaft zu Kriegen und dem Besitz und der Anwendung von Atomwaffen, aber für einige auch die Gegnerschaft zum ‚gemeinsamen Markt‘ EU.

Die interessante Entwicklung der letzten Jahre im Zusammenhang mit der Socialist Campaign Group ist jedoch die Gründung des Labour Representation Committee (LRC). Vorsitzender ist der Unterhausabgeordnete John McDonnell. Die Organisation wurde 2004 von maßgeblichen Protagonisten der Socialist Campaign Group gegründet mit dem Ziel, „die Zehntausende anzusprechen, die sich von Labour in Verzweiflung und Desillusionierung abgewandt haben“.⁸

Zweifellos dem Impuls der Anti-Irak-Proteste folgend entwickelte sich damit eine eigene linke Struktur auch in der Basis und im Umfeld der Labour Party.⁹ Auch die Gründung des Wissenschaftler-Gremiums Left Economics Advisory Panel (LEAP) im Rahmen des LRC war ein solcher Schritt nach außen. Seit dem Eintritt in die akute Krise gibt LEAP, dessen Mitglieder auch Verbindung zur deutschen Memorandum-Gruppe unterhalten, regelmäßig „Red Papers“ heraus: Aufsätze und Analysen zur Krise, die neokeynsianische Alternativen zum Handeln der

⁵ Vgl. ICM-Umfrage vom 25. Januar 2009, in: The Guardian, 26. Januar 2009.

⁶ Jackie Ashley, linksliberale Kolumnistin beim Guardian, stellt verwundert fest: ‚Die Linke mag wieder still und im Schneckengang auf dem Vormarsch sein, aber nicht in neuen Parteien oder neuen Persönlichkeiten, sondern in den mutierenden Persönlichkeiten der heutigen Minister‘, in: Jackie Ashley: In this economic cauldron, a new Labour is being forged, in: The Guardian, 8. Dezember 2008.

⁷ Tony Benn schied 2001 aus dem Parlament aus, um, wie er sagte, ‚mehr Zeit der Politik zu widmen‘.

⁸ Vgl. About the LRC, in: <http://www.l-r-c.org.uk/about/>, abgerufen am 18.2.2009.

⁹ Ungefähr 30 territoriale Unterorganisationen der Labour Party sind dem LRC bisher beigetreten, und auch vier traditionell linke Gewerkschaften. Vgl. <http://www.l-r-c.org.uk/>.

New Labour-Regierung verdeutlichen sollen.¹⁰ Aber innerparteilich ist das LRC selbst für eine Sperrminorität zu schwach.¹¹

Die Unzufriedenheit mit dem Kurs der New Labour-Führung geht aber weit über das Umfeld der traditionellen Sozialisten hinaus. Im Jahr 2003 gründete sich auch die Gruppe Compass, die dem New Labour Projekt kritisch gegenübersteht, die sich aber nicht vorrangig auf Umverteilungsfragen konzentriert. Fragen ökologischer Nachhaltigkeitspolitik wie auch die Beschneidung der bürgerlichen Freiheiten unter New Labour gehören zu den vorrangig thematisierten Kritiken. In verschiedenen britischen linken Blogs wird aber zuweilen die Meinung vertreten, dass Compass die Funktion habe, persönliche Konflikte zwischen der Führung und Middle Labour, dem Zentrum der Partei, zu kitten.¹² Zwei weitere Organisationen, die sich innerhalb der Partei gegen die New Labour-Vorherrschaft stellen, sind die Grassroots Alliance und Save the Labour Party. Beides sind im wesentlichen Aktivistengruppen, die etwas für die Demokratisierung der Partei tun wollen. Sie lasten den Niedergang der Partei(mitgliedschaft) dem autoritären Führungsstil der New Labour-Funktionäre an. Durch eine Koordination ihrer Bemühungen vor allem mit dem LRC konnten in den letzten Jahren einige linke Kandidaten bei den Wahlen zum Parteivorstand, dem National Executive Committee, durchgesetzt werden. 2008 gelang dies sogar bei 4 von 6 zu wählenden Sitzen.

Wenn sie auch inhaltlich voneinander abweichen, ist die grundsätzliche Taktik aller vier Formationen die gleiche: Es ist der Versuch, innerhalb der Labour Party relative Mehrheiten für linke bzw. traditionell sozialdemokratische Inhalte zu bauen, um eine strukturelle Mehrheit herzustellen, mit der dann ein politischer Richtungswechsel durchgesetzt werden kann. Dafür sind die gewählten Parteigremien jedoch zu weitgehend entmachtet. Auch wenn eine solche Wiederaneignung der Parteigremien gelingt, ist es sehr zweifelhaft, ob die Mehrheiten selbst für Mitte-Links-Positionen in der Partei noch vorhanden sind. Die Demokratie-Kampagne innerhalb der Partei erreichte 2007 erstmals, dass wenigstens der stellvertretende Parteivorsitzende direkt von den Mitgliedern gewählt werden kann. Dennoch verlor der hoffnungsvolle ‚centre-left‘ Kandidat Jon Cruddas, von den meisten großen Gewerkschaften unterstützt wurde und als ‚Verbindung zwischen der Führung und der Parteibasis dienen‘ wollte, gegen die Brown-Getreue Harriet Harman. Labours ‚Links-Schwenk‘, wann immer er überhaupt möglich gewesen wäre, ist vorüber, ehe er begann.

3. Aus Selbstzurückhaltung in der Defensive – Die Trade Unions

Die im TUC zusammengefassten Gewerkschaften beheimateten 2008 ungefähr 7 Millionen Erwerbstätigen. In den Jahren der Blair-Ära konnte der Mitgliederrückgang der Unions zwar gestoppt werden. Die Unwilligkeit der Blair-Regierung, jegliche Art von Anti-Gewerkschaftsgesetzen aus der Thatcher-Periode zurückzunehmen, hat aber die praktische Kampfunfähigkeit der Gewerkschaften in der privaten Wirtschaft bei einem Organisationsgrad von 17,8 Prozent

¹⁰ Im Moment leisten diese Papiere z.B. Argumentationshilfe gegen eine rassistische Interpretation der irregulären Streiks in der nordenglischen Ölraffinerie Lindsey, vgl. <http://leap-lrc.blogspot.com/>.

¹¹ Der Vorsitzende des LRC, John McDonnell, wollte Brown 2007 bei der Wahl zum Parteiführer herausfordern, konnte aber noch nicht einmal 24 seiner Fraktionskollegen dazu bewegen, seine Kandidatur zu unterstützen.

¹² Der Vorsitzende des LRC, John McDonnell, wollte Brown 2007 bei der Wahl zum Parteiführer herausfordern, konnte aber noch nicht einmal 24 seiner Fraktionskollegen dazu bewegen, seine Kandidatur zu unterstützen.

zementiert.¹³ Auch der Einfluss auf die Gestaltung der politischen Prämissen der Regierung war so gering wie noch unter keiner anderen Labour-Regierung. In die Regierungszeit Gordon Browns starteten die Gewerkschaften zunächst mit Hoffnungen, die aber schnell durch die verächtliche Haltung der New Labour Führung enttäuscht wurden. So verweigerte Brown sowohl die zentrale gewerkschaftliche Forderung, Solidaritätsstreiks innerhalb eines Unternehmens wieder zuzulassen als auch die Umsetzung der EU-Arbeitszeitrichtlinie in britisches Recht.

Organizing contra partnership

Bisher haben die führenden Funktionäre des TUC, allen voran Generalsekretär Brendan Barber, nicht erkennen lassen, dass sie von der auch unter Blair geübten Selbstzurückhaltung unter dem Social Partnership-Abkommen abweichen wollen. Zwar profilieren sich inzwischen alle Gewerkschaftschefs öffentlich im Vorfeld ihrer Gewerkschaftskonferenzen als die großen Mahner, doch politische Konsequenzen aus der offensichtlichen Ignoranz New Labours haben nur die wenigsten gezogen: Die Feuerwehrgewerkschaft FBU schied 2002 nach einem bitteren Arbeitskampf aus der Labour Party aus, und stellte ihre Unterstützungszahlungen ein. 2004 folgte der schottische Teil der Eisenbahnergewerkschaft RMT diesem Beispiel, indem sie sich entschied, die schottischen Sozialisten zu unterstützen. Dafür wurde die gesamte Gewerkschaft aus der Labour Party ausgeschlossen, diese entschloss sich daraufhin, das LRC finanziell zu unterstützen. Die wichtigen und mitgliederstarken Gewerkschaften bleiben jedoch weiterhin entscheidende finanzielle Unterstützer der Labour Party. So hat sich zum Beispiel die größte Gewerkschaft, die Dienstleistungsgewerkschaft Unite, gerade entschieden, Labour eine Spende von 11 Millionen Pfund zukommen zu lassen, um die Finanzschwierigkeiten der Partei zu überwinden. Unite ist auch bekannt für einen rabiaten Umgang des New-Labour-nahen Apparats mit linken Obleuten und Aktivisten.

Der TUC hat mittlerweile versucht gegenzusteuern: Mit der Einrichtung einer Organizing and Activist academy werden shop stewards und andere Gewerkschaftsvertreter aus den Betrieben geschult, um nicht nur Ansprechpartner für andere zu sein, sondern auch wieder aktiv Mitglieder zu werben. Denn ein weiterer entscheidender Grund für die politische Behändigkeit der Gewerkschaftsführung geht auf die Mitgliedschaft zurück: Die RMT konnte ihre Loslösung von Labour auch damit begründen, dass nur 500 der 40.000 Gewerkschaftsmitglieder persönliche Mitglieder der Labour Party sind.

Neue Probleme – neue Lösungen? Das Beispiel Arbeitnehmerfreizügigkeit

Die horrenden Arbeitslosenvoraussagen von bis zu 3,4 Millionen für 2010 zeigen die Hohlheit der New Labour-Phrase vom Erfolg Großbritanniens als Service-Ökonomie – Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor sind von der Rezession genau so betroffen wie solche in der Industrie.¹⁴

¹³ Aktuell zeichnen Gary Daniels und John McIlroy ein pessimistisches Bild, was die Wirksamkeit der Gewerkschaften am Arbeitsplatz betrifft: ‚Ein wirkliches Ringen (um Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Lohnabschlüsse) findet nicht mehr statt‘, in: Daniels/McIlroy (eds.): *The British Trade Unions and New Labour*, Routledge 2008, S. 23.

¹⁴ Vgl. National Office of Statistics: *Labour Market Statistics*, January 2009, zitiert in: *The Independent*, 21.1.09. Auch IMF-Sprecher Oliver Blanchard nennt als ‚Voraussetzung‘ für die Erholung des Finanzsektors in GB ‚einen markanten Rückgang der Beschäftigung in diesem Sektor‘. (BBC – Interview, 23. Dezember 2008)

Ein zentraler sozialer Konfliktpunkt sind aktuell bereits die Konflikte um die Einstellungspolitik britischer Unternehmen. Mehrere tausend Arbeiter insbesondere in Nordengland, Schottland und Wales protestieren zurzeit mit illegalen Ausständen gegen den bevorzugten Einsatz ausländischer Arbeitskräfte. Mit Verweis auf das Laval-Urteil des EuGH, einem Grundsatzurteil zum Verhältnis von nationalem kollektiven Arbeitsrecht und Europarecht, versucht eine Reihe großer Arbeitgeber mittels des Einsatzes von Migranten, gewerkschaftlich organisierte Belegschaften zu unterminieren. Zudem wird die Aufhebung der britischen Beschränkungen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit 2004 zu massiven Lohnsenkungen missbraucht.¹⁵

Es blieb insbesondere weitblickenden linken Aktivisten in der Basis und im Apparat der Einzelgewerkschaften vorbehalten, auf das Ausspielen in- und ausländischer Arbeiter zu reagieren.¹⁶ Eines der ersten Erfolgsprojekte für dieses schwierige Unterfangen kann die GMB für sich verbuchen. Für Südengland wurde 2006 ein Unterverband für osteuropäische Migranten gegründet, der mit Hilfe polnischer Aktivisten den Ankömmlingen heimatssprachliche Beratung und Englischkurse anbietet. Dadurch konnten innerhalb von eineinhalb Jahren mehrere Hundert Migranten gewerkschaftlich organisiert werden.¹⁷ Zum zweiten beginnt die Gewerkschaftsführung nunmehr mit einer politischen Kampagne unter den eigenen Mitgliedern. Damit soll der rassistischen Propaganda der rechtsextremen BNP begegnet werden, die den massiven Versuch unternimmt, die Auseinandersetzungen für sich zu instrumentalisieren.¹⁸

4. Respect und die außerparlamentarische Linke – Scheidung und neues Glück?

Die Gründung der Respect-Koalition kann als die wichtigste Entwicklung innerhalb der britischen Linken unter New Labour bewertet werden. Weil im Prozess der Bildung dieses Wahlbündnisses viele der Stärken und Grenzen der britischen außerparlamentarischen Far Left aufscheinen, soll dieses Projekt hier beispielhaft beschrieben werden. Der Impuls, der zur Gründung von Respect führte, war die erfolgreiche Kampagne der Anti-War-Coalition gegen den Irak-Krieg im Jahr 2003. Deren Erfolgsrezept, die Pluralität, sollte auch das Erfolgsrezept der 2004 gegründeten Partei werden. Die wichtigsten konstituierenden Teile des Bündnisses waren die trotzkistische, aber hoch öffentlichkeitswirksame Socialist Workers Party (SWP), einige Protagonisten der Muslim League of Britain (MAB) und die Vertrauten um George Galloway.¹⁹ Der Ex-Labour-Abgeordnete, der über seine Anti-Irakkriegs-Haltung aus der Labour Party ausgeschlossen worden war, konnte 2005 seinen größten Sieg feiern, als er als erster Abgeordneter links von Labour seit 1945 ins Unterhaus gewählt wurde. Weitere Achtungserfolge der Respect

¹⁵ Einer der ersten, die sich diesem Thema zuwandten, ist der SWP-Aktivist und Regisseur Ken Loach. Sein Film ‚It's a free world‘ zeigt ungeschminkt, wie die viel gepriesene Freiheit der Arbeitnehmerfreizügigkeit in Großbritannien zu grenzenloser Erpressbarkeit und erbärmlichen Lebensverhältnissen der Migranten geführt. Ein Thema, dem sich auch die außerparlamentarische Linke bis vor kurzem – wohl aus einer falsch verstandenen political correctness heraus – nicht zuwenden wollte.

¹⁶ Vgl. Organising Migrant workers: evidence from TUC funded work, in: http://uin.org.uk/component/option.com_alphacontent/section,14/cat,38/task,view/id,79/Itemid,87/, abgerufen am 10.2.2009.

¹⁷ Vgl. Thomas Kachel / Joanna Lucyszyn: Sprachkurse zum Mitgliederfang, in: Neues Deutschland, 7.11.2008.

¹⁸ Die GMB, die maßgeblich handwerkliche Berufe vertritt, ist die größte Gewerkschaft, die Billy Bragg's neue antifaschistische Kampagne ‚Hope not Hate‘ unterstützt. Vgl. Daily Telegraph, 1. Februar 2009.

¹⁹ Die GMB, die maßgeblich handwerkliche Berufe vertritt, ist die größte Gewerkschaft, die Billy Bragg's neue antifaschistische Kampagne ‚Hope not Hate‘ unterstützt. Vgl. Daily Telegraph, 1. Februar 2009.

folgten auf kommunaler Ebene, so vor allem in Wohnbezirken mit hohem muslimischen Anteil oder Migrantenanteil wie Tower Hamlets (Ost-London) und Birmingham, wo Selma Yacoob in den Kommunalwahlen 2006 in ihrem Wahlbezirk 49 Prozent der Stimmen erreichte. Ein großer Durchbruch jedoch blieb aus. Bereits bei den Europa-Wahlen 2004, noch unter dem Eindruck des Irak-Krieges, erreichte die Partei aber nur enttäuschende 1,5 Prozent der Stimmen.²⁰

In der Folge kam es 2007 zu einer internen Auseinandersetzung, die zwar einen personalpolitischen Anlass hatte, aber sehr klare politisch-strategische Differenzen symbolisierte. George Galloway bemühte sich, vor allem von wahlstrategischen Gesichtspunkten geleitet, gezielt um die Gruppe der islamischen Einwanderer. Daraus ergab sich eine andere Gewichtung der strategischen Ausrichtung der Partei als z.B. für John Rees und die meisten seiner SWP-Genossen. Diese hielten mit Schwerpunkt auf den Widerstand gegen weitere Privatisierungen und die Unterstützung von Arbeitskämpfen an einer oft recht militant verstandenen sozialistischen Ausrichtung fest. In der straff geführten Kaderpartei SWP, in der immer noch das Prinzip des demokratischen Zentralismus herrscht, ist angesichts des Ausgangs dieses Konflikts inzwischen Selbstkritik angesagt. Drei Mitglieder wurden wegen Verstoßes gegen das Parteiprogramm ausgeschlossen und John Rees trat als oberster Parteisekretär zurück.

Über längere Zeit war es zudem zu Unzufriedenheit gekommen, weil die Basis bestimmte Aussagen und Voten Galloways im Unterhaus nicht länger tolerieren wollte. Galloway wurde „Kommunalismus“ vorgeworfen: Um die muslimische (traditionelle) Wählerschaft anzusprechen, sei er bereit, linke Inhalte zurückzustellen. SWP-Papiere kritisierten schon zur Kommunalwahl 2006 das „Agieren bestimmter Teile von Respect als klassenübergreifende Partei, nur einer Bevölkerungsgruppe dienend“²¹ Viele Gay rights activists waren empört über sein (Nicht-)Abstimmungsverhalten bei mehreren Abstimmungen über Gleichstellungsfragen, obwohl Respect als Partei hierzu eine klare (positive) programmatische Positionierung hat. Auch seine einseitige Konzentration auf den Nahost-Konflikt, und seine Position der bedingungslosen Solidarität mit den Palästinensern hat ihm Vorwürfe eingebracht, berechnete wie unberechnete.²² Galloway ist und bleibt dennoch, durch seine rhetorische Begabung und seine Mediengewandtheit, der derzeit bekannteste und durchsetzungsstärkste Politiker der außerparlamentarischen Linken in Großbritannien.

5. Ausblick

Angesichts der Zustände, in dem sich die drei größten Langer der Linken in Großbritannien befinden, kann man den Schluss ziehen: Die derzeitige Krisensituation ist günstig für die Linke, aber sie trifft sie unvorbereitet und in einem Stadium intensiver Selbstbeschäftigung. Dies ist auch der Grund, warum z.B. der Impuls, den die Wahlsiege bzw. Erfolge der deutschen und französischen Linken seit 2005 gesetzt haben, nicht wirklich wahrgenommen wird. Die Europä-

²⁰ Vgl. European Election: United Kingdom Result, in: http://news.bbc.co.uk/2/shared/bsp/hi/vote2004/euro_uk/html/front.stm, abgerufen am 18.2.2009.

²¹ Siehe dazu ausführlicher: Thomas Kachel: New Labours zweite Legislatur, in: Parteien und Bewegungen. Die Linke im Aufbruch, rls Texte 30, Berlin 2006.

²² Berechtigt sicherlich vom linken Standpunkt aus der Vorwurf des ‘single issuism’ – der Reduzierung auf ein Thema, das auch Galloways Wahl-Opportunismus anzulasten ist. Unberechtigt ist der Vorwurf des Antisemitismus – wer Galloways Reden kennt, weiß, dass ethnische Zuschreibungen in den Begründungszusammenhängen seiner politischen Argumentation nie eine Rolle gespielt haben.

isierung der Linken findet in der britischen Debatte kaum statt.²³ Die Krise wäre eine gute Gelegenheit, auch hier neu zu beginnen. Die Ansatzpunkte müssen aber insbesondere nach dem Respect-Desaster erst neu erstritten werden: Dazu ist eine neue Betriebsamkeit mit einer Vielzahl von Treffen, Kampagnen und Diskussionen ausgebrochen. Die RMT, die noch im vorigen Jahr Avancen Galloways zu seiner Unterstützung im Londoner Wahlkampf zurückgewiesen hatte, machte vor kurzem den Vorschlag einer sog. People's Charter: Die Festschreibung von Inhalten wie Anti-Privatisierungskampf, Antirassismus/Antifaschismus, Stärkung der Kommunen und Gemeinschaften soll Gelegenheit zur Schaffung einer Programm-Plattform bieten, um im Anschluss die organisatorischen Hürden anzugehen. Die Plattform Progressive London bietet ein cross-over von Labour-Linken und hauptstädtischen Aktiven an, die vor allem emanzipatorische Inhalte geltend machen.

Konkrete neue Wahlbündnisse sind zur Europawahl 2009 nicht zu erwarten, während die wahrscheinlich im Frühjahr stattfindenden Unterhauswahlen 2010 durchaus zu einer neuen Koalition führen könnten. Einig ist man sich bereits in dem, was es zu bekämpfen gilt: Die Sorge, die BNP könnte die Krise zum Sprungbrett für die nächsten Unterhauswahlen machen, vereint alle wesentlichen Kräfte. Die Kampagne Hope not Hate, getragen von dem linken Musiker Billy Bragg und dem antifaschistischen Magazin Searchlight, wird von fast allen Gewerkschaften unterstützt.

Sicherlich bietet die jetzige Situation der britischen Linken die beste Chance seit Jahrzehnten, den politischen Diskurs und die politischen Kräfteverhältnisse nachhaltig nach links zu verschieben und einen neuen institutionellen Kern zu schaffen. Die Frage, inwieweit das Zeitfenster dafür genutzt werden kann, wird die Zukunft beantworten.

²³ Eine Ausnahme sind natürlich Andrew Coates, ehemaliger linker Labour-Europaabgeordneter mit seinem Blog <http://tendancecoatesy.wordpress.com/> und die Enthusiasten der Initiative for a European Left in England <http://eurleft.wordpress.com/>.

Radikal linke Politik in Irland - Die Partei Sinn Féin

Ken Ahern / William Howard

Wer sind die Mitglieder der Sinn Féin?

Die *Sinn Féin* (ir.: „wir selbst“) veröffentlicht keine Mitgliederzahlen, doch wird die Zahl der Aktiven meist auf etwa 3.500 geschätzt, die sich in Ortsgruppen (ir.: *cumainn*) organisieren. Die Partei stellt hohe Anforderungen an ihre Mitglieder, wöchentlich gibt es Sitzungen, Flugblattaktionen, Demonstrationen, Klinkenputzkolonnen usw. Die Jugendgruppe der Partei, *Ógra Shinn Féin*, ist an allen Universitäten und anderen höheren Bildungsinstitutionen präsent. Sie hat etwa 500 Mitglieder und eigene Ortsgruppen in mehreren städtischen und ländlichen Gegenden.

In erster Linie stammt die Parteibasis aus den geringer verdienenden Schichten der Gesellschaft, insbesondere aus der städtischen Arbeiterklasse. Als einzige Partei der irischen Linken hat die *Sinn Féin* auch in den ländlichen Gegenden Irlands eine starke Anhängerschaft, in erster Linie in den Grenzregionen zu Nordirland sowie im Südwesten des Landes. Hier gründet die Unterstützung für die Partei in erster Linie auf die althergebrachte Feindseligkeit zur britischen Herrschaft und auf eine starke nationalistische Tradition. Die Anhänger der Partei in diesen Gebieten stammen vor allem die Arbeiterklasse in den kleinen Städten und Kleinbauern. In letzter Zeit betraf der Anstieg von Funktionären und Verwaltungspersonal aber hauptsächlich Aktive aus dem universitären Bereich. Im Staatsdienst ist das Parteiengagement in Irland insgesamt sehr niedrig, die *Sinn Féin* macht dabei keine Ausnahme.

Es gibt keine konkreten Zahlen zum Frauenanteil unter den Mitgliedern, doch eine Schätzung um die 15 Prozent dürfte zutreffen. Angesichts dieser Zahl sind Frauen in den Führungspositionen der *Sinn Féin* überproportional vertreten. Im Parteistatut wird festgelegt, dass ein Drittel der Mitglieder des Vorstandes (ir.: *Ard Comhairles*) weiblich sein muss, das gleiche gilt für die aufgestellten KandidatInnen. Diese Politik wird streng durchgesetzt. Ist keine Kandidatin verfügbar, so muss dem Vorstand ein detaillierter Bericht zur Erklärung vorgelegt werden. Die Partei hat seit den 1980ern auch eine Frauenabteilung, vor Ort und in jedem regionalen Gremium gibt es ein Netzwerk formeller und informeller Frauenforen. Zur Einschätzung der Position von Frauen in der Partei gibt es eine Reihe von Verfahren, die dann jährlich vom Parteivorstand überprüft werden. Die größere Beteiligung von Frauen in *Sinn Féin* bleibt eine der obersten Prioritäten der Parteileitung.

In den letzten Jahren hat Irland einen Zustrom von Gastarbeitern aus Osteuropa und aus der ganzen Welt aufgenommen. Nach vorsichtigen Schätzungen müssten Migranten etwa 5 Prozent der Parteimitglieder stellen. Aufgrund des politischen Konflikts in Irland verfügen die irischen Republikaner traditionell über gute Verbindungen mit gleich gesinnten Gruppen in anderen

Ländern. So hat die Partei eine Anzahl von Aktivisten aus dem Baskenland und Palästina und unterhält formelle und informelle Verbindungen mit Vertretern dieser Gruppen in Irland und im Ausland. Die Partei hat eine wichtige Internationale Abteilung und unterhält Kontaktprogramme mit einem breiten Netz von Unterstützern in vielen Ländern, insbesondere in den irischen Diasporazentren USA, Großbritannien und Australien. Die Parteimitgliedschaft ist jedoch nicht auf diesen Bereich beschränkt und umfasst auch Gastarbeiter aus Osteuropa, Kontinentaleuropa und Afrika. Die Mehrheit der Mitglieder ausländischen Ursprungs sind Engländer. Interessanterweise gibt es eine Anzahl von *cumainn* (Ortsgruppen), die ausschließlich aus Gastarbeitern bestehen, zum Beispiel ein nigerianischer *cumann* in Galway und ein polnischer *cumann* in Kerry. Einige Publikationen der Partei haben Beiträge auf Polnisch, der größten Minderheitensprache Irlands.

Etwa 55 Prozent der Parteimitglieder leben in Nordirland, dort ist die *Sinn Féin* zweitstärkste Partei, der Rest lebt in der Republik im Süden. Dennoch ist das Wachstum im Süden stärker, die Mitgliedschaft in beiden Ländern müsste sich innerhalb einiger Jahren angleichen. Der Nord-Süd-Unterschied ist das wichtigste Gefälle in der Partei, da es unterschiedliche Forderungen gibt und die Partei unterschiedliche Wahlen mit unterschiedlichen Prioritäten und Problematiken der jeweiligen Wählerschaften bestreiten muss. Im Süden hat *Sinn Féin* im Allgemeinen, sieht man von den traditionellen ländlichen Hochburgen des Irischen Republikanismus ab, eine größere Präsenz in den Städten. Die Partei stellt eine große Zahl von Bürgermeistern im Dubliner Raum, und auch die übergroße Mehrheit der Ratsmitglieder ist in Städten aktiv.

Die Partei hat zweifellos den Willen, Universitätsabsolventen und Berufstätige anzuziehen. Im Norden des Landes gibt es unter den Parteimitgliedern eine Anzahl von Stadtteilkünstlern der Arbeiterklasse, die etwa die berühmten großen Wandgemälden Belfasts und andere agit-prop-Werke erstellen. Dennoch hat die Stellung von Künstlern, Schriftstellern und anderen in der Partei keine Priorität, was allerdings kein Spezifikum der *Sinn Féin* ist. Prominente Kulturschaffende haben zwar des Öfteren vage Sympathien für eine politische Tendenz, selten beteiligen sie sich aber an der parteipolitischen Basisarbeit. Die irischen Parteien haben in der Regel keinen definierten Raum für die Intelligenz.

Sinn Féin gilt als jüngste der größeren Parteien Irlands, ihre Jugendorganisation gehört zu den größten und aktivsten unter den Parteien. Dennoch gibt es in vielen Bereichen, vor allem in den ländlichen Gebieten im Süden des Landes, eine Überalterung der Parteimitgliedschaft. In jeder Region muss es deshalb nach Ansicht des Verfassers einen Jugendbeauftragten geben, der dafür verantwortlich ist, junge Menschen für die Partei zu rekrutieren und auszubilden.

Sinn Féin in der irischen Gesellschaft und im politischen System

In Nordirland stammt die *Sinn Féin*-Wählerschaft aus der städtischen und auch ländlichen Arbeiterklasse und aus den Mittelschichten der „nationalistischen Gemeinschaft“ [d.h. den Bürgern katholischer Herkunft, die sich als Iren und nicht als Briten verstehen, Anmerkung des Übersetzers]. Im Süden sind es in erster Linie die Arbeiterklasse in den größeren Städten und Kleinbauern, die *Sinn Féin* wählen. Die Wählerschaft spiegelt also im Allgemeinen die Mitgliedergruppen wider. *Sinn Féin* zählt zusammen mit Labour und den Grünen (letztere sind gegenwärtig an der Regierung beteiligt) zur sogenannten *broad left*, dem irischen Mitte-Links-Lager. Labour wird von Elementen der städtischen Arbeiterklasse und der Mittelschicht gewählt, die Grünen von den postmodernen Mittelschichten der Vorstädte.

Laut ihrer Parteidokumente will *Sinn Féin* ihre Aktivisten und gewählten Vertreter in alle Bereichen der Gesellschaft einbetten. Sie hat vor kurzem eine Gewerkschaftsabteilung eingerichtet sowie eine Kulturabteilung, die auch die Verantwortung hat, die Beziehungen zur „Bewegung zur Förderung der irischen Sprache“ zu pflegen. Die Partei hat zudem die Notwendigkeit betont, dass ihre Mitglieder Verbindungen zur Gemeinschaft aufbauen, etwa durch Mitarbeit in Stadtteilgruppen und Sportvereinen wie dem Gälischen Sportverband. Dadurch sind in vielen Arbeitervierteln der irischen Städte Erfolge erzielt worden. Diese Aktivitäten entsprechen der steten Betonung der Ermächtigung der Zivilgesellschaft im Gegensatz zum Parteiklientelismus.

Im europäischen Vergleich ist die irische Parteienlandschaft ein Sonderfall. Statt konkurrierender rechter und linker Lager gibt es zwei große „Volksparteien“, die beide aus der christdemokratischen Tradition stammen. Dieses Gefälle ergab sich aus der Spaltung zwischen zwei konkurrierenden nationalistischen Tendenzen während des irischen Bürgerkrieges in den 1920ern, wobei die Parteien, die aus diesem Konflikt hervorgingen, beide im Wesentlichen konservativ waren. Daher – und aufgrund des vorherrschenden katholischen Ethos der Bevölkerung – war das Konzept einer Opposition auf Klassenbasis von Staatsgründung an unklar. Obwohl es stets eine linke Nische gegeben hat, deren Ausmaß über die Jahre geschwankt hat, findet linke Politik keine Mehrheit in Irland: Bis dato hat es noch nie eine Mitte-Links-Regierung gegeben. Die Parteien der Linken haben sich zwar bisweilen an Koalitionen beteiligt, dennoch waren die betroffenen Regierungen immer vom konservativen Ethos geprägt.

Sinn Féin, Labour Party, Grüne und fortschrittliche Unabhängige halten zusammen 18 Prozent der Mandate im *Dáil*, dem nationalen Parlament, der Rest verteilt sich auf die beiden konservativen Großparteien. Innerhalb des linken Blocks gibt es eine minimale Kooperation, doch keine gemeinsame Strategie auf nationaler Ebene. Stattdessen ist es das Ziel der drei genannten Parteien, Koalitionen mit einer der größeren konservativen Parteien zu bilden. Dennoch sind die Beziehungen untereinander auch nicht feindselig, das Potential für eine größere Kooperation in Zukunft ist durchaus vorhanden.

Vereinzelte *Sinn Féin* arbeitet auch im Parlament mit den anderen Gruppen zusammen. In der letzten Wahlperiode entstand im *Dáil* eine „technische Fraktion“ bestehend aus *Sinn Féin*, der trotzkistischen Sozialistischen Partei und parteilosen Linken. Dadurch erhielten ihre Mitglieder längere Redezeiten und die Möglichkeit zu parlamentarischen Anfragen, das Bündnis wurde aber inzwischen aufgelöst. Bei Fragen, in der Labour Party und *Sinn Féin* gleiche Anliegen teilen, hat erstere der kleineren Partei öfter Teile ihrer Redezeit im Parlament überlassen, auch hat sie die Wahl eines *Sinn-Féin*-Mitglieds in den Senat ermöglicht. Auf kommunaler Ebene haben Parteien der Linken wie Sozialisten, Grüne, *Sinn Féin*, Parteilose und Labour Party immer wieder informell zusammengearbeitet.

Ein anderer möglicher Partner, die Gewerkschaftsbewegung, ist in erster Linie im öffentlichen Dienst verwurzelt und zurzeit in einem System der sozialen Partnerschaft mit der Regierung und den Arbeitgeberverbänden eingebunden. Diese Partnerschaft steht aufgrund der Wirtschaftskrise in Irland jedoch gegenwärtig auf dem Prüfstand und einige der größeren Gewerkschaften planen Streiks. Kleinere, unabhängige Gewerkschaften mit sozialistischer Prägung sind zwar in einigen Betrieben präsent, doch fallen sie weder politisch noch wirtschaftlich von Gewicht. Soziale Bewegungen wie die der Minderheitengruppen, Umwelt- und Friedensorganisationen, sind im Allgemeinen recht klein und haben wenige bis gar keine Beziehungen zur Gewerkschaftsbewegung.

Der Diskurs um *Sinn Féin* hat sich in der Vergangenheit vor allem auf die Rolle der Partei im irischen Friedensprozess konzentriert. Da dieser im Wesentlichen erledigt ist und die *Sinn Féin* im Norden an einer Regierung der Machtteilung teilnimmt, ist dieser Diskurs im Südteil des Landes abgeschlossen. Dennoch hat die Frage der irischen Einheit in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen, wobei die Partei einerseits Massendemonstrationen veranstaltet hat und die Frage andererseits in der irischen Diaspora in den USA thematisiert.

Während der Zeit, in der der Wähleranteil der *Sinn Féin* zunahm, geschah dies in erster Linie auf Kosten der *Fianna Fáil*, der größten Partei Irlands. In der Folge begannen *Fianna Fáil* und andere Parteien, die Frage der irischen Einheit zu thematisieren, und schufen so einen neuen Diskurs. Im gegenwärtigen Klima der Wirtschaftskrise und der steigenden Arbeitslosigkeit richtet sich der Hauptdiskurs in Irland auf die Wiederherstellung der Wirtschaft sowie auf die Linderung der Folgen der geplatzten Immobilienblase. Dabei findet aber die Position der *Sinn Féin* bisher kaum Aufmerksamkeit in den Medien. Die Partei muss eine klare und schlüssige Alternative artikulieren, wenn ihre Botschaft vor dem Hintergrund der zentristischen Politik der großen Parteien sichtbar werden soll.

Politische Programmatik und strategische Richtung

Sinn Féin hat zwei Hauptziele, die Einigung Irlands und die Schaffung eines sozialistischen Staates. Diese beiden Ziele sieht man dabei als symbiotisch und untrennbar an. Um diese Ziele zu verwirklichen, versucht die Partei, alle Schichten der Gesellschaft in eine breite soziale und kulturelle Koalition zu integrieren. Dem entgegen steht die Tatsache, dass *Sinn Féin* von außen in erster Linie als eine Partei angesehen wird, die radikale Veränderungen anstrebt, um die Interessen der Arbeiterklasse und der unteren Mittelschichten zu vertreten. Gegenwärtig hat *Sinn Féin* einen viel höheren Anteil an Unterstützung aus den unteren Mittelschichten, als es in der Vergangenheit der Fall war.

In Hinblick auf den Kapitalismus, wie er gegenwärtig im neoliberalen, marktorientierten Wirtschaftssystem erscheint, konstatieren *Sinn Féin* und andere Bewegungen der Linken in Irland, dass sich die bürgerliche Gesellschaft im Grunde in eine marktbasiertere Gesellschaft umgestaltet bzw. pervertiert hat. So sind viele, wenn nicht gar die meisten, Grundsätze der radikalen Linken Europas in Bezug auf lokale Gemeinschaften und die breitere Gesellschaft völlig ausgehöhlt worden. In Irland sind die meisten öffentlichen Dienste seit Anfang des ökonomischen Booms Mitte der 90er Jahre (teil)privatisiert worden. Das Land hat inzwischen das größte Gefälle zwischen Reichen und Armen der Welt, mit Ausnahme der Vereinigten Staaten. Gegenwärtig leben 300.000 Menschen unterhalb der Armutsgrenze, und es wird davon ausgegangen, dass eine weitaus höhere Zahl in Gefahr ist dorthin zu geraten.

Die Bedeutung der aktuellen Krise zeigt sich in erster Linie in Form des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Diskurses. Derzeit haben viele der Ideale der radikalen Linken die Chance, innerhalb eines solchen Diskurses zu gedeihen. Es ist klar, dass das bestehende System des ungebändigten Kapitalismus gescheitert ist, in ganz Europa wird sichtbar, wie frühere Befürworter des Neoliberalismus Banken verstaatlichen und Eingriffe in Industrien durchführen. Im Lichte der neuen kapitalistischen Krise ist es unbedingt nötig, dass die Linke für eine Produktionsweise wirbt, die sich an den Bedürfnissen der Gesellschaft, im Gegensatz zum reinen Zweck des Gewinns orientiert.

Erst jüngst gab es in Irland eine große Zunahme an Zuspruch für das Mitte-Links-Spektrum, besonders für die Labour Party; die gegenwärtige Unzufriedenheit in der Arbeiterklasse und in der Mittelschicht hat eine Tür für die Linke geöffnet und ihr offene Ohren verschafft. So werden viele Forderungen der Linken, insbesondere der *Sinn Féin*, von Vorschlägen widergespiegelt, die in der Mitte der Gesellschaft diskutiert werden, etwa eine höhere Besteuerung von Besserverdienern, die Schließung von Steuerschlupflöchern für die Reichen, die Schaffung einer Staatsbank und die Verstaatlichung von sozialen Grunddienstleistungen wie Gesundheit und Bildung. *Sinn Féin* befürwortet ebenfalls die Förderung einheimischer kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU), um die übermäßige Abhängigkeit Irlands von ausländischen Direktinvestitionen (DFI) durch große, multinationale Konzerne zu vermindern.

Während *Sinn Féin* laut Satzung eine sozialistische Partei ist, wäre es falsch, ihre Sicht des Kapitalismus als System zu beschreiben, das eines gewaltsamen Sturzes bedürfte. Die Partei unterstützt die herkömmliche marxistische Sicht der sozialistischen Revolution nicht. Die Partei hat zwar in der Vergangenheit radikale Vorbilder wie Kuba oder Nicaragua hochgehalten, inzwischen dienen aber eher die nordischen Sozialdemokratien als Beispiel für das Wirtschafts- und Sozialsystem, nach dem *Sinn Féin* strebt. So unterstützt die Partei das Konzept des Sozialstaats mit kostenlosem und gleichem Zugang zu Gesundheit, Wohnraum, Bildung und Arbeit. Ebenso befürwortet sie Staatseigentum an Kern- und Nebendienstleistungen wie der Müllentsorgung oder dem ÖPNV. Die *Sinn Féin* will also eher eine gerechtere und gleichere Gesellschaft schaffen, statt deren kapitalistischen Grundlagen abzuschaffen.

Die *Sinn Féin* betont als Partei intern und öffentlich die Notwendigkeit, über eine bloße Anti-Regierungshaltung hinauszugehen und die Förderung eines gesellschaftlichen Wandels selbst in die Hand zu nehmen. Sie konzentriert sich dabei auf die staatliche Einigung Irlands und die Verwendung dieses neuen Staates als „leere Leinwand“, auf der eine inklusivere Gesellschaft auf sozialdemokratischen Prinzipien geschaffen werden soll. Sie fasst ihr Programm in der Losung „Ein Irland der Gleichen“, zusammen; es soll also ein Land entstehen, in dem die Bedürfnisse aller sozioökonomischen Schichten der Gesellschaft gleichermaßen erfüllt werden, wobei die Schwächsten und Verletzlichsten besonders berücksichtigt werden sollen.

Die Partei sieht die Regierungsteilhabe als unabdingbar für die Realisierung ihrer Ziele der irischen Einheit und der Schaffung einer sozial orientierten Gesellschaft an. Gegenwärtig beteiligt sich die Partei im Norden an der Regierung der Machtteilung zusammen mit den irischen Unionisten [d.h. den vorwiegend protestantischen britischen Loyalisten, Anmerkung des Übersetzers] und strebt auch im Süden nach Beteiligung an eine Koalitionsregierung. Jedoch ist die Meinung innerhalb der Partei in der Frage geteilt, ob eine solche Koalition auch mit einer der größeren konservativen nationalistischen Parteien zustande kommen könnte, oder ob sie durch die Schaffung einer linksfortschrittlichen Alternative entstehen sollte. Die Partei sieht sowohl die staatliche als auch die außerparlamentarische Arbeit als wichtige und immanente Aspekte ihres Programms an und versucht, sie bei jeder Gelegenheit miteinander zu verbinden.

Gegenwärtig ist *Sinn Féin* mit einer Umstrukturierung beschäftigt, wonach interne Gremien und Teams geschaffen werden, die eine Programmatik zu Wirtschaft, Ökologie und Nachhaltigkeit und zur Erneuerung des Sozialstaats entwickeln sollen. Bei den Parlamentswahlen 2007 war das Erscheinungsbild der Partei einer widersprüchlichen und unklaren Wirtschaftspolitik geprägt, was sich schädlich auf die Wahlergebnisse auswirkte. In der Sozialpolitik bestand eine der Hauptalternativen von *Sinn Féin* in der Erhöhung der Steuer für Besserverdiener, um mit den

Einnahmen die sozialen Dienste auszubauen. Bei der Ökologie ist die Partei eine begeisterte Befürworterin der erneuerbaren Energiequellen „Wind und Welle“, sie fordert auch den Schutz historischer Denkmäler, wie den des von einem Entwicklungsvorhaben bedrohten antiken Königssitzes Tara.

Ein wichtiges Projekt für die Partei ist die Analyse des benachteiligten ländlichen Westens des Landes, einer der periphersten Regionen Westeuropas, und die Formulierung konkreter Vorschläge für seine Entwicklung. Im letzten Jahr hat die Partei detaillierte Studien über die Region durchgeführt, wobei Statistiken und Interviews mit verschiedenen Interessengruppen erhoben wurden. Auf Basis dieser weit reichenden Forschung hat sie ein umfassendes Entwicklungsprogramm formuliert, das die Bereiche Verkehr, Tourismus, das historische Erbe, die Umwelt, soziale Dienstleistungen, Arbeitsmarktpolitik und Hochschulen umfasst. Das Projekt wurde von der Bevölkerung der Region sowie von den nationalen Medien sehr positiv aufgenommen, die wichtigen Aspekte wurden sogar von dem zuständigen Ausschuss des Parlaments einbezogen.

Sinn Féin und Europa

Sinn Féin hat Europa als einen wichtigen Politikbereich erkannt und ist begeistertes Mitglied des GUE-NGL-Bündnisses im Europaparlament. Die Partei strebt eine Erneuerung der Europäischen Union an und meint, dass man zum Konzept eines sozialen Europas zurückkehren solle. Nichtsdestotrotz ist *Sinn Féin* in erster Linie mit der Frage der irischen Souveränität beschäftigt, die ihrer Ansicht nach die oberste Priorität haben müsste. Dabei meint die Partei, dass ein geeintes Irland einen positiven Beitrag innerhalb der weiteren europäischen Familie leisten könne.

Sinn Féin war zusammen mit einer Zweckbewegung die Hauptstimme im Widerstand gegen den Vertrag von Lissabon, so wie es schon bei dessen Vorgängern, den Verträgen von Nizza bzw. Maastricht der Fall gewesen war. Die Partei befürchtet, mit der Annahme des Vertrages von Lissabon würden weitere Bestandteile der irischen Souveränität an eine Kommission abgetreten, die sie für nicht gewählt und dem normalen europäischen Staatsbürger gegenüber nicht rechenschaftspflichtig hält. Sie vertritt ebenfalls die Auffassung, der Lissabonner und die vorherigen Verträge seien mit der Absicht verabschiedet worden, ein Europa der Konzerne zu schaffen, welches sich von einem Europa auf Grundlage der sozialen Solidarität hin zum neoliberalen Kapitalismus entfernte.

Sinn Féin ist in der Öffentlichkeit von seinen Gegnern bisweilen als „euroskeptisch“ gebrandmarkt worden, was die Partei dezidiert zurückweist. Sie betont, dass sie keine Gegnerin des Konzepts einer Europäischen Union sei, sondern nur den zurzeit herrschenden wirtschaftskonservativen Charakter der Gemeinschaft ablehnt. Das Hauptproblem der EU ist laut *Sinn Féin* das Demokratiedefizit sowie das Gefälle, das sich zwischen der EU als Institution und den normalen BürgerInnen aufgetan habe. Die Partei meint, dass die nationalen Regierungen die Hauptakteure bei Angelegenheiten sein müssen, die in erster Linie ihre jeweiligen Länder betreffen. Jedoch muss man betonen, dass Fragen der Europapolitik keine vorrangige Rolle bei den irischen WählerInnen spielen und daher auch keinen Schwerpunkt für die Parteien darstellen.

Bei den europäischen Linken sieht *Sinn Féin* ihre Gemeinsamkeiten mit ihren Verbündeten in der GUE/NGL hauptsächlich in Fragen der Rechte der ArbeiterInnen in Europa und im Umweltschutz. Außerdem würde die Partei sicherlich mit der Position der GUE/NGL zum Krieg im Gaza-Streifen und den damit verbundenen Menschenrechtsverletzungen übereinstimmen. Mögliche

Streitpunkte mit der GUE liegen in Fischereifragen und dem Ausschluss des reichen „Irland-Box“-Gebiets aus der Fischereipolitik der Gemeinschaft.

Wie bereits angedeutet, pflegen *Sinn Féin* und die irischen Republikaner im Allgemeinen gute Beziehungen mit einer Vielzahl gleichgesinnter fortschrittlicher Gruppen und Regierungen. Die Verbindungen zwischen dem *Irish Republican Movement* einerseits und dem Baskenland und Palästina andererseits gehen bis in die frühen 1970er Jahre zurück, es besteht ein regelmäßiger Besucheraustausch mit beiden Gruppen. Jedes Jahr werden zu den Konferenzen der *Sinn Féin* SprecherInnen aus Ländern wie Kuba und Venezuela, als auch Mitglieder des südafrikanischen ANC, der baskischen *Herri Batasunas* und der Palästinensischen Befreiungsorganisation eingeladen. Ihr Jugendflügel ist Mitglied der ENDYL-Gruppe, die aus linksgerichteten politischen Jugendorganisationen in Ost- und Westeuropa besteht. *Sinn Féin* schickt alljährlich Delegierte zum Sozialforum und hat in der Vergangenheit Beiträge zu einer Vielzahl von Themen geliefert. Die Beteiligung an den Weltsozialforen gilt als integraler Bestandteil des Internationalismus der Partei.

Organisationsstruktur und Strömungen

Satzungsgemäß ist der alljährliche Parteitag (ir. *Ard Fheis*: „hohe Versammlung“) das oberste Entscheidungsgremium. Der Vorstand (ir. *Ard Comhairle*: „hoher Rat“) wird auf dem Parteitag gewählt und hat die Verantwortung, die politische Richtung und die Strategie der Partei zu formulieren. Der ständige Ausschuss (ir.: *an Coiste Seasta*) des Vorstands hat die Verantwortung für den täglichen Parteibetrieb. Die Partei ist in Regional- und Ortsverbänden (ir.: *cúigí* bzw. *cumainn*) gegliedert. Alle Parteiämter werden vom *cumainn* aufwärts durch Parteitage und -wahlen besetzt.

Innerhalb der *Sinn Féin* bildet der *Ard Comhairle* verschiedene Ausschüsse und Denkfabriken mit der Absicht, bestimmte Politikziele zu formulieren. Offiziell müssen alle diese Gremien transparent und rechenschaftspflichtig sein, auch die Basis wird dazu ermutigt, Beiträge vorzulegen. Des Weiteren werden auf nationaler Ebene gelegentlich Beratungen zu besonders wichtigen Themen durchgeführt, zum Beispiel zur Beteiligung der Partei am Regieren im Norden oder zur Nachbereitung der Parlamentswahl von 2007. Durch solche Vorgänge versucht die Partei ihre Basis einzubeziehen und gleichzeitig ihre Politik zu formulieren.

Es gibt mehrere Strömungen und Tendenzen innerhalb der *Sinn Féin*, von ausdrücklich nationalistisch über zentristisch und sozialdemokratisch bis hin zu radikalsozialistisch. Wegen dieser Tendenzen und wegen des breiten Charakters der Partei gibt es häufige Debatten und Uneinigkeit über viele Aspekte der Parteipolitik und -strategie. Solche Diskussionen und Debatten werden innerhalb der *Sinn Féin*-Struktur ermutigt und ausdrücklich ermöglicht. Keine dieser Strömungen oder Tendenzen ist formal organisiert, so dass man sie als eigentliche Fraktion betrachten könnte. Das organisierte Fraktionswesen ist kein Merkmal der Partei und wird im Allgemeinen nicht toleriert. Das jüngste Beispiel einer Fraktion innerhalb der Partei war das *32-County Sovereignty Committee* das 1998 *en masse* austrat, als die Partei die Mitchell-Prinzipien unterschrieb.¹ Jedoch werden Eingaben und Minderheitsmeinungen an der Basis der Partei gesucht und in den zuständigen Parteigremien ohne Rücksicht auf die Tendenz überprüft, aus der

¹ Die Mitchell-Prinzipien wurden generell als die wichtigste Grundlage für das Karfreitagsabkommen gesehen, wodurch das irische Friedensabkommen formalisiert wurde.

sie herrühren. Alle Parteimitglieder haben das gleiche Recht auf Meinungsäußerung auf Parteitagen und in Gremien, insbesondere bei strategisch-programmatischen Fragen.

Die *Sinn Féin* sieht sich als basis- und gemeinschaftsorientierte Partei. Deswegen und wegen ihrer linken Ausrichtung genießt sie eine Anziehungskraft für die benachteiligten Schichten der Gesellschaft wie auch für die städtische Arbeiterklasse. Es gibt zwar keine ausdrücklichen Programme, um die Intelligenz anzuwerben; jedoch stellen die Foren der Partei, in denen die Programmatik der Partei entwickelt wird, einen Raum dar, in dem sich Menschen einbringen können, die besondere Sachkenntnis zu gewissen Themen besitzen. Die Partei sieht die Zusammenarbeit mit ihnen als wichtig für ihre Entwicklung an und betrachtet Bündnisse und Unterstützungsnetzwerke als Widerspiegelung ihrer Ziele, eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen.

DIE LINKE in Deutschland

Cornelia Hildebrandt

Die gesellschaftliche und politische Linke in Deutschland ist plural. Sie zeigt sich in zahlreichen Initiativen und Protesten gegen den Sozial- und Demokratieabbau, in öffentlichen Diskursen um linke, d.h. demokratische und soziale Gerechtigkeit, Frieden, Sicherheit und Nachhaltigkeit. Sie spiegelt sich in den Kämpfen sozialer Bewegungen, Gewerkschaften und linker Parteien. Sie agiert gegenwärtig in einer Situation, die durch Krisen des Finanzmarktkapitalismus gekennzeichnet ist, in der die neoliberale Hegemonie mit ihren Forderungen nach Privatisierung und Deregulierung öffentlicher Güter an gesellschaftlicher Akzeptanz verliert. Anders als vorangehende Krisen ist diese vor allem durch ihre globale Dimension und Synchronität und ihrer Verflechtung von Finanz-, Wirtschafts-, sozialer, politischer und Umwelt-Krise gekennzeichnet. Die Suche nach Antworten der herrschenden politischen Klasse, die Radikalität ihrer Sprache in öffentlichen und privaten Medien einschließlich der Übernahme von bisher eher linkem Vokabular, wie die Forderung der Verstaatlichung von Banken und Unternehmen und der Enteignung von Aktionären, lässt Risse und Räume für neue öffentliche Diskurse sichtbar werden. Krisen sind Phasen, in denen sich Kräfteverhältnisse verändern, in denen neue gesellschaftliche und politische Mehrheiten möglich sind.

Ob die gegenwärtigen krisenbedingten Öffnungen von den Linken in Deutschland genutzt werden können, hängt maßgeblich von ihrer Fähigkeit ab, die Verschiedenheit linker alternativer Ansätze von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und linken Parteien zu bündeln und zu einem neuen, mehrheitsfähigen Projekt der Linken zu entwickeln. Eine besondere Rolle spielt dabei die Partei DIE LINKE.

Wer ist die neue Linkspartei?

DIE LINKE ging im Sommer 2007 aus der Vereinigung der beiden Quellparteien Linkspartei.PDS und Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) hervor. Die beiden Quellparteien sind zu unterschiedlichen Zeiten entstanden und haben ihre eigene Geschichte und Identität.

Die Linkspartei.PDS ist aus der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) hervorgegangen, die sich seit 1990, gemäß ihrem Grundkonsens – dem Bruch mit dem Stalinismus als System – als *Partei des Demokratischen Sozialismus* (PDS) verstand. Eine Umbenennung 2005 erfolgte als notwendiger Schritt im Vereinigungsprozess zur Herausbildung einer neuen gesamtdeutschen linken Partei, festgelegt in den Kooperationsabkommen des Fusionsprozesses. Im Juli 2005 gab sich die PDS den Namen *Die Linkspartei.PDS*.

Auslöser und Katalysator des Entstehungsprozesses der WASG 2004 war die neoliberale Politik der rot-grünen Regierung seit 2002 mit ihrer „Agenda 2010“, dem Generalangriff auf bisherige arbeitsmarktpolitische Instrumente und soziale Sicherungssysteme, die nicht mehr nur einzelne soziale Gruppen, sondern unterschiedslos größere Teile der Bevölkerung traf. Mit dieser Politik hatte sich die SPD von ihren Grundsätzen verabschiedet. Sie war für viele Sozialdemokraten nicht mehr wählbar. Gebraucht wurde deshalb eine Wahlalternative, die sich 2004 bildete und sich mit der zeitgleich entstandenen Initiative von IG-Metall-Gewerkschaftern: „Arbeit & soziale Gerechtigkeit“ zu einer neuen linken Partei: „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ (WASG) zusammenschloss.

DIE LINKE ist also eine zunächst vom Zusammenbruch der staatssozialistischen DDR und dann von der Hochzeit des Neoliberalismus in Deutschland stark geprägte Partei. Sie steht seit 2008 vor dem Problem, sich auf eine lang andauernde Krisensituation des Neoliberalismus mit offenem Ausgang einzustellen.

Die Linke ist eine linksplurale Partei, deren verbindende strategische Kernaufgabe die Veränderung der gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse als Voraussetzung für einen politischen Richtungswechsel ist. Sie verbindet dabei linkssozialdemokratische Ansätze zur Erneuerung des Sozialstaates, mit linkssozialistischen Versuchen, parlamentarische Politik zu gestalten und mit radikaler Kapitalismuskritik. Sie strebt die Transformation des Kapitalismus in eine solidarische und letztlich sozialistische Gesellschaft an, in der die Freiheit eines jeden Bedingung für die Freiheit aller ist. Die Ideen der Modernisierung des Sozialstaates und die des demokratischen Sozialismus sind zentrale Leitvorstellungen der Partei.¹ DIE LINKE ist verwurzelt in der Geschichte der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung, der Friedensbewegung und des Feminismus. Sie ist dem Antifaschismus verpflichtet, lehnt jede Form von Diktatur ab und verurteilt den Stalinismus als System – als verbrecherischen Missbrauch des Sozialismus. Sie beruft sich auf die Unteilbarkeit der Werte: Freiheit und Gleichheit, Sozialismus und Demokratie, Menschenrechte und Gerechtigkeit. Zugleich gibt es in der Partei Auseinandersetzungen darüber, wie diese auf neue Weise miteinander verbunden werden können.

DIE LINKE versteht sich als Partner sozialer Bewegungen und sie ist Mitglied der Europäischen Linkspartei.

Die Mitgliedschaft

Die LINKE hat 76.139 Mitglieder (2008), davon 29.085 Frauen. Sie hat damit im Vergleich zu den anderen im Bundestag vertretenen Parteien mit 38,2 Prozent den höchsten Frauenanteil. 2004 lag dieser Anteil bei der Quellpartei PDS noch bei 45 Prozent. Bedenklich ist, dass nur ein Viertel der Neumitglieder Frauen sind. Interessant sind hierbei die regionalen Unterschiede. So liegt der Anteil der Frauen bei den ostdeutschen Landesverbänden zwischen 44 Prozent in Thüringen und 46 Prozent in Sachsen und in den westdeutschen Bundesländern zwischen 22 Prozent in Bayern und 27 Prozent in Bremen. Andererseits ist die Partei im Westen im Durchschnitt fast 20 Jahre jünger als in den ostdeutschen Ländern.

Die Altersstruktur der Linkspartei stellt sich 2008 wie folgt dar: Der Anteil der Mitglieder unter 30 Jahren liegt 6 Prozent, der Anteil der Mitglieder zwischen 30 und 60 Jahren liegt bei ca.

¹ DIE LINKE (2007). Programmatische Eckpunkte, S. 2.

37 Prozent und der Anteil der Mitglieder über 60 Jahren bei fast 54 Prozent.² Die sich abzeichnende, leichte Erhöhung des Anteils junger Mitglieder reicht noch nicht, um eine Verjüngung der aktiven Basis der Partei zu sichern.

DIE LINKE ist seit dem Fusionsprozess auf dem Weg, eine gesamtdeutsche Mitgliederpartei zu werden, die langfristig ihre Ost-West-Asymmetrie überwinden wird. 2006 waren noch 78 Prozent ihrer Mitglieder in den ostdeutschen Landesverbänden organisiert und nur 22 Prozent in den westdeutschen Bundesländern. Dieses Verhältnis verschob sich in den letzten drei Jahren auf 66 zu 34 Prozent. Verbunden war dies mit einem Zuwachs von ca. 10.000 Mitgliedern im Westen (vor allem in dem bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen sowie im Saarland, in Niedersachsen und in Bayern) und mit einem Verlust von 3.500 Mitgliedern in Ostdeutschland (vor allem durch Tod). In den ostdeutschen Bundesländern ist es der neuen Linkspartei seit 2005 trotz ihrer ungünstigen Altersstruktur gelungen, ihre Mitgliederzahlen weitgehend zu halten. Damit konnte die Partei DIE LINKE im Unterschied zu den beiden Volksparteien CDU und SPD trotz grundsätzlich nachlassender parteipolitischer Bindungen, die alle Parteien trifft, ihr Profil als wachsende Mitgliederpartei ausprägen.

Über die Sozialstruktur der Mitgliedschaft der neuen Linkspartei lassen sich derzeit nur wenige Aussagen treffen. Klar ist, dass sich die Sozialstruktur der beiden Quellparteien stark unterschied. Die durchschnittlich eher geringen Beitragszahlungen in der Quellpartei WASG lassen eine soziale Zusammensetzung der Mitgliedschaft aus den mittleren und – stärker noch – unteren sozialen Schichten der Gesellschaft vermuten.³ Die WASG verstand sich – im Unterschied zur PDS, der linken Volkspartei in den ostdeutschen Bundesländern – eher als eine Partei der Arbeiter, vor allem Gewerkschafter und Betriebsräte und der mittleren Angestellten im öffentlichen Dienst. Die Sozialstruktur der Quellpartei Linkspartei.PDS hatte sich in den letzten Jahren kaum verändert: 77 Prozent der Mitglieder sind Rentner, Vorruehändler oder Arbeitslose. Schüler, Studenten und Auszubildende stellten drei Prozent, Arbeiter acht Prozent und Angestellte 18 Prozent.

Für viele Mitglieder der frühen PDS bedeutete das Ende der DDR (zumeist unfreiwillig) auch das Ende ihrer beruflichen Laufbahn. Sie vor allem übernahmen zum Beginn der 1990er Jahre Ämter und Mandate in der PDS zu einem Zeitpunkt, als der Erfolg dieses Parteiprojektes ungewiss war. Ihr zumeist ehrenamtliches Engagement ermöglichte die Herausbildung und Stabilisierung der PDS als „Kümmererpartei“ vor Ort – eine Partei, die sich kommunal verankert und programmatisch entwickelt hat.

Der Anteil der Generation der heute 40- bis 55-Jährigen, die nach der Wende für sich und ihre Familien unter den Bedingungen des Um- und Abbruchs neue berufliche Wege gehen mussten, war in der Mitgliedschaft der PDS prozentual relativ gering. Zugleich war gerade diese Altersgruppe unter den Mandats- und Amtsträgern überproportional vertreten. Es fehlen jüngere Mitglieder. Die schwache Verankerung der PDS im Westen konnte dieses sozialstrukturelle Defizit nicht ausgleichen.

Erst mit der Herausbildung der Partei DIE LINKE veränderte sich das Verhältnis von Erwerbstätigen und Nicht-Erwerbstätigen bezogen auf die Parteieintritte. Während 2004 52 Pro-

² Parteiinterne Auswertung des Parteivorstands vom 30.09.2008.

³ Die durchschnittlichen monatlichen Beitragszahlungen der Partei DIE LINKE liegen in 2008 bei den Landesverbänden Ost bei 13,44 Euro und bei den westdeutschen Landesverbänden bei 3,80 Euro. Analysematerial des Bereichs Parteientwicklung beim Parteivorstand vom Dezember 2008.

zent der Parteieintritte Nicht-Erwerbstätige und 48 Prozent Erwerbstätige waren, kehrte sich 2007 dieses Verhältnis zugunsten der Erwerbstätigen um. Inzwischen ist DIE LINKE durch Mitglieder mit sehr heterogenen Berufsmustern geprägt, verbunden mit einer wachsenden sozialen, kulturellen und politischen Fragmentierung. Diese kann für DIE LINKE eine Chance sein, wenn sie als solche reflektiert und bearbeitet wird und dafür die organisatorischen Rahmen geschaffen werden.

Dass schnelles Wachstum einer Partei auch zu Konflikten führt, gehört zum komplizierten Prozess der Herausbildung neuer parteipolitischer kollektiver Identitäten. Unterschiedliche Wurzeln, politische Erfahrungen und Sozialisation, Organisations- und Parteiverständnis müssen bei der Formierung einer neuen pluralen Partei zu Auseinandersetzungen führen. DIE LINKE ist auch politisch kulturell eine ungewöhnlich vielfältige und heterogene Partei. Sie steht vor der Aufgabe, die noch immer wirkenden kulturellen Brüche zwischen Ost und West, die jeweiligen Erfolge, Erfahrungen und ebenso das Scheitern sowie biographische Brüche in unterschiedlichen Gesellschaftssystemen produktiv zu bearbeiten.

Sie vereint heute in sich Sozialisten und Sozialdemokraten, Marxisten und Kommunisten, Globalisierungskritiker und Antikapitalisten, Orthodoxe und Pragmatiker, Feministinnen und Gewerkschafter. Sie unterscheiden sich in der Beurteilung der Geschichte der Arbeiterbewegung und ihrer Organisationen, der Bewertung zivilisatorischer Errungenschaften des Kapitalismus, der Potenziale parlamentarischer Demokratie, Stellenwertes der Veränderung der Eigentumsverhältnisse und hinsichtlich ihrer Sichtweise zur Rolle und zum Charakters des Staates. Diskutiert werden die Fragen des Verhältnisses von zivilgesellschaftlichem Engagement, Marktregulation, nationalem Sozialstaat und internationalen Institutionen, ebenso wie Fragen nach dem Verhältnis von internationaler Politik – unter den Bedingungen der Globalisierung – und nationalen Gestaltungsräumen.

Was sie alle zusammenhält, ist der gemeinsame Kampf gegen menschenunwürdige Lebensverhältnisse, gegen Sozial- und Demokratieabbau, gegen eine Politik, die letztlich die Vernichtung der natürlichen Umwelt notfalls billigend in Kauf nimmt, und die gemeinsame Utopie einer ausbeutungsfreien Gesellschaft. Während der Protest und die Kritik verbinden, trennt oft die Formulierung der Kritik. Diese fächert sich aus, je konkreter sie formuliert wird, und reicht von dem Anspruch, Protest und Widerstand auf Straßen und Plätzen öffentlich zu machen, über die Nutzung der Parlamente als Tribüne gegen neoliberale Politik bis hin zur Frage der Gestaltung von linker Radikalpolitik in parlamentarischer Verantwortung. So wie in den anderen linken Parteien Europas auch, ist die Frage der Regierungsbeteiligung von Linken eine zentrale und kontrovers diskutierte Frage.

Bei der Gründung der PDS gab es vier Gruppen, die sie maßgeblich prägten: a) Personen, die zur Gründergeneration der DDR gehörten, b) Personen aus dem Umkreis der Reformintellektuellen aus der frühen SED, die heute noch die Partei DIE LINKE maßgeblich auch in politischen Führungspositionen prägen, c) die reformorientierten Pragmatiker, die heute inzwischen die Amts- und Mandatsträger der Linken in den ostdeutschen Landesverbänden darstellen und deren Großteil sich heute im „Forum demokratischer Sozialismus“ organisiert und d) die orthodoxen Sozialistinnen und Sozialisten, die sich in der Kommunistischen Plattform und dem Marxistischen Forum organisierten. Letztere haben in der Partei DIE LINKE mit der Herausbildung der Strömung „Antikapitalistische Linke“ (AKL) eine Aufwertung erfahren.

Die WASG war zunächst ein Sammelbecken vor allem gewerkschaftsorientierter Linksintellektueller, Wissenschaftler, Publizisten und linker Vertreter der IG-Metall mit jahrzehntelanger SPD-Mitgliedschaft. Die Strömungen innerhalb der WASG – einig in ihrer Kritik an der Demontage des Sozialstaates und der neoliberalen Wende der SPD – vertraten unterschiedliche Positionen zur strategischen Ausrichtung innerhalb des Parteienspektrums: neu zu schaffende, konzeptionell aber klassische Sozialdemokratie oder Schaffung einer dauerhaften Formation links von der Sozialdemokratie, die Konzepte und Erfahrungen des Linkssozialismus und der neuen sozialen und globalisierungskritischen Bewegung verarbeitet. Damit verbunden waren ebenso unterschiedliche Organisationskonzepte: klassisch sozialdemokratisch, gewerkschaftlich und/oder offen bewegungsorientiert. Folgerichtig hat sich mit der Herausbildung der Partei DIE LINKE neben den bereits genannten Strömungen auch eine stark gewerkschaftlich geprägte Strömung, die „Sozialistische Linke“ sowie die „Emanzipatorische Linke“ mit Traditionen in autonomen Bewegungen entwickelt.

Die richtungspolitische Ausdifferenzierung der Partei DIE LINKE hat die in der frühen PDS ausgeprägte Gruppenrepräsentanz weitgehend verdrängt. Alle Strömungen innerhalb der Partei sind ost-west-geprägt. Die damit verbundene Pluralität ist jedoch noch stark auf innerparteiliche Auseinandersetzungen, Zugang zu Machtpositionen und Teilhabe an Richtungsentscheidungen ausgerichtet. Sie dominieren die innerparteilichen Diskurse, obwohl der Großteil der Mitglieder gar nicht oder nicht aktiv einer Strömung angehört.

Mit Oskar Lafontaine, Gregor Gysi und Lothar Bisky verfügt die Partei DIE LINKE über starke Führungspersönlichkeiten, die biographisch politisch unterschiedlich geprägt sind und als Repräsentanten der gesamtdeutschen Linken in Ost und West wahrgenommen werden, aber wiederum in den linken Bewegungen selbst doch durchaus umstritten sind. Darüber hinaus gibt es bundespolitisch und landespolitisch kompetentes Fach- und Führungspersonal, das über langjährige politische Erfahrungen in Parlamenten, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen verfügt. Die Partei DIE LINKE ist eine bundespolitische handlungsfähige Kraft geworden, die ihre parteipolitischen Konkurrenten unter Druck zu setzen vermag.

Der Jugendverband Solid hatte 2008 ca. 8.200 Mitglieder. Der Studierendenverband (führt keine Einzelmitgliedschaften) umfasst 60 Hochschulgruppen.

Wählerinnen und Wähler

Die bundesweite Akzeptanz der Partei DIE LINKE liegt gegenwärtig zwischen 10 und 12 Prozent; in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen ist sie mit ca. 30 Prozent zweitstärkste Partei.

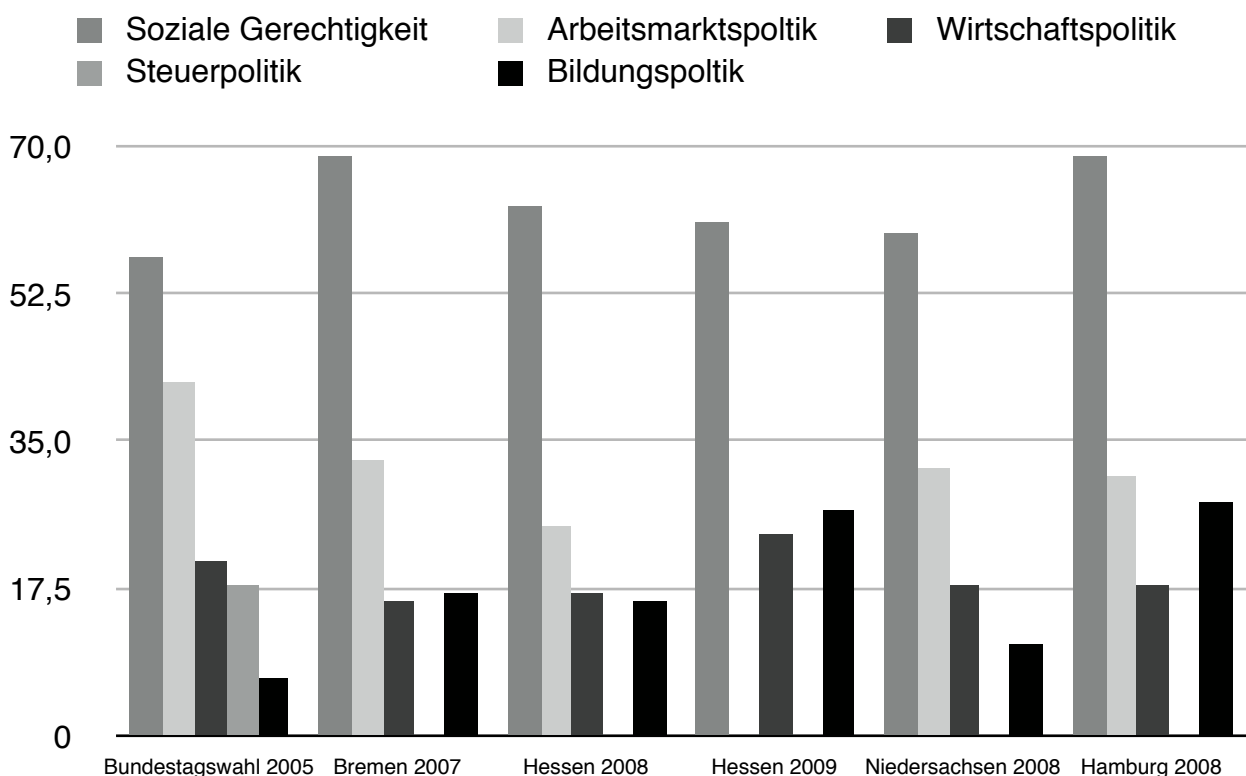
Sie wird gewählt vor allem wegen ihrer Kritik an den neoliberalen Sozialstaats- und Arbeitsmarktreformen (Agenda 2010), die das sozialdemokratische Grundmotiv der Solidarität – der Solidarität auf gleicher Augenhöhe – systematisch umdeutete.

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von der Partei DIE LINKE einen wirkungsvollen Einsatz für soziale Gerechtigkeit und insbesondere für sozial Schwache und konkrete Politikansätze, darunter zur Verbesserung der Situation für Kinder und Jugendliche, die Modernisierung des Bildungswesens, ihren Einsatz zur Verringerung von Arbeitslosigkeit sowie für gewaltfreie Lösungen von internationalen Konflikten und ihr Engagement als Bürgerpartei.⁴

⁴ Ergebnisse einer repräsentativen CATI-Befragung in Deutschland im April 2005.

Betrachtet man die für Wahlen entscheidenden Themen der letzten Landtagswahlen, so ist die Partei DIE LINKE jene politische Kraft, welche die Gerechtigkeitslücke thematisiert und von der deshalb ebenso Lösungen für Probleme des Arbeitsmarktes erwartet werden wie mit der sozialen Frage verknüpfte eigene politische Ansätze vor allem in der Bildungs- und Wirtschaftspolitik. ist im Zusammenhang mit den Wahlen in Hessen 2009 nicht nur die relativ hohe wirtschaftspolitische Kompetenzzuschreibung, sondern ebenso ihre Kompetenzzuschreibung zur Lösung von Problemen der Finanz- und Wirtschaftskrise.⁵ Dies ist gegenüber der PDS eine neue Entwicklung.

Abbildung 1: Wahlentscheidende Themen für Wähler der Linkspartei in Prozent

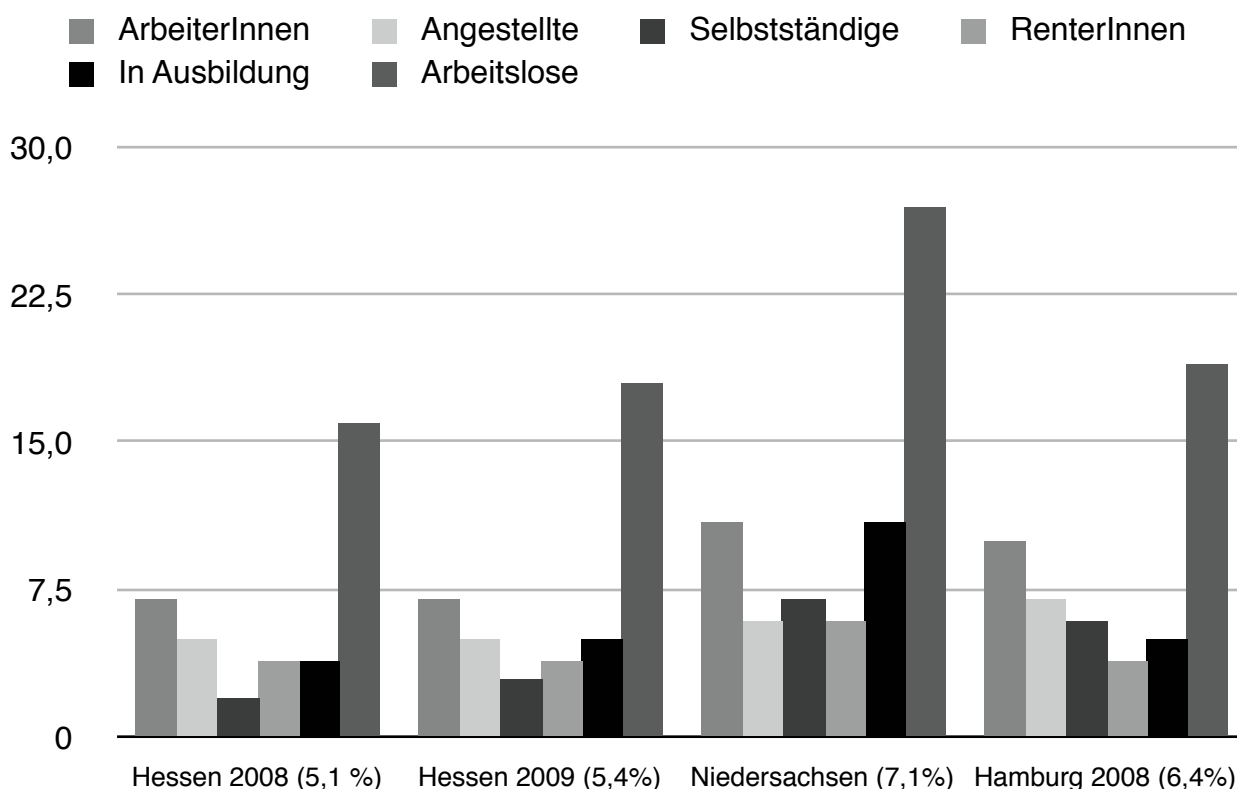


Betrachtet man die Sozialstruktur ihrer Wählerschaft ist sie Volkspartei in Ostdeutschland und im Westen eine Partei mit wachsendem Rückhalt in der Arbeiterschaft, bei Angestellten, Selbstständigen und vor allem bei Arbeitslosen. DIE LINKE wird von jenen gewählt, die sich vom wirtschaftlichen Abstieg bedroht sehen, und von sozialen Aufsteigern, die eine kritische Sicht auf gesamtgesellschaftliche Entwicklungen haben. Die soziale Zugehörigkeit ihrer Anhänger verteilt sich nach den politischen Milieus in allen sozialen Schichten der Gesellschaft. Ihre Anhänger in oberen und mittleren Schichten kommen vor allem aus den Gruppen der kritischen Bildungseliten und des engagierten Bildungsbürgertums mit sozial-libertären Orientierungen.

⁵ Siehe Auswertung der Landtagswahlen in Hessen: Kompetenzzuschreibung zur Lösung von Problemen der Finanz- und Wirtschaftskrise: 13 Prozent DIE LINKE, 19 Prozent CDU, 19 Prozent FDP, 9 Prozent SPD, 4 Prozent Grüne. Vgl. Landtagswahl Hessen 2009, in: /stat.tagesschau.de/wahlarchiv/wid260/umfragethemen6.shtml, abgerufen am 20.2.2009.

Gerade auch unter den Angestellten des öffentlichen Dienstes oder nachrangigen Einrichtungen im Bildungs- und sozialen Bereich hat DIE LINKE viele ihrer Anhänger.

Abbildung 2: Wähler der Partei DIE LINKE bei den Landtagswahlen in Hessen (2008 und 2009) Niedersachsen (2008) und Hamburg (2008) (in Prozent)



Zusammenstellung Wahlergebnisse nach infratest dimap vom 27.1.08 bzw. 25.2.2008.

Das Parteiensystem in Deutschland wird transformiert

DIE LINKE ist seit 2005 mit 53 Abgeordneten im Deutschen Bundestag, mit ca. 186 Abgeordneten in zehn Landtagen (mit Fraktionsstatus) und mit 5.729 Abgeordneten in Kommunalparlamenten vertreten. Sie stellt 204 Bürgermeister, 4 Ländräte und 69 Beigeordnete, Dezernenten und andere kommunale Wahlbeamte.⁶ Sie hat das Parteiensystem der Bundesrepublik verändert. Denn mit der Herausbildung des Fünfparteiensystems⁷ sind bisherige Koalitionen wie CDU/FDP oder SPD/Grüne oder andere nicht automatisch mehrheitsfähig, d.h. Zweierbündnisse zwischen einer großen und einer kleineren Partei reichen nicht immer für politische Mehrheiten, ein besonderes Problem für die SPD, die derzeit bei den Umfragen zwischen 23 und 26 Prozent liegt. Damit aber verändern sich die Spielregeln und die Partei DIE LINKE kann über ihre eige-

⁶ Gesamtübersicht über Mandate DIE LINKE vom 17.2.2009.

⁷ Das Fünfparteiensystem bezieht sich in Deutschland auf die fünf Parteien (CDU, SPD, Grüne, FDP und DIE LINKE), die bundesweit stabil mehr 5 Prozent der Wählerinnen und Wähler auf sich vereinigen können. Die Parteien befinden sich in einer prinzipiell offenen Wettbewerbssituation mit unterschiedlichen Koalitionsmöglichkeiten von zweier oder Dreierkoalitionen

ne Wählerschaft hinaus zur strategischen Kraft werden, die es ihr ermöglicht, die von ihr vertretenen, gesellschaftlich oft mehrheitlich verankerten Positionen stärker in die politischen Konstellationen einzubringen.

Dieser Erkenntnisprozess trifft auf eine Sozialdemokratie, deren Regierungsteilnahme sie nicht mehrheitsfähig macht und die aufgrund ihrer unmittelbaren Konkurrenzsituation mit der LINKEN bislang diese neuen Möglichkeiten und Zwänge zur parlamentarischen Mehrheitsgewinnung nicht nutzen kann. Sie steckt in einem strategischen Dilemma, das nur durch eine Linksverschiebung des gesamten Wählerpotentials aufgelöst werden kann. Die SPD hat auch mit dem neuen Programm von Hamburg 2008 ihre Identität nicht geklärt, ebenso wenig die Frage, wie sie konzeptionell und strategisch wieder politische Gestaltungsmacht erlangen will. Sie kann dies nicht, indem sie DIE LINKE ignoriert, zumal sich 40 Prozent der Anhänger der SPD links verstehen, interessiert sind an sozialer Gerechtigkeit, Mindestlohn, Chancengleichheit, Zugang für alle zu Bildung und öffentlicher Daseinsvorsorge. Wenn sie sich jedoch für ein Zusammengehen mit den Linken öffnet, verliert sie gegenwärtig beachtliche Teile ihrer Anhängerschaft, die dem bürgerlichen Lager zugeneigt sind. Entscheidet sie sich für eine Strategie der Weiterführung der großen Koalition auf Bundesebene wird sie dauerhaft nur die Rolle des Juniorpartners einnehmen.

Für ein neue Bündnis des politischen Richtungswechsels

Auch vor diesem Hintergrund muss DIE LINKE ihre eigenständige Profilierung als soziale Kraft, als politische Adresse für jene, deren sozialen Ansprüche politisch heimatlos gewordenen sind, vorantreiben. Sie muss dazu ihre Identität in sozialen und politischen Kämpfen erweitern und soziale Praxen entwickeln, die Programm, Personen, und Wertorientierungen zusammenbringen.

Will sie eine dauerhaft starke Rolle als linke demokratische bundespolitische Kraft spielen, muss sie die sie prägenden Orientierungen vielfältiger gesellschaftlicher Interessenlagen und Strömungen aus den unterschiedlichen gesellschaftlichen Lagern zu einem Mitte-Unten-Bündnis zusammenbringen. Zugleich braucht sie zur Durchsetzung eines politischen Richtungswechsels gesellschaftliche Mehrheiten –neue gesellschaftliche Bündnisse und von Gewerkschaften wie sozialen Bewegungen gestützte Mitte-Links-Allianzen. DIE LINKE muss hierzu aus einer Minderheitenposition heraus die vielfältigen Formen des Widerstands mit Gestaltung von Politik zu einem neuen, alternativen Projekt gesellschaftlicher Entwicklung verbinden, dem die Gleichwertigkeit von parlamentarischen und außerparlamentarischen Allianzen zugrunde liegt.

Sie muss hierfür auch das gegenwärtige Zeitfenster öffentlicher Diskurse zu Fragen der Regulierung von Akkumulation und Investitionen, zum Eigentum, zu Verstaatlichung und Enteignung von Aktionären aufgreifen und deren systemkritische Dimension verstärken, indem sie mit der Darstellung ihrer eigenen Ansätze Teil dieser öffentlichen Diskurse wird. Sie muss aufzeigen, welche Wege staatlicher Interventionen sie anstrebt, welche Eigentumsverhältnisse aus ihrer Sicht zu gesellschaftlicher Stabilisierung und Entwicklung beitragen.

66 Prozent der Bevölkerung in Deutschland halten die Maßnahmen der Regierung zur Krisenbewältigung für unzureichend. Zugleich besagt eine repräsentative Emnid-Studie, dass zwei Drittel der Bevölkerung quer durch alle Alters- und Einkommensgruppen wesentlichen Forderungen der Linken zustimmen. Dazu zählen die Forderung, dass Stromnetze und Krankenhäuser

in die öffentliche Hand gehören (73 Prozent Zustimmung), dass Renten und Arbeitslosengeld angehoben werden müssen (77 Prozent) und dass die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Unternehmen ausgebaut werden müsse (80 Prozent Zustimmung).⁸ Daran knüpft der Vorschlag der Partei DIE LINKE für ein Sofortprogramm gegen die Wirtschaftskrise an. Zu den zentralen Forderungen gehört die Demokratisierung aller Wirtschaftsbereiche, ein Konjunkturpaket gegen die Krise und zur Stärkung der Gemeindefinanzen, ausgerichtet auf die wirkliche Stärkung privater Kaufkraft durch Mindestlöhne, die Erhöhung von Arbeitslosengeld II, die Wiederherstellung der Rentenformel. DIE LINKE fordert auch die Ausweitung öffentlicher Investitionen zum Ausbau von Ganztagschulen und Krankenhäusern, eine Energiewende auch durch Gebäudesanierungen und den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs.

DIE LINKE in Deutschland verteidigt mit ihren Forderungen menschenwürdige soziale, politische, demokratische und ökologische Standards. Sie fragt nach den Folgewirkungen von Maßnahmen zur Bewältigung der Krisen und macht deren Klassencharakter sichtbar – so wie bei den von der Bundesregierung geplanten Steuersenkungen, die real den einkommensstärksten Gruppen zugute kommen. DIE LINKE wendet sich gegen prekäre Arbeitsverhältnisse, gegen Leiharbeit – erst recht unter unwürdigen Bedingungen.

Sie fordert nicht nur die gesellschaftliche Kontrolle, sondern die Vergesellschaftung der Banken, eine zukunftsorientierte Industriepolitik, die mit einer Umstellung auf wertschöpfungsintensive Qualitätsprodukte verbunden ist. Sie fordert hierfür einen Fonds für innovative Industriepolitik, geknüpft an soziale und ökologische Bedingungen und demokratische Mitbestimmung, die dies sicherstellt. Sie formuliert damit Maßstäbe linker Reformpolitik: Macht- und Eigentumsverhältnisse nachhaltig sozial, demokratisch und ökologisch zu verändern.

Welche Schritte für einen sozialökologischen Umbau über Deutschland hinaus erforderlich sind, beschreibt sie u.a. in ihrem Europawahlprogramm. Dazu gehören:

- ▶ ein Zukunftsinvestitionsprogramm für einen Wandel der Energiepolitik, die soziale Infrastruktur, für Bildung, Soziales und Kultur,
- ▶ ein Pakt für Wachstum, Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Umweltschutz anstelle des Stabilitätspaktes,
- ▶ Kapitalverkehrskontrollen und ein Verbot von Hedgefonds und sonstigen spekulativen Derivaten und für ein Verbot, dass Pensions- und Lebensversicherungen in spekulative Fonds investieren dürfen,
- ▶ ein europäischer Mindestlohn,
- ▶ ein Pakt gegen Armut, vor allem Kinderarmut,
- ▶ eine Strategie der Abrüstung, die über eine Abrüstungsagentur hinausgeht,
- ▶ eine Europäische Verfassung, in der die Ziele einer friedlichen, sozialen und demokratischen und ökologisch nachhaltigen Europäischen Union konsequent verankert sind, einschließlich einer Grundrechtecharta, deren Rechte individuell eingefordert werden können.

Die Radikalität ihrer Politik ergibt sich nicht aus der Formulierung einzelner nebeneinander gestellter Forderungen und Radikalität wird gesellschaftlich nicht mehrheitsfähig ohne wirksame und spürbare Veränderungen. Dazu braucht die DIE LINKE konkrete Projekte, die an den

⁸ Steffen Twardowski 2009. Sorgen vor Folgen der Finanzkrise: Umfrage: Forderungen der Linken stoßen bei zwei Drittel auf Zustimmung.

konkreten Lebenswelten der Menschen anknüpfen und zugleich die Vision von einer anderen Gesellschaft vermitteln, in der der Mensch in Freiheit, sozialer Sicherheit und Solidarität leben kann. Ansätze hierzu gibt es, wie das Konzept der Gemeinschaftsschule, erfolgreiche Experimente des partizipativen Haushalts auf kommunaler Ebene und den öffentlichen Beschäftigungssektor (ÖBS). Dieser muss als ein als neuer Sektor kultureller und sozialer Dienstleistungen und solidarischer Integration entwickelt werden – als Basis von neuen Wegen solidarischer Ökonomie und Entwicklung wirtschaftlich und sozial nachhaltigem Wirtschaften.

Es sind in Deutschland Mehrheiten für eine demokratisch-sozialökologische Politik möglich, es gibt neuartige plurale historische Netzwerke sozialer und politischer Kräfte für einen solchen Richtungswechsel, und es gibt mit der Partei DIE LINKE eine Partei, die für diesen Wechsel steht. Dies sind erste Vorbedingungen für eine neue Politik. Sie werden nicht reichen. Aber es gibt erstmals seit 1990 in Deutschland wieder die Chance für einen linken demokratischen Aufbruch.

Zur Situation der Linken in Österreich

Leo Furtlehner

Veränderung der Sozialstruktur

Wie in den anderen EU-Ländern (und darüber hinaus) hat sich auch in Österreich die Struktur der Lohnabhängigen in den letzten Jahrzehnten gravierend verändert und damit auch das politische Gewicht der ArbeiterInnenklasse. Zum einen hat sich die Bedeutung der Industrie (und damit die der IndustriearbeiterInnenenschaft) zugunsten des Dienstleistungssektors wesentlich verringert. Gleichzeitig begannen sich insbesondere seit dem Übergang von der fordistischen zur neoliberalen Phase des Kapitalismus die traditionellen Arbeitsverhältnisse zugunsten einer rapide wachsenden Prekarisierung zu verringern. Darüber hinaus ist die ArbeiterInnenklasse längst multinational und multiethnisch geworden.¹

Der traditionelle „Normalarbeiter“ (männlich, weiß, Österreicher, relativ gut verdienend und sozial abgesichert, mit einem Arbeitsverhältnis, das von der Lehre bis zur Pensionierung möglichst in einem Unternehmen erfolgt) wird immer mehr zur Ausnahme. Hingegen werden prekarierte Arbeitsverhältnisse (Teilzeitarbeit, geringfügige Beschäftigung, Leiharbeit, Scheinselbständigkeit, Praktika usw.) zunehmend die Regel und betreffen längst nicht mehr Frauen allein, auch wenn diese das Gros der auf diese Weise Beschäftigten darstellen.

Diese Differenzierung findet auch im Wahlverhalten ihren Ausdruck. Denn schon länger gilt nicht mehr, dass ArbeiterInnen zwangsläufig sozialdemokratisch wählen: Bei der Nationalratswahl 2008 rangierte laut einer Studie des sozialwissenschaftlichen Instituts SORA der Block der Rechtsparteien von FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs) und BZÖ (Bündnis Zukunft Österreich) bei den ArbeiterInnen mit 38 Prozent vor der SPÖ (37 Prozent). Bei den Angestellten lagen FPÖ/BZÖ mit 31 Prozent vor der ÖVP (25 Prozent). Die ÖVP dominierte bei Angestellten des öffentlichen Dienstes (40 Prozent) und bei sonstigen Erwerbstätigen (32 Prozent). Die Grünen hatten in der Gruppe der Auszubildenden mit 25 Prozent ihr bestes Ergebnis, die SPÖ hingegen bei den RentnerInnen (38 Prozent). Erschreckend war, dass 42 Prozent der Männer unter 30 Jahren und 32 Prozent der Frauen unter 30 Jahren FPÖ/BZÖ gewählt hatten.²

Die Stellung der Gewerkschaften

Die politische Artikulation der ArbeiterInnenklasse hat sich also auch in Österreich deutlich verändert. Eine Besonderheit gegenüber anderen Ländern ist dabei der ehemals sehr hohe Anteil staatlichen Eigentums, historisch entstanden aus der Schwäche des österreichischen Kapitals

¹ Vgl. Friedhelm Kröll, Monika Wammerl: *Angebetet und verworfen. Streitfrage Arbeiterklasse*, Marburg 1992.

² Vgl. Wählerstromanalyse Nationalratswahl 2008, in: <http://www.sora.at/de/start.asp?b=10>, abgerufen am 1.2.2009.

nach dem 2. Weltkrieg, die dazu führte, dass ehemals deutsches Eigentum vom österreichischen Staat übernommen wurde.³

Die Hauptpositionen von Gewerkschaften wie auch traditionellen ArbeiterInnenparteien wie der SPÖ und KPÖ lagen über Jahrzehnte in diesen verstaatlichten Unternehmen. Mit deren Zerschlagung und Privatisierung ab 1986 schwanden zunächst vor allem die ehemaligen „Hochburgen“ der KPÖ bzw. des mit ihr eng verbundenen Gewerkschaftlichen Linksblocks im ÖGB (GLB). Durch Frühpensionierungen, Sozialpläne und Personalabbau war damit ein massiver personeller Aderlass verbunden, der nur in Einzelfällen durch nachfolgende AktivistInnen aufgefangen werden konnte. Heute sind Linke als BetriebsrätInnen und GewerkschafterInnen in den ehemaligen verstaatlichten Betrieben nur selten.

Die Sozialdemokratie konnte zwar formell ihre Position behaupten und, wie Betriebsratswahlergebnisse zeigen, teilweise sogar ausbauen. Ihr politisches Gewicht ist trotzdem wesentlich geringer als es bis in die 80er Jahre war. Nicht zufällig erfolgte der Großteil der Privatisierungen unter Regierungsverantwortung der SPÖ bis 1999, und der ehemalige Minister für die verstaatlichte Industrie, Rudolf Streicher (SPÖ), brachte die Politik seiner Partei mit dem Ausspruch „Unser Katechismus ist das Aktienrecht“⁴ auf den Punkt.

Der Mitgliederstand des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) verringerte sich vom Spitzenwert 1,67 Millionen 1981 auf 1,27 Millionen im Jahre 2006.⁵

Mit einem Organisationsgrad von 35 Prozent (2000) liegen die österreichischen Gewerkschaften beim internationalen Vergleich im Mittelfeld und sind immer noch vergleichsweise stark, in den skandinavischen Ländern liegt der Organisationsgrad jedoch noch wesentlich höher. Eine Besonderheit der Gewerkschaften in Österreich ist, dass sie hochhoffiziell nach Fraktionen unterteilt sind.⁶

Dabei dominiert die sozialdemokratische Fraktion (FSG) mit großem Abstand neun (früher sogar 15) Gewerkschaften. Nur die Gewerkschaft öffentlicher Dienst (GÖD) wird von der konservativen ÖVP dominiert.

Der GLB ist, auf eine entsprechende Zahl von Betriebsratsmandaten gestützt, in den Leitungen der Gewerkschaften Vida (Bahn, Gastronomie, Handel, Verkehr), GPA-DJP (Angestellte, Druck), GdG (Gemeindebedienstete) und GMTN (Metall, Nahrung, Textil) vertreten. Den Grünen nahestehende linke Kräfte spielen in GPA-DJ, GdG, Vida und GÖD eine ähnlich bescheidene Rolle wie der GLB. Im Wesentlichen auf verbale Artikulation beschränken sich diverse linksradikale Gruppen, die entgegen ihrem Anspruch so gut wie gar nicht an der Basis verankert sind.

Reformchance nicht genutzt

Mit dem Platzen des BAWAG-Skandals (die Gewerkschaftsbank hatte durch fragwürdige Investitionen Milliardenbeträge verloren und musste in der Folge verkauft werden) wurde 2006 eine schon länger schwelende, tiefe Krise des ÖGB offensichtlich, die zu einer hektischen Reform-

³ Vgl. Margit Scherb, Inge Morawetz (Hrsg.): In deutscher Hand? Österreich und sein großer Nachbar, Wien 1990.

⁴ Zitiert nach Wilfried Leisch: Unser Katechismus ist das Aktienrecht. Interview mit ÖIAG-Generaldirektor Rudolf Streicher, in: Arbeit und Wirtschaft, 9/2000, in: http://www.arbeit-wirtschaft.at/servlet/ContentServer?pagename=X03/Page/Index&n=X03_999_Suche.a&cid=1201819041406, abgerufen am 1.2.2009.

⁵ Vgl. ÖGB: ÖGB-Mitgliederstatistik 31. Dezember 2006, in: http://www.ug-vida.at/ugvida/eisenbahn/pdfdateien/2007_mitgliederstatistik.pdf, abgerufen am 1.2.2009.

⁶ Vgl. Ferdinand Karlhofer: Arbeitnehmerverbände im politischen System Österreichs, in: Talos Emmerich u.a. (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Zweite Republik, Wien 1995.

diskussion führte. Doch die Chance für eine tiefgreifende Reform und Demokratisierung der Gewerkschaften wurde nicht genutzt, eine breit angelegte Reformdebatte verlief im Sande. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsfraktion FSG versuchte die Krise auszusitzen, wie der ÖGB-Kongress im Januar 2006 deutlich machte.⁷ Der Unmut wurde nur bei der Wahl deutlich, als nämlich die bisherige Vizepräsidentin Renate Csörgits (FSG) und GÖD-Chef Fritz Neugebauer (FCG) nicht mehr gewählt wurden.

Nach einer Phase der Verunsicherung und Identitätskrise des ÖGB erfolgte auch eine neuerliche Stärkung der über Jahrzehnte entwickelten Sozialpartnerschaft, die in Österreich nicht nur eine Spielart der Politik darstellt, sondern über mehrere Jahrzehnte hinweg regelrecht institutionalisiert wurde.⁸

Während in der Ära von Bundeskanzler und SPÖ-Chef Alfred Gusenbauer von 2006 bis 2008 eine deutliche Distanz zwischen SPÖ und FSG spürbar war, unter anderem, weil SpitzengewerkschafterInnen Mandate im Parlament verweigert wurden, wurde die Achse zwischen dem (mittlerweile zum Sozialminister aufgestiegenen) früheren ÖGB-Chef Rudolf Hundstorfer und dem Präsidenten der Wirtschaftskammer Christoph Leitl gestärkt. So gingen sogar einige gravierende soziale Verschlechterungen auf Vorlagen dieser Sozialpartner zurück, welche von der Regierung freudig aufgegriffen und realisiert wurden.

Der ÖGB vertritt nach wie vor ein sehr traditionalistisches Selbstverständnis und hat bis heute kein entkrampftes Verhältnis zu den ihm meist eher fremden sozialen Bewegungen. So gesehen ist es nicht verwunderlich, dass die sehr breite Protestbewegung gegen die Bildung der schwarz-blauen Regierung im Jahr 2000 vom ÖGB schmählich im Stich gelassen wurde. Auch aus dem 2003 entstandenen Sozialforum zog sich der ÖGB mittlerweile wieder zurück.

Wie schon die ÖGB-Mitgliederbefragung 2001⁹ in der sich 88 Prozent der Mitglieder dafür aussprachen, auch mit Kampffaktionen für ihre Interessen einzutreten, zeigte 2003 die große Streikbewegung gegen die unsoziale Rentenreform der damaligen schwarz-blauen Regierung das große Potential und die hohe Motivation der Lohnabhängigen. Doch die ÖGB-Führung setzte auf Abwiegeln und verlagerte nach wenigen Streiktagen die Auseinandersetzung an den „grünen Tisch“ und ins Parlament. Eine Rücknahme der unsozialen Rentenreform war daher weder für die SPÖ nach ihrem Wiedereintritt in die Regierung 2007 noch für den ÖGB ein Thema.

Abgesehen vom Ausnahmejahr 2003 mit 1,3 Millionen Streiktagen bewegt sich die österreichische Streikstatistik seit Jahrzehnten um Null.¹⁰

Zwar mehrt sich in den letzten Jahren die Streikbereitschaft, doch die Gewerkschaftsspitzen lassen es meist bei Androhungen bewenden. Dies findet auch in der Lohnpolitik seinen Niederschlag, indem die Reallöhne auf dem Niveau von 1995 stagnieren, weil auf die Er kämpfung des zustehenden Produktivitätsanteils verzichtet wird.¹¹

⁷ Vgl. GLB-Pressedienst: ÖGB-Kongress als vergebene Chance für eine Reform, 24.1.2007, in: http://news.glb.at/news/article.php/20070_124143258263, abgerufen am 1.2.2009.

⁸ Vgl. Talos Emmerich: Sozialpartnerschaft. Kooperation – Konzertierung – politische Regulierung, in: Talos Emmerich u.a. (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Zweite Republik, Wien 1995.

⁹ Vgl. ÖGB-Nachrichtendienst 3089, 22.01.2001, in: http://www.oegb.at/servlet/ContentServer?pagename=OEGBZ/Page/OEGBZ_Index&n=OEGBZ_4.2.a, abgerufen am 1.2.2009.

¹⁰ Vgl. BAK, ÖGB: Streikstatistik 1946-2006, in: http://wko.at/mk/60jahre/ZDF/StreikZDF_60Jahre.pdf, abgerufen am 1.2.2009.

¹¹ Vgl. Arbeiterkammer Oberösterreich: Daten zur aktuellen Einkommensverteilung, August 2008.

Die Arbeiterkammern

Ähnlich wie mit den Gewerkschaften verhält es sich mit den Arbeiterkammern, einer öffentlich-rechtlichen Institution als Interessenvertretung der Lohnabhängigen mit Einfluss auf die Gesetzgebung, deren Vollversammlung alle fünf Jahre von den Lohnabhängigen gewählt werden (ausgenommen sind jene, die in einem Hoheitsverhältnis beschäftigt sind). Sieben der neun Länderkammern werden von der sozialdemokratischen Fraktion regiert, nur die Kammern in Tirol und Vorarlberg werden von einer ÖVP-Mehrheit geführt. Der GLB kandidierte zuletzt 2004 in acht Ländern, ist aber nur in Wien und der Steiermark in der Vollversammlung vertreten.¹²

Ende der 1980er Jahre durch diverse Privilegien-Skandale in eine veritable Krise geraten, gelang es den Arbeiterkammern im Unterschied zum ÖGB jedoch, einen umfassenden Reformprozess zu vollziehen, der eine wesentlich höhere Akzeptanz in der Öffentlichkeit und bei den Mitgliedern zur Folge hatte. Bei einer Urabstimmung bekannten sich 1996 über 90 Prozent der Mitglieder der Arbeiterkammer zu ihrer Interessenvertretung im Sinne einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft in Selbstverwaltung. Allerdings ruht die erhöhte Akzeptanz im Wesentlichen auf einer gesteigerten Servicefunktion, während die politischen Möglichkeiten der Arbeiterkammern, etwa durch die ihnen zustehende Möglichkeit, eigene Gesetzesinitiativen zu ergreifen, aus Rücksichtnahme auf Regierung und „Sozialpartner“ nicht ausgeschöpft werden.

Die Sozialdemokratie

Unter Berücksichtigung der wesentlichen Tatsache, dass die Sozialdemokratie in Österreich nach 1945 politisch nach rechts gerückt ist und heute weitgehend im neoliberalen *Mainstream* steht, ist die Bedeutung der Linken in Österreich sehr bescheiden. Das hat vor allem historische Gründe: Anders als in Frankreich, Italien, der Tschechischen Republik und auch Deutschland entstand die KP nach Ende des ersten Weltkrieges nicht durch eine größere Abspaltung von der Sozialdemokratie. Erst nach der Niederschlagung des Februar-Aufstandes 1934 konnte die KPÖ in den Jahren der Illegalität und nach 1945 größeren Einfluss erlangen, indem sie sich auf ihre Bedeutung im antifaschistischen Widerstand, aber auch auf die sowjetische Besatzungsmacht im östlichen Landesteil (mit aller damit verbundenen Problematik) stützte.¹³

Für die österreichische Linke prägend ist wohl auch, dass die Sozialdemokratie seit Jahrzehnten bemüht ist, ihre linke Flanke scharf abzugrenzen. Das umfasste unter anderem die Diffamierung des Oktoberstreiks von 1950 (mit über vier Millionen Streiktagen die größte Streikbewegung der Nachkriegszeit) als „kommunistischen Putschversuch“ und die 1968 beschlossene und formell nie aufgehobene „Eisenstädter Erklärung“, die eine Zusammenarbeit von SozialdemokratInnen mit KommunistInnen untersagt.¹⁴ Die Rolle der Linken innerhalb der Sozialdemokratie, meist beschränkt auf die Sozialistische Jugend und trotzkistische Strömungen, ist daher bescheiden. Dies gilt umso mehr, als das Dogma gilt, dass die „Einheit der Arbeiterklasse“ ohnehin in der Sozialdemokratie verwirklicht ist. Und schließlich stellte schon der ehemalige Kanzler Kreisky unmissverständlich klar, dass rechts regiert wird.

¹² Vgl. Arbeiterkammerwahlen 2004, in: <http://www.glb.at/images/akw2004.pdf>, abgerufen am 1.2.2009.

¹³ Vgl. Walter Baier: *Unentwegt Bewegte. Die KommunistInnen 1918 bis 2008*, KPÖ, Wien 2008.

¹⁴ Vgl. SPÖ Steiermark: *Was bedeutet: Eisenstädter Erklärung?*, in: <http://www.stmk.spoe.at/steiermark/service/lexikon/eisenstadter-erklarung-1>, abgerufen am 20.2.2009.

Andererseits ist die Führung der SPÖ nach rechts offen, beginnend mit dem Buhlen um den als Sammelbecken ehemaliger Nazis 1949 gegründeten Verband der Unabhängigen (VdU),¹⁵ über die Duldung der SPÖ-Minderheitsregierung 1970/71 durch die FPÖ bis hin zur Regierungskoalition mit dieser Partei von 1983 bis 1986. Dass die Rechtsaußen-Parteien FPÖ und BZÖ fast ein Drittel der WählerInnen erfassen, ist vor allem der seit Jahrzehnten üblichen Umwerbung durch SPÖ wie ÖVP geschuldet.

Dem allgemeinen Trend folgend verringerte sich der Mitgliederstand der SPÖ von einem Spitzenwert mit über 700.000 auf derzeit unter 300.000, womit sie aber verhältnismäßig immer noch eine der stärksten Sozialdemokratien weltweit darstellt. Ähnlich wie die KPÖ ist die Sozialdemokratie stark überaltert und hat nur einen geringen Anteil junger Mitglieder.

Die Grünen

Ursprünglich auch durch ein starkes linkes Spektrum geprägt, haben sich die österreichischen Grünen in den letzten Jahren deutlich in die von den etablierten Parteien heiß umkämpfte politische Mitte bewegt. Ausdruck dessen sind schwarz-grüne Koalitionen in der oberösterreichischen Landesregierung sowie in den Stadtverwaltungen der Landeshauptstädte Bregenz und Graz.

Deutlicher Ausdruck für diese Entwicklung ist die Haltung der Grünen zur EU: Bei der Volksabstimmung über den EU-Beitritt 1994 noch mehrheitlich klar auf der Seite der EU-KritikerInnen, wurde der prominente Grüne Johannes Voggenhuber über Nacht vom Saulus zum Paulus, indem er sich plötzlich zum „glühenden Europäer“ wandelte. Daher ist es wohl auch nicht verwunderlich, dass die Grünen gemeinsam mit ÖVP und SPÖ 2005 der EU-Verfassung bzw. 2008 dem EU-Vertrag zustimmten und eine Volksabstimmung darüber vehement ablehnten. Linke Reste im grünen Spektrum gibt es heute nur mehr in Wien und bei den parteipolitisch deutlich distanzierenden GewerkschafterInnen.

Der Platz der KPÖ

Die KPÖ war nur von 1945 bis 1959 mit bescheidenen drei bis fünf (von damals 165) Abgeordneten im Nationalrat vertreten und bis 1947 Teil einer Einheitsregierung. In den Landtagen war die KPÖ nur bis 1970, und erst 2005 gelang es ihr, in der Steiermark mit über sechs Prozent wieder eine vergleichsweise starke Position zu erlangen. Ansonsten beschränkt sich der Einfluss der KPÖ auf Gemeinderäte bzw. Bezirksräte in der Steiermark (mit einer herausragenden Position in Graz), Niederösterreich und Wien. Zwar konnte die KPÖ als einzige bundesweit agierende Linkspartei bei den Wahlen der letzten Jahre dazu gewinnen und in den meisten Bundesländern die besten Stimmergebnisse seit Anfang der 70er Jahre, teilweise sogar seit den 60er Jahren, erreichen. Sie war aber auch 2006 mit dem Überschreiten der Ein-Prozent-Grenze von einer Parlamentsvertretung weit entfernt (die Wahlgesetzgebung schreibt ein Grundmandat oder 4 Prozent vor).

Wie das dürftige Wahlergebnis für ein Linksprojekt¹⁶ bei der Nationalratswahl 2008 gezeigt hat, genügt auch die bloße Addition einiger linker Kleingruppen nicht, um eine massenwirksame Linke zu schaffen. Ähnlich gelang es auch mit der Kandidatur der von der KPÖ mitgetragenen

¹⁵ Vgl. Hans Werner Scheidl: Man balgte sich um die Nazis, in: Die Presse, 24.1.2009.

¹⁶ Vgl. Leo Furtlehner: Eine Linkspartei – aber wie? 1.8.2008, in: <http://ooe.kpoe.at/news/article.php/20080730141520278>, abgerufen am 1.2.2009.

Linken bei der Europaparlamentswahl 2004 nicht, eine größere Breite zu erreichen. Die KPÖ sieht sich als ein Segment der Linken in Österreich und ist für Bündnisse offen. Als Schlüsselfrage für die Entwicklung einer breiteren Linken in Österreich erweist sich aber, ob es zu einer deutlichen Differenzierung sowohl in der Sozialdemokratie als auch in den Gewerkschaften kommt.

Die KPÖ hat seit dem Schicksalsjahr 1991 eine sehr schwierige Entwicklung hinter sich, bei der es mehrfach um die Erhaltung ihrer Existenz ging. Abgesehen vom Versuch des „Austro-kommunismus“ in den Jahren 1965 bis 1969¹⁷ jahrzehntelang an der KPdSU orientiert, verloren die KPÖ und andere kommunistische Parteien ihren traditionellen politischen Bezugspunkt, was für die kleinen, mangels Parlamentsvertretung vorwiegend außerparlamentarisch agierenden Parteien außerordentlich bedeutsam war. Die österreichischen KommunistInnen entschieden sich jedoch 1991, die Partei weder umzubenennen noch aufzulösen, sondern sie gestützt auf ein neues Marxismus-Verständnis zu erneuern.

Der damit verbundene Konflikt zwischen den Kräften der Erneuerung und jenen, die ungeachtet der Umbrüche in der Welt weiterhin auf ein dogmatisches „marxistisch-leninistisches“ Politikverständnis setzten und sich mit aller Kraft einer selbstkritischen Analyse der eigenen Politik und Vergangenheit widersetzen, zog sich über viele Jahre hin. Er eskalierte beim Parteitag 2003 und wurde schließlich 2004 mit der Abtrennung des dogmatischen Flügels beendet. Damit verbunden war freilich auch, dass sich die steirische Landesorganisation, die jahrelang mit diesen Kräften paktiert hatte, aus der Verantwortung für die Bundespartei zurückzog und fortan als Regionalpartei formierte. Sie betonte dabei aber stets, Teil der KPÖ zu bleiben.¹⁸

Die Erneuerung der KPÖ war und ist mit dem Anspruch verbunden, ein zeitgemäßes Parteiverständnis zu entwickeln, zu dem Feminismus, Internationalismus, Partizipation und Radikalität gleichermaßen zählen. Ein simplifiziertes Verständnis einer auf „Normalarbeiter“ reduzierte Arbeiterklasse, die Diffamierung von Feminismus als bürgerlich, ein Internationalismus mit einer Auffassung, nach der jeder Feind der USA automatisch als Verbündeter gilt, die Reduzierung von EU-Kritik auf einen Austritt hin stehen dem im Wege. Soweit sich die KPÖ als Erbe der Traditionen der Sozialdemokratie sieht, kann dies nur für bestimmte Traditionen und Erfahrungen gelten. Den klassischen Widerspruch der österreichischen Sozialdemokratie zwischen revolutionärer Phrase und pragmatischer Praxis will die KPÖ nicht übernehmen. Die KPÖ sieht ihre Programmatik¹⁹ als nicht abgeschlossen an. Sie geht von einem zeitgemäßen und zukunftsorientierten Marxismus-Verständnis aus, das ohne eine wirklich umfassende Aufarbeitung des Scheiterns des Realsozialismus nicht möglich ist.

Mit der faktischen Enteignung der Partei durch die deutsche Regierung und Justiz im Herbst 2003 geriet die KPÖ in eine materielle Existenzkrise.²⁰

¹⁷ Vgl. Michael Graber: Über den Austro-Eurokommunismus, Referat bei der Austromarxismus-Konferenz am 17. Dezember 2006 in Wien.

¹⁸ Vgl. Leo Furtlehner: ...eine andere Politik ist möglich, Politisches Referat beim 34. Parteitag der KPÖ, in: <http://oe.kpoe.at/news/article.php/20080106105133600>, abgerufen am 1.2.2009.

¹⁹ Vgl. KPÖ: Die theoretischen Grundlagen unserer politischen Arbeit, in: <http://www.kpoe.at/home/positionen/dokumentation/programmatik-kpoe.html>, abgerufen am 1.2.2009.

²⁰ 1993 wurde von der deutschen Justiz das Vermögen der in Berlin angesiedelten Handelsfirma Novum beschlagnahmt. Diese war bis 1989 maßgeblich an der Vermittlung von Aufträgen der DDR für die verstaatlichte Industrie in Österreich beteiligt. Ein Urteil erster Instanz erkannte zwar 1996 die Eigentumsrechte der KPÖ an der Firma Novum an. 2003 entschied ein deutsches Gericht in zweiter Instanz jedoch gegen die KPÖ, die damit den Großteil ihres Parteivermögens verlor.

Durch die Umstellung auf eine AktivistInnenpartei mit fast ausschließlich ehrenamtlicher Tätigkeit gelang es jedoch nicht nur, die Existenz der Partei unter schwierigsten Bedingungen zu erhalten, sondern auch wahlpolitische Fortschritte zu erreichen.

Teil der Europäischen Linken

Die KPÖ ist eine EU-kritische Partei, sie hat sich, vor allem gestützt auf die Errungenschaft der österreichischen Neutralität, schon in den 60er Jahren gegen Bestrebungen gewehrt, Österreich der damaligen EG anzuschließen. Auch in der Auseinandersetzung um den EU-Beitritt lehnte die KPÖ diesen von der damaligen rot-schwarzen Koalition verfolgten Weg ab, so wie damals auch noch die österreichischen Grünen. Dementsprechend trat die KPÖ bei der Volksabstimmung 1994 für ein Nein ein, musste aber zur Kenntnis nehmen, dass 66 Prozent der ÖsterreicherInnen (nicht zuletzt durch gewaltigen politischen Druck und mediale Beeinflussung) für den Beitritt stimmten.

In den mittlerweile 14 Jahren der EU-Zugehörigkeit hat sich natürlich viel verändert. Die kapitalistische Globalisierung, deren Bestandteil (und nicht Alternative) die EU darstellt, hat die Bedeutung des internationalen Faktors in der Politik wesentlich vergrößert. Daher ist die KPÖ auch seit Gründung der Europäischen Linken im Jahr 2004 Mitglied der EL, sie ist zudem in Kontakt mit anderen linken Parteien in der EU und darüber hinaus. Die KPÖ arbeitet entsprechend ihrer begrenzten Möglichkeiten aktiv im EL-Vorstand und einigen Netzwerken (EL-Fem, Gewerkschaftsnetzwerk) mit und hat 2007 sogar die zweite EL-Sommeruniversität in Gosau organisiert.

Wie die laufenden Eurobarometer-Umfragen²¹ zeigen, besteht insbesondere in Österreich eine starke Anti-EU-Stimmung, die allerdings nicht linken Kriterien, sondern überwiegend einer speziellen Form von Fremdenfeindlichkeit geschuldet ist. Obwohl alle wesentlichen EU-Regelungen mit Zustimmung von Regierung und Parlament Österreichs zustande kommen, stellen sowohl die etablierte Politik als auch rechte „Opposition“ und Boulevard-Zeitungen es so dar, als würde „Brüssel“ ständig über Österreich hinwegregieren.

Dass die Regierungsparteien (und auch die Grünen) von Demokratie nicht viel halten und etwa eine Volksabstimmung über den EU-Vertrag vehement abgelehnt haben, erleichtert den rechten Demagogen das Spiel mit der Europafeindlichkeit. Es ist eine besondere Herausforderung für die KPÖ und andere linke Kräfte, eine fortschrittliche Form der EU-Kritik gestützt auf internationalistische Positionen zu entwickeln.²² Nur auf diese Weise kann sie sich als Alternative sowohl zum Block der auf die EU eingeschworenen Regierungsparteien SPÖ und ÖVP, mit den Grünen als Anhang, als auch zum Block der rechten PopulistInnen wie FPÖ, BZÖ und anderen zu profilieren.

²¹ Vgl. European Commission Public Opinion: Standard Eurobarometer 70, in: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb70/eb70_en.htm, abgerufen am 1.2.2009.

²² Vgl. Leo Furtlehner: Die EU und die Krise, in: <http://ooe.kpoe.at/news/article.php/20090209134922735>, abgerufen am 1.2.2009

Linke Parteien in Polen

Holger Politt

Lange Zeit unangefochtener Primus – die SLD

Von 2001 bis 2005 regierte das sozialdemokratische Flaggschiff Polens, die SLD (*Sojusz Lewicy Demokratycznej*; Demokratische Linksallianz), die allerdings in diesen vier Jahren drei Viertel ihrer Wähler verlor und von knapp 40 Prozent der Wählerstimmen im Jahre 2001 auf lediglich 11 Prozent der Wählerstimmen im Herbst 2005 fiel. Bereits diese wenigen Zahlen machend den tiefen Absturz deutlich, den diese Partei vor wenigen Jahren durchlebte. Von diesem Sturz hat sich die Partei auch drei Jahre danach nicht wieder erholt. Alle bisherigen Versuche, aus der entstandenen Lage herauszukommen, scheiterten. Dazu zählen ein drastischer Verjüngungsprozess in der Parteiführung oder der Versuch, mit einem breiteren Mitte-Links-Bündnis neue Wählerschichten vor allem in der Großstadt und unter jüngeren Menschen zu gewinnen.

Zu Beginn des Jahres 2009 sieht sich die SLD nach Wählerumfragen mit Werten um die 10 Prozent konfrontiert, was sie augenblicklich weit abgeschlagen hinter der rechtsliberalen und nationalkonservativen Konkurrenz zurück lässt. Auch wenn die Tendenz leicht nach oben zeigt, sind die Warnzeichen nicht zu übersehen. Den stärksten Rückhalt hat die Partei in der Altersgruppe der Rentner, bei Menschen also, die auf ein aktives Arbeits- und Berufsleben in der Zeit der Volksrepublik (bis 1989) zurückblicken können. Insofern teilt auch die SLD das Schicksal vieler so genannter Nachfolgeparteien der einstigen Staatsparteien, selbst wenn sich die programmatischen Ausrichtungen teils beträchtlich unterscheiden sollten.

Der hohe Anspruch, den diese sich als sozialdemokratisch verstehende Formation noch in den späten 1990er Jahren besonders unter jüngeren Menschen besaß, ist verloren gegangen. Im Wettrennen um diese Wählerschichten hat die SLD den Kampf gegen die strikt wirtschaftsliberal ausgerichtete PO (*Platforma Obywatelska*; Bürgerplattform) verloren. Die Mobilisierung der jüngeren, gut ausgebildeten jüngeren Wählerschichten gegen die nationalkonservativen Zumutungen der Kaczyński-Brüder kommt bislang fast ausschließlich der PO zugute.

Damit hat die SLD auch ihren Trumpf verloren, weithin als die EU-freundlichste und -kompetenteste Partei in Polens Parteienlandschaft angesehen zu werden. Das Mitte der 1990er Jahre geborene Konzept „Wir wählen die Zukunft, wir lassen die Gräben der Vergangenheit hinter uns, wir orientieren uns auf den Beitritt zur EU und die Einbindung in die transatlantischen Strukturen, wir sprechen uns klar für die Entwicklung einer `modernen Gesellschaft` aus“ hat sein Potential aufgebraucht. Nunmehr steht die Partei vor der Wahl, sich entweder als klar erkennbare linke Kraft mit starker Betonung der sozialen Frage zu profilieren oder mittelfristig einen Platz in der politischen Mitte anzustreben, wahlweise als möglicher parlamentarischer

Partner der jetzt regierenden Rechtsliberalen bzw. als deren größter Konkurrent mit liberalen Ansprüchen.

In den Umfragen hat die SLD bei der Frage nach einer *weiteren* Partei, die eventuell gewählt werden könnte, seit einiger Zeit die Nase vorn. Sie ist hier beliebteste Partei und erzielt deutlich höhere Werte als bei den Umfragen nach der Partei, die bei angenommenen Parlamentswahlen gewählt werden soll. Sie ist vor allem bei vielen heutigen PO-Anhängern durchaus eine zweite Wahl. Einflussreiche Parteistrategen liebäugeln deshalb immer wieder mit dieser Ausrichtung, rechnen hier mit dem größten Potential für die Partei. Nicht zu übersehen ist, dass bei dieser Option der Anspruch, eine Partei der sozialen Gerechtigkeit zu sein, eher als nicht einlösbar aufgegeben wird. Mitunter wird sogar betont, dass die sozial ausgerichteten Wählerstimmen fest bei den Nationalkonservativen um die Kaczyński-Brüder gebunden seien.

Für eine andere Ausrichtung, stärker gestützt auf die sozialen Fragen des Landes und auf die Gewerkschaften, steht der seit Sommer 2008 amtierende junge Parteivorsitzende Grzegorz Napieralski, der sich in dem durch die PES (*Party of European Socialists*) setzten Rahmen für einen möglichst erkennbaren Linkstrend ausspricht. Vorbild sind ihm dabei die spanischen Sozialisten und insbesondere deren Vorsitzender Zapatero. Bei wichtigen Entscheidungen der letzten Monate bezogen Napieralski und seine Anhänger aber innerparteiliche Niederlagen, so beispielsweise in der Frage der Haltung zu den von der Regierungsseite vorgenommenen drastischen Einschnitten bei den Vorruhestandsregelungen. Für die bevorstehenden Wahlen zum EP optiert die Parteiführung der SLD für die Bildung einer einheitlichen sozialdemokratischen Liste, in die auch andere sozialdemokratische Parteien einbezogen werden.

Auch wenn die SLD bemüht ist, der Geschlechterfrage angemessenen Raum zu geben, wird diese in der politischen Praxis und im Alltag der harten Auseinandersetzungen mit den beiden großen Rechtsparteien doch gerne schnell wieder geopfert. Zwar gibt es in der SLD und in deren Umfeld bekannte Politikerinnen, doch bei wirklichen Machtentscheidungen wurden sie bisher oft ausgegrenzt. Hier hatten immer Männer das eindeutige Sagen. Vielleicht ist es kein Zufall, dass seit einigen Jahren der Männeranteil bei den Wählern der SLD überwiegt.

Obwohl die SLD sich programmatisch als eine sehr moderne und zeitgemäße linke politische Kraft versteht, sind die Defizite beim Zuspruch in zwei wichtigen Wählergruppen – bei den jüngeren Wählern und bei den Frauen – nicht zu übersehen. Bei den großen Wahlerfolgen 1993, 1995 und 2001 war das einmal anders. Es gibt folglich Beobachter, die der SLD ein Schicksal voraussagen, wie es Parteien mit bevorzugt starken biographischen Bindungen auch anderswo traf und trifft.

Doch auch wenn die Glanzzeiten bereits mehrere Jahre zurückliegen, ist die SLD unter den linken und linksgerichteten Kräften Polens auch weiterhin ein dominierender Faktor. Keiner anderen Kraft ist es bisher gelungen, sich dauerhaft als starke Kraft neben der SLD zu etablieren. Alle anderen Gruppierungen haben zu tun, überhaupt aus dem Schatten der großen SLD herauszukommen. In fast jeder Hinsicht ist sie den anderen überlegen – das betrifft die versammelte Erfahrung im parlamentarischen Betrieb, die vielen Jahre in der Regierung, die Anzahl politisch erfahrener Köpfe, die finanzielle Ausstattung, die Verankerung im Territorium, die Erfahrungen in den Wahlkämpfen, die Weltgewandtheit, die Einbindung in die europäischen politischen Strukturen und das intellektuelle Umfeld. Dass die Partei in den zurückliegenden Jahren diese vielen Facetten nicht gleichermaßen einbinden konnte, steht auf einem anderen Blatt. Unter dem Strich bleibt jedenfalls die aus der Gesamtsicht linker Kräfte bittere Rechnung, dass es keiner

anderen linksgerichteten Kraft bisher gelungen ist, aus dem Absturz der SLD dauerhafte und zählbare Erfolge zu erzielen. Der häufig zu hörende Schluss, dass erst der vollständige Untergang der SLD den Boden für einen wirklichen Neuanfang der Linken in Polen bereiten würde, könnte sich folglich schnell als leichtsinniger Irrtum erweisen.

Andere sozialdemokratische Optionen

Die treueste Gruppierung an der Seite der SLD ist die UP (*Unia Pracy*; Union der Arbeit), die einst als linke Abspaltung aus der *Solidarność* hervorgegangen ist und mittlerweile politisch recht turbulente Zeiten über sich hinweggehen sah. Mehrere Parteivorsitzende (darunter auch eine Parteivorsitzende!) haben zwar zwischendurch das Parteibuch immer mal wieder hingeworfen, aber die Partei gibt es noch. Zwar liegen die großen Zeiten mit Regierungsbeteiligung, Ministern und Einfluss im Lande unerreichbar zurück, doch immerhin kommt die Partei derzeit in den Genuss staatlicher Parteienfinanzierung, da man als Teil des einstigen Mitte-Links-Blocks an der Ausschüttung beteiligt wird, auch wenn kein einziger Abgeordneter der Partei mehr im *Sejmsitz*. Die Partei versteht sich als sozialdemokratisch, betont den Unterschied zur SLD im Grunde von der biographischen Herkunft aus. Da mag es verwundern, dass die UP in den zurückliegenden Jahren immer ein verlässlicher Verbündeter der SLD war. Aber auf diese Weise wurde ein gutes Stück politischer Kultur demonstriert, wichtig für Strukturen, in denen persönliche Ambitionen häufig das nüchterne politische Kalkül ersetzen. Obwohl die Partei in den letzten Jahren auf keine Wahlerfolge mehr verweisen konnte, gibt es augenblicklich wenige Optionen, die Partei mit anderen Strukturen verschmelzen zu lassen. Es wird eher auf breitere linke Wahlbündnisse orientiert, in denen die eigenen Chancen steigen würden. Die UP versteht sich gewissermaßen als eine „ökumenische“ Kraft unter den Linken in Polen, die sich auch ein Zusammengehen mit Kräften links von der Sozialdemokratie vorstellen könnte.

Die Partei ist Mitglied der Sozialistischen Internationale und hat derzeit einen Abgeordneten im EP, der in der sozialistischen Fraktion sitzt. Sie versteht sich ähnlich wie die SLD als eine „pro-europäische Kraft“, die sich für ein weiteres Fortschreiten der EU-Integration einsetzt. Im Unterschied zur SLD wird die Bedeutung der sozialen Gerechtigkeit für die Stabilität des Gemeinwesens und die Entwicklung der Gesellschaft traditionell stärker betont. Allerdings hat die Partei trotz ihrer Herkunft aus den *Solidarność*-Strukturen und trotz ihres programmatischen Namens aktuell nur wenige enge Kontakte zur Gewerkschaftslandschaft in Polen. Sie ist aber populär im linksliberalen Spektrum und hat emanzipatorische Fragen wie die des Schutzes verschiedenster Minderheiten immer stärker und entschiedener als die SLD betont.

Eine Abspaltung der SLD ist die SdPI (*Socjaldemokracja Polska*; Polnische Sozialdemokratie), die 2004 durch ehemals führende und prominente SLD-Mitglieder gegründet wurde. Parteigründer Marek Borowski begründete den damaligen Austritt mit der Kritik, dass die bisherigen Parteien, insbesondere aber die SLD, sich ungerechtfertigt des Staates bedienten. Vor die Wähler trat die SdPI erstmals zu den EP-Wahlen im Juni 2004, als durchaus überraschend mehrere Mandate gewonnen werden konnten. Im EP sitzen die SdPI-Abgeordneten wie die der SLD und der UP in der sozialistischen Fraktion. Zum größten Wahlerfolg kam es im Herbst 2007, als die SdPI im Rahmen eines Mitte-Links-Blocks 10 Sitze erhielt. Im Unterschied zur SLD-Spitze, die bereits Anfang 2008 diesen Mitte-Links-Block aufkündigte und alleine weiter zog, versucht die SdPI, einen solchen Block zu erhalten. Darin sieht sie die Chancen der SdPI auf Wiedereinzug in die Parlamente am besten gewahrt. Allerdings ist dieser Kurs in der Partei heftig umstrit-

ten, was im Laufe des Jahres 2008 zu einer tiefen innerparteilichen Krise führte. Die Partei stand vor einer Zerreißprobe, aus der sie sehr geschwächt hervorgegangen ist. Ähnlich wie die UP darf die SdPI sich über staatliche Parteienfinanzierung freuen, die der Partei gegenwärtig die Existenz sichert. Die SdPI begreift sich als sozialdemokratisch, obwohl sie aus Gründen der Beitrittsregelungen nicht der Sozialistischen Internationale beitreten konnte. Die Partei agiert als entschieden „pro-europäische“ Kraft.

Die kleine Partei PL (*Polska Lewica*; Polnische Linke) wurde im September 2007 gegründet, als der ehemalige SLD-Vorsitzende und Ministerpräsident Leszek Miller aus der SLD austrat. Er wollte damit gegen die Bildung des Mitte-Links-Blocks protestieren. In einigen Landesteilen gelang es ihm, arbeitsfähige Strukturen aufzubauen. Bisher ist es der Partei aber nicht gelungen, einen festen Platz im linken Parteienspektrum zu finden. Von der SLD kam jüngst das Angebot, Leszek Miller im Rahmen einer einheitlichen sozialdemokratischen Liste bei den Wahlen zum EP im Juni 2009 antreten zu lassen.

Optionen links von der Sozialdemokratie

Hier wäre zunächst die PPS (*Polska Partia Socjalistyczna*; Polnische Sozialistische Partei) zu nennen, eine Partei mit 115jähriger Tradition, einer der ältesten sozialistischen und überhaupt linken Parteien auf unserem Kontinent. Der heutige Zustand indes sieht die Partei in einer schweren innerparteilichen Krise. Die Zahl aktiver Mitglieder ist im Laufe der letzten Jahre kontinuierlich gesunken, auf Wahlerfolge kann seit 1997 kaum mehr verwiesen werden. Selbst auf der Ebene der Selbstverwaltungsorgane gibt es für die PPS nur wenige Hoffungskeime. Zudem wird die Partei durch heftige innere Auseinandersetzungen geschüttelt, die letztlich dazu führten, dass die Entscheidungen der letzten beiden Parteitage gerichtlich angefochten wurden. Auch dadurch wird die Tendenz verstärkt, sich mit sich selber zu beschäftigen. Der Partei ist in den zurückliegenden Jahren immer mehr die Fähigkeit abhanden gekommen, sich nach außen hin als wählbare Alternative darzustellen.

Und doch trägt die PPS das vielleicht attraktivste Parteischild unter Polens Linken. Stolz bezeichnet man sich als polnische Sozialisten, worin die gesamte Geschichte der Partei einbezogen ist. Stets sei man konsequent für soziale Gerechtigkeit, für ein demokratisches Verständnis von Sozialismus und für die polnische Unabhängigkeit eingetreten, habe dafür zu unterschiedlichen Zeiten gekämpft und zahlreiche Opfer gebracht. Schmerzlich folglich, wie wenig diese Dinge im heutigen politischen Geschäft zu zählen scheinen. Und so gibt es mehrere Vorschläge in der Partei, wie aus der misslichen Lage herauszukommen sei. Ganz oben steht die Forderung, sich mit anderen zusammenzuschließen, ohne aber die eigene Identität oder gar die eigene Organisation aufzugeben. Eine weitere verbreitete Ansicht sucht nach Möglichkeiten, andere kleinere Gruppierungen unter dem Schild PPS zu einen. In der Minderheit befinden sich Überlegungen, aus der Not eine Tugend zu machen, sich also vor allem als außerparlamentarische Kraft zu verstehen und die Aktivitäten ausschließlich darauf zu konzentrieren. In den 1990er Jahren versuchte die PPS Mitglied der Sozialistischen Internationale zu werden, konnte aber ähnlich wie später die SdPI nicht aufgenommen werden, da aus Polen bereits zwei Parteien Mitglieder waren. Die PPS ist EU-kritischer als die sozialdemokratischen Parteien.

Eine typische polnische Partei könnte man die Partei Racjanennen (*Partia „Racja“ Polskiej Lewicy*; Partei „Racja“ der Polnischen Linken), die in den 1990er Jahren gegründet wurde. Das Wort *racja* bedeutet „richtiger Standpunkt“, also etwa richtiger Standpunkt in weltanschaulichen

Fragen. Und so reiben sich die meisten Mitgliedern der Partei vor allem an der Nichteinhaltung der durch die Verfassung gebotenen Trennung von Staat und Kirche. Anders als für andere linke und linksgerichtete Parteien Polens hat dieses Thema zentrale Bedeutung für die Aktivitäten und die Identität der Partei. Während beispielsweise weder SLD noch PPS einen „Krieg gegen Gott“ anzetteln möchten – das heißt, dass sie sich mit der nach dem Konkordat zwischen dem Vatikan und Polen entstandenen Lage mehr oder weniger stillschweigend abzufinden – verweist Racja auf die faktische Monopolstellung, die die katholische Kirche im öffentlichen Raum in unterschiedlichen moralischen oder weltanschaulichen Fragen inne hat.

Seit 2007 ist Maria Szyszkowska Parteivorsitzende, die zu den bekanntesten weiblichen Persönlichkeiten im linken Spektrum gehört. Maria Szyszkowska hat sich in Polen einen Namen als aufrechte Streiterin für Minderheitenrechte und für den Frieden gemacht. Ihr ist es gelungen, den Fragen von Bürgerrechten und Teilhabe am demokratischen Prozess in der Arbeit der Partei breiteren Raum zu geben. Insofern ist die Racja so etwas wie die eigentliche Bürgerrechtspartei unter Polens Linken. Die Partei setzt sich zugleich konsequent für die Einhaltung und den Ausbau sozialer Rechte und für soziale Gerechtigkeit ein. Sie sieht in dem Prozess der EU-Integration Chancen für die weitere Entwicklung der polnischen Gesellschaft.

Da man sich wenige Chancen ausrechnet, die Prozenhürden bei Parlamentswahlen allein zu überwinden, sucht man konsequent nach Bündnispartnern. Mit anderen Gruppierungen wurde im Sommer 2007 die Initiative „Kongress der Verständigung der Linken“ (*Kongres Porozumienia Lewicy*) gegründet, an der unter anderem auch die PPS führend beteiligt ist.

Sonstige Optionen

Eine Partei, die sich seit einiger Zeit dem linken Spektrum zuzählt, ist die PPP (*Polska Partia Pracy*; Polnische Partei der Arbeit), die sich auf die kleine, sich radikal gebende Gewerkschaft *Sierpień 80* (August 80) stützt. Da die Gewerkschaft ihre Mitgliedszahlen nicht veröffentlicht, ist nach Schätzungen von unter 10.000 Mitgliedern auszugehen, die in der Mehrzahl im polnischen Steinkohlebergbau beschäftigt sind. Außerhalb des Kohlereviers ist die Gewerkschaft deutlich schwächer vertreten. Die PPP selbst hat nach Schätzungen weit unter 1.000 Mitglieder. Fast alle Mitglieder der Partei sind zugleich Mitglieder der Gewerkschaft *Sierpień 80*. Mitglieder anderer Gewerkschaften gibt es unter den Parteimitgliedern nicht.

Vorsitzender beider Organisationen ist in Personalunion Bogusław Ziętek, der im Frühjahr 2008 zur Genese der Partei und der Struktur öffentlich äußerte, man habe bis zum Beitritt Polens zur EU seine Proteste nationalistisch färben müssen, da Polen durch fremdes Kapital geknebelt worden sei, seitdem habe man das linke Projekt „Soziales Europa“ entdeckt, bei dem man nun mitwirken möchte. Das sei alles zwangsläufig und die PPP nunmehr die eigentliche authentische linke Kraft in Polen, da sie den Mitgliedern nach die einzige richtige Arbeiterpartei sei, die engsten Gewerkschaftsbindungen habe und am konsequentesten gegen Privatisierung auftrete. Da fast alle Parteimitglieder Männer sind, dürfte die PPP unter Polens politischen Parteien diejenige mit dem geringsten Frauenanteil sein.

Dem geltenden Statut nach ist die PPP eine Partei, die nach autoritären Prinzipien strukturiert ist. Nahezu allgewaltig ist der Vorsitzende, der keiner demokratischen oder öffentlichen Kontrolle unterliegt. Laut Statut besteht der Zweck der PPP in der strikten Verteidigung der Staatsraison des unabhängigen Polens. Demzufolge versteht sich die Partei als strikt EU- und NATO-feindlich. Während die NATO als terroristische Organisation gebrandmarkt wird, wird Polens

Mitgliedschaft in der EU als Schiefelage gesehen, aus der dem Land kaum Nutzen zufließen. Die Partei gibt sich strikt „antikapitalistisch“, was immer darunter auch verstanden werden mag. Da passt das Abenteuer mit Le Pen, den man in seinem Kampf um den französischen Präsidentenstuhl bei der Stichwahl im Jahr 2002 ganz offen unterstützte, ebenso hinein wie etwa Kampagnen gegen den „verbrecherischen NATO-Krieg“ im Irak. Im Mittelpunkt dieser antikapitalistischen Ausrichtung steht der Kampf gegen Privatisierung.

Aktuell gibt es keine Zusammenarbeit mit linken oder linksgerichteten Parteien in Polen. Politischer Hauptgegner ist die SLD, die erst jüngst in einem PPP-Dokument als eine „Anti-Arbeiter-Partei“ bezeichnet wurde. In diesem Dokument wurde Maria Szyskowska, Parteivorsitzende der *Racja*, als „politisch käuflich“ disqualifiziert. Auch Aktivisten anderer Gewerkschaften als „Sierpień 80“ werden regelmäßig der politischen Korruption verdächtigt gemacht.

Bei den zurückliegenden Wahlen blieb die PPP unter 1 Prozent der abgegebenen Wählerstimmen. Sie zeigte sich nicht in der Lage, glaubhaft ihren behaupteten linken Anspruch im Rahmen von Wahlkampagnen darzustellen. Parteivorsitzender Ziętek hatte 2006 kurz nach Antritt seiner Doppelfunktion erklärt, er wolle das verwaiste Wählerpotential der SLD der PPP zuzuführen. Zwei Drittel der PPP-Wähler zählen sich dem konservativen Lager zu. Auch aus diesem Grund dürfte sich Ziętek um seine guten Kontakte zum nationalkonservativen, katholischen Radiosender *Radio Maryja* sorgen, um den Vertreter linker und linksgerichteter Parteien in Polen aus gutem Grund einen weiten Bogen machen.

Die kommunistische Partei der Slowakei (KSS)

Heiko Kosel

Die kommunistische Partei der Slowakei (KSS) ist ihrem Selbstverständnis nach eine marxistisch-leninistische Partei, die die bürgerlichen Grundrechte und Grundfreiheiten der slowakischen Verfassungsordnung und der internationalen Dokumente über bürgerliche und politische Rechte anerkennt. Sie agiert gegenwärtig als Oppositionskraft gegenüber einer Regierung, deren stärkste Kraft, die sozialdemokratische Partei *SMER*(Richtung) mit der Slowakischen Nationalpartei (SNS) und der Volkspartei „Bewegung für eine Demokratische Slowakei“ (HZDS) eine Koalition bildet.

Zur Geschichte der KSS

Die Geschichte der KSS zeichnet sich durch folgende wesentliche Punkte aus: Ursprünglich Teil der kommunistischen Partei in der ČSSR (KPČ), entstand die Kommunistische Partei der Slowakei (KSS) 1990 als selbständige Partei zunächst noch im Rahmen der damaligen ČSFR. Sie ist ebenso wie die Partei der demokratischen Linken (SDL) in Konkurrenz zu anderen politischen Gruppierungen und Strömungen aus der ehemaligen Staatspartei hervorgegangen.

Am 3./4. November 1990 fand der letzte gemeinsame Parteitag zusammen mit der tschechischen Schwesterpartei statt, auf dem eine Kompromisslösung – eine Art Föderation zwischen der KSČM, der KSS und der SDL – beschlossen wurde. Im Dezember 1990 nahm die Partei einen Doppelnamen an: Kommunistische Partei der Slowakei – Partei der demokratischen Linken (KSS – SDL). In der Folgezeit entstand daraus die Partei der demokratischen Linken (SDL), die sich mehr und mehr zu einer sozialdemokratischen Partei entwickelte und schließlich mit konservativen und neoliberalen Gruppierungen eine Regierungskoalition bildete. Als Teil dieser Koalition verlor die SDL jegliches linkes Profil und versank letztlich in der Bedeutungslosigkeit. Zu dieser Zeit konnte quasi von einer Auflösung der kommunistischen Partei in der Slowakei gesprochen werden.

Nach der Teilung der *Tschechischen Slowakische Föderativen Republik (ČSFR)*, aus der die slowakische und die tschechische Republik hervorgingen, verstärkten politische Gruppierungen, die an den kommunistischen Traditionen und Organisationsstrukturen festhalten wollten, ihre Bemühungen zur Neuformierung einer kommunistischen Partei. Sie beantragten im März 1993 die entsprechende Zulassung. Im Laufe des Jahres 1993 entstanden daraus im Wesentlichen zwei kommunistische Parteien: die Kommunistische Partei der Slowakei (KSS) und der Bund der Kommunisten der Slowakei (ZKS). Am 29. August 1993 fand in Banská Bystrica der Vereinigungsparteitag dieser beider Parteien zur Kommunistischen Partei der Slowakei (KSS) statt.

Bei den slowakischen Parlamentswahlen im Jahre 2002 errang die KSS 6,3 Prozent und war mit 12 Abgeordneten erstmals im Nationalrat vertreten. Bei den Parlamentswahlen am 17. Juni 2006 scheiterte sie mit 3,8 Prozent an der Fünf-Prozent-Hürde. Als stärkste Kraft ging aus diesen Wahlen die sozialdemokratische Partei SMER unter Führung von Robert Fico hervor, die fortan eine Koalitionsregierung unter Einschluss der Mitte-Rechts-Partei „Bewegung für eine Demokratische Slowakei“ (HZDS) und der Slowakischen Nationalpartei (SNS) bildete.

Identität, Mitgliedschaft und Parteientwicklung

Ähnlich wie in Tschechien, gibt es auch in der Slowakei zumindest mittelfristig im linken Spektrum ein andauerndes Bedürfnis nach einer Partei mit kommunistischem Selbstverständnis. In dem „Bericht zur Ausrichtung und Identität der KSS“ des VI. Parteitages 2008 wird die Partei als eine marxistisch-leninistische Partei definiert, die an das positive Erbe der Vergangenheit anknüpft gleichzeitig eine Partei der modernen kommunistischen Linken ist. Die Partei sollte sich als eine prinzipienfeste und zugleich realistische und moderne linke Partei entwickeln, die die bürgerlichen Grundrechte und Grundfreiheiten der slowakischen Verfassungsordnung und die internationalen Vereinbarungen über bürgerliche und politische Rechte anerkennt.

2006 geriet die KSS nach der Wahlniederlage zu den Nationalratswahlen in einer tiefen Krise. Die damalige Parteiführung trat auf einem außerordentlichen Parteitag der KSS zurück. Es herrschte eine Situation in der allgemein – zum Teil auch in den Reihen der KSS selbst - von einem bevorstehenden Kollaps bzw. Zerfall der Partei gesprochen wurde. Eine solche Entwicklung konnte verhindert werden. Es gelang der Partei, sich zu stabilisieren, die einzelnen Gliederungen wieder zu aktivieren und den nach der Wahlniederlage einsetzenden Mitgliederchwund zu stoppen und sogar einen - wenn auch langsamen - Mitgliederzuwachs zu erreichen. Die KSS ist heute trotz des gegenwärtigen Verlustes ihrer Parlamentsmandate keineswegs eine schwache Partei. Sie hat im Jahr 2008 8.797 Mitglieder, darunter 7.186 Männer und 1.612 Frauen. Ihr Frauenanteil liegt bei ca. 14 Prozent.

Setzt man die Zahl ihrer Mitglieder ins Verhältnis zur Gesamtbevölkerung der Slowakei von ca. 5,4 Millionen Einwohnern, so ergibt sich daraus eine höhere Mitgliederdichte pro Einwohner sie z.B. DIE LINKE in der Bundesrepublik Deutschland aufweist – eine Zahl, die zugleich auf die gesellschaftliche Verankerung der KSS verweist. Das Durchschnittsalter der KSS-Mitglieder beträgt 59 Jahre, d. h. die KSS ist im Durchschnitt auch „jünger“ als DIE LINKE in der Bundesrepublik Deutschland. Ca. 93 Prozent der Mitglieder sind slowakischer Nationalität, knapp 7 Prozent gehören nationalen Minderheiten an. Besonders stark ist mit über 3 Prozent die ungarische Minderheit vertreten. Dies ist umso bemerkenswerter, da es in der Slowakei eine eigene ungarische Minderheitenpartei gibt. Die Hochburgen der KSS befinden sich vor allem in Banská Bystrica, Košice und Prešov - also jenen Regionen, in denen die Arbeitslosigkeit im Vergleich zu anderen Regionen des Landes relativ hoch ist.

Einige Daten zu sozialer Zusammensetzung der Mitgliedschaft: Etwas mehr als 29 Prozent sind Arbeiter, zwischen einem und zwei Prozent Bauern, ca. fünf Prozent gehören der technischen Intelligenz an, ca. vier Prozent sind Sozialwissenschaftler. Im öffentlichen Dienst arbeiten fast vier Prozent, zwei Prozent sind Unternehmer, knapp ein Prozent sind Schüler. Ca sieben Prozent sind arbeitslos und ca. 44 Prozent Rentner. Die Verankerung der KSS auf kommunalpolitischer Ebene kann zwar nicht mit jener der großen Koalitions- wie Oppositionsparteien Schritt halten, dennoch sind insbesondere die Bürgermeister und Kommunalpolitiker der KSS aktiv und

eine der wesentlichen Grundlagen für die weitere Verankerung der KSS in der slowakischen Gesellschaft.

Die wirtschaftliche und finanzielle Situation der KSS ist schwierig. Sie erfährt jedoch die Solidarität anderer linker Parteien in der Region, insbesondere der Kommunistischen Partei Böhmen und Mährens (KSČM) aus Tschechien. Eine besondere Schwierigkeit der KSS besteht im Unterschied zur Lage der KSČM in Tschechien in der vergleichsweise starken Position des konservativen katholischen Klerus in der Slowakei.

So wie in anderen Parteien auch, ist der höchste Souverän der Parteitag. Der VI. Parteitag der KSS fand am 6. und 7. September 2008 in Prešov statt, zu dem auch ausländische Gäste eingeladen wurden. Zu den Gästen dieses Parteitages zählten – und dies als Spiegel ihrer engeren parteipolitischer Partner in Europa - Vertreter der AKEL aus Zypern, der KSČM aus Tschechien, der kommunistischen Partei in Griechenland, der Partei DIE LINKE und der DKP aus der Bundesrepublik Deutschland, der kommunistischen Partei der Russischen Föderation, der Kommunistischen Partei Österreichs, der kommunistischen Partei der Ukraine, der Arbeiterpartei Ungarns, der kommunistischen Partei Spaniens und eine starke Delegation der Kommunistischen Partei Vietnams. Die Europäische Linkspartei war offiziell durch ihren Schatzmeister Pedro Marset Kampus vertreten. Gäste des Parteitages waren weiterhin die Botschafter Kubas, Palästinas und Nordkoreas. Vertreter verschiedener slowakischer Branchengewerkschaften bzw. Gewerkschaftsverbände und des Bundes der antifaschistischen Widerstands der Slowakei waren ebenfalls anwesend.

Von besonderer Bedeutung ist das Verhältnis zur Partei DIE LINKE. Seit 1990 entwickelten sich nicht nur kontinuierliche Kontakte zwischen den Führungsgremien beider Parteien, sondern darüber hinaus auch traditionelle Kooperationsbeziehungen zwischen den Kreisverbänden DER LINKEN in den Kreisen Bautzen und Sächsische Schweiz / Osterzgebirge mit Kreisverbänden der KSČM in Tschechien und der KSS in der Slowakei als Dreieckspartnerschaft.

Zur aktuellen Situation

Das Ergebnis der Nationalratswahlen von 2006 wird von der Partei selbst als verheerende Wahlniederlage eingeschätzt, mit deren Konsequenzen die Partei sich bis heute auseinandersetzen muss. Die KSS ist damit konfrontiert, dass die derzeitige sozialdemokratisch dominierte Regierung unter Robert Fico insbesondere in den Bereichen der Wirtschaftspolitik, der Sozialpolitik und der Außenpolitik im Vergleich zu anderen sozialdemokratischen Parteien in Europa ein erheblich linkeres Profil aufweist. Dies vor allem wird neben dem Verlust der parlamentarischen Vertretung der KSS im Nationalrat als wichtigster Grund für die derzeit schwierige Situation der KSS beschrieben und diskutiert.

Unter der Führung der SMER – SD ist eine Koalitionsregierung an die Macht gekommen, die das komplette sozialpolitische Programm der KSS übernommen hat und nun – in beträchtlichem Umfang – in der Praxis umsetzt. Vor diesem Hintergrund glauben viele Bürgerinnen und Bürger der Slowakischen Republik auch zwei Jahre nach den Wahlen nach wie vor, dass die Regierung unter Fico und seine Partei es schaffen, der Slowakischen Republik den Charakter eines Sozialstaates zurückzugeben und die menschenfeindlichen Reformen der vorangegangenen rechtskonservativen und neoliberalen slowakischen Regierungen seit 1990 zu korrigieren und rückgängig zu machen. Auch der Versuch konservativer Parteien und Medien, Robert Ficos Kommunistis-

mus zu beschuldigen, führte nur dazu, dass sich die Umfragewerte für ihn und seine Partei eher weiter verbesserten.

Diese Entwicklungen der letzten Jahre vollzogen sich trotz der klaren Positionen der KSS in sozialen Fragen und konkreten Vorschlägen wie zum Beispiel dem Maßnahmenbündel für ein humanistisches Gesundheitswesen. Vor allem die KSS sprach sich in der Vergangenheit eindeutig gegen die Privatisierung der Rentenfonds aus, gegen eine Novellierung des Arbeitsgesetzbuches. Sie forderte die Stärkung der Gewerkschaften im Sozialdialog, ein kostenloses Bildungswesen aller Stufen bis einschließlich des Hochschulstudiums und ein Gesetz gegen die Auswirkungen der Privatisierungsorgien Anfang der 90er Jahre. Die KSS forderte bereits lange vor der Krise in den strategisch wichtigen Wirtschaftszweigen ein Mehrheitsaktienpaket des Staates und sie setzt sich für eine objektive Aufarbeitung der Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg ein. Das klare linke Profil der KSS zeigt sich auch in der Ablehnung der aggressiven Politik der Nato und der USA z. B. in Jugoslawien und im Irak, sie fordert den Rückzug slowakischer Soldaten aus solchen Einsätzen.

Inzwischen wurden viele Forderungen der KSS von der sozialdemokratischen Regierung Robert Ficos übernommen und in wesentlichen Punkten in der Praxis umgesetzt. In Teilbereichen der Sozial-, Gesundheits-, Wirtschafts- und Außenpolitik realisiert die Regierung unbestreitbar linke Politikansätze. Dieses Problem der Umsetzung linker Forderungen durch eine sozialdemokratische Partei in Regierungsverantwortung zwingt nicht nur die Linken in der Slowakei zum Nachdenken über das eigene Profil und den eigenständigen politischen Gebrauchswert.

Wie also kann – hier bezogen auf die Kommunistische Partei der Slowakei (KSS) – die Linke unter den Bedingungen einer linken, sozialdemokratischen Partei ihr eigenständiges Profil entwickeln? Wie muss sich eine Linkspartei positionieren, die zur Ablösung der neoliberalen Regierung beigetragen und das sozialdemokratische Kabinett Robert Ficos begrüßt hatte, weil dessen Schritte zur Verbesserung der Lebensbedingungen im Einklang mit dem Programm der KSS standen? Diese Frage muss die KSS in der nächsten Zeit beantworten. Dazu müssen unter anderem auch Initiativen auf dem Gebiet der Finanz- und Wirtschaftspolitik gehören. Denn bisher hat die Regierung Ficos den einheitlichen Steuersatz – das politische Paradeferd der slowakischen Neoliberalen – nicht angetastet und noch gibt es, auch nicht angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise, kein Gesetz zur Behebung der Folgen der Privatisierungsorgien in der Vergangenheit.

Aktuelle Debatten

Seit der Niederlage 2006 gibt es immer wieder Auseinandersetzungen innerhalb der Partei zur weiteren strategischen Ausrichtung der KSS. Diese konnten auch auf dem außerordentlichen Parteitag 2006 nicht beigelegt werden. Was ist die Funktion und Aufgabe einer linken Partei neben einer zurzeit starken linken Sozialdemokratie? Dass zu dieser Frage die Positionen auseinandergehen, liegt in der Natur der Sache selbst. Wichtig aber erscheint neben dem Inhalt gleichermaßen die Form, in der diese Auseinandersetzungen ausgetragen werden. Insofern ist der Satzungsänderungsvorschlag des Parteivorstandes auf dem VI. Parteitag 2008 zum Ausschluss von Parteimitgliedern, die Probleme mit dem Programm der KSS haben, ebenso bemerkenswert wie die mehrheitliche Ablehnung dieses Vorschlags in den Kreisverbänden. Die Mehrheit der Mitglieder der KSS steht für eine Partei mit eindeutig linkem Profil und klarem kommunistischen Selbstverständnis, aber vor dem Hintergrund der Geschichte kommunistischer Parteien

stimmt die Mehrheit der Mitgliedschaft nur in besonderen Ausnahmefällen für Parteiausschlussverfahren als letztes Mittel, stark eingeschränkt und nur unter konkret formulierten Voraussetzungen.

Bemerkenswert sind die aktiven Versuche, die mit dem Verlust der Parlamentsmandate einsetzende Medienignoranz durch eigene Medienproduktionen zu begegnen. Dies geschieht und anderem mit der Herausgabe der eigenen Zeitung *Kroky*, die offiziell als Zeitung der KSS firmiert und weiterer Zeitschriften und Zeitungen, die in einzelnen Bezirken und Regionen vertrieben werden. Zum Teil erscheinen die Artikel auch in den Sprachen der nationalen Minderheiten, vor allem in Ungarisch. Ein weiterer Schritt zur Überwindung der Medienblockade ist die Teilnahme der KSS an den Präsidentenwahlen mit einem eigenen Kandidaten. Die Partei ist sich dabei bewusst, dass sie in diesen Wahlen mit anderen Parteien nicht erfolgreich konkurrieren kann. Sie hat sich aber auf diese Weise die Möglichkeit, ihre eigenen politischen Inhalte während des Präsidentenwahlkampfes in die Medien zu bringen. Präsidentschaftskandidat der KSS ist der parteilose 58jährige Hochschullehrer Dr. Milan Sidor.

Das Verhältnis der KSS zu anderen politischen Parteien und Gruppierungen des linken Spektrums in der Slowakischen Republik

Die KSS hat in den vergangenen zwei Jahren zielgerichtet den Dialog mit anderen Parteien und Vereinigungen gesucht, die sich zu linken politischen Werten bekennen. Auch wenn das Verhältnis zur regierenden sozialdemokratischen Partei SMER – SD durch das übliche Verhältnis von Oppositions- und Regierungsparteien geprägt ist und SMER – SD natürlich alles tut, um links von sich keine parlamentarisch relevante politische Konkurrenz entstehen zu lassen, gab es auf verschiedenen Ebenen politische Konsultation zwischen den Vertretern beider Parteien. Die Fundamente für einen zukünftig gegebenenfalls erfreulichen politischen Dialog sind somit gelegt. Auch mit führenden Vertretern anderer linker politischer Parteien und Gruppierungen fanden jeweils mehrere Gesprächsrunden statt. Das gilt z. B. für die Vereinigung der Arbeiter der Slowakei, den linken Block und die Partei der bürgerlichen Solidarität. Bei diesen o. g. Parteien und Organisationen handelt es sich um politische Strukturen von zurzeit allenfalls marginaler Bedeutung. Inzwischen hat sich der linke Block weitgehend in die sozialdemokratische Partei SMER – SD integriert. Die Vereinigung der Arbeiter der Slowakei und die Partei der bürgerlichen Solidarität lehnten dies bisher ebenso ab, wie andererseits einen Beitritt zur KSS. Allerdings erklärten die Vereinigung der Arbeiter der Slowakei und die Partei Bürgerlicher Solidarität ihr Interesse an einer Zusammenarbeit mit der KSS insbesondere auf der kommunalen Ebene. Traditionell gute Beziehungen unterhält die KSS zu den Organisationen der antifaschistischen Widerstandskämpfer der Slowakei.

Die Europapolitik der KSS und ihr Verhältnis zur Europäischen Linken (EL)

Die Kommunistische Partei der Slowakei trat der Partei der Europäischen Linken (EL) mit Beobachterstatus bei. Sie begrüßte die Gründung der EL und ist aktiv an deren Ausprägung beteiligt. Sie beteiligt sich an ihren Parteitagen - 10 Delegierte der KSS nahmen am EL Parteitag 2007 in Prag teil.

Die KSS schätzt den Anspruch der EL, die Werte und Traditionen der sozialistischen, kommunistischen und Arbeiterbewegung, der internationalen Solidarität, des Humanismus und des

Antifaschismus zu bewahren und sie betrachtet dies als einen Beitrag im Kampf gegen Kapitalismus, Ausbeutung, politische Verfolgung und Angriffskriege, gegen Faschismus und Diktatur. Die KSS teilt –wie in ihren Dokumenten nachlesbar - nicht alle Bewertungen der EL zur jüngeren Geschichte Ost-Mittel-Europas, insbesondere die „Gleichsetzung der Errichtung des Sozialismus mit stalinschen Repressionen“. Deshalb wendet sich eine Resolution des VI. Parteitages vom September 2008 die Parteigremien der EL und alle ihr angehörenden Einzelparteien mit der dringenden Bitte, eine Neubewertung einzelner Haltungen zu historischen Ereignissen in den ehemals sozialistischen Staaten herbeizuführen. Zu dieser Neubewertung sollen Vertreter von kommunistischen und Arbeiterparteien aus osteuropäischen Ländern in die Zusammenarbeit einbezogen werden.

Aber nicht nur bezogen auf die Fragen zur Geschichte sollte sich die EL noch stärker den osteuropäischen Ländern und ihren linken Parteien zuwenden - egal ob Mitglied der EU oder nicht. Ungeachtet dessen steht die KSS hinter der gemeinsamen Wahlplattform der Europäischen Linkspartei. Die darin enthaltene Formulierung von gemeinsamen grundlegenden politischen Eckpunkten zu den Europawahlen wird vom Vorsitzenden der KSS, Josef Hrdlička, als ein erheblicher Fortschritt bezeichnet.

Die KSS unterstützt neben der EL auch die internationalen Organisationen der kommunistischen Parteien, darunter die Koordination des gemeinsamen Vorgehens der gemeinsamen Aktionen und die Bereitstellung konkreter gegenseitiger Hilfen im politischen Kampf. Sie hat auf ihrem VI. Parteitag im September 2008 gezeigt, dass sie eine Partei ist, die sich nach einer Konsolidierungsphase seit 2006 unter komplizierten politischen, wirtschaftlichen und religiös-kulturellen Rahmenbedingungen stabilisiert und mit ihrer derzeitigen programmatischen und strukturellen Ausrichtung eine Perspektive entwickelt.

Sie ist dabei, die innerparteilichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, bei den nächsten Wahlen wieder erfolgreich parlamentarische Kraft zu werden. Zu den Grundlagen ihrer Stabilisierung gehört vor allem das Wirken ihrer Bürgermeister und Kommunalpolitiker – ihre kommunalpolitische Verankerung, ihre in diesem Umfang fast als Alleinstellungsmerkmal zu bezeichnende Präsenz sowohl in der slowakischen Mehrheitsbevölkerung als auch unter den durchaus zahlenmäßig starken nationalen Minderheiten des Landes. Eine weitere Stärke der KSS besteht auch in ihrer beträchtlichen Vernetzung zur linken Partei der slawisch geprägten Nachbarstaaten in Mittel- und Osteuropa sowie trotz oder gerade wegen des teilweise angespannten slowakischen-ungarischen Verhältnisses auf staatlicher Ebene zu linken Parteien und Gruppierungen in Ungarn.

Die radikale Linke in Tschechien

Stanislav Holubec

Die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSČM) wurde im Jahre 1990 gegründet und zwar als eine Landesorganisation der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KSČS). Nach der Spaltung der Partei in einen tschechischen und einen slowakischen Teil wurde die KSČM in Tschechien Nachfolgerin der vor 1989 herrschenden Staatspartei. Seit Anfang der neunziger Jahre ist die KSČM die drittstärkste Partei in der tschechischen Politik. Ihre Wahlergebnisse bewegen sich zwischen 10 und 20 Prozent der Wählerstimmen (1990: 13 Prozent, 1992: 14 Prozent, 1996: 10 Prozent, 1998: 11 Prozent, 2002: 18 Prozent, 2006: 13 Prozent).

Seit 1996 profilierte sich die sozialdemokratische Partei ČSSD, die auch zwischen 1998 und 2006 die Regierungspartei war, als stärkste Linksmitte-Partei. In dieser Zeit konnte sich die KSČM leicht als linke Opposition hervortun, was ihr auch die Stimmen vieler enttäuschter ČSSD-Wähler brachte.

Die Vertretung gesellschaftlicher Gruppen in der KSČM

In der Mitgliederbasis der KSČM ist die stärkste Gruppe die der Rentner. Sie machten 2003 67,4 Prozent aller Mitglieder aus. Arbeiter (13,6 Prozent)¹, Intelligenz und Beamte (ca. 10 Prozent) bilden die Minderheiten innerhalb der Partei. Nur wenige Parteimitglieder sind Arbeitslose und kleine Unternehmer. Bemerkenswert ist die Anzahl der ehemaligen Polizisten und Armeeeoffiziere und die der unteren Funktionäre der ehemaligen Staatspartei unter den Mitgliedern. 3 der 26 KSČM-Abgeordneten waren vor der Wende Armeeeoffiziere, und einer, Josef Vondruška, war Wächter in einem Gefängnis, in dem auch politische Gefangene einsaßen. Die Klage von Dissidenten wegen seiner damaligen Brutalität hat ihm und der ganzen Partei nach den Wahlen 2006 viele politische Probleme eingebracht. Er entschuldigte sich nicht und äußerte sich dahingehend, dass er dort „die ehrlichen Bürger vor verschiedenen Parasiten schützte“.² Vondruška ist bis heute Abgeordneter, und der Gerichtshof hat die Klage gegen ihn noch nicht behandelt.

Die Mitgliederzahl der KSČM schrumpft seit der Wende 1989 beständig. Im Jahr 1991 waren es noch 562 529, aber im ersten Jahr nach der Wende traten viele Mitglieder aus der KSČM aus. Dies betraf vor allem jüngere und gebildete Mitglieder – lag der Anteil an Mitgliedern mit Hochschulbildung 1989 noch bei 19 Prozent, schrumpfte die Anzahl bis 1999 auf 9,2 Prozent.³

¹ Vgl. Obsahové materiály VI. sjezdu KSČM Zpráva ÚV KSČM o činnosti KSČM v období po V. sjezdu KSČM, S. 52, in: <http://www.kscm.cz/article.asp?thema=2859&item=24140>, zugegriffen am 10.1.2009.

² Vgl. Josef Vondruška, Kdo je vyvrhel? Haló noviny, 4. září 2006, S. 5.

³ Vgl. Vladimír Handl: Transformace komunistické strany: “Od strategie levicového ústupu k evropeizaci”, in: A. Gjuríčová, M. Kopeček (Hrsg.): Kapitoly z dějin české demokracie po roce 1989. Litomyšl 2000, S. 100.

In der KSČM sind nur diejenigen geblieben, für die die Mitgliedschaft keine Beeinträchtigung ihre Karriere bedeutete – dies sind vor allem Menschen im Rentenalter. Nach 1996 stabilisierte sich die Mitgliederzahl bei 171.323. Seit diesem Zeitpunkt verlassen die Mitglieder die Partei nicht mehr massenhaft, allerdings sterben sie allmählich. So verliert die KSČM jährlich 6-7 Prozent der Mitglieder. Am 1.1.2008 hatte die Partei 77.115 Mitglieder.⁴

Damit hat die KSČM jedoch immer noch eine vergleichsweise große Mitgliederzahl unter den politischen Parteien Tschechiens. Nur 7,9 Prozent Mitglieder der KSČM sind allerdings nach der Wende neu eingetreten (Zahlen von 2007).

Die schrumpfende Anzahl der Mitglieder führt zur Feminisierung der Partei. Je höher das Durchschnittsalter in der Partei steigt, desto höher steigt der Anteil der Frauen unter ihren Mitgliedern. Das Durchschnittsalter der Parteimitglieder lag im Jahre 2008 bei 70 Jahren. Nur 18.217 sind jünger als 60 Jahre. Heute sind 44 Prozent der Mitglieder Frauen.⁵

Die tschechischen Grünen sind die einzige Partei, die eine Frauenquote⁶ eingeführt hat. Sie haben auch den größten Anteil an Frauen im Parlament: 4 von 6 Fraktionsmitgliedern. Die ČSSD hat allerdings auch verschiedene Mechanismen, die Frauen bevorzugen sollen. 15,4 Prozent ihrer Fraktion sind Frauen. Bei den Kommunisten sind 2 von 5 stellvertretenden Parteivorsitzenden (zwischen 2004 und 2007 war es aber keine einzige) sowie 27 Prozent der Abgeordnetenfraktion Frauen.

Im Vergleich mit beispielsweise Frankreich oder Deutschland hat Tschechien nur eine geringe Anzahl an Immigranten. Es sind fast keine Immigranten in der Partei tätig, obwohl ein paar Mitglieder mit einer anderen Nationalität eine wichtige Rolle in der KSČM spielen. Es handelt sich um den Nachwuchs griechischer Kommunisten, die in den 50er Jahren in die Tschechoslowakei immigriert sind (zum Beispiel der Sänger Stasis Prusalis) oder ehemalige Studenten aus der dritten Welt von vor 1989, die in der Tschechoslowakei geblieben sind (zum Beispiel Syrjäne Hassan Charfo, Chef der Außenabteilung des ZK. Die heute in Tschechien lebenden Immigranten sind nicht in der Politik aktiv – sie haben oft keine tschechische Staatsbürgerschaft, und ihre Kinder sind noch nicht alt genug, um politisch aktiv zu sein. Wegen ihrer spezifischen Altersstruktur und dem Zurückgreifen auf eine nationale Rhetorik durch ihre Funktionäre wird die KSČM in Zukunft kaum eine für Immigranten interessante Partei sein.

Ein anderes Problem ist der Bezug der KSČM zu den Sinti und Roma. Diese Minderheit macht schätzungsweise 3-5 Prozent der tschechischen Bevölkerung aus und befindet sich in einer sehr prekären sozialen Situation. Die politische Aktivität der Sinti und Roma ist eher gering. Es wird vermutet, dass die wenigen, die zur Wahl kommen, in vielen Fällen die KSČM wählen (es existiert keine relevante Roma-Partei). Die KSČM hat aber keine Politiker aus diesem Umfeld. Als am 17. November 2008 tschechische Neonazis durch das Stadtviertel Janov der Stadt Litvinov in Nordböhmen marschierten, gab die KSČM keine offizielle Ablehnungserklärung ab. Die interne Erklärung war, dass die Partei ihre eigenen Wähler nicht provozieren dürfe.⁷ Die

⁴ Vgl. KSČM: Historie, in: <http://volby.kscm.cz/index.asp?thema=3334&category=>, zugegriffen am 10.1.2009.

⁵ Vgl. KSČM: Vznik KSČM, in: <http://www.kscm.cz/index.asp?thema=2677&itmID=24002&chapter=1297>, zugegriffen am 10.1.2009.

⁶ Die KSČM ist von der feministischen Organisation Fórum 50 Prozent in Tschechien als zweit- oder dritt-frauenfreundlichste Partei bezeichnet worden. Vgl. Fórum 50 Prozent: Strana otevřená ženám 2008, in: http://www.padesatprocent.cz/?c_id=575, zugegriffen am 10.1.2009.

⁷ Dies trat in einem Gespräch zwischen der Autor und dem stellvertretenden Parteivorsitzende Jiří Dolejš am 15.12.2008 zutage.

Parteizeitung *Haló Noviny* hat sogar einen Artikel publiziert, in dem es hieß: „Der Marsch der Rechtsradikalen war keine Ursache, sondern eine Folge des heutigen Zustandes, in dem die Polizei unfähig oder unwillig ist für die Bürger einzutreten, die von diesem Lumpenproletariat [gemeint sind die Roma, SH] angefallen oder belästigt werden.“⁸ Andere Artikel in diesem Organ warnen hingegen vor Rechtsextremismus.

Die Stellung der KSČM in Politik und Gesellschaft

Gemessen an der Größe der Gemeinden hat die Partei ihre stärkste Position in kleineren Städten und Dörfern. Besonders schwach ist die Partei in Prag, welches zu den Gewinnern der Transformation gehört. Hier hatte sie im Jahre 2006 7,9 Prozent der Stimmen, im Landesdurchschnitt waren es 12,8 Prozent.⁹ Ähnlich sieht es auch in anderen Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern aus. Hier haben die Linken, Kommunisten *und* Sozialdemokraten, nach der Wende nie eine Wahl gewonnen. Eine Ausnahme sind die nordmährischen Städte, wo die KSČM zwischen 2002 und 2006 in einer Koalition mit den Sozialdemokraten reagierte. In Havířov (84.000 Einwohner) und Karivná (62.000) konnte sie immerhin den Oberbürgermeister stellen. Nach 2006 entschieden sich die Sozialdemokraten jedoch, mit anderen Parteien zu koalieren.

Regional hat die KSČM eine besonders starke Position in Nordböhmen und Nordmähren – Regionen mit einem traditionellen industriellen Sektor, die nach der Wende besonders schwer von Arbeitslosigkeit betroffen waren. Gute Wahlergebnisse erzielt die Partei auch in den ehemaligen deutschsprachigen Gebieten in der Grenzregion, wo die tschechische Bevölkerung erst nach 1945 angesiedelt wurde. Hier wird die Partei zum Teil aus der Angst vor den Sudetendeutschen und ihren Ansprüchen heraus gewählt. Ein weiterer Grund ist, dass die hier lebende Bevölkerung die Kommunisten als Geber von Land und Häusern betrachtet. Nicht zuletzt leben in vielen dieser Dörfer noch immer ehemalige Grenzschutzbeamte, die das kommunistische Regime dort angesiedelt hatte. Das erklärt vielleicht die noch immer vorhandene Loyalität gegenüber der kommunistischen Partei.

Die KSČM ist stark an der Parlamentspraxis orientiert. Ihre Parlamentsfraktion hält seit 2006 26 von insgesamt 200 Sitzen. Im Senat hatte die KSČM nie mehr als 3 von 81 Senatoren wegen des Mehrheitswahlsystems. Seit 1998 sind ihre Stimmen für die ČSSD sehr wichtig. Ohne die Kommunisten können die Sozialdemokraten nur wenige Gesetzentwürfe durchsetzen. Die Kommunisten haben in ein paar Fällen aber auch mit der ODS gestimmt, so beispielsweise bei der ersten Präsidentenwahl von Vaclav Klaus' im Jahr 2004. Seit 2002 haben KSČM-Abgeordnete auch die Funktion des stellvertretenden Parlamentsvorsitzenden inne und stellen ein bis zwei Ausschussvorsitzende. Trotzdem lehnen die Sozialdemokraten die gemeinsame Regierung mit den Kommunisten ab und bevorzugen eine Akzeptanz ihrer Minderheitsregierung durch die KSČM. Die ČSSD betrachtet die Koalition mit der KSČM als unmöglich, bis sich die KSČM kritisch zu ihrer Vergangenheit äußert, sich klar für ihre Verbrechen entschuldigt, das Privateigentum und die Mitgliedschaft Tschechiens in der NATO anerkennt. Diese Forderungen sind für die KSČM aber bislang inakzeptabel.

Auf Landesebene hatten die Sozialdemokraten und Kommunisten bis 2008 nie die Mehrheit. Die einzige Ausnahme war Nordböhmen nach der Wahl 2000, aber hier entschied sich die ČSSD

⁸ Jan Minář: Příčina a následek (Ursache und Folge), in: Haló Noviny, 4.12. 2008, S. 4.

⁹ Vgl. Volby do Poslanecké sněmovny Parlamentu České republiky konané ve dnech 2.-3.6.2006, in: <http://www.volby.cz/pls/ps2006/ps9?xjazyk=CZ>, zugegriffen am 10.1.2009.

lieber für eine Koalition mit der ODS. Eine andere Situation entwickelte sich seit Oktober 2008. ČSSD und KSČM gewannen diesmal in allen 13 Ländern (mit Ausnahme Prags, wo keine Landeswahlen stattfanden) die Mehrheit. ČSSD und KSČM bildeten in zwei Ländern (Karlsbad und Nordmähren) eine gemeinsame Regierung, in vier Ländern toleriert die KSČM die Minderheitsregierung der ČSSD und in 7 Ländern regiert die ČSSD mit anderen Parteien (davon in 5 Fällen mit der ODS).¹⁰

Seit 2006 regiert die KSČM nur in einer Großstadt mit, in der Stadt Most mit 70.000 Einwohnern, wo sie einen stellvertretenden Oberbürgermeister stellt. Jedoch hat die KSČM in kleineren Dörfern 132 Bürgermeister, von denen 30 Parteimitglieder sind. Vor der Kommunalwahl 2006 waren es allerdings noch 372.¹¹

Die folgende Tabelle über die Wahlergebnisse von 2006 zeigt, dass in Tschechien vor allem ältere Menschen mit geringer Ausbildung und niedrigerem Einkommen die Linke wählen.¹² Diese Charakteristik gilt vor allem für die KSČM, aber auch teilweise für die ČSSD. Das Geschlecht hat keinen Effekt bezüglich des Wahlverhaltens. Zwei Faktoren spielen in Tschechien die wichtigste Rolle für das Wahlverhalten: Die soziale Schicht und, vielleicht noch bedeutender, das Alter. Bei der Erklärung der überproportionalen Unterstützung für die KSČM unter den älteren Bürgern ist nicht zu vergessen, dass die verschiedenen Generationen im 20. Jahrhundert in Tschechien unter dem Einfluss sehr unterschiedlicher politischer Diskurse sozialisiert wurden (Krieg, 50er Jahre, 60er Jahre, 70/80er Jahre, nach der Wende), was sehr unterschiedliche politische Auffassungen mit sich brachte. Zudem waren die älteren Generationen nach der Wende die ersten Opfer der Transformation: Ihre Renten fielen relativ gegenüber den Löhnen und ihnen wurde die Schuld an der Existenz des Kommunismus gegeben.

Die Parlamentswahlen in Tschechien im Jahre 2006: Analyse der Wählergruppen¹³

Variable	Kategorie	ODS	ČSSD	KSČM	KDU – ČSL	SZ
		Bürgerliche Demokraten	Sozial-demokraten	Kommunisten	Christliche Demokraten	Die Grünen
Insgesamt	alle Wähler	35 Prozent	32 Prozent	13 Prozent	7 Prozent	6 Prozent
Alter	18-24	44	20	1	3	23
	25-34	44	27	4	4	12
	35-44	42	32	6	6	6
	45-54	47	31	7	9	4
	55-64	24	39	20	9	2

¹⁰ Vgl. Všech třináct krajů zná své hejtmany, 29.11.2008, in: http://kralovehradecko.regiony24.cz/aktualne/vypis.aspx?id_clanku=42934, zugegriffen am 10. 1. 2009.

¹¹ Persönliche Gespräche mit den Angestellten des ZK der KSČM Petr Šimůnek und Ivan Dvořák, 10.1.2008.

¹² Einkommen und Ausbildung sind sehr vom Alter abhängig: In viele Fällen bedeutet alt zu sein gleichzeitig arm zu sein. Die älteren Generationen hatten auch geringere Möglichkeiten höhere Bildung zu erwerben als heutige.

¹³ Quellen: A. Voliči, Lebeda, T. Linek, L. Lyons, P. Vlachová: K. Sociologický ústav AV ČR, Praha 2006/ 2007, S. 8-9; Volby do Poslanecké sněmovny Parlamentu České republiky konané ve dnech 2. - 3.6.2006, in: <http://www.volby.cz/pls/ps2006/ps3?xjazyk=CZ>, zugegriffen am 10.1.2009.

Variable	Kategorie	ODS	ČSSD	KSČM	KDU – ČSL	SZ
	65 und älter	17	37	33	10	2
Ausbildung	Grundschule	22	33	22	9	9
	mittlere ohne Abitur	26	38	17	8	6
	mittlere mit Abitur	44	29	6	6	6
	Hochschule	53	26	6	6	5
Monatseinkommen	< 139999 (< 538 €)	19	38	25	10	3
	14-22999 (539-883 €)	22	41	18	8	6
	23-34999 (883-1345 €)	34	34	12	6	7
	> 35 000 (> 1346 €)	49	25	7	5	6
Beruf	Student	50	17	0	3	25
	Angestellte	37	36	8	6	6
	Selbständige	64	12	4	7	5
	Rentner	20	36	27	11	2
Geschlecht	männlich	36	34	13	5	5
	weiblich	35	31	13	9	7
Region	Prag	48,3	23,3	7,9	4,8	9,2
	andere Großstädte	38,1	32,6	10,9	5,7	7,4
	(> 85 000 Einw.)					
	Nordböhmen	34,7	35,4	16	2,2	6
	Nordmähren	28,1	40,5	13,9	7,1	4,3

Die KSČM hat trotz eines stabilen Wahlergebnisses als drittstärkste Partei nach den Sozialdemokraten (ČSSD) und den Bürgerlichen Demokraten (ODS) keine dementsprechende Rolle in der Gesellschaft. Die Medien sind überwiegend antikommunistisch orientiert, das hohe Alter der Mitglieder erschwert die Kommunikation mit der mittleren und jüngeren Generation, der KSČM fehlen die Anhänger in den gesellschaftlichen Eliten, unter Aktivisten der Zivilgesellschaft, Künstlern oder beruflich aktiven Akademikern. Man darf auch nicht vergessen, dass das Enga-

gement für die KSČM eine reale Bedrohung für die Karriere in Tschechien darstellt. Die KSČM hat selbstverständlich keine Wirtschaftslobby.

Nichtparlamentarische Arbeit von Parteien ist in Tschechien nicht sehr populär. Die meisten Bürger halten eher Abstand zur Politik, und die KSČM hat wenige Aktivisten, die im Stande sind mit der Breite der Gesellschaft zu kommunizieren. Die KSČM organisiert nur selten eigene Demonstrationen. Für ihre Veranstaltungen nutzt regelmäßige Volksfeste wie den 1. Mai, den Pressetag der *Haló Noviny* in September, und das Treffen der Linken in Kunětická Hora im September und im Juli in Lázeň. Bekannt ist die Parteipolitik ansonsten vor allem aus den Medien, durch Auftritte ihrer Politiker, aus der Parteizeitung *Haló noviny* und durch die Arbeit ihrer 4.264 Kommunalpolitiker¹⁴ und 114 Landtagsabgeordneten.¹⁵

Die Vorfeldorganisationen der Partei versammeln Parteimitglieder nach Interessengruppen. Beispielsweise sind die antisudetendeutschen Mitglieder im *Klub des tschechischen Grenzgebiets* organisiert, die Antikatholiken im *Klub der Freidenker*, die Angestellten im *Bund der Gewerkschaften Böhmens, Mährens und Schlesiens*, der aber im Vergleich zur Hauptorganisation der Gewerkschaften eher schwach ist. Zudem gibt es eine eigenständige Frauen- und eine Jugendorganisation. Letztere – der *Bund der Kommunistischen Jugend* – war stark stalinistisch orientiert (sie hatte zum Beispiel Hammer und Sichel als Symbol, obwohl das Symbol der KSČM seit der Wende eine rote Kirsche ist). Diese Organisation wurde im Jahre 2008 vom tschechischen Innenministerium aufgelöst, was diesem viele Proteste aus dem Ausland einbrachte, vor allem weil gleichzeitig verschiedene rechtsextremistische Organisationen frei arbeiten konnten.

Die tschechischen Gewerkschaften stellen sich offiziell als unpolitisch dar, aber in der Praxis unterstützen sie die ČSSD. Die Funktionäre der Gewerkschaften haben trotzdem gute persönliche Beziehungen zur KSČM. Beispielsweise geben sie der kommunistischen Zeitung *Haló Noviny* regelmäßige Interviews. Soziale Bewegungen, Trotzlisten, Anarchisten, die Umwelt- und die feministische Bewegung, waren seit der Wende in Tschechien generell schwach und standen der KSČM feindselig gegenüber. Diese Situation änderte sich zum Teil 2006, als die erfolgreiche Initiative gegen die geplante US-Radarbasis begann („*Ne základnám*“). An dieser Initiative sind viele KSČM-Mitglieder beteiligt und Vertreter der Initiative sprechen auf kommunistischen Demonstrationen. Der *Bund der Kommunistischen Jugend* war auch Kollektivmitglied der Initiative, wurde aber wegen seiner stalinistischen Agitation auf den Demonstrationen aus der Initiative ausgeschlossen.

Der öffentliche Diskurs in Tschechien ist stark neoliberal und rechtskonservativ orientiert. Mit Ausnahme der *Haló noviny* und teilweise der *Pravo* können die Kommunisten ihre Artikel nicht in gängigen Zeitungen und Zeitschriften publizieren. KSČM-Politiker werden zu vielen politischen Fernsehsendungen eingeladen, aber im Gegensatz zu anderen Politikern weniger zu den unpolitischen Talkshows. In den politischen Talkshows zeigen die Moderatoren oft ihre eigene politische Auffassung und diskriminieren die Politiker der KSČM auf verschiedene Weise. Auch die Fernsehdokumentationen über die jüngste Vergangenheit sind antikommunistisch orientiert. Der Antikommunismus im öffentlichen Diskurs richtet sich primär zwar gegen die

¹⁴ Vgl. Volby do zastupitelstev obcí, in: <http://www.volby.cz/pls/kv2006/kv22115?xjazyk=CZ&xid=0&xv=10 &xd=6&xnumnuts=0>, zugegriffen am 10. 1. 2009.

¹⁵ Vgl. Volby do zastupitelstev krajů konané dne 17. -18.10.2008, in: <http://www.volby.cz/pls/kz2008/kz63?xjazyk=CZ&xdatum=20081017>, zugegriffen am 10.1. 2009.

KSČM, aber mittelbar auch gegen die ČSSD, deren Rolle als zukünftige Regierungspartei durch die Begrenzung ihres Koalitionspotentials geschwächt werden soll.

Die programmatisch-strategische Ausrichtung der Partei

Die KSČM gehört programmatisch zur traditionellen Linken in Europa. Einerseits finden sich in ihrem Programm und ihrer Rhetorik nicht die radikalen Parolen, die wir von vielen europäischen Parteien kennen, die sich als kommunistisch definieren (zum Beispiel die griechische oder die portugiesische KP), andererseits fehlt ihr der Diskurs der heutigen emanzipatorischen, feministischen und ökologischen Linken. Die KSČM versteht ihr Programm kurzfristig als "Korrektiv" zu der sozialdemokratischen Partei und langfristig als ein eigenständiges Projekt des „Sozialismus“. Die kurzfristigen Forderungen und Lösungen in ihrem Programm sind denen der Sozialdemokraten sehr ähnlich. Die Partei sagt darin, ihr Hauptziel sei der „Übergang von der kapitalistischen Gesellschaftsformation zu einer sozial gerechteren Gesellschaft – dem Sozialismus“¹⁶

KSČM definiert den Sozialismus als „eine demokratische Gesellschaft, die aufgrund der prosperierenden Wirtschaft und Vollbeschäftigung die politischen, personellen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte aller Menschen schützen wird“.¹⁷

In der Alltagspolitik spielt die KSČM eher die Rolle eines Kritikers der heutigen Gesellschaft. Sie verteidigt die Biografien ihrer Mitglieder, betont die positiven Aspekte des Regimes vor 1989 im Vergleich mit der heutigen Realität. Am häufigsten äußert die KSČM ihre Kritik über Entscheidungen der Regierung, über rechte und neoliberale Parteien und die Medien, die schlecht über die KSČM berichten. Außenpolitisch kritisiert sie am meisten die USA, gefolgt von der Europäischen Union und Israel. Positiv äußert sich die KSČM gegenüber Russland und China. Besonders freundlich schreibt die kommunistische Presse über Kuba und Venezuela und teilweise Weißrussland. Eher Abstand hält sie zu Nordkorea, aber auch Pressemitteilungen der nordkoreanischen Botschaft in Prag werden regelmäßig in der Parteizeitung *Haló noviny* publiziert.¹⁸ Die KSČM strebt aktiv nach der Regierungsverantwortung auf der Landesebene, ist sich aber eher im Unklaren über die eigene Regierungsverantwortung auf Unionsebene. In der KSČM herrscht die Meinung, dass sie ihre Wähler im Fall der Regierungsbeteiligung schnell verlieren wird. Offiziell heißt es, man wolle sich nur an einer solchen Regierung beteiligen, die der KSČM die Realisierung ihres Parteiprogramms ermöglichen wird. Auch von ihr selbst wird die Tolerierung der sozialdemokratischen Minderheitsregierung bevorzugt.

In gesellschaftlichen Konflikten unterstützt die KSČM generell die „Schwächeren“, „Diskriminierten“, „Unterprivilegierten“, ist aber wegen ihre Mitglieder- und Funktionsstruktur nicht im Stande, diesen Gruppen effektiv zu helfen. Eine offene Unterstützung wollen die Gewerkschaften, sozialen Bewegungen oder Bürgerinitiativen auch nicht, weil dies die ganze Unternehmung als „kommunistisch“ stigmatisiert. Es ist auch notwendig zu betonen, dass gesellschaftliche Konflikte in Tschechien selten einen manifesten Charakter annehmen (zum Beispiel im Vergleich zu anderen europäischen Staaten wird weniger demonstriert und gestreikt).

¹⁶ Zaměření politiky a hlavní úkoly KSČM v období mezi VII. a VIII. sjezdem strany, in: <http://www.KSČM.cz/article.asp?thema=3784&item=38464>, zugegriffen am 10.1.2009.

¹⁷ Ebenda.

¹⁸ Vgl. beispielsweise Korea musí být sjednocena formou konfederace, in: *Haló noviny*, 18.10.2004; Sloužíme lidu! In: *Haló noviny*, 7.10.2004; Zkušný politik Kim Čong-il, in: *Haló noviny*, 14.2.2005; Výročí úmrtí prezidenta Ki-ma, in: *Haló noviny*, 8.7.2006; KLDŘ slaví příchod republiky pod Kimem, in: *Haló noviny*, 9.9.2006.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise wird von der KSČM als etwas bezeichnet, das völlig logisch aus den Entwicklungstendenzen des Kapitalismus resultiert. In ihrer kurzfristigen Bekämpfung werden eher keynesianische Lösungen bevorzugt, es wird jedoch betont, dass nur der Sozialismus eine langfristige Lösung darstellt. Im Großen und Ganzen wird die Wirtschaftskrise sowohl in der KSČM als auch im öffentlichen Diskurs in Tschechien nicht viel diskutiert (Stand bis Januar 2009). Kontroverse Themen sind stattdessen die Reformen der neoliberalen Regierung, die Bewertung des Vertrages von Lissabon, die EU- Ratspräsidentschaft Tschechiens und außenpolitische Fragen wie der schon erwähnte amerikanische Radar und die Beziehungen zu Russland und Israel.

Europapolitische Vorstellungen der KSČM

Die KSČM stellt sich traditionell als EU-skeptische Partei dar. Die Partei geht immer von der nationalstaatlichen Tradition aus. Im Referendum 2003 über die Mitgliedschaft Tschechiens in der EU lehnte die KSČM als einzige parlamentarische Partei den Beitritt ab. Ihr Nein war aber kein „starkes“, sondern ein „schwaches“ Nein. Das heißt, die KSČM erwähnte auch die Vorteile der Mitgliedschaft. Manche KSČM-Politiker wie Ransdorf, Dolejš und Kohlíček haben sogar betont, dass im Referendum mit Ja abstimmen werden. Ähnlich lehnte die KSČM die Europäische Verfassung und den Lissabonner Vertrag ab, mit der Begründung, das EU-Projekt sei neoliberal gelenkt und die tschechische Gesellschaft würde in solch einer EU die eigene nationale Identität verlieren.

Die KSČM hat auch nicht die volle Mitgliedschaft in der Partei der Europäischen Linken angenommen. Sie war zunächst etwas orientierungslos, wurde als Gründungsmitglied angenommen, begnügte sich dann aber mit dem Beobachterstatus. Die volle Mitgliedschaft bekam aus Tschechien die *Partei des Demokratischen Sozialismus*, eine Gruppierung ohne politischen Einfluss, die auch nicht zur Wahl kandidiert. Die Begründung der KSČM war, dass nicht alle europäischen kommunistische Parteien in die Europäische Linke eingeladen wurden (vor allem die russischen, ukrainischen und moldawischen Kommunisten) und dass die KSČM die Ablehnung des Stalinismus nicht akzeptieren kann. Ein Delegierter sagte dazu aus Anlass des Gründungsparteitags der EL in Rom, dass Stalin uns – die Tschechen – befreit habe.¹⁹ Zudem hieß es zur Ablehnung einer vollen Mitgliedschaft in der EL, die KSČM wolle ihre Identität nicht in einer nichtkommunistische Partei verlieren, sich nicht von den kleineren Parteien ihre Politik diktieren lassen und dass die geplanten Mitgliedsbeiträge zu hoch für die KSČM seien. Der Chef ihrer Außenabteilung, Hassan Charfo, richtete die KSČM dann eher an den Positionen der griechischen Kommunisten aus.

Traditionell gute Kontakte hat die KSČM zu den slowakischen Kommunisten und zur Linken in Deutschland. Dies ergibt sich aufgrund ihrer Nachbarschaft, dem gemeinsamen Schicksal und der Tatsache, dass diese beide Parteien in Ostmitteleuropa die einzigen politisch relevanten Kräfte links der Sozialdemokratie sind. Diese enge Beziehung wurde dennoch in den letzten Jahren geschwächt, weil sich die deutsche Linke nach Meinung der KSČM zu weit in die Mitte verschoben habe. Einige KSČM-Mitglieder beteiligen sich an den europäischen Sozialforen. Für

¹⁹ Vgl. Stanislav Holubec: Vznikla Strana evropské levice, 12.5.2004, in: http://www.sds.cz/docs/prectete/epubl/sho_vsel.htm, zugegriffen am 10. 1. 2009.

die Partei hat diese Initiative aber keine zu große Wichtigkeit. Die KSČM beteiligt sich auch an regelmäßigen Treffen der kommunistischen- und Arbeiterparteien.

Organisationsstruktur und Parteiverständnis

Das höchste Parteiorgan der KSČM ist der Parteitag. Er trifft sich einmal alle vier Jahre und wählt den Parteivorsitzenden und den Vorsitzenden der Entscheidungs- und Revisionskommission. Die KSČM-Delegierten werden auf den Versammlungen der Bezirksorganisationen gewählt. Der Parteitag stimmt über das Parteiprogramm und verschiedene Parteiauftrufe ab (zum Beispiel zum Thema Jugendliche, über verschiedene Mitglieder und Sympathisanten der ČSSD, über kleine und mittlere Unternehmen, über die radikalen Linken Europas, gegen die amerikanische Militärbasis, gegen die Regierungspolitik).²⁰ Obwohl der Parteitag formal die höchste Instanz der Partei ist, wird das dort verhandelte Material vom Parteiapparat vorher vorbereitet und die Delegierten akzeptieren die Anträge gewöhnlich nur. Praktisch die einzige Konkurrenzabstimmung ist die Wahl des Parteivorsitzenden. Die zweite wichtige Funktion des Parteitages ist, dass sich dort die Delegierten über die Politik der Partei frei äußern können, was sie zwar auch tun, was aber in der Praxis keinen realen Effekt hat.

Das höchste Parteiorgan in der Zeit zwischen den Parteitagungen ist das Zentralkomitee mit ungefähr 90 Mitgliedern. Dieses Organ trifft sich viermal pro Jahr. Im ZK sitzen die Vertreter der Bezirkskomitees. Die Mitglieder des ZK werden von den Bezirkskomitees gewählt. Das Zentralkomitee wählt in der ersten Sitzung die Vizevorsitzenden der Partei. Öfter als das ZK trifft sich das „Ausführendenkomitee“, das aus 23 vom ZK gewählten Mitgliedern besteht. In der KSČM existieren keine weiteren Plattformen – sie sind seit 1993 verboten, weil ihre Existenz viele innere Konflikte verursachte. Es sind keine Minderheitsvoten bei strategisch-programmatischen Fragen zugelassen. Der Parteistatus kennt zwar das Referendum innerhalb der Partei, das letzte fand allerdings im Jahre 1991 um den Namen der Partei statt.

Die größte Macht in der KSČM haben die mittleren Funktionäre, die das ZK gestalten. Diese stellen auch überwiegend die Kommunal- und Landespolitiker der Partei dar. Auch die höchsten Parteifunktionäre müssen sich dem ZK unterordnen. Im Ernstfall kann das ZK auch die Parteispitzen abwählen. Die Parteifunktionäre sind überwiegend älter als 60 Jahre. In der Partei existiert auch keine Nachwuchsgeneration. KSČM-Politiker, die jünger als 40 sind, sind eher die Ausnahme. Manche Funktionäre, vor allem die gut bezahlten im Europäischen oder tschechischen Parlament, versuchen, die eigene Position an ihren Kinder weiterzugeben.

Als die zwei wichtigsten Strömungen in der Partei gelten die Nostalgiker – auch bekannt als Stalinisten (repräsentiert durch Marta Semelová, Stanislav Grospič, Václav Exner) – und die Pragmatiker (Parteivorsitzender Vojtěch Filip, Petr Braný). Die dritte, demokratisch-sozialistische Richtung ist eher gespalten und individualisiert (Jiří Dolejš, Vlastimil Balín, Miloslav Ransdorf). Die Stalinisten wollen in erster Linie die Vergangenheit verteidigen und lehnen den heutigen Kapitalismus zutiefst ab. Die Pragmatiker wollen vor allem eigene Wirtschafts- und Machtinteressen und die Interessen der mit der Partei verbundenen Unternehmer durchsetzen. Das kann man aber gut mit den radikalen Parolen für die Mitgliederbasis kombinieren. Die demokratischen Sozialisten versuchen eine neue Politik für die Linke des 21. Jahrhundert schaffen.

²⁰ Vgl. VII. sjezd KSČM, in: <http://www.kscm.cz/article.asp?thema=3784&category=>, zugegriffen am 10.1.2009.

Der innerparteilichen Diskussion dient unter anderen die Parteizeitung *Haló noviny*. Dieses Blatt gehört aber eher zum nostalgischen Flügel der KSČM. Linksemanzipatorische, demokratisch-sozialistische und gegenüber dem Staatsozialismus kritische Meinungen werden dort nicht oft publiziert. *Haló Noviny* publiziert auch keine Kritik an der Politik der KSČM und ihrer Funktionäre. Ab und zu werden dort sogar nationalistische, stalinistische, autoritäre und homophobe Artikel publiziert (Artikel von Jan Minář, Pavel Sirůček, Václav Jurn, Jaroslav Doubrava). Viele Artikel beinhalten auch sexistische Vorurteile.²¹

KSČM definiert sich im Gegensatz zu ihrer Vergangenheit nicht als eine Arbeiterpartei. Gemessen an ihren Wählern ist die KSČM überwiegend eine Rentnerpartei. Diese Menschen waren in ihrem werktätigen Leben nicht allesamt Arbeiter, sondern hatten verschiedene Berufe. Die KSČM versucht aus diesem Grund im Namen aller Bürger, oder spezifisch der „Angestellten“, zu reden. Es existieren darüber hinaus kaum Versuche, die Aktivisten sozialer und kultureller Bewegungen, etwa von ökologischen, feministischen, homosexuellen oder antirassistischen Gruppen zu gewinnen. In diesem Milieu wird die KSČM immer als die ehemalige Staatspartei betrachtet, die diese Gruppen diskriminierte. Die KSČM selbst möchte auch nicht die Masse ihren eigenen Wählern aufgrund der Unterstützung dieser eher kleinen und extravaganten Gruppen verlieren. Es ist dabei zu betonen, dass die sozialen Bewegungen keine so große Rolle in der tschechischen Gesellschaft wie in Westeuropa spielen. Die Zivilgesellschaft hat sich seit 1989 durchaus noch nicht formiert.

Die Partei fühlt sich selbst als eine „belagerte Festung“. Ihre Mitglieder und Aktivisten haben so viel Hass und Diskriminierung erlebt, dass sie sich spontan argwöhnisch gegenüber Journalisten, Jugendlichen, oder einfach anders aussehenden Menschen verhalten. Die KSČM ist nicht offensiv. Die kommunistischen Politiker müssen vor allem die eigene Partei gegen die Vorwürfe ihre eigene Vergangenheit verteidigen. Die Mitgliederbasis will hören, „wie gut alles vor der Wende war“. Die heutige Realität wird in dieser Umgebung mit Pessimismus und Hoffnungslosigkeit betrachtet. Mit solcher Rhetorik ist es aber nur möglich, die Verlierer der gesellschaftlichen Transformation anzusprechen, aber dieses „Protestpotential“ macht maximal 10 Prozent der Wählerstimmen aus und hat sich bis jetzt langsam, aber stetig verringert. Andere gesellschaftliche Gruppen sind mit dieser Rhetorik nicht erreichbar. Es sieht so aus, dass die KSČM-Führung diese Strategie der begrenzten, aber sicheren Position in der Gesellschaft Mitte der neunziger Jahre wählte, weil andere Möglichkeiten zu riskant waren. Eine radikale Überwindung dieser Politik ist eine Überlebensfrage der heutigen KSČM.

²¹ Vgl. beispielsweise Václav Jurn: V politice není hlava zbytečná, 19. 3. 2005, in: *Haló noviny*, S. 4.

Die radikale Linke in Italien zwischen nationaler Niederlage und europäischer Hoffnung

Mimmo Porcaro

Im Winter 2009 ist es schwierig, über die Basis, die Organisation und die Kultur der radikalen Linken in Italien zu sprechen, weil das Ergebnis der nationalen Wahlen im Frühjahr 2008 zu einem regelrechten Erdbeben geführt hat. Dieses Ereignis hat zu einem Veränderungsprozess der bisherigen parteipolitischen Links-Allianzen geführt und einen Prozess der Neubildung von linken Parteien in Gang gesetzt. Diese Prozesse der Neuformierung vollziehen sich auch noch zum gegenwärtigen Zeitpunkt – ihre Ergebnisse sind offen.

Die Wahlen 2008 hatten Berlusconi und dem Mitte-Rechts-Bündnis eine noch nie erreichte Mehrheit beschert, während die Parteien der Einheitsliste des Linken Regenbogens (*Sinistra Arcobaleno*) mit 3,1 Prozent der Stimmen nicht den erforderlichen Mindestanteil von vier Prozent erreichten und somit im nationalen Parlament nicht mehr vertreten sind. Das Regenbogenbündnis vereinte die Partei der kommunistischen Neugründung (*Partito della Rifondazione Comunista*), die kommunistische Partei (*Partito dei Comunisti Italiani*), die Grünen (*Partito dei Verdi*) sowie die Demokratische Linke (*Sinistra Democratica*). Bei den Wahlen im Jahr 2006, die zum Sieg des Mittel-Links-Bündnisses unter Romano Prodi geführt hatten, waren die linken Parteien getrennt angetreten und hatten zusammen noch 10,2 Prozent der Stimmen auf sich vereint.

Zum ersten Mal in der Geschichte der Republik Italiens befindet sich damit keine Partei im Parlament, die sich ausdrücklich auf den Sozialismus oder Kommunismus beruft. Wie konnte dies geschehen, was sind hierfür die Ursachen?

Der erste Grund für diese Situation liegt ohne Zweifel in der Beteiligung der radikalen Linken an der Regierung Prodi, die von der Mehrheit der Italiener als Scheitern gesehen wurde. In einem Land, das sich aufgrund seines gesellschaftlichen Gefüges tendenziell zur Mitte und nach rechts orientiert (mit vielen Klein- bis Kleinst-Unternehmen), mit einer Fernsehkultur, die ein sehr niedriges Niveau hat, einem politischen System, in dem zwei Pole die herrschenden Klassen vertreten – ohne Repräsentanz der von Diskriminierung, Ausbeutung und Ausschluss bedrohten Gesellschaftsgruppen, in diesem Land hat es die Regierung Prodi nicht geschafft, den sozialen Herausforderungen adäquat zu begegnen, noch schaffte sie es, der extrem harten Medienkampagne, die sie der Abhängigkeit von der radikalen Linken bezichtigte, etwas entgegenzusetzen.

Die Schwierigkeiten der radikalen Linken in der Regierungsbeteiligung lassen sich vielleicht am besten anhand zweier Beispiele erläutern: Obwohl die Linke auf der Notwendigkeit einer sofortigen Umverteilung zugunsten der unteren Gesellschaftsschichten bestand, beschloss die Regierung zunächst die Sanierung der Finanzen, um danach Schritte der Umverteilung einzuleiten. Damit wurde ein Paradoxon der italienischen Politik bestätigt: Wenn die Rechten an der Regierung sind, werden die von Maastricht vorgegebenen Kriterien überschritten, wenn aber eine Mitte-Links-Regierung an die Regierung kommt, wird vorrangig danach gestrebt, die Bilanzen zu sanieren.

Im Sommer 2007 hat sich die Regierung Prodi eine Reform der Renten vorgenommen. Obwohl die vorherigen enormen Einschnitte durch die Mitte-Rechts-Regierung zurückgenommen wurden, wurde die Rentensicherung insgesamt verringert. Die radikale Linke versuchte sich dagegen zu wehren, indem sie sich eng an die Gewerkschaften anlehnte bzw. die gewerkschaftlichen Forderungen überbot. Letztendlich aber haben die Gewerkschaften dann die Regierungsvorschläge angenommen und ein anschließendes Referendum unter Arbeitern erbrachte eine breite Mehrheit für diesen Kompromiss. Dies war eine schmerzhaft Niederlage für die radikale Linke, die sich auf die Unterstützung der Arbeiter und der Gewerkschaften verlassen hatte. Trotz allem schickte sich die Mitte-Links-Regierung an, eine wenn auch etwas zaghafte Politik der Umverteilung von Oben nach Unten zu betreiben – gestützt auf die beachtlichen Erfolge, die bei der Bekämpfung der Steuerflucht erzielt worden waren. Eine solche Politik der Umverteilung hätte schließlich die radikale Linke und ihre Regierungsbeteiligung in einem neuen Licht erscheinen lassen können, Prodi aber ist gescheitert, bevor er seine neue Politik wirksam werden konnte.

Um dies aus der Entwicklung heraus bewerten zu können, lohnt ein Blick zurück in das Jahr 2006. In diesem Jahr hatte das „linke“ Lager sehr knapp über das rechte Parteienbündnis Berlusconi gesiegt. Der Vorsprung des Mitte-Links-Bündnisses betrug lediglich 0,7 Prozent, das heißt 25.224 Stimmen. 159 Senatoren des Linksbündnisses standen 156 Senatoren des Rechtsbündnisses gegenüber. Das heißt, die Rechtsregierung Berlusconi konnte nicht deutlich geschlagen werden.

Zum damaligen Mitte-Links-Bündnis gehörten die eher sozialdemokratisch ausgerichtete *Democratici di sinistra* (DS), die linksliberale Partei der Mitte *Margherita* und die *Rifondazione Comunista*. Die Ansprüche der drei Parteien waren äußerst heterogen. Einigkeit bestand nur in dem gemeinsamen Ziel der Abwahl Berlusconi. Ihr gemeinsames Projekt war das fortschrittliche Mitte-Links-Bündnis anstelle Berlusconi eines Repräsentanten des Casino-Kapitalismus.

Eine Alternative zum Berlusconi-Projekt brauchte jedoch zum einen ein starkes Bündnis mit den Gewerkschaften und zum anderen die Verständigung der Parteien im Bündnis auf gemeinsame wesentliche Positionen alternativer Politik, um so aus dem Wahlbündnis eine plurale politische Einheit zu formieren. Das aber war nicht möglich. Die beiden moderaten Regierungsparteien DS und *Margherita* verfolgten einen gemäßigt liberalen Kurs, orientiert an der europäischen Sozialdemokratie und an den *Democrats* Bill Clintons. Auf der anderen Seite standen die *Rifondazione*, *Comunisti Italiani*, Teile der Grünen Minderheit und der linke Flügel der DS. Diese waren zwar untereinander immer wieder zerstritten, versuchten jedoch eine einheitliche programmatische Plattform zu bilden. Den Kern dieser Plattform sollte der Bezug auf Artikel 1 der italienischen Verfassung bilden. Danach ist Italien eine „auf Arbeit gegründete Republik“. Man erhoffte sich mit diesem Ansatz auch die Unterstützung vonseiten der Gewerkschaften, ei-

ne starke Begleitung durch soziale Bewegungen und eine kraftvolle Zivilgesellschaft. Diese Hoffnung erfüllte sich nicht. *Rifondazione Comunista* versteht sich zwar als Teil sozialer Bewegungen, die Regierungsmehrheit blieb jedoch sozialen Bewegungen gegenüber verschlossen, sodass die Idee eines zu den sozialen Bewegungen hin geöffneten parlamentarischen Systems nicht durchsetzbar wurde und sich das Verhältnis zwischen den linken Parteien und sozialen Bewegungen vor dem Hintergrund linker Regierungsbeteiligung zunehmend komplizierter und spannungsvoller gestaltete. Zugleich brachen auch innerhalb der Bewegungen Differenzen auf – verschiedene Kämpfe wurden an verschiedenen Fronten in den Kommunen, oder gegen Militäreinsätze, etc. nicht zu einem Teil eines breiten Bündnisses zusammengebracht. Die Kämpfe blieben vereinzelt ohne dass daraus ein politisches und kulturelles Programm wurde.

Es war also unter den realen gegebenen Kräfteverhältnissen nur eine Verständigung auf ein Minimalprogramm möglich, bei dem viele Forderungen der *Rifondazione Comunista* innerhalb des Regierungsbündnisses nicht durchsetzungsfähig waren. Man einigte sich lediglich auf ein Minimalprogramm politischer Regulierung; konkret durchgesetzt werden sollten ein funktionierender öffentlicher Sektor, eine verbesserte soziale Infrastruktur und Maßnahmen auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik. Aber gerade hierzu gab es die größten Differenzen innerhalb der Mitte-Links-Regierung; die Wirtschaftspolitik Prodis verblieb im neoliberalen Rahmen. Das Mitte-Links-Programm selbst umfasste mehr als 200 Seiten, darin aber zu wenig Konkretes. Es fand sich kein Bezug zu den zivilgesellschaftlichen Protesten von 2001 bis 2006, keine Ausrichtung auf einen Politikwechsel und selbst der Abzug der Truppen aus dem Irak wurde nur in Abstimmung mit der Regierung in Aussicht gestellt. Eigene Gesetzesvorhaben zu den Themen Einwanderung und Arbeitsmarkt und zur Begrenzung der Medienmacht Berlusconis wurden vertagt. Nicht durchsetzbar waren Maßnahmen zur Besteuerung von Profiten der Unternehmen im Kampf gegen die Armut und Maßnahmen, die sich ihrem Inhalt nach gegen die Umklammerung der italienischen Gesellschaft durch die katholische Kirche richteten, wie z.B. das Gesetz zu nichtehelichen Lebensgemeinschaften. So wurden zwar viele Hoffnungen an die Mitte-Links-Regierungsbildung geknüpft, vor allem jene, die Wirtschafts- und Sozialpolitik Berlusconis zu beenden. Aber diese Hoffnungen konnten nicht eingelöst werden.

Der zweite Grund für das schlechte Wahlergebnis der radikalen Linken ist im Zusammenhang mit der Entstehung der neuen Demokratischen Partei (*Partito Democratico*) zu sehen. Diese neue Partei wurde aus einer Vereinigung der Linksdemokraten und der *Margherita* (teils Erbin der alten Christdemokraten) gebildet. Walter Veltroni, der Sekretär der neuen Partei, weigerte sich, das Anti-Berlusconi-Bündnis erneut aufzulegen. Er war der Überzeugung, Berlusconi besser im Alleingang und ohne ein Bündnis mit der radikalen Linken und den kleinen Zentrumsparteien bekämpfen zu können, und stellte seinen Wahlkampf unter das Motto: „eine nützliche Stimme gegen Berlusconi“. Diese Strategie der *Partito Democratico* hatte sich bereits zum Ende der Mitte-Links-Regierung abgezeichnet und letztlich zu ihrem frühen Ende beigetragen, indem Veltroni sofort begann das Bündnis politisch zu dominieren, so dass sich die kleinen Zentrumsparteien von einem zukünftigen Mitte-Links-Bündnis ausgeschlossen fühlten und mit dieser Erfahrung das bestehende Regierungsbündnis als beendet betrachteten. Außerdem hat Veltroni mit seinem Vorpreschen Berlusconi neu legitimiert, indem er das bipolare politische System in ein Zweiparteien-System verwandeln wollte. Damit wurde zugleich die Vereinigung der Partei Berlusconis (*Forza Italia*) mit der Partei der Nationalen Einheit (*Alleanza Nazionale* – der postfaschistischen Partei) motiviert; sie formierte sich zur neuen Partei *Volk der Freiheit*

(*Popolo della Libertà*). Schließlich wurden durch die Parolen im Wahlkampf („Wählt die Demokratische Partei, denn sie ist die einzige, die Berlusconi besiegen kann!“) der radikalen Linken Stimmen entzogen, ohne dass damit Gewinne in der Mitte erzielt worden wären. Das Ergebnis war, dass alle Mitte-Links-Kräfte verloren haben. Inzwischen ist Veltroni aufgrund der Wahlniederlage der PD bei der Regionalwahl auf Sardinien im Februar 2009 zurückgetreten.

Der dritte Grund für die Wahlniederlage ist sicher auch in der Wahlkoalition des linken Regenbogens (*Sinistra Arcobaleno*) selbst zu suchen. Das ursprüngliche Projekt einer Öffnung der Wahllisten für die sozialen Bürgerbewegungen und der vorgesehene mittelfristige Vereinigungsprozess der am Bündnis beteiligten Parteien wurden einerseits durch die Beteiligung an der Prodi-Regierung, andererseits durch das abrupte Ende dieser Regierung und die vorgezogenen Wahlen zu einer *top-down*-Maßnahme einer Wahl-Koalition, ohne Beratung mit der Basis in den verschiedenen Gruppen und Parteien. Es war ein Wahlbündnis ohne klar erkennbares Profil, eine in letzter Eile durch die Umstände erzwungene Allianz – ausschließlich für die Wahlen gedacht. Folglich war das Ziel der Regenbogenlinke die parlamentarische Präsenz der Linken. Dieses Ziel war erkennbar, darüber hinaus blieb es unklar in seinen Inhalten, „alt“ in den Modalitäten und den verwendeten Symbolen, bis hin zum Streit um die Beibehaltung der Symbole Hammer und Sichel und ebenso überholt bei den Verfahren politischer Entscheidungen bis hin zu den Modalitäten der Zusammensetzung der Listen. Vor diesem Hintergrund gelang es der *Partido Democratico*, dem *Sinistra Arcobaleno* Stimmen zu entziehen.

Das Zusammenwirken all dieser Faktoren bedeutete, dass die radikale Linke Wähler aus quasi allen Richtungen verlor: von ehemals 100 Wählern haben nur noch 22 den linken Regenbogen gewählt, 30 wählten die *Demokratische Partei*, 4 wählten die Partei „Italien der Werte“ (die stark anwächst und Berlusconi von moralischen Gesichtspunkten her infrage stellt), 6 wählten die föderalistische und rassistische Partei *Lega Nord*, 18 wählten andere kleine Parteien und 20 gingen gar nicht zur Wahl. Wenn man auf diese Art verliert, wird deutlich, dass die Niederlage nicht nur mit den Fehlern Einzelner oder kollektiver Entscheidungen erklärt werden kann, sondern dass hier die Frage nach der strukturellen Beziehung der radikalen Linken zu sich selbst und zu dem Land, in dem sie wirkt, aufgeworfen ist: also ihre historische und soziale Funktion und ihre Fähigkeit, dieser Funktion gerecht zu werden.

Es scheint so, dass die Wahlen des Jahres 2008 den Abstand zwischen der radikalen Linken zum eigenen Land tiefgreifend offen gelegt haben. Auch wenn es möglicherweise gelingt, einen Teil der verlorenen Stimmen wiederzugewinnen, so ist doch sicher, dass der radikalen Linken momentan die grundsätzliche Dynamik der sozialen Schichten in Italien verloren geht – obwohl die radikale Linke eine wichtige Kompetenz in der Analyse und den Auswirkungen des Neoliberalismus bewiesen hat. Der bezeichnende Ausdruck dieser Situation ist vor allem die Tatsache, dass nur ein geringer Teil der traditionellen Arbeiterschaft für die radikale Linke stimmt, obwohl harte Arbeitskämpfe, der Schutz der Renten und die Überwindung der prekären Arbeit wesentliche programmatische Punkte der radikalen Linken sind. Noch bescheidener aber ist die Zustimmung seitens der „neuen“ prekären Arbeiterschaft und der Ich-AGs. Das Paradoxon der Kämpfe um die Sicherung der Renten, bei denen die radikale Linke von der Arbeitnehmerschaft Missbilligung erfuhr – obwohl sie diese doch vertreten wollte, und das Paradoxon der prekären Arbeitnehmerschaft, die die radikale Linke mitnichten für ihr Eintreten für gesicherte und gute Arbeit belohnt hat, beweisen, dass das, was auf dem Spiel steht, sich nicht nur auf die Frage lin-

ker Regierungsbeteiligung, auf ihre größere oder geringere Fähigkeit Regierungspolitik zu beeinflussen, reduzieren lässt.

Es geht um die kulturelle Beziehung der Linken zur Arbeitnehmerschaft. Einerseits wird der Linken ein zu starkes Engagement für die Bürgerrechte von Migranten und zu wenig Engagement für die Kämpfe der Arbeiter schlechthin angekreidet, andererseits erscheint die radikale Linke den individualisierten Arbeitern in den Ich-AGs und Informationsnetzwerken kulturell, politisch und organisatorisch zu „klassisch“ geprägt. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass vermutlich auch eine verbesserte Handlungsweise der Mitte-Links-Regierung für die radikale Linke nicht gereicht hätte, die sich ausdifferenzierende soziale Basis der Linken zu festigen. Mit der Wahlniederlage des Jahres 2008 wird die Schwere des Problems sichtbar, das es zu bewältigen gilt.

Die Niederlage hat in der ersten Reaktion keinen breit angelegten Reflexionsprozess und keine Kurskorrektur bewirkt, sondern eine harte Auseinandersetzung zwischen und innerhalb der linken Parteien. In der PRC (*Partito Rifondazione Comunista*) konzentrierte sich diese Auseinandersetzung auf drei unterschiedliche Positionen: diejenigen, die die Hypothese des Linken Regenbogens für gescheitert erklärten, diejenigen, die sich dafür entschieden, die PRC eigenständig im Rahmen ihrer gesellschaftlichen Verwurzelung wieder zu entwickeln, und diejenigen, die die gesamte Radikale Linke angesichts der heutigen Aufgabenstellungen für untauglich halten und deshalb mehr oder weniger für eine Auflösung der PRC plädieren. Jene, die eine Auflösung einer radikalen parteipolitischen Linken aussprechen, verbinden dies mit der Idee der Neugründung einer linken Partei „ohne Adjektive“, die ihre vorrangige Bindung an den Kommunismus als Erkennungsmerkmal überwinden soll. Hinter diesen verschiedenen und zum Teil gegensätzlichen Positionen steht auch, wenn auch nicht explizit ausgesprochen, die Frage nach dem Verhältnis zur *Partito Democratico* (PD): Soll man das Bündnis mit dieser Partei „immer – ohne wenn und aber“ als natürlich gegeben betrachten, oder aber soll man ein solches Bündnis von Fall zu Fall diskutieren – auch im Widerstreit mit der PD.

Auf dem Kongress der PRC im Sommer 2008 in Chianciano fand sich eine knappe Mehrheit für eine Strategie, die bisherige Ausrichtung der PRC, maßgeblich orientiert an den Interessen der klassischen und neuen Arbeitnehmerschaft, vor allem der Prekarisierten, fortzusetzen. Personell wurde diese Ausrichtung mit der Wahl Paolo Ferreros zum neuen Nationalsekretär der PRC bestärkt. Gewählt wurde er mit Unterstützung der „traditionellsten“ Strömung der PRC um Claudio Grassi.

Die auf diesem Parteitag unterlegene Minderheit, angeführt vom Regionalpräsidenten Apuliens, Nichi Vendola, und unterstützt durch Fausto Bertinotti und Franco Giordano, steht für einen anderen strategischen Ansatz: für den Aufbau einer breiten politischen Linken – einer Volklinken Italiens. Sie wollten sich auch deshalb nicht an dem von der Mehrheit eingebrachten Vorschlag einer gemeinsamen Führung der Partei beteiligen. Nach monatelangen Spannungen und Konflikten verließ ein Teil der Minderheit (Vendola, Giordano, Migliore, Mascia und andere) die Partei und rief eine Neugründung zunächst unter dem Namen *Rifondazione per la Sinistra* ins Leben, die sich später umbenannte in *Movimento per la Sinistra* umbenannte. Fausto Bertinotti steht dieser Entwicklung noch unentschieden gegenüber und nimmt eine abwartende Haltung ein. Die Partei der italienischen Kommunisten strebt eine Wiedervereinigung mit der PRC an, während die Grünen und die Demokratische Linke eine Annäherung an die PD versuchen.

Das Erscheinungsbild wird noch komplizierter durch die Tatsache, dass Walter Veltroni, in der Absicht, die radikale Linke weiter zu schwächen und nur moderate Tendenzen zu fördern, zusammen mit Berlusconi die Wahlhürde für das Europäische Parlament auf 4 Prozent festgelegt hat. Die Konsequenz dieser Entscheidung könnte die Bildung von zwei unterschiedlichen Zusammenschlüssen sein: Auf der einen Seite die Grünen, die Demokratische Linke und die Neubildung um Nichi Vendola, auf der anderen Seite die PRC mit offenen Listenplätzen für die Partei der italienischen Kommunisten und auch – was jedoch schwieriger sein wird – für die Kritische Linke und die Partei der Arbeitnehmer. Ob es zu einer solchen Entwicklung kommt, ist offen. Was jedoch als sicher gelten kann, ist die entschiedene Parteinahme der Linken bezüglich der sozialen Konflikte und die Kritik an einer europäischen Politik des Sozial- und Demokratieabbaus. Gerade auch vor dem Hintergrund der Krisen ist die Analyse der Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise und ihrer sozialen und politischen Auswirkungen eine der zentralen Aufgaben der Linken auch in Italien. Stärker als bisher müssen die Linken für den Aufbau eines wahrhaft politischen, sozialen, demokratischen und friedensfähigen Europas kämpfen und hierzu ihre konkreten Vorschläge weiterentwickeln.

Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Krise, die auch Italien in bisher unbekannter Weise treffen wird, der Antworten der Regierung und der bisher inhaltsleeren Politik der PD sind tiefgehende Enttäuschungen und die Rückbesinnung auf die eigenen und angestammten Werte möglich. Ein bedeutender Teil der „historischen“ Wählerschaft der radikalen Linken und vor allem der PRC könnte unter diesen Voraussetzungen die 4-Prozent-Hürde nehmen und so aus der Niederlage herausfinden. Ein solcher Ausgang der Europa-Wahl könnte dadurch begünstigt werden, dass bei den Europawahlen das Gewicht der „nützlichen“ Stimmabgabe nicht gilt und deshalb die Wähler sich freier fühlen, ihre *erstbeste* Wahl zu treffen. Ein gemeinsames Programm der Europäischen Linken zur Lösung der Wirtschaftskrise und ein gemeinsames europäisches Linksbündnis, sichtbar erstmals mit der gemeinsamen Wahlplattform der Europäischen Linkspartei (EL), können auch zu einem positiven Ergebnis in Italien beitragen.

Ein positives Ergebnis bei den Europa-Wahlen könnte auch der Anfang eines Neubeginns sein und die Fähigkeit befördern, sich der zentralen Widersprüche des Kapitalismus anzunehmen – allerdings nur, wenn dies begleitet wird von einem Prozess der kulturellen und organisatorischen Neubestimmung, der wesentlich überzeugender und tiefer gehend ausgestaltet sein muss, als dies bisher der Fall war. Die Parteien der radikalen Linken, insbesondere die *Rifondazione Comunista* waren mit der Herausbildung der globalisierungskritischen Bewegungen zu politischen Bündnissen in der Lage gewesen, die auch die Europäische Linke maßgeblich geprägt hat. Sie hat maßgeblich zu einer Analyse der gesellschaftlichen Transformationen beigetragen und es ebenso verstanden, auch die Transformationsprozesse der Arbeit als zentrale Herausforderung der Linken zu definieren. Sie hat trotz aller Differenzen auch heute die Potentiale, erneut daran anzuknüpfen, und sie kann sich dabei auf eine Zivilgesellschaft stützen, für die Straßenkämpfe und Generalstreiks nicht nur theoretische Optionen sind. Hunderttausende Italienerinnen und Italiener demonstrierten am 11. Oktober 2008 in Rom gegen die Regierung von Silvio Berlusconi unter dem Motto: „Ein anderes Italien ist möglich“, darunter auch die Vertreter der verschiedenen linken Parteien. Sie protestierten gegen die unsoziale Familienpolitik und verfehlte Finanzpolitik, gegen die Kürzungen im Schul- und Hochschulbereich und ebenso gegen die Einrichtung von Sonderklassen für nichtitalienische Schüler. Der Wind dreht sich und die Linke ist auf dem Weg, sich neu zu organisieren.

Chi confessa il proprio errore, è sulla via della verità – „Wer den eigenen Fehler eingesteht, ist auf dem Weg zur Wahrheit“ besagt ein italienisches Sprichwort, das sicher nicht nur für die Linken in Italien wichtig ist.

Der Bloco de Esquerda und die Neugründung der Linken in Portugal

José Soeiro

Die portugiesische Gesellschaft als komplexe Gesellschaft

Die portugiesische Gesellschaft ist eine komplexe Gesellschaft, die im Kontext Europas ihre Besonderheiten aufweist. In Wirklichkeit koexistieren in Portugal präkapitalistische Prinzipien mit einem stark ausgeprägten post-fordistischen Segment in der Welt der Produktion sowie den weit verbreiteten Denkweisen der Konsumgesellschaft. Es gibt eine Koexistenz von alten Ungleichheiten und einer asymmetrischen Verteilung neuer Ressourcen. Es existieren gleichzeitig alte und neue soziale Fragen. Und die Widersprüche unserer Gesellschaft spitzen sich durch die in den letzten Jahrzehnten, seit der Aprilrevolution von 1974 statt gefundenen beeindruckenden Umwälzungen zu. Portugal erlebt einen *problematischen Übergang*, welchem sich die Prozesse der Strukturierung der Ungleichheiten ausweiten und verstärken. (Estanque, 2005)

Wenn wir dem Analysevorschlagn von João Teixeira Lopes folgen, können wir in groben Zügen einige der Merkmale für Stetigkeit und Veränderung in der portugiesischen Gesellschaft auführen: die Festigung eines modernen demographischen Systems mit bestimmten Ungleichheiten zwischen dem familienorientierten und katholischen Norden und dem weltlicheren und weniger traditionalistischen Süden; die Orientierung auf die Küste, die Konzentration in den Ballungsgebieten der Großstädte, die trotz allem durch die Existenz und die Selbstbehauptung einiger mittelgroßer Städte kompensiert wird: ein sehr starkes Wachstum – besonders weil dieses im Vergleich mit anderen europäischen Ländern sehr beschleunigt erfolgt – des Ausbildungsniveaus, insbesondere der jungen Leute, welches auch für die signifikante Zunahme der “neuen städtischen Mittelschichten” verantwortlich ist; ein weiterhin hohes Maß an frühzeitigen Schulabgängen, Analphabetismus und mangelnder Bildung; eine starke Feminisierung der berufstätigen und studentischen Bevölkerung; der direkte Übergang von einem ländlich und landwirtschaftlich orientierten Land zu einem Land des Dienstleistungsgewerbes, ohne dass dabei je ein sekundär-industrieller Sektor der vorherrschende gewesen wäre (wahrscheinlich der einzige Fall in der Europäischen Union); eine beschleunigte und semi-periphere Integration in der Wirtschaftswelt, die durch den intensiven Einsatz billiger Arbeitskräfte, durch die “humane Entkaptalisierung” und durch das Vorhandensein eines sehr großen Kontingents nichtqualifizierter und schlecht bezahlter Arbeiter in der Industrie und im Dienstleistungssektor gekennzeichnet ist; Explosion des Konsum-Niveaus, insbesondere bei den so genannten städtischen Mittelschichten; Inversion der Migrations-Ströme (Portugal, das ja historisch ein Auswandererland war, wird zum Beginn dieses Jahrhunderts zu einem Einwandererland, das heißt zu einem Zielgebiet für

Arbeiter aus Osteuropa, China, Brasilien und afrikanischen, insbesondere portugiesischsprachigen afrikanischen Ländern); Einschränkung des Wohlfahrts-Staates und Fortbestehen von Modellen des Klientelismus, Assistentialismus und Paternalismus im Verhältnis zum Staat und in den Klassenkonflikten. (Lopes, 2003)

Diese Tendenzen manifestieren sich auf besondere Weise in der Arbeitswelt Portugals. Unter den lohnabhängig Beschäftigten gibt es neue interne Teilungslinien sowie eine Erhöhung der Mobilitäts-Indikatoren durch Outsourcing und verstärkte interne Differenzierung in den mittleren Schichten der lohnabhängig Beschäftigten, wobei zu den alten Ungleichheiten neue Gefälle post-fordistischen und post-industriellen Typs sowie Phänomene einer Proletarisierung, insbesondere im Dienstleistungsbereich, hinzukommen. (Estanque, 2005) Das portugiesische Wirtschaftsmodell basierte immer auf niedrigen Gehältern und gering qualifizierter Arbeit, wobei die niedrigen Kosten für Arbeitskräfte als der große Standortvorteil unseres Landes ausgewiesen wurde, ein Merkmal, das durch die internationale Konkurrenz und durch Standortwechsel von Unternehmen in Länder mit noch billigeren, aber eventuell besser qualifizierten Arbeitskräften beeinträchtigt wird. Zum anderen ist der Wohlfahrtsstaat schwach ausgeprägt und die soziale Situation in Portugal nur deshalb nicht schlimmer, weil es eine soziale Abfederung durch die so genannte "Wohlfahrts-Gesellschaft" in Form von weiten Familiennetzwerken und über z. B. durch die Kirche aufgebaute Betreuungssysteme gibt.

Des weiteren erleben wir in Portugal einen klaren Prozess der Prekarisierung der Arbeit, der besonders Jugendliche und Frauen betrifft, und der zu den chronischen Problemen der sowie so niedrigen Gehälter (in Portugal manifestiert sich mit 20 Prozent armen Arbeitern die Realität der "Armut trotz Arbeit" besonders stark), der Verarmung (ein Fünftel der Portugiesen lebt unterhalb der Armutsgrenze), des schwachen sozialen Schutzes (da wir einen Wohlfahrts-Staat haben, der schon abgebaut wurde, bevor er überhaupt gefestigt war, da er seine ersten Schritte erst in den 70er Jahren und nicht – wie in den meisten europäischen Ländern – in der Nachkriegszeit machte) und der Arbeitslosigkeit (ca. 8,5 Prozent nach offiziellen Statistiken, wobei viele weitere statistisch nicht sichtbare Arbeitslose verdeckt bleiben) hinzukommt.

Gleichzeitig haben die tief greifenden Umwälzungen auch neue Klassensegmente und eine zunehmend gut ausgebildete Jugend hervorgebracht, deren Bestrebungen durch Vorbilder und einen Lebensstil geprägt werden, welche für das Modell der Konsum-Gesellschaften typisch sind. Die tiefe Kluft zwischen Erwartungen und realen Möglichkeiten kann so zu einem Generator von Phänomenen wie Ressentiment und Revolte werden. In diesem von einer konservativen Modernisierung gekennzeichneten Land, in dem erst vor sehr kurzer Zeit die modernen Formen der Arbeits-Regulierung und des Arbeits-Schutzes eingeführt wurden, das bereits jetzt schon von der in dieser Phase der kapitalistischen Entwicklung dominierenden neoliberalen Politik geprägt ist und das die gleichen Entwicklungstendenzen durchmacht, die ganz Europa gemein sind, andererseits aber die Besonderheiten einer semi-peripheren Gesellschaft aufweist, können die Bedingungen für eine transformatorische politische Aktion der Linken zum Einklang kommen.

Die Herausbildung des Linksblocks (Bloco de Esquerda)

Der Herausbildungsprozess des *Bloco de Esquerda* im Jahre 1999 vereinte in ein und derselben Organisation verschiedene Traditionen des politischen Kampfes der Linken in Portugal. Seit den 70er Jahren stand die portugiesische Linke in der post-revolutionären Zeit unter Vorherrschaft der Sozialistischen (sozial-demokratischen) Partei und – auf der linken Seite – der Kommunisti-

schen Partei. Eine große Spannbreite an links-extremen Organisationen, welche in der revolutionären Zeit unterschiedlichen Einfluss gehabt hatten, durchliefen in den 90er Jahren eine tiefe soziale und politische Krise und wurden auf marginalen Protest bzw. einige hundert aktive Mitglieder reduziert.

1999 beschlossen die Revolutionäre Sozialistische Partei PSR (portugiesische Sektion der IV. Internationale, SU), die demokratische Volkspartei UDP (eine revolutionär-marxistische Partei, die historisch mit dem Maoismus und dem albanischen Bezug verbunden war – und die *Política XXI* (die sich im Wesentlichen aus den Ende der 80er und 90er Jahre ausgetretenen Mitgliedern der PCP gebildet hatte) – die Schaffung einer neuen politischen Bewegung vorzuschlagen. Diese Bewegung sollte keine einfache Koalition, sondern eine neue Organisation sein. Sie sollte sozialistisch und anti-kapitalistisch sein. Und sie würde die Form einer Partei neuen Typus annehmen, mit starker innerparteilicher Demokratie und der Möglichkeit zum Nebeneinander-Bestehen verschiedener politischer Strömungen und Plattformen. Außerdem wurde gleich von Beginn an – durch den Wunsch, etwas Neues zu schaffen, das eben mehr sein sollte als die Summe der Ausgangsparteien – erforderlich, dass die drei Parteien, die Ursprung der neuen waren, vereinbarten, dass in den Leitungsgremien der Bewegung mehr als die Hälfte der gewählten Mitglieder aus keiner dieser drei Organisationen kommen sollte: Der *Bloco* einen Konvergenz-Prozess vieler Linker ermöglichen, die sich eben nicht mit einer PCP (Portugiesische Kommunistische Partei), die zurückgeblieben und dem Stalinismus verhaftet war, und einer PS (Sozialistische Partei), welche klar liberal war und die Selbst-Aufgabe der Sozialdemokratie gegenüber dem Neoliberalismus in Ganz-Europa verkörperte, identifizierten.

Das heißt, dass der *Bloco* eine Lücke ausfüllen sollte, nämlich die Lücke einer neuen Linken, die in der Lage wäre, die Arbeitskämpfe und den Kampf gegen jegliche Herrschafts-Formen zu vereinen und dabei eine anti-kapitalistische, aber auch ökologisch und feministisch orientierte Identität anzunehmen, die sich gegen Rassismus und Diskriminierung sexueller Minderheiten wenden und unter Sozialismus auch jeglichen Kampf gegen Unterdrückung verstehen würde. Eine Linke mit der Fähigkeit, Brücken zwischen alten und neuen Bewegungen zu schlagen, die in der Lage wäre, die sozialen Kämpfe und die neuen Anliegen in der portugiesischen Bewegung mit all ihrer Komplexität voranzubringen.

Unter diesem Gesichtspunkt bedeutete der *Bloco de Esquerda* in Bezug auf die Kultur der extremen Linken in Portugal einen Qualitätssprung. Es handelte sich nicht um die Reproduktion der Logik kleiner, sektiererischer und hyper-ideologischer Propaganda-Organisationen, sondern eher um den Aufbau eines Bündnisses gegen den Krieg, den Imperialismus, den Neoliberalismus und die Diskriminierung, das von einem konkreten Programm des Bruches und der Intervention in der portugiesischen Gesellschaft ausgeht. Mit anderen Worten: Es handelte sich darum, die Politik nicht auf die Wahl von gerechteren oder radikaleren Schlagworten zu reduzieren, sondern eine Rolle im Klassenkampf zu spielen und den politischen Kampf zu beeinflussen und dabei die Worte zu finden, die sich, einmal gesagt, in transformatorische Aktion und Mobilisierung der Bevölkerung umwandeln könnten. Die ideologische Identität des Blockes entstand also ausgehend von einem Programm für die Gegenwart und nicht aus der Diskussion der Vergangenheit oder der ideologischen Reinigung. Allein diese Entscheidung ermöglichte zu vermeiden, dass ein Bündnis im Namen der Abrechnung mit der Vergangenheit immer weiter verschoben würde, bzw. dass künstlich Momente eines möglichen Bruchs in der Zukunft als Vorwand für die Unmöglichkeit der Vereinigung der Kräfte in der Gegenwart projiziert würden.

Auf diese Weise wurde der *Bloco* eine linke Kraft, die zum einen nicht das historische Gedächtnis der Linken insgesamt verlieren wollte, die aber gleichzeitig vor allem damit befasst war, für einen Prozess der Einheit zu lernen und diesen voranzubringen, und zwar ausgehend von einer gemeinsamen Diagnose über die kapitalistische Globalisierung und die verzögerte Entwicklung der portugiesischen Gesellschaft und einem entsprechenden Interventions-Programm. Ausgehend von diesem Programm war es möglich, den Sozialismus als konkrete Politik des Kampfes gegen die Ausbeutung, für die Demokratisierung der sozialen Verhältnisse, für Gemeingüter und gegen die Unterdrückung zu definieren.

Heute ist der *Bloco de Esquerda* eine unumgängliche Realität in der portugiesischen Gesellschaft. Wenn er am Anfang auch nur mehr als 1 Prozent bei den Wahlen erreichte, so geben ihm die Umfragen nach 10 Jahren ca. 10 Prozent. Die Mitgliederzahlen steigen ebenso wie die Verankerung in der Bevölkerung, sein Einfluss bei den Arbeitnehmern ebenso wie in institutionellen Vertretungen, mit einigen hundert gewählten lokalen Abgeordneten und einer Parlamentsfraktion von 8 Vertretern im nationalen Parlament. Der Block definiert sich heute als ein anti-kapitalistisches Bündnis, das für die Mehrheit der Bevölkerung spricht und unnachgiebig für eine Politik kämpft, die die Interessen der Mehrheit vertritt. Gleichzeitig versagt sie sich nicht den Interessen der Minderheiten – ob beim Kampf für die Rechte der Einwanderer oder der lesbischen, schwulen, bisexuellen oder transsexuellen Bevölkerung. Andererseits möchte der *Bloco* soziale Mehrheiten für konkrete Politik gewinnen, sei es für die Verteidigung der öffentlichen Dienste, sei es für die Veränderung des Gesetzes über die Abtreibung, die im vergangenen Jahr endlich entkriminalisiert wurde und damit der Inhaftierung von Frauen, die abgetrieben hatten, ein Ende setzte.

Der Weg des *Bloco* war ein Weg des Lernens und der gegenseitigen Inspiration. Jede der den *Bloco* bildenden Parteien brachte ihre eigenen Erfahrungen und Traditionen mit, die natürlich sehr verschieden waren. Aber diese drei Gründer-Strömungen wollten sich für ihre gegenseitige Befruchtung und für die Einbeziehung vieler anderer Menschen öffnen, um eine neue Organisation aufzubauen. Außerdem wollten sie ihre eigene Kultur des Sektierertums und der Isolierung überwinden und lernen, eine Rolle im sozialen Kampf zu spielen. Der *Bloco* stellt heute für einen bedeutenden Bereich der portugiesischen Gesellschaft eine Bezugsgröße dar. Beim Kampf gegen die konservative Modernisierung und angesichts des Versagens der Bourgeoisie, ein demokratisches Entwicklungsprojekt für das Land hervorzubringen, hat der *Bloco* neue Themen und alternative Politiken auf die politische Tagesordnung gesetzt. Durch die Verbindung des Kampfes für Arbeit und gegen Arbeitslosigkeit mit der Dynamisierung von Initiativen gegen die Präkarität in Anwendung neuer Formen der Vertretung der Arbeitnehmer, insbesondere der postfordistischen Segmente, mit dem Mut, die Anliegen aller Minderheiten in den politischen Kampf einzubringen und sich für die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung mit den Wirtschafts- und Finanz-Eliten auseinander zu setzen, ist der *Bloco* zu einer vertrauenswürdigen Linken für Tausende Portugiesen geworden.

Die Strategie einer kämpferischen Linken: Politische Klarheit und Bündnisse auf der linken Seite

Die Definition der Interventions-Strategie des *Bloco* war, insbesondere im letzten Jahr, in Bezug auf konkrete Sachthemen gekennzeichnet durch eine Politik des Zusammengehens mit denen, die mit der Sozial-Demokratie (namentlich der PS) unzufrieden sind und der neoliberalen Politik von José Sócrates und der absoluten Mehrheit der Sozialistischen Partei kritisch gegenüberste-

hen. Im Mittelpunkt der politischen Strategie des *Bloco* heute der Kampf für Arbeit und für die Verteidigung der öffentlichen Dienste, ein Feld, in dem die Hegemonie des Neoliberalismus geschwächt werden kann und in dem die Sozial-Demokratie selbst die meisten Widersprüche und die größte Anfechtung erlebt. Daher wurden mit diesen Sektoren verschiedene Initiativen durchgeführt, zum Beispiel mit der Lehrer-Bewegung (ein erster Schritt war, 80 Prozent dieser Berufsgruppe auf die Straße zu bringen, um gegen die Regierung und die von ihr auferlegten Bestimmungen zur "Lehrer-Einstufung" und die Einschränkung ihrer Gehälter und Dienstzeitanerkennung zu protestieren, woraus die größte Demonstration wurde, die wir je hatten, mit mehr als 100.000 Lehrern auf der Straße), oder die Initiative zum staatlichen Gesundheitsdienst, mit einer gemeinsamen Petition von Führungskräften und Aktivisten des *Bloco* und einigen Sozialisten der alten Schule, namentlich einer bedeutenden Person der PS, die in den 70er Jahren den öffentlichen staatlichen Gesundheitsdienst ins Leben gerufen hatte und die nun ihre Stimme der des *Bloco* und vieler anderer Menschen beim Protest gegen die Politik der PS-Regierung und die Umbildung von Krankenhäusern in Wirtschaftsunternehmen sowie die Schließung der Gesundheitszentren und die Förderung der privaten Gesundheitsversorgung beimischte. Zum anderen wurden politische Initiativen mit Manuel Alegre und seiner Bewegung durchgeführt. Alegre ist Abgeordneter der Sozialistischen Partei, Vize-Präsident der Nationalversammlung und ein langjähriges Führungsmitglied der PS.

Bei den Präsidentschaftswahlen von Januar 2006 trat Alegre allein an, ohne Unterstützung der PS, und erhielt mehr als eine Million Wählerstimmen (18 Prozent) und war damit der am zweithäufigsten gewählte Kandidat, noch vor dem Kandidaten der PS und der Regierung, dem allseits bekannten Mário Soares (der 13 Prozent erhielt). Seitdem hat Alegre seine Regierungskritik weiter radikalisiert und z. B. gegen das Arbeitsgesetzbuch gestimmt, welches die Gesetze für die Arbeitsverhältnisse festlegt und von einem liberalen Ansatz der Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse, der Schwächung der Kollektivverträge und der Reduzierung der sozialen Rechte der Arbeitnehmer durchdrungen ist. Gemeinsam mit Alegre und seiner politischen Strömung hat der *Bloco* ein Forum über die öffentlichen Dienste organisiert, in dem die Gebiete Arbeit, Wirtschaft, Gesundheit, Bildung und Sozialversicherung diskutiert wurden und an dem auch der Führer des größten portugiesischen Gewerkschaftsdachverbands, Carvalho da Silva von der CGTP, ein Mitglied der PCP, teilnahm, das mit dem orthodoxen Führungsstil dieser Partei nicht konform geht, aber einen ausgezeichneten Ruf und sozialen Einfluss bei den kommunistischen Mitgliedern und den Arbeitnehmern hat.

Dieses Zusammengehen mit Kräften, die mit der Sozial-Demokratie unzufrieden sind, führt die anti-liberale Kritik über das anti-kapitalistische Feld hinaus und schwächt die politische Hegemonie der Regierung und der liberalen Politik, welche das Land in den letzten Jahrzehnten bestimmte. Auf die Spekulation über die Bildung einer neuen Partei nur durch Manuel Alegre oder einer, die von dieser Zusammenarbeit ausgeht, hat der *Bloco* mit konkreter Politik geantwortet und dabei hervorgehoben, dass es sich um einen längeren und tiefen Prozess der Neu-Definition der politischen Landkarte Portugals und um eine Neuausrichtung der Linken handelt, welcher nicht reinen Wahlkampfrechnungen untergeordnet ist bzw. sein darf und der nicht einfach schnell realisiert werden kann, nur weil Wahlen vor der Tür stehen. Andererseits hat der *Bloco* auf das zunehmende Sektierertum der Kommunistischen Partei mit einer Politik der Einheit in den sozialen Kämpfen und der Bereitschaft zum Dialog unter den Linken geantwortet. Übrigens hat der *Bloco* im Laufe der letzten Jahre eine Reihe sehr offener Initiativen gestartet,

sei es für die politische und theoretische Debatte, wie mit der Zeitschrift *Virus* mit einigen Tausend Online-Lesern, sei es über die so genannte Sozialismus-Initiative, ein Forum, an dem viele Protagonisten aus Wissenschaft, Kultur, Kunst und Politik teilnehmen und das unter den Linken Aktionen gestartet und Reflexionen zu den verschiedensten Themen entwickelt hat.

Auch bei der Ausarbeitung des politischen Programms für die nächsten Wahlen hat sich der *Bloco* für die Durchführung eines Konsultations-Prozesses (online und bei persönlicher Anwesenheit) entschieden, bei dem verschiedene soziale Protagonisten und Aktivisten aus verschiedenen Bereichen (von der Wirtschaft bis zur Kultur, vom Gesundheits- bis zum Bildungs-Wesen), mehrheitlich von außerhalb des *Bloco*, im Sinne eines starken und nachhaltigen Programms konsultiert wurden, das Alternativen auf den verschiedenen Gebieten des Regierens aufzeigt und ein Instrument des politischen Kampfes gegen die Optionen ist, auf die die Regierung der PS gesetzt hat.

Alternative Linke und Macht

Die Frage des Regierens bzw. die Frage der Macht ist natürlich Bestandteil der politischen Diskussionen der Linken. Die getroffenen Entscheidungen sind in dieser Frage sehr klar. Der *Bloco* möchte um die Proteste der Linken herum soziale Mehrheiten bilden, die die Politik der Regierung zu Fall bringen. Im Kampf gegen das Arbeitsgesetzbuch wie bei der Legalisierung von Eheschließungen gleichgeschlechtlicher Menschen, im Kampf für den staatlichen Gesundheitsdienst oder für ein öffentliches Bildungssystem möchte der *Bloco* eine Bevölkerungsmehrheit mobilisieren und dabei die nötigen Bündnisse eingehen. Auch in den Institutionen war der *Bloco* immer zur Unterstützung aller konkreten Maßnahmen zugunsten sozialer Rechte und Gerechtigkeit bereit. Zum anderen wissen wir, dass der öffentliche Druck durch die Medien darauf abzielt, dass der *Bloco* Koalitionen mit der PS in einem Kontext eingeht, in dem es weder die Bedingungen noch das Kräfteverhältnis für ein linkes Regierungsprogramm gibt, und damit einen Versuch darstellt, unser politisches Projekt und die Kraft unserer Vorschläge zu annullieren. Daher lehnt es der *Bloco* ab, sich an der Regierung der PS zu beteiligen, weil er eben entgegengesetzte Politikrichtungen verfolgt. Der *Bloco* engagiert sich in sozialen Mehrheiten für konkrete Politik und möchte politische Mehrheit im Namen seines Programms sein, welches alternativ zum Programm von PS und Sozial-Demokratie ist, das zum Liberalismus und dem Konsens zu einem Europa ohne Demokratie und soziale Rechte übergegangen ist. Die soziale Transformation ist ein Kampf um die Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Gesellschaft und keine Macht ist der Mühe wert, wenn diese nicht auch transformatorische Autonomie und die effektive Fähigkeit zum Bruch mit den herrschenden Interessen und den bestehenden Herrschaftsformen auf wirtschaftlichem, politischem und sozialem Gebiet bedeutet. In Wahrheit ist das Projekt des *Blocoviel* ehrgeiziger als irgendein institutionelles Arrangement. Es geht darum, die gegenwärtige, aus dem letzten Jahrhundert geerbte politische Landkarte in Portugal zu zerstören und eine neue Richtung für die portugiesische Linke zu finden, eine neue Hegemonie und einen anti-kapitalistischen Pol, der im Namen eines Projekts der Alternative zum Neoliberalismus für viele der mit der Sozialdemokratie unzufriedenen Teile der Gesellschaft eine Quelle der Anziehung und des Zusammengehens in Portugal wie auch in Europa sein soll. Das wird ein langwieriger Prozess sein, aber er ist auf den Weg gebracht und ist die strategische und langfristige Vision des *Bloco de Esquerda*. Mit Weile, weil wir es eilig haben.

Literatur

LOPES, João Teixeira (2003), “A sociedade Portuguesa como Desafio” (Die portugiesische Gesellschaft als Herausforderung). Zeitschrift “*Ideias à Esquerda*”, Nr. 1.

ESTANQUE, Elísio (2005),

Classes, precariedade e ressentimento: mudanças no mundo laboral e novas desigualdades sociais” (Klassen, Präkarität und Ressentiment: Umwälzungen in der Arbeitswelt und neue soziale Ungleichheiten). CES-Werkstatt, Nr. 238.

Das spanische Linksbündnis *Izquierda Unida* zwischen Regionalisierung und autoritärer Politik

Dominik Heilig

Gegenstand des vorliegenden Beitrages ist das spanische Linksbündnis *Izquierda Unida* (IU). Für die Analyse dieses Bündnisses werden folgende Aspekte beleuchtet: Erstens die Kommunistische Partei Spaniens (PCE) als größte konstituierende Kraft der IU, zweitens die Geschichte des Landes und drittens das spanische Wahlsystem.

Die politische Landschaft Spaniens ist seit dem Ende der Franco-Diktatur 1975 bzw. seit den ersten freien Wahlen 1977 durch eine starke Polarisierung gekennzeichnet. Diese drückt sich im Kampf zweier politischer Blöcke aus, bei dem auf der einen Seite die Spanische Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE), auf der anderen Seite die konservative und erzkatholische Volkspartei (PP) dominiert. Zwischen diesen beiden Blöcken und an deren jeweiligen politischen Rändern organisieren und positionieren sich weitere kleinere politische Formationen und Parteien. Vor allem die starke Regionalisierung Spaniens begünstigt noch heute die Herausbildung regionaler Parteien am linken und am rechten Rand des Parteiensystems.

Die Kommunistische Partei Spaniens (PCE)

Am 15. April 1920 gründete sich aus der Jugendorganisation der Sozialistischen Arbeiterpartei die *Partido Comunista Espanol* (PCE). Gleichzeitig hatten Mitglieder der Sozialistischen Partei versucht, ihre Partei zum Beitritt zur Kommunistischen Internationale zu bewegen. Dieses politische Ansinnen misslang, und die Sozialistische Partei trat der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien bei. Die Befürworter der Kommunistischen Internationale traten daraufhin aus und gründeten am 13. April 1921 die *Partido Comunista Obrero Espanol* (PCOE). Beide noch jungen kommunistischen Parteien – die PCE und die PCOE – schlossen sich am 14. November 1921 zur *Partido Comunista de Espana* (PCE) zusammen.

Ende der 1920er Jahre setzte sich in der bis dahin noch sehr kleinen und mitgliederschwachen Organisation eine prosovjjetische Ausrichtung durch. In deren Folge kam es zu weiteren Abspaltungen und Austritten. Bei der Ausrufung der Zweiten Spanischen Republik 1931 befand sich die Partei in einem desolaten Zustand. Die internen Konflikte trieben sie an den Rand des Zusammenbruchs, jedoch gelang den Kommunisten 1933 der Einzug in das spanische Parlament.

Die PCE beteiligte sich aktiv an den 1934 einsetzenden Arbeitererhebungen in den Provinzen des Landes und schloss sich bei den Wahlen 1936 der *Frente Popular* (Volksfront) an. Die

linksgerichtete Volksfront errang zwar in den Wahlen die Parlamentsmehrheit, allerdings war der Wahlsieg äußerst knapp ausgefallen. In dem 1936 beginnenden spanischen Bürgerkrieg 1936, der bis 1939 andauern sollte, erfuhr die PCE starken Zulauf und steigerte ihre Mitgliederzahl auf rund 200.000.¹ Im spanischen Bürgerkrieg kämpfte die Mehrheit der Mitglieder der PCE auf Seiten der durch die Sowjetunion dominierten Volksfront. Mit der Niederschlagung der Republik wurde die PCE verboten und ihre Mitglieder und Sympathisanten unter der Franco-Diktatur verfolgt, gefoltert und ermordet. Viele gingen ins Exil, vor allem in die Sowjetunion und nach Frankreich. Bis zu ihrer Legalisierung am 9. April 1977 operierte die Partei illegal aus dem Ausland.²

Bei den ersten freien Wahlen 1977 erreichte die PCE, die inzwischen wieder um die 200.000 Mitglieder zählte, 9,4 Prozent der Stimmen und erhielt 20 Mandate im Abgeordnetenhaus. Zu dieser Zeit stand die Partei noch in einem Bündnis mit der Sozialistischen Arbeiterpartei, der *Coordinación Democrática*, gegen die Repräsentanten des alten Regimes. Beim nächsten Urnengang 1979 konnte die PCE ihr Ergebnis auf 10,8 Prozent der Wählerstimmen verbessern und erhielt 24 Parlamentssitze.

Die Geschichte der Kommunistischen Partei Spaniens lässt sich in fünf Phasen unterteilen, in Anlehnung an Rainer Schultz, der die Geschichte der Kommunistischen Partei in vier Phasen unterteilt:³

1. Phase: Abspaltung von der PSOE und Gründung der PCE;
2. Phase: Spanischer Bürgerkrieg und Etablierung der PCE;
3. Phase: Illegalität und Hinwendung zur KPdSU;
4. Phase: Legalisierung und Akzeptanz der konstitutionellen Monarchie;
5. Phase: Sozialistische Wende und Herausbildung neuer Bündnisse

Seit den 1960er Jahren trat die Kommunistische Partei zunehmend moderat auf, was vor allem mit der zu erwartenden Legalisierung der Partei 1977 begründet werden kann.⁴ Die moderate Strategie zeigte zwar Erfolg, was sich in den Wahlen 1979 widerspiegelt, war aber auch Anlass zu innerparteilichen Auseinandersetzungen, insbesondere was das Verhältnis der Partei zur Sowjetunion und der KPdSU betrifft. Schließlich löste sich die Partei von dem Einfluss der KPdSU, wandte sich dem Eurokommunistischen Modell zu und akzeptierte das demokratisch-parlamentarische System in Spanien.⁵ Bei den Wahlen von 1982 erhielt die Partei jedoch nur noch 4,1 Prozent der Stimmen und vier Sitze im Abgeordnetenhaus; die nach wie vor zentralistischen Strukturen der Partei konterkarierten die politische und programmatische Öffnung der

¹ Vgl. Andreas Baumer: Jenseits der Pyrenäen. Parteiensysteme und gesellschaftliche Konflikte in Spanien und Portugal, in: Ulrich Eith, Gerd Mielke (Hrsg.): Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme, Länder- und Regionalstudien, Wiesbaden 2001, S. 144.

² Vgl. Walther Bernecker: Spanien-Lexikon. Wirtschaft, Politik, Kultur, Gesellschaft, München 1990, S. 338.

³ vgl. Rainer Schultz: Linksdemokratische Parteien in Spanien. Facetten und Entwicklung, Studie im Auftrag der RLS, Januar 2003, S. 4.

⁴ Vgl. Fred A. Lopez III: Bourgeois State and the Rise of Social Democracy in Spain, in: Ronald H. Chilcote u.a. (Hrsg.): Transition from Dictatorship to Democracy. Comparative Studies of Spain, Portugal and Greece, New York 1990, S. 17-72, 53f.

⁵ Vgl. Marita Müller: Politische Parteien in Spanien (1977-1982). Interne Konflikte und Wahlverhalten, Saarbrücken 1994, S. 46ff.

Partei sowie die erfolgreiche Hinwendung zum Eurokommunismus. Als Erklärung für den Stimmenverlust bei den Parlamentswahlen 1982 muss aber auch die Polarisierung der politischen Auseinandersetzung zwischen der PSOE und der PP gesehen werden.

Die sozialistische Wende von 1982

Ende der 1970er Jahre etablierte sich die Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE) als starke Alternative zu der bis dahin regierenden *Unión de Centro Democrático* (UCD), einer bürgerlichen Partei der rechten Mitte. Indem sie den unter der spanischen Bevölkerung unpopuläre Beitritt Spaniens zur NATO (1982) zum Wahlkampfthema machte und im Falle eines Wahlsieges ein Referendum zum Austritt Spaniens aus dem Militärbündnis ankündigte, verstärkte sie die Regierungskrise der UCD. Bei den Wahlen im Oktober 1982 errang die PSOE die absolute Mehrheit und konnte bis 1996 ununterbrochen regieren.

Mit dem Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft (EG) 1986 setzte in Spanien ein starkes Wirtschaftswachstum ein, das in der Literatur oft auch mit dem deutschen „Wirtschaftswunder“ verglichen wird. Das „spanische Wirtschaftswunder“ zog massive Veränderungen hinsichtlich politischer Einstellungen, sozialer Verhaltensweisen und kultureller Orientierungen nach sich. Auf die Auswirkungen der zunehmenden Globalisierung der Wirtschafts- und Finanzabläufe hatte die radikale Linke, also die Bewegungen und Parteien links der Sozialistischen Arbeiterpartei bzw. der Sozialdemokratie, jedoch kaum Antworten. Vor allem die Strukturfördergelder der EG, später der EU, trugen zu einer tiefgreifenden Auflösung des klassischen Proletariats in Spanien bei. Damit verlor die PCE weite Teile ihrer Basis. Die zunehmend neoliberal ausgerichtete Privatisierungspolitik der regierenden PSOE als Teil der „Neuen Sozialdemokratie“ und die anhaltenden Proteste gegen die NATO-Mitgliedschaft veranlassten zu einer Neuorientierung ihrer Partei; aber auch die radikale Linke formierte sich vor diesem Hintergrund neu.

Schon kurz nach den Wahlen 1982 hatte die Sozialistische Arbeiterpartei ihre Haltung gegenüber der NATO-Mitgliedschaft Spaniens geändert. Nach dem EG-Beitritt Spaniens 1986 wurde das vor der Parlamentswahl 1982 angekündigte Referendum zwar durchgeführt, plötzlich warb die PSOE aber *für* einen Verbleib in der NATO. In dem Referendum sprach sich eine knappe Mehrheit (52 Prozent) für den Verbleib in dem westlichen Militärbündnis aus.

NATO-Proteste und Gründung der Izquierda Unida

Das Linksbündnis *Izquierda Unida* ist heute die wichtigste radikale Linkspartei in Spanien. Ihren Anfang nahm die IU nicht als Partei, sondern als loses Wahlbündnis, gruppiert um die Frage der NATO-Mitgliedschaft Spaniens. Obwohl Spanien bereits seit 1950 Militärbasen des US-amerikanischen Militärs akzeptierte und sich dadurch aus der internationalen Isolation befreien konnte, stellte der NATO-Beitritt Spaniens 1982 für die noch junge Demokratie, im Kontext des Kalten Krieges und angesichts der atomaren Offensive der Reagan-Administration, einen qualitativen Wandel dar. Zahlreiche Wähler waren von der PSOE enttäuscht, wandten sich ab und waren fortan in Bürgerbewegungen und anderen linken Parteien gegen die NATO-Mitgliedschaft aktiv. Zwar verlor das breite linke Bündnis das Referendum 1986, dennoch etablierte sich über die NATO-Auseinandersetzungen ein neues politisches Bündnis links der Sozialistischen Arbeiterpartei. Aus der *Plataforma Cívica por la salida de España de la OTAN* entwickelte sich zu den Parlamentswahlen 1986 das Wahlbündnis *Plataforma de la Izquierda Unida*, das 4,6

Prozent und sieben Abgeordnetensitze gewann.⁶ Bei den Kommunalwahlen 1987 steigerte sich das Wahlbündnis auf 7,18 Prozent der Stimmen und fuhr 1989 schließlich 9,07 Prozent der Wählerstimmen bei den landesweiten Wahlen ein. Die *Izquierda Unida* stellte damit 17 Abgeordnete im nationalen Abgeordnetenhaus. 1992 erfolgte schließlich die offizielle Registrierung der IU als spanische Partei.

Die acht Gründungsmitglieder der IU waren⁷:

- ▶ Partido Comunista de Espana (PCE)
- ▶ Partido Comunista de los Pueblos de Espana (PCPE)
- ▶ Partido de Acción Socialista (PASOC)
- ▶ Izquierda Republicana (IR)
- ▶ Federación Progresista (FP)
- ▶ Partido Carlista
- ▶ Partido Humanista
- ▶ Colectivo de Unidad de los Trabajadores – Bloque Andaluz de Izquierdas

Die IU ist demnach vor allem ein Parteienbündnis, denn trotz des Umstandes, dass die IU als eigenständige politische Partei registriert und öffentlich aktiv ist, behalten die konstitutiven Mitgliedsorganisationen und Parteien ihre formale, rechtliche, organisatorische und politische Eigenständigkeit. Diese Tatsache führt immer wieder zu Spannungen unter den Mitgliedsorganisationen, vor allem im Hinblick auf die Besetzung von Wahllisten, die finanziellen Ressourcen der IU und die programmatische Ausrichtung des Bündnisses. Oberstes Gremium der IU ist die *Asamblea Federal*, die wiederum den *Consejo Politico Federal*, das höchste Organ zwischen den Parteitagungen bestimmt, welches aus rund 100 Personen besteht. Aus diesem wird das Exekutivbüro gewählt, dem der Generalkoordinator als Sprecher der IU vorsteht. Die Partei unterteilt sich zusätzlich in 17 Regionalorganisationen, die parallel zu den teilweise auch regionalen Organisationen der IU-Mitgliedsparteien die Politik vor Ort vertreten, organisieren und entwickeln.

Die IU versucht seit ihrer Gründung, ihr pluralistisches Profil zu stärken und sich den neuen, globalisierungskritischen und sozialen Bewegungen zu öffnen bzw. als Teil der globalisierungskritischen Bewegung Spaniens in den verschiedenen Sozialforen auf regionaler, nationalstaatlicher, europäischer und globaler Ebene aktiv zu sein. Im Bericht an die siebte Generalversammlung der IU vom Dezember 2003 wird deutlich formuliert, dass sich die Mitglieder der IU ausdrücklich zum Sozialismus bekennen. Sie wünschen sich eine Gesellschaft, die sich dadurch auszeichnet, dass sie „partizipativ, kritisch und alternativ zu dem dominanten Modell“⁸ ist. Dazu gehören nach Ansicht der Mitglieder ebenso der Pazifismus wie auch ökologische Standpunkte und der Feminismus. Die Partei setzt sich darüber hinaus für die Anhebung des spanischen Mindestlohns auf 1.100 Euro monatlich, die 35-Stunden-Woche, die Erhöhung der Besteuerung der

⁶ Vgl. Juan J. Linz, José Ramón Montero: The party systems of Spain. Old cleavages and new challenges, in: Lauri Karvonen, Stein Kuhnle (Hrsg.): Party Systems and Voter Alignments Revisited, London, New York 2001, S. 163ff.

⁷ Bis auf die PCE und das Colectivo de Unidad verließen die anderen Gründungsparteien die IU allerdings in den Jahren zwischen 1987 und 2001 wieder. Heute gehören der IU auch viele kleinere regionale und lokale Gruppen an, z.B. die katalanische Esquerra Unida i Alternativa, der linksalternativ-trotzkistische Espacio Alternativo, das Colectivo de Unidad und die kleineren trotzkistischen Gruppen Cuadernos Internacionales, Nuevo Claridad, Partido Obrero Revolucionario sowie die Partido Revolucionario de los Trabajadores – Izquierda Revolucionaria.

⁸ Izquierda Unida: Beschluss der VII. Generalversammlung der IU, Dezember 2003, S. 3, <http://www1.izquierda-unida.es>, abgerufen am 19.1.2009.

Banken auf 35 Prozent, die Einführung einer Mindestrente von 800 Euro monatlich, eine Fristenregelung im Abtreibungsrecht sowie eine Reform des Wahlrechts ein.⁹

Die Verbindungen der Partei zu den Gewerkschaften erfolgt hauptsächlich über die Mitgliedspartei PCE, die traditionell eng mit der größten Gewerkschaft des Landes, die *Comisiones Obreras* (CC.OO.) verbunden ist. Der zuletzt stark gesunkene Einfluss der PCE auf die Gewerkschaft konnte auf dem letzten Gewerkschaftskongress Ende Dezember 2008 durch die Wahl von Ignacio Fernández Toxo wieder verstärkt werden.

Die Tatsache, dass die PCE sich bereits 1986 dafür entschied, aktiv an der Herausbildung des Wahlbündnisses IU mitzuarbeiten und schließlich die *Izquierda Unida* in eine Partei zu transformieren, federte die Auswirkungen des Scheiterns des „real existierenden Sozialismus“ für die PCE in Spanien ab. So konnte das sehr gute Abschneiden des Wahlbündnisses bei den Parlamentswahlen 1989 mit 9,55 Prozent der Stimmen und 18 Abgeordneten 1993 sogar noch verbessert werden. In den Abgeordnetenhauswahlen 1996 erhielt die IU 10,54 Prozent der Stimmen und 21 Sitze im Abgeordnetenhaus. Die erfolgreiche Verankerung der IU als rotgrünes Parteiprojekt wurde auch dadurch begünstigt, dass in Spanien keine etablierte grüne Partei existiert. Das hervorragende Ergebnis der IU 1996 konnte bei den folgenden nationalen Wahlen 2000, 2004 und 2008 allerdings nicht gehalten werden.

*Wahlergebnisse der Izquierda Unida: Europaparlament und Abgeordnetenhaus 1986-2008*¹⁰

Wahlen	Absolute Stimmen	Prozent
Abgeordnetenhauswahlen 1986	935,5	4,63
Europawahlen 1987	01.11.0830	5,25
Abgeordnetenhauswahlen 1989	1858588	9,07
Europawahlen 1989	961,74	6,06
Abgeordnetenhauswahlen 1993	2253722	9,55
Europawahlen 1994	2497671	13,44
Abgeordnetenhauswahlen 1996	2639774	10,54
Europawahlen 1999	1221566	5,77
Abgeordnetenhauswahlen 2000	1263043	5,45
Abgeordnetenhauswahlen 2004	1284081	4,96
Europawahlen 2004	643,14	4,15
Abgeordnetenhauswahlen 2008	963,04	3,8

⁹ Vgl. Paola Giaculli: Parlamentswahl in Spanien, in: DIE LINKE International, Juli 2008.

¹⁰ Quelle: Elecciones a Cortes Generales, in: <http://www.generales2008.mir.es>, abgerufen am 19.1.2009.

Parallel zu den ausbleibenden Wahlerfolgen der Partei wuchsen kontinuierlich die politischen, strategischen und programmatischen Auseinandersetzungen innerhalb der IU. Vor allem die PCE, die lange Zeit defensiv und ob ihrer relativen Stärke zurückhaltend in dem Parteienbündnis agiert hatte, erhebt nun wieder Anspruch auf mehr Einfluss in den Gremien der IU. In der Legislaturperiode 2004-2008 tolerierte die IU eine Minderheitsregierung unter Premier Zapatero (PSOE), konnte aber kaum eigene Inhalte durchsetzen. Vor allem die Tatsache, dass die PSOE in für die IU relevanten Fragen das Bündnis mit der konservativen Oppositionspartei PP suchte, aber auch die PSOE-Strategie des *voto útil* (nützliche Stimme) bzw. *voto de miedo* (Stimme der Angst) ließen die Wahlergebnisse für die IU sinken.

Bereits vor dem nationalen Kongress am 15. und 16. November 2008 kündigte der IU-Generaldirektor Gaspar Llamazares seinen Rückzug aus der Parteiführung an. Der von harter politischer Auseinandersetzung geprägte Kongress bestimmte zwar einen neuen Vorstand, konnte sich aber auf keinen neuen Generaldirektor einigen. Am 14. Dezember wählte schließlich der IU-Vorstand das PCE-Mitglied Cayo Lara zum neuen Generaldirektor der IU. Dieser versucht nun, das strategische Bündnis seines Vorgängers Llamazares mit der regierenden Sozialistischen Arbeiterpartei wieder zu lösen und betont die Eigenständigkeit der IU.

Die heutige *Izquierda Unida* hat mit all ihren verschiedenen politisch und organisatorisch eigenständigen Parteien und Organisationen offiziell 66.000 Mitglieder. Die WählerInnen setzen sich, nimmt man die Programmatik und Wahlkampfparolen des Bündnisses als Grundlage, vermutlich aus eher jüngeren Menschen mit höherem Bildungsabschluss aus urbanen Zentren zusammen.¹¹

Internationale Aktivitäten der Izquierda Unida

Die IU war bereits in der Gründungsphase international aktiv und an der Formierung verschiedener linker europäischer Strukturen beteiligt. Seit den Europawahlen 1989 ist die IU mit Abgeordneten im Europäischen Parlament vertreten. Sie ist Gründungsmitglied der GUE/NGL-Fraktion. Die IU gehört zudem zu den Gründungsparteien des NELF, dem Forum der Neuen Europäischen Linken, das 1991 als Raum für Diskurs und Meinungsaustausch linker Parteien in Madrid ins Leben gerufen wurde. 2004 gehörte die IU zu den Gründungsmitgliedern der Europäischen Linkspartei (EL). Neben der IU sind auch die Mitgliedsparteien *Esquerra Unida i Alternativa* (Katalonien) und Spanische Kommunistische Partei (PCE) eigenständige Mitglieder der EL. Daneben sind weitere Mitgliedsparteien der IU und die IU selbst Teil der Europäischen Antikapitalistischen Linken (EAL).¹²

Die IU bezieht sich inhaltlich positiv auf den Prozess der europäischen Integration und begreift die europäische Ebene als erweiterten Handlungsraum für linke Politik. Der derzeitigen Ausgestaltung der Europäischen Union (EU) steht die Partei allerdings kritisch gegenüber. Die IU sieht in der aktuellen Politik der EU massive soziale, demokratische, ökologische und wirtschaftliche Defizite. So setzt sich die IU für eine Ausweitung der Rechte des Europäischen Parlaments ein. Sie setzt sich außerdem für eine europäische Verfassung ein, lehnt aber den gescheiterten EU-Verfassungsvertrag und den Lissabonner Vertrag ab. Der ehemalige Europaab-

¹¹ Daten zu IU-Mitgliedern und IU-WählerInnen sind entweder nicht öffentlich zugänglich oder nicht vorhanden.

¹² Spanische EAL-Mitgliedsparteien sind unter anderem die *Izquierda Unida* (IU), *Esquerra Unida i Alternativa* (EUiA) und der *Espacio Alternativo* (EA).

geordnete der IU, Pedro Marset, formulierte in der Zeitschrift *Europarot*: „Wir sind der Überzeugung, dass das neoliberale Europa des Maastricht-Vertrages revidiert werden muss. Zugleich sind in die Verträge soziale Inhalte mit dem Ziel der Erreichung von Vollbeschäftigung und der Stärkung des öffentlichen Dienstes aufzunehmen. Dies bedingt die Aufhebung der Autonomie der Europäischen Zentralbank und die Streichung des Stabilitätspaktes. Wir sind der Ansicht, dass eine zukünftige europäische Verfassung die demokratischen Rechte der Bürger zu verteidigen hat“.¹³

Die Bedeutung des spanischen Wahlsystems für die Izquierda Unida

Das spanische Parlament (*Cortes Generales*) besteht aus zwei Kammern, dem Abgeordnetenhaus und dem Senat. Letzterer ist gegenüber dem Abgeordnetenhaus jedoch von deutlich nachrangiger Bedeutung. Das Abgeordnetenhaus verfügt gemäß Artikel 68 der Verfassung über eine variable Abgeordnetenzahl, die nicht weniger als 300 und nicht mehr als 400 betragen darf. Sie werden nach dem Prinzip der Verhältniswahl für eine Amtszeit von vier Jahren gewählt.¹⁴

Das Wahlsystem hat aber die Besonderheit, dass in einigen Provinzen die Sperrklausel höher liegt als in anderen. Dadurch werden vor allem kleinere Parteien benachteiligt. So benötigte die IU beispielsweise bei den Wahlen 2004 im Durchschnitt 254.000 Stimmen für ein Mandat, während die PSOE dafür nur 66.000 Stimmen benötigte. Bei einem klassischen Verhältniswahlrecht wäre die IU mit derselben Stimmenanzahl mit 18 statt fünf Abgeordneten in das Parlament eingezogen. Für die Wahlen 2008 bedeutete dies, dass die IU zwar rund vier Prozent der Stimmen erhielt, aber prozentual nur etwa ein Prozent der Sitze im Abgeordnetenhaus innehat. Die bevölkerungsreichen Regionen werden nach diesem Wahlsystem also gegenüber den dünn besiedelten Regionen stark benachteiligt. Dies hat insbesondere Auswirkungen auf die Vertretung der IU im Abgeordnetenhaus, da die Partei vor allem in den urbanen Zentren traditionell stärker verankert ist als auf dem Land. Das spanische Wahlsystem dezimiert also strukturell die parlamentarische Vertretung der radikalen Linken.

Besonderheiten des politischen Systems Spaniens

Der wichtigste Konflikt seit dem Wandel der spanischen Gesellschaft und des Parteiensystems nach dem Tode Francos im Jahr 1975 stellt die Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche dar. Die spanische Gesellschaft und das spanische Parteiensystem sind darüber hinaus geprägt von Klientelismus und Paternalismus. Diese autoritär-politische Tradition spiegelt sich bis heute in einer starken parteilichen Personalisierung¹⁵ und einer schwachen politischen Partizipation wider: Spanien hat im europäischen Vergleich eine sehr niedrige Parteienmitgliedschaftsquote.¹⁶ Der Wandel der spanischen Gesellschaft ist außerdem von der Tatsache geprägt, dass den Parteien Ende der 1970er Jahre eine Rolle im Institutionengefüge zugewiesen wurde, aus der heraus sie sich nur schwer als gesellschaftliche Mobilisierungskräfte

¹³ Pedro Marset: Die Vereinte Linke Spaniens, in: *Europarot*, 15/2003, Oktober 2003, S. 7.

¹⁴ Vgl. Harald Barrios: Das politische System Spaniens, in: Wolfgang Ismay (Hrsg.): *Die politischen Systeme Westeuropas*, Leske & Budrich, 3. Auflage, Opladen 2003, S. 613ff.

¹⁵ Vgl. Rafael Arias-Salgado: Entstehung und Struktur des spanischen Parteiensystems, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Berlin 1988, S. 379.

¹⁶ Vgl. Jonathan Hopkin: Spain: Political Parties in Young Democracy, in: David Broughton, Mark Donovan (Hrsg.): *Changing Party Systems in Western Europe*, London, New York, 1999, S. 224f.

entwickeln konnten. Das Aufkommen der modernen Massenmedien veränderte die Kommunikation zwischen gesellschaftlichen Subsystemen und die Kommunikation zwischen Parteien und WählerInnen.¹⁷ Darüber hinaus bildete sich mit dem Übergang von der faschistischen Diktatur zur konstitutionellen Monarchie ein Regionalismus aus, der bis heute weite Teile des politischen Diskurses bestimmt. Regionale Parteien dominierten nicht nur das jeweilige politische Parteiensystem vor Ort, sondern erfuhren darüber hinaus eine parlamentarische Verankerung im nationalen Abgeordnetenhaus.¹⁸

Die Konfliktlinien Staat-Kirche, Partei-Institutionengefüge und Zentrum-Peripherie hindern heute nationalen Parteien wie die IU daran, eine landesweite Parteibasis aufzubauen und zu verbreitern. Es fällt der IU schwer, den WählerInnen ein kontinuierliches, programmatisch einheitliches politisches Angebot zu unterbreiten. Insbesondere die Zurücksetzung des Klassenkonfliktes zugunsten der Regionalisierung verstärkt die Probleme bei der Etablierung radikal linker Parteien, die im nationalen Rahmen handlungsfähig werden wollen.

¹⁷ Vgl. Melanie Haas: Das Parteiensystem Spaniens, in: Oskar Niedermayer, Richard Stöss (Hrsg.): Die Parteiensysteme Westeuropas, Wiesbaden 2006, S. 427.

¹⁸ Vgl. Dieter Nohlen: Wahlrecht und Parteiensystem, 3. Auflage Opladen 2000, S. 332ff.

Die Linken in Bulgarien

Dorothee de Nève / Tina Olteanu

Die bulgarischen Kommunisten pflegten bereits seit Gründung der Bulgarischen Arbeiterpartei 1903 enge Kontakte zu Russland, sympathisierten mit den kommunistischen Revolutionären der Sowjetunion und gehörten zu den Gründungsmitgliedern der Kommunistischen Internationale (1919). Die Vaterlandsfront übernahm am Ende des 2. Weltkrieges mit Unterstützung der Roten Armee die Macht im Lande. 1948 wurde die Bulgarische Sozialdemokratische Partei (BSDP) mit der Bulgarischen Arbeiterpartei (K) vereinigt und die neue Bulgarische Kommunistische Partei gegründet (BKP), die über vier Jahrzehnte als Staatspartei agierte. Am 10. November 1989 trat schließlich Todor Živkov (1954-1989) als Staatschef und Generalsekretär der BKP zurück. Auf einem außerordentlichen Kongress der BKP, die im Zuge von Glasnost und Perestrojka seit Mitte der 1980er auch in Bulgarien wesentliche Reformprozesse vollzog, wurden ein neues Manifest und neue Parteistatuten beschlossen. Im März 1990 schließlich änderte sie ihren Namen und heißt seither Bulgarische Sozialistische Partei (BSP). Die BSP versteht sich als die legitime Nachfolgepartei der BKP, übernahm politisch die Verantwortung für die Vergangenheit und suchte seit Beginn der 1990er den gesellschaftlichen Dialog. Mit Beginn der postsozialistischen Transformation entstand auch in Bulgarien ein neues pluralistisches Parteiensystem mit einer Vielzahl linker Parteien. Dabei war die Entstehung eines linken und rechten politischen Lagers für den politischen Wettbewerb prägend.

Diese Lagerbildung einerseits und das Selbstverständnis der Bulgarischen Sozialistischen Partei (BSP) andererseits führten dazu, dass 2001 nunmehr eine breite und zugleich heterogene politische Koalition für Bulgarien (KB) entstand. Dieses Bündnis verhalf neben der BSP zahlreichen kleinen Parteien zum Einzug ins Parlament: So ist beispielsweise die zunächst in Konkurrenz zur BSP wieder gegründete Kommunistische Partei Bulgariens (KPB), die bei den Parlamentswahlen 1994 und 1997 jeweils nur knapp ein Prozent der WählerInnenstimmen erzielte, nun Teil der Koalition. Andere Koalitionspartner entstammen eher dem konservativen bäuerlichen Milieu (Bulgarischer Bauernvolksbund, Alexander Stamboliiski, BZNS-AS)¹ oder ökologischen Bewegungen wie die Grüne Partei Bulgariens (ZP). Zu dem aktuellen Bündnis „Koalition für Bulgarien“ (KB) gehört auch die Partei der Bulgarischen Sozialdemokraten (PBSD), die sich nach mehreren Parteispaltungen herausgebildet hat und sich als historische Wiederbegründung der Bulgarischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei von 1891 versteht. Zuvor, bis ein-

¹ Der Bulgarische Bauernvolksbund (BZNS) agierte bis 1989 als Blockpartei, nach 1990 kam es zu mehreren Parteispaltungen bzw. Neugründungen unter diesem Namen.

schließlich der Wahlen 1997², war die Bulgarische Sozialdemokratische Partei (BSDP) Teil der antikommunistischen Union der Demokratischen Kräfte (SDS).

Jenseits dieses aktuell bestehenden Bündnisses existierten in den vergangenen Jahren weitere linke und sozialdemokratische Parteien, wie beispielsweise die Union „Sozialdemokratie“³, die Marxistische Bulgarische Kommunistische Partei⁴, die Alternative Sozialistische Partei sowie die Bulgarische Sozialdemokratische Union (BSS) und andere. Hinzu kommen einige kommunistische Gruppierungen wie der politische Kreis Zora oder die Nationale Patriotische Union Vaterland, die den Prozess der Sozialdemokratisierung der BSP kritisieren. Sie vertreten teilweise nationalistische Positionen und sind dem späten bulgarischen Staatssozialismus verbunden. Keine dieser Parteien erzielte je nennenswerte Wahlerfolge, auch nicht als sie sich 2001 zu der Koalition Nationalpatriotische Union Vaterland und Linke (*Koalicija Nacionalen Patriotičen Săjuz Otečestvo i Levica*) zusammenschlossen. Sie erreichten nur 0,5 Prozent der abgegebenen Stimmen.

Diese politischen Gruppierungen stehen inzwischen teilweise auch der populistischen, rechtsradikalen ATAKA nahe. All diese Splittergruppen erzielten keine eigenständigen Wahlerfolge und konnten auch als außerparlamentarische Opposition keinen Einfluss ausüben. Die einzige Ausnahme stellt in diesem Kontext die Eurolinke dar. Sie wurde im Kontext der Unruhen 1997 und dem Sturz der Regierung von ehemaligen Mitgliedern der Bulgarischen Sozialistischen Partei gegründet, die dem sozialdemokratischen Flügel der Partei nahe standen. Bei den Parlamentswahlen 1997 erzielten die Eurolinken mit 5,5 Prozent einen einmaligen relativen Wahlerfolg. Doch schon drei Jahre später kam es zu weiteren Abspaltungen, und auch diese Partei(en) blieben künftig so erfolglos wie die anderen Splittergruppen auch.

Aus der linksorientierten, ökologischen Bewegung ist 2008 eine neue Grüne Partei (*Zelenite*) entstanden. Neben den sozialen Fragen, die in dem Programm thematisiert werden, engagieren sich die AktivistInnen primär für spezifische Umweltprobleme (beispielsweise für den Baustopp neuer Skianlagen im Naturschutzgebiet Pirin), die nicht zuletzt durch wirtschaftliche Interessen immer wieder in Gefahr geraten. Die Grüne Partei hat 2008/09 verschiedene Demonstrationen gegen die aktuelle Regierungspolitik und die damit verbundenen sozialen Härten und Korruption initiiert bzw. mit organisiert. Die DemonstrantInnen stellten eine heterogene Gruppe aus LehrerInnen, Studierenden, RentnerInnen und ÖkoaktivistInnen dar. Globalisierungskritische Organisationen sind in Bulgarien bislang nicht etabliert. Seit Beginn der 1990er existiert eine aktive anarchistische Bewegung, die Föderation der Anarchisten in Bulgarien. Neben der revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft engagieren sie sich in sozialen Fragen wie etwa Lohnniveau und schlechte Arbeitsverhältnisse.

Es gibt eine Vielzahl von Frauenorganisationen (zum Beispiel Bulgarian Gender Research Foundation oder Center of Women's Studies and Policies), die sich schwerpunktmäßig mit Gewalt gegen Frauen, Menschenhandel und Prostitution beschäftigen. Einige dieser Organisationen fokussieren zudem auf soziale Belange wie Armutsentwicklung bei Frauen oder ethnische Diskriminierung von Roma sowie auf politische Partizipation von Frauen. Die meisten dieser Organisationen sind innerhalb und außerhalb von Bulgarien gut vernetzt. Politische Parteien ge-

² Vor den Wahlen 1991 spaltete sich die SDS in drei Parteien auf. Die BSDP gehörte der SDS-Mitte an und schaffte den Einzug ins Parlament nicht.

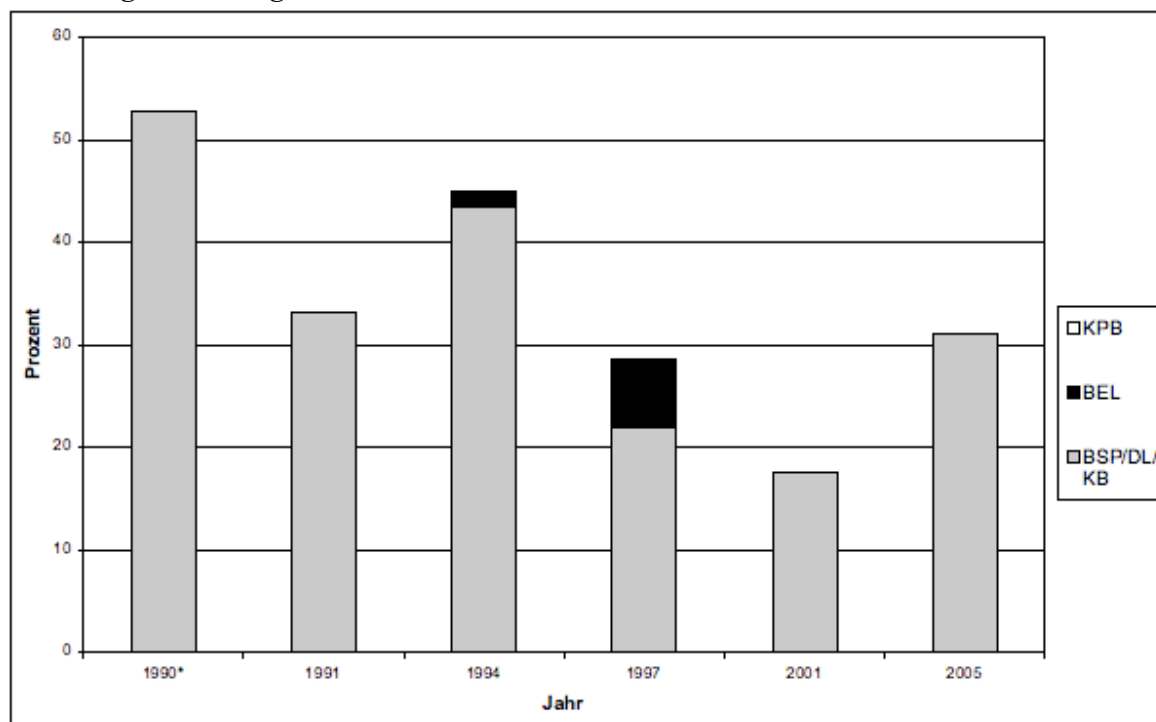
³ Diese wurde 1997 aus dem sogenannten Vereinigten Block für Arbeit (OBT) und Teilen der BSDP gegründet

⁴ Abspaltung von der BSDP 1998, gehörte zur Koalition der Vereinigten Demokratischen Kräfte (ODS).

hören weniger zu ihren Bündnispartnern, dennoch versuchen diese Organisationen durch Lobbying Einfluss auf den Gesetzgebungsprozess zu nehmen.

Die beiden zentralen bulgarischen Gewerkschaften *Podkrepa* und die Konföderation der Unabhängigen Gewerkschaften Bulgariens (KNSB) sind nicht parteipolitisch gebunden oder organisiert. Vielmehr hat sich schon früh der Nationale Rat für sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit (*Tripartite*) herausgebildet, in dem die Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen gemeinsam mit der jeweiligen Regierung verhandeln.

Abbildung 1: Wahlergebnisse linker Parteien bei Parlamentswahlen seit 1990



Quelle: Autengruber 2006, Baeva/Kalinova 2009.

Das Mobilisierungspotential linker Parteien stellt sich in Bulgarien sehr ambivalent dar. Während kurz nach dem Systemwandel die BSP mehr als die Hälfte der WählerInnenstimmen gewann (52,7 Prozent), erreichte sie trotz zahlreicher Bündnispartner 2001 letztlich nur noch 17,2 Prozent. Dieser Stimmenverlust hängt insbesondere mit der starken Wählervolatilität zusammen, die den beiden politischen Lagern jeweils zu unterschiedlichen Zeiten Wahlerfolge bzw. -misserfolge bescherte. Insgesamt betrachtet ist für die Entwicklung des postsozialistischen Parteiensystems in Bulgarien bis 2001 die Bildung zweier konkurrierender Lager charakteristisch. Der Wettbewerb zwischen diesen beiden Blöcken, der im Wesentlichen auf strategischen Motiven und historischen Vorbehalten und weniger auf unüberwindbaren programmatischen Differenzen beruhte, begünstigte die Entstehung von Wahlbündnissen und Regierungskoalitionen. Innerhalb dieser Bündnisse gelang es wiederum kleinen Parteien wie der Politischen Bewegung Sozialdemokraten, oder auch der bäuerlichen Partei Bulgarischer Bauernvolksbund unter Alexander Stamboliiski (BZNS-AS) Parlamentsmandate zu erringen, die *de facto* als einzelne Parteien erfolglos geblieben wären.

Die Regierungen in Bulgarien der 1990er zeichneten sich durch große Instabilität aus, ausgelöst durch das bipolare Kräfteverhältnis der Parteienlandschaft. Besonders die sich als antikommunistische Alternative definierende Union der Demokratischen Kräfte (SDS) verweigerte jegliche Zusammenarbeit mit der BSP, die trotz ihres Wahlsiegs 1990 ein breites Regierungsbündnis anstrebte. Zwei Mal (1994 und 1997) kam es zu vorgezogenen Neuwahlen sowie Regierungsumbildungen während der Legislaturperiode (1992), wobei sich nicht selten unterschiedliche Strömungen innerhalb der beiden großen Parteiblöcke BSP und SDS abspalteten und die Regierungsverantwortung als technische Koalition übernahmen (1992-1994; 1994-1995). Die Partei der türkischen Minderheit Bewegung für Rechte und Freiheiten (DPS) spielte dabei das Zünglein an der Waage.

Die BSP übernahm von 1990-1991 und von 1995-1997 die Regierungsverantwortung und lavierte besonders bei der zweiten Regierungsübernahme zwischen wirtschaftlichen Reformen und Stagnation und einer schleppenden Privatisierung, welche in einer Finanzkrise 1997 mündete und die BSP nach (gewaltsamen) gesellschaftlichen Protesten zum Rücktritt zwang. Die BSP verharrte bis 2005 in der Opposition. Die Regierungskoalition aus BSP, der Nationalen Bewegung Simeon II. (NBSII)⁵ und DPS verdeutlicht, dass die bipolare Lagerbildung nach 2001 an Bedeutung verloren hat und die BSP nunmehr als Koalitionspartner für ein Mitte-Rechts Bündnis akzeptabel ist. Diese Entwicklung wurde erst möglich, als sich die Parteienlandschaft durch die Wahlerfolge der Nationalen Bewegung Simeon II. (NBSII) im Jahre 2001 und 2005 durch den Einzug der rechtsradikalen ATAKA änderte. Jedenfalls waren die langjährigen Bemühungen der BSP um Bündnisse mit Parteien des anderen Lagers nun erstmals erfolgreich.

Im bulgarischen Parteiensystem sind also in den vergangenen zwanzig Jahren Anzeichen für Stabilität wie auch Instabilität erkennbar: Einerseits ist die Wählervolatilität sehr hoch und die Parteiorganisationen, insbesondere jene der kleinen Parteien, instabil. Es wurden zahlreiche neue Parteien gegründet bzw. bestehende Parteien gespalten. Politische Allianzen, die in Zeiten des Wahlkampfes gegründet wurden, hielten oft nicht lange und waren – nach einer verlorenen Wahl – nie eine Basis für gemeinsame Oppositionsarbeit. Außerdem kam es mehrfach zu frühzeitigen Regierungsrücktritten sowie vorgezogenen Neuwahlen. Die Stabilität hingegen bestand einerseits in der organisatorischen und wahlpolitischen Stärke der Sozialistischen Partei Bulgariens (BSP) sowie in der Bipolarität des Parteiensystems, die bis 2001 den Parteienwettbewerb dominierte und zuweilen allerdings auch relevante Entscheidungsprozesse lähmte.

Diese politische Lagerbildung spiegelt sich in begrenztem Maße auch in den politischen Einstellungen der BürgerInnen wider: Generell sind zwar die Anteile der BulgarInnen, die sich in der politischen Mitte verorten, am höchsten, vergleichsweise sind diese Anteile dennoch niedrig, und es zeichnet sich insgesamt eine breite Streuung der Selbsteinordnung der BulgarInnen auf der Links-Rechts-Skala ab.

⁵ Inzwischen heißt die Partei Nationale Bewegung für Stabilität und Fortschritt (NDSV).

Tabelle 1: Selbstpositionierung der BürgerInnen

	links	2	2	4	5	6	7	8	9	rechts	
Frauen	7,1	5,7	5,7	3,7	21,6	22,1	7,5	10,6	6,5	8,2	100%
Männer	5,8	3	3	9,1	15,6	19,1	12,2	9	4,6	13	100%
total	6,4	4,3	4,3	6,6	18,4	20,5	10	9,8	5,5	10,7	100%

Quelle: European Values Survey Bulgaria (1999-2004); eigene Berechnungen. N = 673. Angaben in Prozent.

Die Zurückhaltung der BürgerInnen, sich als explizit links zu deklarieren, deckt sich allerdings nicht mit der Zustimmung zu spezifisch linken Projekten. Rund zwei Drittel der BulgarInnen sind der Meinung, dass ein Ausgleich der im Postsozialismus neu entstandenen Einkommensunterschiede sehr wichtig bzw. wichtig sei (64,6 Prozent).

In Bezug auf die Rolle des Staates in der Wirtschaft ist die Gesellschaft, ähnlich wie die Parteienlandschaft, polarisiert: Während 19 Prozent der Befragten den Firmen größtmögliche Freiheiten zugestehen, verlangen 16,5 Prozent eine rigide staatliche Kontrolle.⁶ Ähnlich gespalten ist die Lage bezüglich der sozialstaatlichen Aufgaben des Staates. Während 10 Prozent hier in erster Linie die BürgerInnen selbst in der Pflicht sehen, sehen 15 Prozent der Befragten hierin eine klassische Aufgabe des Staates.⁷ Linke Positionen finden also, einer schwankenden Wählerbasis und geringen Selbstpositionierung im linken Spektrum zum Trotz, durchaus die Zustimmung der BürgerInnen. Gleichzeitig wird auch in politischen Sachfragen eine gewisse Polarisierung der Positionen zwischen links und rechts sichtbar.

Auch die programmatische Ausrichtung der Linken war in den vergangenen Jahren von der Konkurrenz der beiden politischen Lager geprägt, in der die Linke insbesondere mit antikommunistischen Slogans angegriffen wurde. Durch die Bildung von Wahlbündnissen und Koalitionen mit der Bulgarischen Sozialistischen Partei (BSP) sahen sich letztlich auch sozialdemokratische und neue linke Parteien dieser Kritik ausgesetzt, die mit dem sozialistischen Bulgarien in keiner Verbindung bzw. ursprünglich in Opposition zur BKP standen. Diese konfrontative Politik stellte insbesondere für die Sozialdemokratie eine Zerreißprobe dar und führte zur Gründung zahlreicher Splitterparteien, die teils mit der BSP kooperierten, teils mit dem konservativen Lager gegen die BSP agierten, und letztlich eigene Wahlerfolge jenseits der Koalitionen nachhaltig verhinderten. Prägend waren darüber hinaus die mit der Transformation verbundenen gravierenden wirtschaftlichen Probleme, die u.a. 1996/97 zu gewalttätigen Ausschreitungen führten sowie der Prozess der europäischen Integration. Insofern besteht die strategische Gemeinsamkeit der Linken insbesondere in der Bündelung der Interessen innerhalb einer – wenn auch in sich heterogenen – Kraft.

Die programmatische Vielfalt der Linken bildet sich jedoch nicht nur in den unterschiedlichen Ausrichtungen der Parteien ab, sondern auch in verschiedenen Plattformen innerhalb der BSP,

⁶ World Values Survey 1999: Frage: The state should give more freedom to firms vs The state should control firms more effectively (Skala 1The state should give more freedom to firms – 10 The state should control firms more effectively, im Text nur 1 bzw. 10 angeführt).

⁷ World Values Survey 1999: Frage: People should take more responsibility to provide for themselves vs The government should take more responsibility to ensure that everyone is provided for (Skala 1-10, im Text nur 1 bzw. 10 angeführt).

zu denen unter anderem die Bewegung für Vereinigung und Entwicklung, die Alternative Sozialistische Vereinigung, die Allianz für Soziale Demokratie, die so genannte „Road to Europe“, die Marxistische Plattform, die Marxistische Alternative, das Offene Forum sowie die Sozialdemokratische Union gehören. Sie ist zudem die einzige Partei, welche in ihren Statuten ideologischen Pluralismus verankert hat und weit reichende Regeln zur internen Demokratie formuliert.

Demzufolge war die programmatische Neuausrichtung der Partei in den vergangenen zwanzig Jahren von der Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit als Staatspartei einerseits und der zuweilen schwierigen Suche nach einem parteiinternen Konsens andererseits geprägt. Was die Bulgarische Sozialistische Partei (BSP) von anderen kleinen Parteien der linken Mitte unterscheidet, ist ihr Selbstverständnis als marxistische Partei und Partei des demokratischen Sozialismus sowie ihre antikapitalistische Kritik. Die BSP legt Wert darauf, zivilgesellschaftliche Kräfte in diese Diskussion mit der Partei einzubinden. Eine so genannte „Bürger-Quote“⁸ soll dazu dienen, Nicht-Mitglieder über die BSP-Liste in das Parlament wählen zu lassen. Die BSP steht außerdem für soziale Gerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit ein. Allerdings liegt die Koalition für Bulgarien mit 18 Prozent Frauenanteil bei den Abgeordneten unter der durchschnittlichen Frauenquote im bulgarischen Parlament (22 Prozent). 2005 wurde eine Frauenorganisation innerhalb der BSP wieder neu gegründet. Im 21-köpfigen Parteivorstand sitzen derzeit 7 Frauen. Die historische Bulgarische Sozialdemokratische Partei (BSDP) und andere sozialdemokratische Splittergruppen stehen hingegen für soziale Marktwirtschaft und befürworteten im Gegensatz zur BSP bereits zu Beginn der 1990er einen möglichst schnellen Integrationsprozess in der Europäische Union.

Die Transformation und die europäische Integration verlangten allen politischen Kräften Bulgariens einen neoliberalen Wirtschaftskurs ab, der zu einer Verarmung breiter Schichten sowie zu einer wachsenden Diskrepanz zwischen Arm und Reich geführt hat. Dies führte u.a. dazu, dass die Bulgarische Sozialistische Partei (BSP) in Regierungsverantwortung zuweilen im Widerspruch gegen ihre eigenen programmatischen Ziele handelte. So hat sie beispielsweise die Privatisierung und den Abbau des Sozialstaates zwischen 1995 und 1997 maßgeblich vorangetrieben. Gerade dieser Widerspruch löste parteiinterne Konflikte sowie eine Eskalation des politischen Konfliktes in Massendemonstrationen 1996/97 mit aus. Generell zeichnet sich darüber hinaus ein problematisches Verhältnis der BürgerInnen zur politischen Elite in ihrer Gesamtheit ab. Die politische Elite wird nicht selten mit Klientelismus gleichgesetzt und steht unter dem (nicht unbegründeten) Verdacht der Selbstbereicherung und Korruption. So äußerten 72 Prozent der Befragten, dass sie (sehr) wenig Vertrauen in das Parlament haben. Fast drei Viertel der Befragten haben (sehr) wenig Vertrauen in das Sozialversicherungssystem.⁹

Die bulgarische Linke kann einen wichtigen Beitrag zur Vertiefung der Beziehungen zu anderen Ländern des postsozialistischen Raumes, insbesondere den Nachfolgestaaten der UdSSR leisten. Die Bulgarische Sozialistische Partei (BSP) versteht sich dabei selbst in einer Brückenfunktion zwischen dem industrialisierten Westen und dem rückständigen Osten Europas. In diesem Zusammenhang spielen die derzeit engen Beziehungen zu Russland wiederum eine zentrale

⁸ Diese BürgerInnen müssen Experten oder anerkannte öffentliche Personen sein. Bei den Wahlen 2005 wurden 20 Prozent der BSP-Listenplätze an BürgerInnen vergeben, die nicht BSP-Mitglieder waren.

⁹ Vgl. European Values Survey Bulgaria (1999-2004).

Rolle. Außerdem fordern insbesondere die Regierungsmitglieder der Bulgarischen Sozialistischen Partei (BSP) eine neue Donauraumstrategie der Europäischen Union.

Quellen und weiterführende Literatur

Autengruber, Christian: Die politischen Parteien in Bulgarien und Rumänien. Eine vergleichende Analyse seit Beginn der 90er Jahre, Stuttgart 2006.

Baeva, Iska / Kalinova Evgenia: Bulgarien von Ost nach West, Wien 2009.

Büchschütz, Ulrich / Georgiev, Ivo: Nationalismus, nationalistische Parteien und Demokratie in Bulgarien seit 1989, in: Südosteuropa 50/4-6 2001, S. 233-262.

Glass, Christy M.: Gender and Work during transition: Job loss in Bulgaria, Hungary, Poland and Russia, in: East European Politics and Society 22/4 2008, S. 757-783.

Karasimeonov, Georgi: The Crisis of the First Post-communist Party System in Bulgaria. Paper presented at the ECPR 2004 JOINT SESSIONS OF WORKSHOPS April 13-18 2004 Uppsala, Sweden. <http://www.essex.ac.uk/ecpr/events/jointsessions/paperarchive/upsala/ws2/Karasimeonov.pdf>

Karasimeonov, Georgi: Internal Party Democracy. The Case of Four Major Political Parties. In: Friedrich-Ebert-Stiftung / Karasimeonov, Georgi (Hrsg.): Organizational structures and internal party democracy in South Eastern Europe, Sofia 2005, S. 96-113.

Meznik, Michael: Extremismus in Bulgarien. Zwischen verspätetem Rechtsextremismus und verschwundenem Linksextremismus, in: Jesse, Eckhard/Thieme, Tom (Hrsg.): Extremismus im vereinten Europa (im Erscheinen).

de Nève, Dorothée: Koalitionen in Albanien, Bulgarien und Rumänien: Überwindung des régime divide mit Hindernissen, in: Kropp, Sabine/Schüttemeyer, Suzanne S./Sturm, Roland (Hrsg.): Koalitionen in West- und Osteuropa. Opladen 2002. S. 301-342.

de Nève, Dorothée 2002: Sozialdemokratische und sozialistische Parteien in Südosteuropa. Albanien, Bulgarien und Rumänien 1989-1997, Opladen 2002.

Riedel, Sabine: Das politische System Bulgariens, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen System Osteuropas, Opladen 2005, S. 593-636.

Spirova, Maria: Europarties and party development in EU-candidate states: The case of Bulgaria, in: Europe Asia Studies 60/5, 2008, S. 791-808.

Links:

<http://www.a-bg.net/> Föderation der Bulgarischen Anarchisten

<http://www.ataka.bg/ATAKA>

<http://www.bgrf.org/> Bulgarian Gender Research Foundation

[http://www.bsp.bg/Bulgarische Sozialistische Partei](http://www.bsp.bg/Bulgarische_Sozialistische_Partei)

<http://www.bulgariangreens.org> Die Grünen

<http://www.bznsas.org/> Bulgarischer Bauernvolksbund Alexander Stamboliiski

<http://www.cwsp.bg/htmls/home.php> Center of Women's Studies and Policies

[http://www.dps.bg/Bewegung für Rechte und Freiheiten](http://www.dps.bg/Bewegung_für_Rechte_und_Freiheiten)

<http://www.greenparty.bg/> Grüne Partei Bulgariens

<http://www.knsb-bg.org/knsb/> Konföderation der Unabhängigen Gewerkschaften Bulgariens (KNSB)

<http://www.ndsv.bg/> Partei Nationale Bewegung für Stabilität und Fortschritt, vormals Nationalen Bewegung Simeon II. (NBSII)

<http://www.pbs-d.bg/> Partei der Bulgarischen Sozialdemokratie

<http://www.podkrepa.org/content/> Gewerkschaft Podkrepa

<http://www.sds.bg/> Union der Demokratischen Kräfte

<http://www.socialdemocrati.org> Politische Bewegung

Die Linke in Rumänien

Dorothee de Nève / Tina Olteanu

Im Herbst 1989 trat die so genannte Front der Nationalen Rettung (FSN) erstmals in Erscheinung, indem sie einen anonymen Appell an die Delegierten des 14. Parteitages der Rumänischen Kommunistischen Partei (PCR) richtete. Aus dieser Front der Nationalen Rettung, die sich später als revolutionäre Bewegung verstand, ging eine Vielzahl linker Parteien hervor, die den politischen Transformationsprozess entscheidend prägten. Für die Entwicklung linker Parteien nach 1989 waren die Erfahrungen der Zwischenkriegszeit und das nationalkommunistische Regime von Nicolae Ceaușescu (1967 bis 1989) prägend. Die rumänische Parteienlandschaft ist einerseits als sehr stabil zu bezeichnen. Seit Beginn der Transformation kam es niemals zu vorgezogenen Wahlen, und die Sozialdemokratische Partei Rumäniens (PSD) änderte zwar im Laufe der Zeit mehrfach den Namen,¹ war stets jedoch eine der wichtigsten politischen Parteien. Andererseits ist der Parteienwettbewerb sehr fluide, da Parteien in wechselnden Koalitionen agierten, es zu zahlreichen Parteiabspaltungen und -neugründungen kam und ParteianhängerInnen und MandatsträgerInnen selbst oft ihre parteipolitische Zugehörigkeit änderten. Insofern ist auch das Vertrauen der BürgerInnen in die politischen Parteien insgesamt gering. Patronage, politische Skandale und Korruption haben das Vertrauen der BürgerInnen – auch in linke Parteien – zusätzlich erschüttert.

Gemäßigte, radikale und alternative Linke

Das linke Spektrum in Rumänien besteht heute aus drei verschiedenen Strömungen:

(i) Die etablierte, gemäßigte Linke im Parlament knüpft sowohl an die rumänische Tradition des Nationalkommunismus – obwohl sie sich explizit nicht als Nachfolgepartei der PCR versteht – als auch die historische Sozialdemokratie an und ist heute als linke Mitte zu bezeichnen. Sie wird seit 2004 exklusiv von der Sozialdemokratischen Partei Rumäniens (PSD) vertreten. Dabei handelt es sich um die politisch erfolgreichste Partei Rumäniens, mit der in den vergangenen zwanzig Jahren zahlreiche kleinere Parteien, unter anderem auch die historische Sozialdemokratische Partei Rumäniens (PSDR), fusionierten. Sie stand seit Beginn der Transformation in unterschiedlichen Koalitionskonstellationen in Regierungsverantwortung und hat somit die Phase der Verfassungsgebung, der politischen und wirtschaftlichen Transformation sowie die Annäherung bis hin zur Mitgliedschaft in die Europäische Union maßgeblich mit gestaltet. Als mitgliederstärkste Partei weist die PSD im Gegensatz zu anderen Parteien des fragmentierten

¹ Die Partei firmierte unter den Namen Front der Nationalen Rettung (FSN), Demokratische Front der Nationalen Rettung (FDSN), Partei der Sozialen Demokratie Rumäniens (PDSR) und aktuell Sozialdemokratische Partei Rumäniens (PSD).

rumänischen Parteiensystems eine flächendeckende Organisationsstruktur sowie etablierte Frauen-, Senioren- und Jugendorganisationen auf, die auf parteiinterne Entscheidungsprozesse eine begrenzte Einflussmöglichkeit haben. Die PSD pflegt enge Bindungen zu Gewerkschaften. Im Vorfeld der Lokalwahlen 2008 wurde beispielsweise ein Pakt zwischen der nationalen Konföderation der freien Gewerkschaften (CNSLR) und der PSD erneuert, welcher eine engere Zusammenarbeit vorsieht. Neben der Anhebung des Mindestlohns ist darin auch eine Beteiligung an einer zukünftigen Regierung vereinbart worden. Die PSD kooperiert international als Mitglied der Sozialistischen Internationalen (SI) und der Europäischen Sozialdemokratischen Partei (PES). In den vergangenen Jahren galt auch eine zweite Partei, die aus der Front der Nationalen Rettung hervorgegangen war, die so genannte Demokratische Partei (PD)² als eine Partei der linken Mitte. Sie vollzog jedoch spätestens im Kontext der Wahlen 2004 einen programmatischen Wandel und definiert sich nun als Volkspartei der rechten Mitte, die sich zudem mit einem abgespaltenen Flügel der National-Liberalen Partei (PNL) zur Demokratisch-Liberalen Partei (PDL) zusammenschloss.

(ii) Die radikale Linke agiert inzwischen ausschließlich im außerparlamentarischen Raum, da die ihr zugehörigen Parteien bei Wahlen nicht genügend Wählerstimmen gewinnen, um die Sperrklausel zu überwinden, bzw. weil sie keinen geeigneten Partner finden, um in Wahlbündnissen anzutreten. Die Sozialistische Partei der Arbeit (PSM) formulierte den Anspruch, die legitime Nachfolgepartei der Rumänischen Kommunistischen Partei (PCR) zu sein. Allerdings wurde ihr gerichtlich untersagt, den Namen der ehemaligen Staatspartei zu tragen (2002). Die Partei der Sozialistischen Allianz (PAS) ist eine linke Abspaltung der PSM, welche 2003 die Fusion mit der PSD ablehnte. Die PAS gehört zu den Gründungsmitgliedern der Europäischen Linkspartei. Zum Lager der radikalen Linken gehören außerdem die Neue Kommunistische Partei (nPCR), die ebenfalls 2003 gegründet wurde sowie die Volkspartei der sozialen Sicherung (PPPS). Die radikale Linke Rumäniens steht im Gegensatz zur linken Mitte in erster Linie in der Tradition der nationalkommunistischen Vergangenheit und des demokratischen Sozialismus. Nach wiederholten Parteiumbenennungen, Fusionen und Abspaltungen ist die außerparlamentarische Linke nunmehr marginalisiert, stark fragmentiert, teils politisch radikalisiert und zuweilen auch nationalistisch.

(iii) Hinzu kommt schließlich auch eine äußerst schwach ausgeprägte linke alternative Szene. Sie besteht derzeit aus kleinen politischen Gruppierungen, die von EinzelaktivistInnen gegründet wurden und die sich in der Zivilgesellschaft engagieren, wie das Romanian Social Forum oder Attac Romania sowie vereinzelt „single issue“ Aktionen, wie etwa die Verhinderung einer Goldmine in RoşMontană. So fehlen der Linken gesellschaftspolitische Bündnispartner, insbesondere etwa im Bereich der Umwelt- und Frauenorganisationen. Die relative Schwäche dieser Organisationen hängt mit deren mangelnder Vernetzung, dem geringen Rückhalt in der Bevölkerung sowie der allgemeinen Ressourcenknappheit zivilgesellschaftlicher Akteure zusammen. Insofern konnte in Rumänien in den vergangenen Jahren kaum eine linke alternative Protestkultur entstehen, die politischen Widerstand organisieren könnte.

²Die Partei hieß früher Front der Nationalen Rettung (FSN) bzw. Sozialdemokratische Union (USD) bzw. Demokratische Partei (PD) und aktuell Demokratisch-Liberalen Partei (PDL).

Öffentliche Meinung und Wahlerfolge

Die Wahlergebnisse seit Beginn der 1990er und Umfragen belegen, dass einerseits die Zustimmung für linke Positionen bei BürgerInnen gering, andererseits das WählerInnenpotential für die linke Mitte hoch und stabil ist. Rund ein Drittel der Befragten ordnen sich der linken Mitte zu, wobei hier der Anteil der Frauen bei 36,8 Prozent, jener der Männer bei 26,8 Prozent liegt. Lediglich 5,5 Prozent der BürgerInnen in Rumänien verorten sich selbst als links im politischen Spektrum; der Anteil der Männer ist hier etwas größer als jener der Frauen (siehe Tabelle 1). Insgesamt betrachtet ist also davon auszugehen, dass rund die Hälfte der WählerInnen mit linken bzw. sozialdemokratischen Positionen sympathisiert.

Tabelle 1: Selbstpositionierung der BürgerInnen

	links	2	3	4	5	6	7	8	9	rechts	
Frauen	4,3	2,7	4,7	3,5	36,8	19	7,4	8,9	3,1	9,7	100%
Männer	6,4	3,2	5	5,6	26,8	18,3	10,9	10,3	5	8,5	100%
total	5,5	3	4,9	4,7	30,9	18,6	9,4	9,8	4,3	9	100%

Quelle: European Values Survey Romania (1999-2004); eigene Berechnungen. N = 635. Angaben in Prozent.

Während bei Wahlen die Koalitionen der linken Mitte tatsächlich oft den höchsten Stimmenanteil aller Parteien erzielten, konnten linke Parteien wie die Partei der Sozialistischen Allianz (PAS) und die Volkspartei der sozialen Sicherheit (PPPS) nur sehr wenige Stimmen auf sich vereinigen (Abbildung 1).³ Seit den Wahlen 1990 ist zwar ein kontinuierlicher Rückgang des linken Wählerspektrums zu verzeichnen, dennoch fand die politische Linke stets die Zustimmung bei mehr als 30 Prozent der WählerInnen. Die artikulierten politischen Präferenzen der BürgerInnen spiegeln sich insofern in den Wahlergebnissen wider, als die linke Mitte eine dominante Rolle spielt. Der Linken hingegen gelingt es bislang nicht, ihr politisches Mobilisierungspotential auszuschöpfen. Die parteipolitisch organisierte Linke in Rumänien ist durch die Zeit vor 1989 stark diskreditiert. Das führt zu dem Paradox, dass die Selbstpositionierung als „links“ zwar schwach ausgeprägt ist, teilweise aber linke Politiken großen Zuspruch erfahren. Dies wird beispielsweise in den politischen Einstellungen der BürgerInnen zu Einkommensunterschieden erkennbar: Privatisierung und wirtschaftlichen Transformation führten auch in Rumänien zu einer dramatischen Vergrößerung der Einkommensunterschiede. Die große Mehrheit der BürgerInnen erachten diese Einkommensunterschiede als ungerecht und vertreten die Meinung, dass der Staat in der Pflicht sei (Tabelle 2). Er müsse Kontrolle auf Firmen ausüben, die Renten sichern sowie die Bildungschancen erhöhen

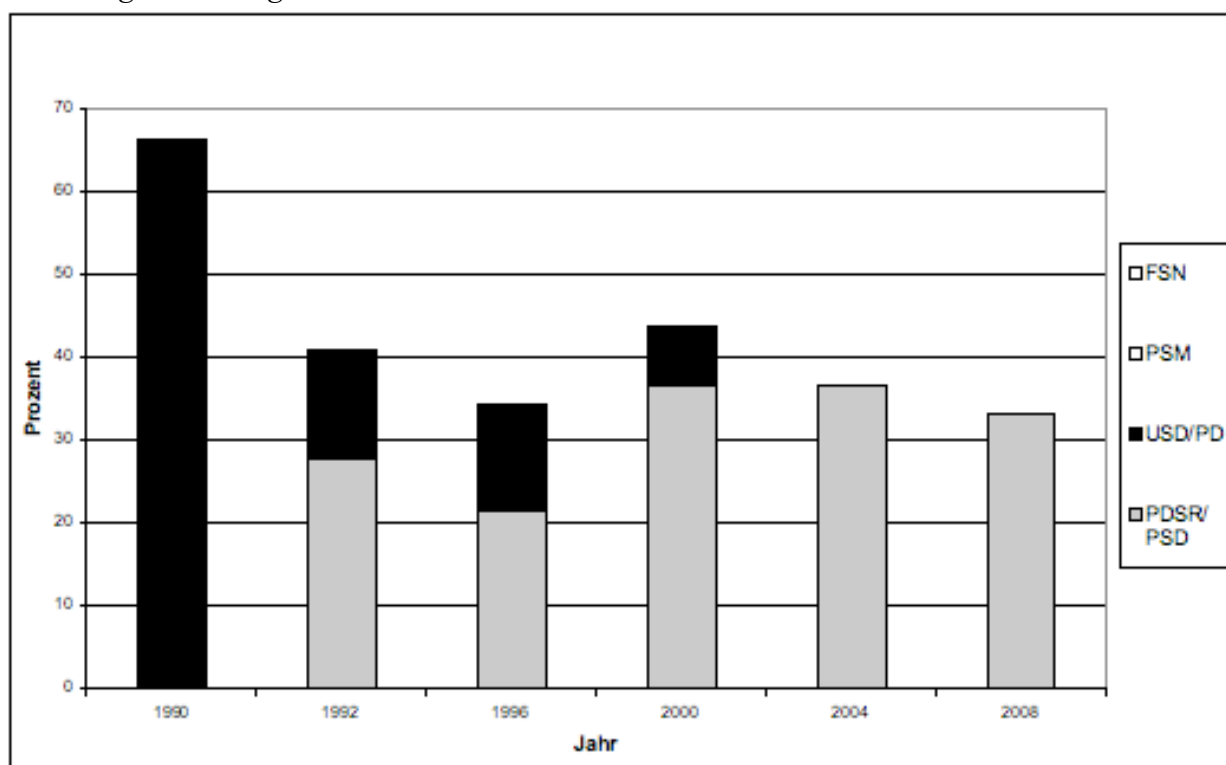
³ Bei den Parlamentswahlen 2008 gewann die PAS 585 gültige Stimmen (0,008 Prozent), die PPPR 8.388 gültige Stimmen (0,12 Prozent) von 688.679 gültigen Stimmen für das Unterhaus. Vgl. http://www.becparlamentare2008.ro/rezul/COMUNICAT_PRAG.pdf, abgerufen am 10.2.2009.

Tabelle 2: Aufhebung der großen Einkommensunterschiede

	Sehr wichtig (1)	2	3	4	überhaupt nicht wichtig (5)
Frauen	43,1	43,1			
Frauen	43,1	43,1	8,1	3,8	1,9
Männer	45,7	38	8,5	4,7	3,2
total	44,4	40,5	8,3	4,3	2,6

Quelle: European Values Survey Romania (1999-2004); eigene Berechnungen. N = 1052. Angaben in Prozent.

Abbildung 1: Wahlergebnisse linker Parteien bei Parlamentswahlen seit 1990



Quelle: Autengruber 2006: 169-180; Olteanu 2008: 165

Die Wahlerfolge der Sozialdemokratischen Partei Rumäniens (PSD) beruhen zum einen auf den überdurchschnittlich hohen Stimmenanteilen im Osten und Südosten des Landes (Muntenia, Oltenia und Dobrogea). Zum anderen gelingt es ihr, WählerInnen aller Generationen anzusprechen: Ein Viertel der JungwählerInnen (18 bis 29 Jahre) wählt die PSD (25,2 Prozent), der Anteil der älteren Generation (> 60 Jahre) liegt bei 39,2 Prozent.⁴ Bei anderen linken Parteien, insbesondere die Neue Kommunistische Partei (nPCR), ist hingegen eine deutliche Überalterung der Anhängerschaft zu verzeichnen.

⁴ Vgl. Biroul de Cercetări Sociale: Sondaj de opinie publică, 10-14 noiembrie 2008.

Die linken Parteien im rumänischen Parlament weisen ein pragmatisches bis opportunistisches Koalitionsverhalten auf. Insbesondere die starke Position der Sozialdemokratischen Partei Rumäniens (PSD) ermöglichte es ihr in den vergangenen Jahren, vielfältige Koalitionsoptionen zu nutzen. So koalierte sie etwa von 1992-1996 mit rechtspopulistischen/-radikalen Parteien⁵ und ging 2004 und 2008 ein Wahlbündnis mit der Humanistischen Partei Rumäniens (PUR)⁶ ein, die als wirtschaftsliberal und wertkonservativ zu bezeichnen ist. Im Jahre 2000 gelang es der PSD, eine Minderheitenregierung zu bilden. Zwar erhielt sie nur 36,6 Prozent der Stimmen, jedoch 44,9 Prozent der Sitze. Die fehlenden Sitze zur Mehrheit rekrutieren sich nach und nach aus Abgeordneten anderer Parteien, die sich der PSD anschlossen.

Während der Legislaturperiode 2004-2008 unterstützte die PSD nach dem Bruch der Mitte-Rechts-Koalition die Minderheitenregierung der National-Liberalen Partei. Ein Bündnis mit der Demokratischen Partei (PD), welche der PSD am nächsten lag, kam allerdings aufgrund persönlicher Rivalitäten nicht zustande. Erst 2008, nach dem erwähnten programmatischen Wandel der PD, regierte ein Bündnis aus der Sozialdemokratischen Partei Rumäniens (PSD) und der Liberaldemokratischen Partei (PDL).⁷ Dieses neue Bündnis der politischen Mitte scheint der Beweis dafür zu sein, dass das über die letzten zwei Jahrzehnte konstruierte und instrumentalisierte Cleavage von Post- und Antikommunisten an Wirkungsmacht verliert. Denn zuvor hatten sämtliche Parteien des rumänischen Parteiensystems eine Mischung aus neuen Eliten und ehemaligen Mitgliedern der Kommunistischen Partei rekrutiert. Das zuweilen opportunistische Koalitionsverhalten der vergangenen Jahre ist außerdem ein Indiz dafür, dass bei diesen Bündnissen die Bildung von Mehrheiten (office seeking coalitions), weniger programmatische Ziele, von vorrangiger Bedeutung waren.

Der außerparlamentarischen Linken gelingt es aufgrund der oben erwähnten organisatorischen Schwäche und der mangelnden Unterstützung seitens der BürgerInnen nicht, auf die relevanten politischen Entscheidungsprozesse Einfluss zu nehmen.

Programmatische Ausrichtung und Inhalte der Linken in Rumänien

Die programmatische Ausrichtung der politischen Linken in Rumänien ist jenseits der traditionell nationalen Orientierung sämtlicher Parteien im Wesentlichen von zwei thematischen Schwerpunkten geprägt, die zuweilen auch zu Konflikten innerhalb des eigenen politischen Lagers führen.

(i) Privatisierung und Arbeitsmarkt: Während sich die Sozialdemokratische Partei Rumäniens (PSD)⁸ Anfang der 1990er noch für einen graduellen Weg einsetzte und lediglich eine Teilprivatisierung der Staatsbetriebe anstrebte, steht die Partei heute für soziale Marktwirtschaft und lehnt eine Regulierung des Arbeitsmarktes weitestgehend ab. Im Gegensatz hierzu fordert die außerparlamentarische Linke die Kontrolle bzw. Abschaffung der freien Marktwirtschaft sowie den Ausbau der staatlichen Beschäftigungspolitik.

⁵ Die Partei hieß damals noch Demokratische Front der Nationalen Rettung (FDSN). Koalitionspartner auf exekutiver und legislativer Ebene waren unter anderem die Partei der Nationalen Rumänischen Einheit (PUNR) und die Großrumänienpartei (PRM).

⁶ Heute Konservative Partei (PC).

⁷ Die Partei hieß früher Front der Nationalen Rettung (FSN) bzw. Sozialdemokratische Union (USD) bzw. Demokratische Partei (PD).

⁸ Damals noch Front der Nationalen Rettung (FSN) bzw. Demokratische Front der Nationalen Rettung (FDSN).

(ii) Europäische Union: Die Sozialdemokratische Partei Rumäniens (PSD) hat ihre ursprünglichen Bedenken zu einer EU-Mitgliedschaft gänzlich überwunden und in der Zeit ihrer Regierungsverantwortung den Integrationsprozess wesentlich voran getrieben. Für die außerparlamentarische Linke ist die Debatte um die Europäische Union entweder kein Gegenstand (nPCR) oder sie betont, dass die Verwirklichung der programmatischen Ziele in Zusammenarbeit und Einklang mit den anderen europäischen Ländern erfolgen soll. Lediglich die Partei der Sozialistischen Allianz (PAS) verweist darauf, dass sie ein Europa der Nationen anstrebt und artikuliert damit indirekt auch Kritik an der Europäischen Union als Institution. Insbesondere in diesen beiden Politikfeldern werden also die programmatischen Unterschiede und Ähnlichkeiten zwischen der etablierten Sozialdemokratie einerseits und der außerparlamentarischen Linken andererseits erkennbar.

Darüber hinaus ist es ein Verdienst der Linken, dass sie sich für Gleichstellungspolitik einsetzt. Während das politische System im Rumänien weiterhin stark von Männern dominiert wird, sehen die Statuten der PSD eine proportionale Beteiligung von Frauen in politischen Ämtern von mindestens 25 Prozent vor. Allerdings gilt anzumerken, dass die Partei derzeit noch hinter ihren eigenen Zielvorgaben zurückbleibt, denn lediglich zwei der 14 VizepräsidentInnen der Parteileitung sind weiblich. Die PSD ist in den beiden Kammern des rumänischen Parlaments mit einem überdurchschnittlich hohen Frauenanteil vertreten: Aktuell sind im Abgeordnetenhaus 14 Prozent der PSD (Durchschnitt 11,4 Prozent), im Senat 8 Prozent (Durchschnitt 5,8 Prozent) Frauen. Auf Bestreben einer Parlamentarierin der PSD wurde 2000 erstmalig eine parlamentarische Kommission für die Chancengleichheit von Frauen und Männern eingerichtet.

Jenseits der Geschlechterpolitik besteht für die Linke die Chance darin, die Interessen politisch, wirtschaftlich und sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen zu artikulieren. So fordert etwa die Volkspartei der sozialen Sicherung (PPPS) den „Stopp des Genozids an den RentnerInnen“ und verlangt weitreichende Maßnahmen zu deren sozialen Sicherung. Beklagenswert ist, dass trotz der deklarierten Ablehnung jeglicher Form von Diskriminierung eine nationalistische Tendenz mitschwingt, wenn etwa über die autochthone Wirtschaft oder den potentiellen Kontrollverlust in Transilvanien gesprochen wird. Zum Teil werden Sanktionen gegen Personen ethnischer Minderheiten und Rumänen, welche das Land beleidigen, gefordert. Sogar das Singen von Nationalhymnen und das Anbringen von (nicht rumänischen) nationalen Symbolen sollen verboten werden.

Insbesondere die Sozialdemokratische Partei Rumäniens (PSD) stößt immer wieder durchaus relevante Reformprozesse an, beispielsweise zur innerparteilichen Demokratie,⁹ zum Dialog mit gesellschaftlichen linken Kräften¹⁰ und zur Gleichstellungspolitik. Dies unterscheidet sie grundlegend von den anderen etablierten Parteien. Diesen Reformprozessen stehen allerdings zuweilen der gesellschaftliche Wertkonservatismus sowie der Widerstand in der eigenen Partei entgegen. Dies führt unter anderem dazu, dass die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften, die Diskriminierung der Roma und andere gesellschaftspolitisch relevante Fragen von der Linken nicht thematisiert werden.

⁹ Im Kontext der Parlamentswahlen 2004 etablierte die PSD ein neues innerparteiliches Auswahlverfahren zur Nominierung der KandidatInnen.

¹⁰ 2008 trat die PSD in einen neuen gesellschaftlichen Dialog mit linken Kräften, um die Partizipation der BürgerInnen jenseits der Wahlen anzuregen.

Von der Sozialdemokratie gehen wichtige Impulse für die Europäische Nachbarschaftspolitik aus. So tritt sie speziell für ein stärkeres europäisches Engagement in der Republik Moldau ein, insbesondere mit dem Ziel einer potentiellen EU-Mitgliedschaft. Ebenso zentral sind die Beziehungen zu Ländern in der europäischen Peripherie wie der Ukraine und Georgien sowie zur Schwarzmeerregion. Die EU muss hier verstärkt reagieren, und Rumäniens Linke könnte hier vermittelnd wirken.

Quellenangaben und ergänzende Literatur

Autengruber, Christian: Die politischen Parteien in Bulgarien und Rumänien. Eine vergleichende Analyse seit Beginn der 90er Jahre. Stuttgart 2006.

Gross, Peter/Tismaneanu, Vladimir: The End of Postcommunism in Romania. In: Journal of Democracy 16.2 (2005) 146-162.

Mungiu-Pippidi, Alina: The Romanian Postcommunist parties. A success story. In: Bozóki Andras/ Ishiyama John T. (ed.): The Communist Successor Parties of Central and Eastern Europe. Armonk 2002. S. 188-205.

de Nève, Dorothée: Sozialdemokratische und sozialistische Parteien in Südosteuropa. Albanien, Bulgarien und Rumänien 1989-1997, Opladen 2002.

de Nève, Dorothée 2002: Koalitionen in Albanien, Bulgarien und Rumänien: Überwindung des régime divide mit Hindernissen, in: Kropp, Sabine/Schüttemeyer, Suzanne S./Sturm, Roland (Hrsg.): Koalitionen in West- und Osteuropa, Opladen 2002, S. 301-342.

Olteanu, Tina 2008: Rumänien: Vom Einparteiensystem zum Einheitsbrei? In: Bos, Ellen/Segert, Dieter: Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts. Opladen 2008, S. 147-166.

Pop-Eleches, Grigore: A party for all seasons: Electoral adaption of Romanian Communist successor parties. In: Communist and Postcommunist Studies, 41/4, 2008, S. 465-479.

Links

<http://www.forumsocialroman.ro> Soziales Forum
<http://www.guengl.org> Europäische Linke
<http://www.npcr.ro/> neue kommunistische Partei Rumäniens
<http://www.pasro.ro/> Sozialistische Allianz Rumäniens
<http://www.pd.ro/> Demokratisch-liberale Partei Rumäniens
<http://www.pes.eu/> Europäische Sozialdemokratische Partei
<http://www.pnl.ro> National-liberale Partei Rumäniens
<http://www.ppps.ro/> Volkspartei der sozialen Sicherung
<http://www.psd.ro/> Sozialdemokratische Partei Rumäniens
<http://www.pur.ro/> Konservative Partei
<http://www.socialistinternational.org/> Sozialistische Internationale

ÖDP – Eine türkische Linkspartei zwischen Patriotismus und Linksliberalismus

Cem Sey

Mustafa Kemal Atatürk, der Gründer der Türkischen Republik, hat einmal zynisch bemerkt, dass die politische Elite des Landes die Kommunistische Partei selbst gründen würde, wenn daran Bedarf bestünde. Im Jahr 1920, kurz nach diesem Ausspruch, rief die Regierung die Gründer der der Kommunistischen Partei der Türkei (TKP), welche diese ohne Rücksprache mit Atatürk im aserbaidzhanischen Baku gegründet hatten, dazu auf, nach Anatolien zu kommen und sich dem Befreiungskrieg der Türken anzuschließen. Mustafa Suphi, der Generalsekretär der Partei, und 14 seiner Genossen folgten dem Aufruf. Sie wurden in der Hafenstadt Trabzon an der Schwarzmeerküste auf Ankaras Befehl hin überwältigt, aufs Meer hinausgefahren, ermordet und ins Wasser geworfen.

Seit dieser Zeit hat sich die grundsätzlich feindliche Haltung des türkischen Staates gegenüber den Linken in der Türkei kaum gewandelt. Mit dem Militärputsch am 12. September 1980, der in Brutalität dem Pinochet-Putsch in Chile in Nichts nachstand, erreichte die historisch gewachsene Atmosphäre der Unterdrückung eine neue Qualität.

Ob sich türkische Linke heute mit der unterdrückten Minderheit der Kurden solidarisiert, in Istanbul den 1. Mai feiern will oder sich für die lückenlose Aufklärung des Mordes am armenischen Journalisten Hrant Dink einsetzt, stets muss sie mit Vergeltungsaktionen des Staates rechnen. Während die Regierung in Ankara mit der EU über eine Vollmitgliedschaft verhandelt, werden Linke verfolgt, auf offener Straße zusammengeschlagen und mit Gewalt eingeschüchtert. So geschehen am 16. Januar 2009: An jenem Freitag hatten tausende Islamisten in Istanbul nach dem Freitagsgebet gegen den Krieg in Gaza protestiert. Die Demonstration wurde von der Polizei geschützt und von einigen Fernsehsendern live übertragen. Als am selben Abend in Ankara einige hundert linke Schüler gegen denselben Krieg demonstrieren wollten, durften sie nicht einmal fünf Meter weit marschieren. Die Jugendlichen wurden von schwerbewaffneten Polizisten brutal zusammengeschlagen, viele wurden verhaftet.

Diese Unterdrückung sorgt seit Jahren für eine Neuauflage der stets selben Probleme: Die türkischen Linken sind untereinander zerstritten und verfeindet, sie können in der Bevölkerung kaum Sympathien finden und haben daher zu wenig Zulauf. Der Zusammenbruch des sozialistischen Systems hat diese Probleme verstärkt. Diese Schwierigkeiten und die politischen Rahmenbedingungen lassen der Partei der Freiheit und Solidarität (*Özgürlük ve Dayanisma Partisi*, kurz ÖDP) als Mitglied der Europäischen Linken nur einen geringen Spielraum, in welchem sie ihre Arbeit fortführen kann.

Gründung, Zusammensetzung und Entwicklung der ÖDP

Als sich die ÖDP 1996 gründete, wurde sie schnell zur Hoffnungsträgerin vieler Revolutionäre und Sozialisten im Land. Die Partei war ein Zusammenschluss verschiedener älterer linker Gruppen und Parteien, die bereits vor dem Militärputsch von 1980 aktiv gewesen waren, aber zuvor nur punktuell zusammenarbeiten konnten oder wollten.

Die treibenden Kräfte der neuen Partei waren Einzelpersonen, die vor dem Putsch aktiv Politik betrieben hatten und Organisationen wie dem Revolutionären Weg (*Dev-Yol*), der Kommunistischen Partei der Türkei (*Türkiye Komünist Partisi*, kurz TKP), der Arbeiterpartei der Türkei (*Türkiye İsci Partisi*, kurz TIP), der Befreiung (*Kurtulus*) oder den Trotzlisten nahe standen. Eine erhebliche Zahl der Gründungsmitglieder verließ die ÖDP allerdings schon im Jahr 2001 wieder, nachdem die Partei bei ihren ersten Parlamentswahlen lediglich 0,8 Prozent der Stimmen erhalten hatte.

Heute gibt es zwei große Fraktionen in der Partei: Die Revolutionäre Solidarität und die Freiheitliche Linke. Frühere Mitglieder und Sympathisanten des Revolutionären Weges bilden in beiden Fraktionen die Mehrheit. Beim letzten, außerordentlichen Parteitag am 1. Februar 2009 erreichte die Fraktion der Revolutionären Solidarität eine knappe Mehrheit in den Führungsgremien der Partei. Der einzige Parlamentsabgeordnete der ÖDP, Ufuk Uras, der bis dahin auch der Vorsitzende der ÖDP war, wurde im Februar abgewählt. Hayri Kozanoğlu, der bereits zwei Mal ÖDP-Vorsitzender gewesen war, wurde wieder gewählt, diesmal mit dem Auftrag, die Partei bis zum ordentlichen Parteitag im Juni 2009 zu führen. Bei den letzten Parlamentswahlen im Juli 2007 konnte die ÖDP ca. 80.000 Stimmen auf sich vereinen. Damit ist sie ungefähr genauso stark wie beispielsweise die Kommunistische Partei der Türkei (TKP).

Hayri Kozanoğlu erklärte im Interview, dass die Partei zurzeit hauptsächlich von Alt-Linken und Studenten unterstützt wird. Jedoch auch Berufsverbände wie die Ingenieurskammer hätten eine revolutionäre Tradition, die heute der ÖDP zugute komme.¹ Kozanoğlu berichtet zudem, dass die Beziehungen zum Dachverband linker Gewerkschaften, DISK, gut seien. Weiterhin weist er darauf hin, dass die Gewerkschaft des Öffentlichen Dienstes (KESK) 1995 mit Hilfe von Kadern gegründet wurde, die ein Jahr später die ÖDP gründeten. Allgemein gesprochen sei der Einfluss der ÖDP unter Arbeitern jedoch nicht groß. Denn nicht nur der DISK, sondern alle Gewerkschaften der Türkei seien schwach. „Wo die Gewerkschaften nicht an die Arbeiter herankommen, können es linke Parteien auch nicht“, meint auch Saruhan Oluc, einer der Gründer der Partei.

Die Frage, wie linkes Gedankengut zu verbreiten sei, ist in der Partei umstritten. Manche fordern, dass die ÖDP sich stärker auf die parlamentarische Arbeit konzentrieren soll. Die Mehrheit um Kozanoğlu will hingegen andere Akzente setzen. „Wir finden parlamentarische Arbeit wichtig“ sagt Kozanoğlu, „aber vor allem ist unserer Partei die Schaffung einer gesellschaftlichen Bewegung und eine von unten nach oben aufgebaute Struktur wichtig“. Kozanoğlu fügt selbstkritisch hinzu: „Leider waren wir dabei von Anfang an relativ erfolglos. Durch den Putsch 1980 wurde unsere Bindung zur Gesellschaft gekappt. In der ärmeren Bevölkerungsschicht sind wir heute nicht mehr vertreten. Seit Jahren arbeiten wir an einer Bauernbewegung, blieben bisher jedoch erfolglos. Wir unterstützen auch neue soziale Bewegungen, wie die feministische oder die ökologische Bewegung, aber auch diese sind in der Türkei noch eher schwach.“

¹ Alle Zitate von Hayri Kozanoğlu und Saruhan Oluc stammen aus Interviews des Verfassers.

Kozanoglu sieht in der globalen Finanzkrise eine neue Chance. Er hofft, dass ausgelöst durch ein weltweites Umdenken auch in der Türkei eine Renaissance der politischen Linken erfolgt. „Natürlich kann eine Keynesianische Politik nützlich für jene sein, die die Krise gut managen wollen. Aber Parteien wie die unsere müssen mit radikaleren Vorschlägen kommen. Die Reichen müssen die Rechnung der Krise bezahlen. In einer Zeit, in der die Grundpfeiler des Kapitalismus ins Wanken geraten, müssen wir die Planwirtschaft, die Vergesellschaftung der Produktion verlangen.“

Im Spannungsfeld zwischen Patriotismus und Linkoliberalismus

Trotz dieser eindeutigen Worte von Hayri Kozanoglu, geht ein tiefer Riss durch die Partei. Der Prozess, der die ÖDP schließlich Anfang Februar 2009 zum außerordentlichen Parteitag zwang, ist nur im Zusammenhang mit der allgemeinen ideologischen Debatte unter den türkischen Linken nachzuvollziehen.

Nachdem die türkische Linke in Folge des Militärputsches nahezu zerstört worden war, erlitt sie mit dem Zusammenbruch des sozialistischen Systems einen weiteren Schicksalsschlag. Seit Anfang der 1990er Jahre versuchen linke Gruppen, sich neu zu organisieren. Bei diesen Versuchen stehen türkische Linke immer wieder vor dem Problem, auf zwei Fragen Antworten bieten zu müssen.

Patriotismus

Bis zum Ende der 1960er Jahre galten kurdische Linke als selbstverständlicher Teil der türkischen Linken. In den 1970er Jahren wandten sich verschiedene kurdische Gruppen von den türkischen Linken ab und gingen ihre eigenen Wege. Während der Putsch 1980 der türkischen Linken nachhaltige Verluste bescherte, beflügelte er die kurdischen Bewegungen - allen voran die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), die in Folge des Putsches nicht nur in ihrem Kampf um Freiheit und Gerechtigkeit bestärkt wurde, sondern auch immer mehr Zulauf erhielt. Heute genießen die kurdischen Bewegungen nicht nur im kurdischen Teil der Türkei breite Unterstützung, sondern durch die massenhafte Binnenmigration längst auch in vielen türkischen Großstädten.

Da diese Entwicklung Kurden und Türken voneinander entfremdete und mittelfristig nicht mehr rückgängig zu machen scheint, stellt sich für die türkische Linke die Frage, wie sie sich im Hinblick auf die zahlenmäßig viel stärkeren kurdischen Bewegungen verhalten sollte. Ein Teil der türkischen Linken hat sich unwiderruflich für den „Patriotismus“ entschieden, der sich in der Praxis kaum vom „Nationalismus“ unterscheidet. Der Grundgedanke des Patriotismus ist, dass die Souveränität und Einheit der Türkei gefährdet sei und unter allen Umständen verteidigt werden müsse. Die Folge ist, dass Gruppen wie die neugegründete TKP oder die Arbeiterpartei (*İsci Partisi*, kurz IP) unter der Führung des ehemaligen Maoisten Dogu Perincek in erster Linie gegen einen EU-Beitritt der Türkei sind. IP und Perincek brandmarken außerdem kurdische Bewegungen im Land als Bedrohung.²

Ein anderer Teil der türkischen Linken befürwortet ein erneutes Zusammengehen mit linken kurdischen Bewegungen, wie es vor dem Militärputsch der Fall war. Doch viele türkische Linke empfinden die Stärke der kurdischen Gruppen als bedrohlich. Im kurdischen Lager gilt hingegen

² Zu den Veröffentlichungen der beiden Parteien vgl. <http://www.tkp.org.tr/konferans2004>; <http://www.ip.org.tr/lib/pages/detay.asp?goster=tbelgegoster&idbelge=48>, abgerufen am 16.2.2009.

die landläufige Meinung, dass sich aufgrund der Mehrheitsverhältnisse die türkischen Aktivisten den kurdischen unterzuordnen hätten. Diese Befindlichkeiten erschweren natürlich ein neuerliches Zusammengehen. Die Mehrheit der türkischen Linken jedoch scheint sich ratlos zwischen diesen beiden Fragenkomplexen zu bewegen.

Linksliberalismus

Die zweite große Problematik, die für die türkische Linke einer Zerreißprobe gleich kommt, ist die Frage nach der Haltung gegenüber dem Linksliberalismus. Ein Leitmotiv der Linksliberalen ist die Demokratisierung des türkischen Staates. Damit meinen sie, dass die bisherigen politischen Eliten entmachtet, die Armee unter Kontrolle der Zivilisten gestellt und geheime staatliche Sicherheitsorgane abgeschafft werden sollen.

Die Linksliberalen, die sich gegenwärtig vor allem in und um die Macher der Tageszeitung *Taraf* gruppieren, stellen – allgemein formuliert – den Kampf um mehr Demokratie in den Vordergrund. Das bedeutet für sie zum Beispiel, dass die 'kurdische Frage' politisch, d.h. durch möglichst viele politische und kulturelle Freiheiten für die Kurden gelöst werden müsste. Beispielsweise betrifft dies die Anerkennung und Gleichstellung der kurdischen Sprache und Identität.

In einem Beitritt der Türkei zur EU sehen die Linksliberalen eine Chance, die oben genannten Kernprobleme zu lösen. Um Fortschritte in diesen Bereichen zu erreichen, sind sie bereit, den Kampf gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem in die Zukunft zu vertagen. Diese scheinbare Bereitschaft der Linksliberalen, den antikapitalistischen Kampf beiseite zu lassen, sorgt unter türkischen Linken für Ablehnung.

Der Ergenekon-Faktor

Mitten in den ideologischen Richtungsstreit wurde die Linke von einem Gerichtsprozess überrascht, der in der Türkei ein politisches Erdbeben auslöste. Am 12. Juni 2007 wurden bei einer Hausdurchsuchung in Istanbul 27 Handgranaten und große Mengen Sprengstoff gefunden. Kurz darauf verhaftete die türkische Polizei mehrere ehemalige Offiziere und klagte sie wegen Verschwörung gegen die Regierung an. Sie sollen einer Organisation Namens *Ergenekon* angehören, heißt es.

Seit eineinhalb Jahren führen Sicherheitskräfte des Staates regelmäßig Razzien gegen *Ergenekon* Mitglieder durch. In mehreren Verhaftungswellen wurden mittlerweile auch Ex-Generäle, die in den höchsten Entscheidungsgremien der türkischen Armee gedient haben, verhaftet. Des Weiteren traf es Professoren, Journalisten, Angehörige der türkischen Mafia und jüngst auch Dutzende aktive Offiziere. Überall im Land wurden geheime Waffenlager ausgehoben. Hinweise darüber, dass bisher ungeklärte politische Morde wie der am armenischen Journalisten Hrant Dink oder dem Politologen Necip Hablemitoglu auf *Ergenekons* gehen, häufen sich. Vor allem aber wird mit jeder Festnahme deutlicher, dass *Ergenekon* eine wichtige Rolle im Krieg gegen die Kurden gespielt hat. Kritiker sind der Ansicht, dass die Organisation für mehrere Tausend unaufgeklärte Morde an Kurden verantwortlich ist.

Der *Ergenekon* Prozess spaltet die Türkei in zwei Lager, die sich gegenseitig aufs Schärfste angreifen. Ein Teil der Bevölkerung möchte, dass der Fall bis ins Detail aufgeklärt wird, dass die der Organisation vorgeworfenen kriminellen Taten in den kurdischen Landesteilen unter-

sucht und die Schuldigen bestraft werden. Vor allem aber will dieser Teil der Bevölkerung, dass die Verbindungen zwischen dieser Geheimorganisation, dem türkischen Staat und der türkischen Armee ins Tageslicht gebracht werden. Das andere Lager glaubt an eine Verschwörung US-amerikanischer Geheimdienste in Zusammenarbeit mit türkischen Islamisten und der islamistischen Regierung der Partei der Gerechtigkeit und Entwicklung (*Adalet ve Kalkınma Partisi*, kurz AKP) gegen die türkischen Staatsorgane. Ziel sei es, den Staat zu schwächen, die Türkei zu spalten und sie den US-Plänen im Nahen Osten zu unterwerfen.

Die Linke kann sich diesem ideologischen Zwist nicht entziehen. Auf der einen Seite stehen die Linksliberalen um die Tageszeitung *Taraf*, die fast täglich neue Fakten zu den Machenschaften der *Ergenekon* Seilschaft recherchiert und in die Öffentlichkeit bringt. Auf der anderen Seite sind es die Patrioten, die den türkischen Staat verteidigen und dafür Bündnisse eingehen, die bis vor kurzem als undenkbar galten.

Die ÖDP in der Zerreißprobe

Patriotismus und Linksliberalismus stellen heute die Sollbruchstellen der türkischen Linken dar – und die ÖDP befindet sich genau in der Mitte. Der starke Sog aus beiden Richtungen stellt eine Zerreißprobe für die Partei dar.

Dementsprechend entwickelte sich die Debatte kurz vor dem außerordentlichen Parteitag Anfang Februar. Ufuk Uras, der bis zum Parteitag Vorsitzender der Partei war, beklagte sich öffentlich über „Nationalisten in der Partei“. Die Fraktion Revolutionäre Solidarität kritisierte ihn für Sondierungsgespräche mit anderen linken und kurdischen Gruppen, um eine Dachpartei zu gründen, die diese Gruppen zusammenführen könnte.

Im Fall *Ergenekon* forderte die Fraktion Freiheitliche Linke um Ufuk Uras eine kompromisslose Aufklärung. Sie unterstütze die Aktionen der Sicherheitskräfte gegen *Ergenekon*. Die Revolutionäre Solidarität hingegen lehnte eine Parteinahme ab. Sie sieht den Prozess um *Ergenekon* als einen „Kampf der Herrschenden untereinander“ und lehnt es ab, Teil „dieses Kampfes der systeminternen Kräfte“ zu werden. Auch der neue Vorsitzende, Hayri Kozanoğlu, der die *Ergenekon* Debatte als „extrem heikel“ bezeichnet, äußerte sich vorsichtig: „Sozialistisch-revolutionäre Bewegungen müssen sich die Entwicklungen vor Augen halten und einen dritten Weg finden zwischen den pro-amerikanischen und den patriotischen Haltungen.“

Mit der globalen Finanzkrise verschärfte sich zudem die Debatte darum, ob Demokratisierung oder Anti-Kapitalismus im Vordergrund der Parteilinie stehen sollten. Eine Erklärung der Fraktion „Revolutionäre Solidarität“ macht dies deutlich: „Die Hauptfrage heute ist folgende: Wird die ÖDP einen Kampf führen, der sich gegen imperialistisch-kapitalistische Strukturen und Systeme richtet und – im Lichte der Revolution und des Sozialismus – Arbeit und Klassenkampf als Basis nimmt und alle anderen Fragen hinsichtlich dieser Basis beantwortet? Oder wird sie einen Kampf führen, dessen Horizont und Grenzen durch soziale Gerechtigkeit und Demokratisierung und um die Fragen der Kultur und der Identität (gemeint ist die Kurdische Frage – Anmerkung des Verfassers) festgelegt werden? Seit langem werden linke Bewegungen und Parteien durch den Druck liberaler und nationalistischer Politik dazu gezwungen, an der Seite der systeminternen Kräfte zu kämpfen. Das ist ein Übel, das es zu überwinden gilt.“³

³ Vgl. ÖDP üyelerine cagrimizdir, Januar 2009, in: www.yenideneyrim.org, abgerufen am 15.12.2008.

Globalisierung und die EU

Obwohl beide Fraktionen der Partei sich in der Tagespolitik heftige Kämpfe liefern, sind sie sich über das Parteiprogramm weiterhin einig. Die ÖDP tritt für einen „freiheitlichen, selbstverwaltenden, internationalistischen, demokratisch planenden, ökologischen, anti-militaristischen und feministischen Sozialismus“ ein, wie es im Parteiprogramm heißt.⁴ Dabei wird die Globalisierung als eine Chance begriffen, denn sie stärke den Internationalismus und ermögliche breitere Organisationen. „Es wird erneut bestätigt, dass der Kampf gegen den Imperialismus an Bedeutung gewinnt, wenn er mit einer internationalistischen und anti-kapitalistischen Perspektive, gemeinsam mit allen Unterdrückten dieser Welt, geführt wird“⁵

heißt es dazu im Parteiprogramm. In diesem Sinne legt die ÖDP großen Wert auf das Weltsozialforum und das Europäische Sozialforum. Für die Partei bilden beide die Basis für den gemeinsamen Kampf der sozialen Bewegungen gegen den Neoliberalismus und den Krieg.

Obwohl die ÖDP bisher keine eindeutigen Erklärungen abgibt, ob sie eine EU-Mitgliedschaft der Türkei befürwortet oder nicht, unterstützt sie die demokratischen Errungenschaften, die durch den Beitrittsprozess ermöglicht wurden. Das Ziel der Partei ist eine revolutionäre Veränderung Europas. Sie kritisiert die antidemokratischen Strukturen der EU, die die Bürger von Entscheidungsmechanismen fern halten. So heißt es im Parteiprogramm: „Wir dürfen nicht vergessen, dass die Verteidiger des ‚sozialen Europas‘ und des ‚Europas der Arbeit‘ die konsequentesten Gegner der rassistischen und imperialistischen Politik gegenüber der Dritten Welt sind, so, wie sie auch Organisatoren der Anti-Kriegsbewegungen und Teil der globalen Bewegung für Gerechtigkeit sind.“⁶

Korrigierender Faktor gegen den Eurozentrismus

Auch das Verhältnis zwischen der ÖDP und der europäischen Linken scheint bisher unbelastet von internen Querelen zu sein. Das liegt auch daran, dass die Partei keine Alternative zur europäischen Linken sieht. ÖDP Vorsitzender Kozaoglu beschreibt die Lage der ÖDP so: „Östlich der Türkei finden wir keine Organisationen oder Parteien, mit denen wir unser Ideal eines pluralistischen Sozialismus teilen könnten, wir finden keine, die die Erfahrungen des früher existierenden Sozialismus nicht negieren, sondern kritisch überwinden wollen. Deshalb sehen wir unseren Platz in der europäischen Linken.“

Tatsächlich hat die ÖDP ihre besten internationalen Kontakte in Europa, obwohl sie auch über Kontakte im Nahen Osten und im Kaukasus verfügt. Die innerparteiliche Krise, die die ÖDP zurzeit erschüttert, birgt große strategische Nachteile für die europäische Linke. Denn, wenn die ÖDP eine innere Ruhe finden und sich mehr auf ihre internationale Kontakte konzentrieren könnte, wäre sie in der Lage, den europäischen Linken eine fremde Welt östlich der EU näherzubringen. In diesem Fall könnte sie eine Rolle als korrigierender Faktor gegen jeglichen Eurozentrismus einnehmen.

⁴ ÖDP: Program. 9 Nisan 2006'da Kabul Edildi, in: <http://www.odp.org.tr/genel/program.php>, abgerufen am 16.2.2009.

⁵ Ebenda.

⁶ Ebenda.

Wo Kommunisten regieren – Zypern

Julian Marioulas

Zypern zeichnet sich durch eine bemerkenswert starke linke Tradition aus, die der Öffentlichkeit im Ausland erst kürzlich mit der Wahl von Dimitrios Christofias zum Präsidenten der Republik ins Bewusstsein gerufen wurde. Seit Jahrzehnten ist die Fortschrittspartei des Werktätigen Volkes (Ανορθωτικό Κόμμα Εργαζόμενου Λαού, AKEL) ein bedeutender Faktor in der Inselpolitik. 1941 als Nachfolger der verbotenen Kommunistischen Partei konstituiert, setzte sie von Anfang an auf Zusammenarbeit und Dialog mit anderen politischen Kräften. Sie war einer der Vorkämpfer gegen den britischen Kolonialismus und verzichtete dabei im Gegensatz zu anderen Gruppen auf Gewalt als Mittel ihrer Politik. Nach der Unabhängigkeit war sie ununterbrochen im Parlament vertreten und erreichte bei den Wahlen der Volksvertretung bis zu 39,8 Prozent.

Als Dimitrios Christofias 1988 die Führung der AKEL übernahm, war ihre Zukunft wie die anderer kommunistischer Bewegungen unsicher. Ein Teil der Partei spaltete sich ab, und es bedurfte vieler Anstrengungen des Vorsitzenden, um diesen Rückschlag zu überwinden. Entgegen dem Trend in anderen europäischen Ländern kam es zu keinem Einbruch der Wahlergebnisse. Das aktuelle Sozialismuskonzept der Partei stammt noch aus dieser Zeit, es wurde 1990 verabschiedet und beinhaltet eine positive Wertung des Marxismus-Leninismus. Der letzte Parteikongress 2005 hielt an dem Begriff und dem wissenschaftlichen Sozialismus als Methode fest. Auch entsprechen ihre Statuten weiterhin denen einer Kaderpartei. Praktisch hatte die AKEL schon vor dem Zerfall der Sowjetunion einen reformkommunistischen Kurs eingeschlagen. Sie vertritt nicht die Auffassung, dass die Partei als Avantgarde der Arbeiterklasse deren einzige legitime Vertretung ist und strebt keine revolutionäre, sondern eine demokratische Umgestaltung der Gesellschaft zum Sozialismus an. Den Erfolg der AKEL sehen Beobachter der zyprischen Politik darin begründet, dass sie sich mehrfach neuen internationalen und lokalen Bedingungen anpassen konnte, ohne ihrem kommunistischen Profil zu entsagen.

Die altermondialistische Bewegung, ebenso wie andere progressive Kräfte, werden von ihr als mögliche Bündnispartner der internationalen Linken gesehen. Auch die Sozialdemokratie wird nicht von vornherein abgelehnt, spielt aber für Zypern eine untergeordnete Rolle. Die Bewegung der Sozialdemokraten (Κίνημα Σοσιαλδημοκρατών, EDEK) kam bei den letzten Wahlen auf 8,9, die grüne Partei auf 2,0 Prozent. Während die EDEK unter verschiedenen Namen seit einigen Jahrzehnten besteht und über eine kleine, aber feste Anhängerschaft verfügt, sind die Grünen eine recht neue Erscheinung. Zur radikalen Linken sind nur einige trotzkistische Organisationen zu zählen. Attac ist auf Zypern nicht vertreten.

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums ist die konservative Demokratische Versammlung (Δημοκρατικός Συναγερμός, DISY) angesiedelt. In den Wahlergebnissen liegt sie fast

gleichauf mit der AKEL, besonders stark ist sie in bäuerlicher Regionen. Eine Zusammenarbeit mit ihr schließt die AKEL definitiv aus. Zwischen beiden Lagern steht die zentristische Demokratische Partei (Δημοκρατικό Κόμμα, DIKO).

Der gut organisierte Parteiapparat der AKEL ist Ausdruck der tiefen Verwurzelung in der zypriischen Gesellschaft. Parteibüros sind auch in kleinen Dörfern zu finden, und viele Einrichtungen des täglichen Lebens verstehen sich als kommunistisch, ob es nun Sportvereine, Cafés oder ganze Betriebe sind. Ähnlich anderen Linksparteien ist sie im städtischen Milieu stärker als auf dem Land, wo sie ihre größte Unterstützung durch Flüchtlinge und Minderheiten erfährt. Politische Überzeugungen sind auch Familiensache, was den beiden großen Parteien, AKEL und DISY, konstante Wahlergebnisse sichert.

Der Partei gehören mehrere Unternehmen im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe. Ähnlich dem früheren Verhältnis zwischen der französischen KP und der CGT steht die Panzyprische Arbeiterföderation (Παγκύπρια Εργατική Ομοσπονδία, PEO), ein gewerkschaftlicher Dachverband, der AKEL nahe. Er besteht unter diesem Namen seit 1941 und ist der wichtigste Zusammenschluss seiner Art. Der Jugendverband der Partei, die Vereinigte demokratische Jugendorganisation (Ενιαία Δημοκρατική Οργάνωση Νεολαίας, EDON), hat um die 8.000 Mitglieder, sein Einfluss ist ebenfalls beachtlich; so erreichte die ihm angeschlossene Studentenbewegung bei den letzten Wahlen an den Universitäten über 42 Prozent. Weiterhin unterhält die Partei einen Frauenverband und eine Gewerkschaft für Landwirte, die beide über 10.000 Mitglieder haben.

An die Spitze der Regierung

Trotz des großen Zuspruchs in der Bevölkerung und vieler Mandaten auf kommunaler und städtischer Ebene fand die erste Regierungsbeteiligung der AKEL erst im Jahr 2004 statt. Vorgesehen war, dass der damals gewählte Präsident Tassos Papadopoulos von der DIKO nach fünf Jahren aus dem Amt scheiden und die AKEL einen eigenen Kandidaten aufstellen würde. Sie war stark in der Regierung vertreten, musste aber in vielen Punkten der Politik des Präsidenten Zugeständnisse machen. Insbesondere der Annan-Plan zur Vereinigung Zyperns war umstritten. Die AKEL hatte verlangt, dass die Referenden über den Plan aufgeschoben werden sollten, um eine eindeutige Evaluation zu erlauben. Das geschah nicht, weshalb er letztlich auch von den Kommunisten abgelehnt wurde, nachdem Papadopoulos bereits deutlich gemacht hatte, dass er ihn nicht mittragen würde. Nach dem Scheitern des Referendums auf griechischer Seite verschlechterte sich das Klima in der Regierung zunehmend, auf eine gemeinsame Linie zur Lösung des Konflikts konnten sie sich nicht einigen. Als Papadopoulos schließlich 2007 ankündigte, erneut für die Wahl anzutreten und damit die ursprüngliche Vereinbarung brach, tat Christofias es ihm gleich und wurde der erste Präsidentschaftskandidat seiner Partei.

Die erste Runde der Präsidentschaftswahlen brachte ein unerwartetes und denkbar knappes Ergebnis. Auf Christofias entfielen 150.016 Stimmen (33,3 Prozent), damit blieb er knapp hinter dem Kandidaten der DISY, Ioannis Kasoulidis, der 980 Stimmen mehr bekam (33,5 Prozent). Präsident Tassos Papadopoulos dagegen schied überraschend mit 143.249 Stimmen und 31,8 Prozent aus, obwohl EDEK und die grüne Partei ihn unterstützt hatten. Im zweiten Wahlgang stellten sich DIKO, EDEK und Grüne auf Christofias Seite. Offen für Kasoulidis trat dagegen Erzbischof Chrysostomos II. von Zypern ein. Letztlich fiel der Sieg von Christofias deutlich aus,

er vereinte 240.604 Stimmen (53,4 Prozent) auf sich, während auf Kasoulidis 210.195 Stimmen (46,6 Prozent) entfielen. Die Wahlbeteiligung lag bei 90,8 Prozent.

Seit der Wahl steht Dimitris Christofias einer Regierung vor, in der die AKEL vier von elf Ministern stellt, drei auf die DIKO und zwei auf die Sozialdemokraten entfallen. Zwei weitere Minister sind unabhängig. Das Programm der Präsidentschaft von Christofias nennt nicht den Aufbau der klassenlosen Gesellschaft als Zielsetzung. Die Begriffe Sozialismus und Kommunismus kommen nicht vor. Eindeutig ist es als Programm einer Koalition ausgelegt und beinhaltet einige Kontinuitäten zur letzten Regierung. Im gesellschaftlichen Bereich werden Fortschritte angestrebt – beispielsweise Maßnahmen, um die Transparenz der Regierung zu erhöhen und die Aufwertung der lokalen Selbstverwaltung – und die Interessen der Arbeiterschaft, der Kleinunternehmer und Bauern betont. Trotz der zurückhaltenden Rhetorik fallen die sozialen Versprechungen üppig aus. An mehreren Stellen wird dem Neoliberalismus energisch widersprochen, insbesondere der Unterordnung von immer mehr Bereichen des Lebens unter die Gesetze des Marktes, und auch die Doktrin vom Kampf gegen des Terrorismus als Vorwand für Einschränkung der Persönlichkeitsrechte wird abgelehnt. Die vordringlichste Aufgabe bleibt die Lösung des Zypernkonflikts, und es war die Kompetenz der Kommunisten in dieser Frage, die mit entscheidend für den Wahlsieg war.

Die AKEL und der Norden Zyperns

Vor der Unabhängigkeit Zyperns waren viele zyprische Türken Mitglied der AKEL, obwohl sie die Vereinigung mit Griechenland, die sogenannte *Enosis*, unterstützte. Dagegen wandte sich die nationalistische Türkische Widerstandsorganisation (*Türk Mukavemet Teşkilatı*, TMT) von Rauf Denктаş, dem späteren Präsidenten Nordzyperns. Sie zwang die Türken, jeden Kontakt mit der Partei abzubrechen, und statuierte mit Morden an prominenten Mitgliedern Exempel.

Im Inselnorden entstand 1970 die Republikanisch-Türkische Partei (*Cumhuriyetçi Türk Partisi*, CTP) als linke Opposition zu *Denктаş*, mit der AKEL seit ihrer Gründung durch gute Beziehungen verbunden. Diese kamen 2004 zu einem Ende, als der CTP-Vorsitzende Mehmet Ali Talat zum Ministerpräsidenten Nordzyperns ernannt wurde und seine Partei wie die AKEL erstmalig in der Regierung saß. Dieser Schritt führte zu gegenseitigen Vorwürfen, nachdem in der Realpolitik die Trennlinien zwischen den beiden deutlich wurden. Das persönliche Verhältnis von Christofias und Talat ist seitdem von Schwierigkeiten geprägt. Trotzdem gehören sie zu den wenigen Politikern des Nordens und Südens, die über die Zypernfrage hinaus in Kontakt stehen.

Die Verhandlungen zur Wiedervereinigung laufen seit mehreren Monaten und umfassen regelmäßige Treffen zwischen den beiden Präsidenten. Damit ist die Ausgangsposition sehr viel hoffnungsvoller, als dies für den Annan-Plan der Fall war. Der anfängliche Optimismus gerade der türkischen Seite, eine schnelle Lösung zu finden, ist dennoch inzwischen gewichen. Die Erfahrungen des gescheiterten Plans und Referendums haben die AKEL veranlasst, keine zeitlichen Vorgaben zu setzen oder zu akzeptieren, was mittelfristig einer Lösung des Konflikts nur zugute kommen kann. Präsident Christofias sieht vor allem in zwei Kernfragen fundamentale Differenzen: Bei den Kompetenzen der künftigen Zentralregierung und bei der Rückkehr der Griechen in den Norden der Insel. Erschwert ist die Situation dadurch, dass der Einfluss der Türkei im Hintergrund schwer abzuschätzen bleibt.

Außenpolitik

Im Zentrum des Wahlprogramms stand die EU-Politik Zyperns. Als kleines, aber aktives Mitglied will man sich für ein demokratisches, solidarisches und menschnahes Europa einsetzen. Die EU-Perspektive der Türkei wird unterstützt, wobei die Voraussetzung dafür die Aufhebung der Besatzung von Nordzypern, also die Wiedervereinigung der Insel, und die Öffnung der türkischen Häfen für zyprische Schiffe ist. Die AKEL wendet sich gegen die neoliberale und konservative EU-Politik. Betont wird der Kampf gegen Ungleichheit und die vernichtende Art der Globalisierung, für Nachhaltigkeit und ein friedliches, gerechtes Europa.

Nach der Wahl wurde der EU-Kommissar Zyperns, Markos Kyprianou, zum Außenminister ernannt. Die Entscheidung für den erfahrenen Politiker aus der Partei DIKO des vorherigen Präsidenten Papadopoulos war, wie die gesamte Aufstellung des Kabinetts, unkontrovers. Im letzten Jahr hat Zypern seine Außenpolitik selbstständig gestaltet. Kyprianou war der erste Außenminister der EU, der Kuba nach der Aufhebung der Handelsbeschränkungen besuchte. Regierungsvertreter haben Pläne zur Eröffnung einer Botschaft auf Kuba geäußert. Eine zweite Reise im Januar 2009 führte Kyprianou erneut nach Lateinamerika, wo Venezuela die erste Station darstellte. Mit der Volksrepublik China kam es während der Olympischen Spiele zum Austausch auf höchster Ebene zwischen Hu Jintao und Dimitris Christofias.

Direkt nach der Amtsübernahme startete der neue Präsident eine Initiative in „alle Richtungen“, in deren Verlauf der erste Auslandsbesuch nach Athen führte. Mit Gordon Brown führte er Anfang Juni Gespräche, die zu einem Memorandum führten, das insofern wichtig ist, da das Vereinigte Königreich Garantiemacht für Zypern ist. Ende des Jahres kam es zum Staatsbesuch in Russland, der Christofias an den Ort seines Studiums zurückführte. Beide Seiten äußerten den Wunsch, die ohnehin guten Beziehungen weiter auszubauen, und forderten eine europäische Sicherheitspolitik ohne die NATO. Dies forderte die konservative Opposition heraus, die einer Kooperation mit der NATO nicht abgeneigt ist.

Auf EU-Ebene ist beachtlich, dass die AKEL als einzige Regierungspartei Europas gegen den Vertrag von Lissabon stimmte. Zuvor gab Christofias der EU die Versicherung, dass dieser durch die Stimmen der Koalitionspartner und Opposition trotzdem verabschiedet würde, was dann auch geschah. Als einer von fünf EU-Staaten hat Zypern die unilaterale Unabhängigkeitserklärung des Kosovo nicht anerkannt und betont, dies auch im Falle einer serbischen Anerkennung nicht zu tun. Abseits der Diplomatie kam Zypern mehrmals in die Schlagzeilen, als Schiffe von Larnaca aus in Richtung Gaza fuhren, um die israelische Blockade zu durchbrechen.

Die zyprische Außenpolitik im ersten Jahr vor Christofias Präsidentschaft war dadurch gekennzeichnet, dass sie einen für europäische Kleinstaaten eigenständigen Kurs geht, mehr noch als in der Vergangenheit. Auch mit im Westen unliebsamen Regierungen – wie Syrien – wurden die Beziehungen gepflegt. Die Orientierung nach Moskau hin war deutlich, ohne dabei die EU-Staaten zu vernachlässigen. Vielfach ging es schlichtweg um die Zusicherung, den Kurs der Regierung in der Frage der Wiedervereinigung zu unterstützen. Die USA blieben weitestgehend vor, wobei die Wahl Obamas gemeinhin als positiv beurteilt wurde, da die griechischen Lobbys den Demokraten nahe stehen. Hauptproblem für die zyprische Außenpolitik bleibt, dass sie zwar über gute Kontakte in der ganzen Welt verfügt, diese aber, gerade was die EU-Staaten betrifft, nicht mit dem gewünschten Druck auf den türkisch besetzten Norden und die Türkei einhergehen.

Finanz- und Innenpolitik

Zyperns Wirtschaft ist stark vom Handel abhängig. Die Insel genießt den Ruf einer Steueroase, was sich in einer großen Zahl von Offshore-Firmen und Schiffen unter zyprischer Flagge niederschlägt. An diesem grundlegenden System sucht die AKEL vorläufig nichts zu ändern. Der zyprische Haushalt des Jahres 2008 setzte neue Prioritäten. So stiegen die Ausgaben für Bildung und Kultur um knapp 30 Prozent, die Gesundheitsausgaben um 13,5 Prozent und die des Arbeits- und Sozialversicherungsministeriums um 12,5 Prozent, während die Ausgaben für Landwirtschaft und Rüstung gesenkt wurden. Gerade das Militärbudget ist konstant rückläufig, zumal Teile davon in anderen Bereichen angelegt wurden. Insgesamt wies Zypern eine positive Wirtschaftsentwicklung auf, was sich in niedriger Arbeitslosigkeit und sinkender Staatsverschuldung, gemessen am BIP, niederschlug. Zum neuen Finanzminister wurde der parteilose Charilaos Stavrakis ernannt

Der im November verabschiedete Haushalt für 2009 geht einen Schritt weiter und erhöht die Sozialausgaben um 26 Prozent, womit verschiedene Versprechen der Regierung eingelöst werden können, zum Beispiel die feste Einrichtung zusätzlicher Rentenzahlungen zu Ostern und Vergünstigungen für Bewohner der Bergregionen. Die einzige Änderung im Steuersystem betrifft bisher die von der EU verlangte Einführung der Mehrwertsteuer beim Häuserkauf.

Der heimische Bankensektor ist von der Finanzkrise kaum betroffen, da er vorsichtig wirtschaftete und eine hohe Kreditdeckung aufweist. Den Einbrüchen im Tourismus und der Bauwirtschaft, beides Sektoren, die vom ausländischen Geldfluss leben, wirkt die Regierung mit Maßnahmen entgegen, die 300 Mio. Euro umfassen und über 1,5 Prozent des BIP entsprechen. Davon entfallen 51 Mio. Euro auf die Subventionierung des Tourismus, während 245 Mio. Euro für staatliche Bauprojekte und günstige Baudarlehen für einkommensschwache Familien vorgesehen sind. Von den Baumaßnahmen sollen Schulen, Flüchtlingssiedlungen und die soziale Infrastruktur am stärksten profitieren.

Die Bildungspolitik der neuen Regierung forderte Widerspruch heraus, da sie neue Schulbücher einführt, die dazu beitragen sollen, das Feindbild „des Türken“ zu überwinden und nicht mehr alles in Schwarz-Weiß-Kategorien darzustellen. Angesichts der oft Jahrzehnte alten Vorstellungen, die im Unterricht vermittelt wurden, ist dies ein wichtiger Schritt, der vor allem die Kirche herausforderte. Bisher war es üblich, sie in derartige Entscheidungen einzubinden, doch diese Zeiten sind vorbei, wie es Christofias ausdrückte. Ähnliche Streitigkeiten gab es mit der Kirche und den Konservativen auch in anderen Feldern, aber besonders deutlich wurden die Differenzen immer wieder in der Schul- und Jugendpolitik. Allein schon der Vorschlag der AKEL, Schulparaden abzuschaffen, traf nationalistische Ressentiments hart. Derzeit ausgebaut wird das Netzwerk kostenloser Schulbusse auf der Insel, bis zum September 2009 soll es 300 bis 350 Busse mehr als bisher umfassen und feste Haltestellen mit Erkennungszeichen für diesen Dienst.

Beide Kandidaten in der letzten Runde hatten verschiedene Modelle zur Verkürzung des Militärdienstes vorgeschlagen. Der neue Verteidigungsminister Kostas Papakostas hat inzwischen einen Plan verabschiedet, der die Dienstzeit schrittweise von bisher 25 Monaten auf 19 heruntersetzt. Die DISY hatte als Endpunkt 14 Monate vorgesehen, was durch die Aufstellung von 2.500 professionellen Soldaten ausgeglichen werden sollte. Eine zyprische Tradition, mit der Christofias gebrochen hat, ist die Reduzierung der Haftzeiten für Gefängnisinsassen zu Beginn

seiner Amtszeit. Er hat von dem Recht zur Begnadigung bisher nur dreimal Gebrauch gemacht, darunter zwei Massenbegnadigungen von Häftlingen, die keine lange Zeit mehr abzusitzen hatten. Umstritten war die Begnadigung eines einzelnen Rechtsanwalts, der aufgrund von Verkehrsstrafen ins Gefängnis musste.

Eines der schwersten Probleme der Insel ist die Wasserversorgung. Aufgrund ausgebliebener Regenfälle prägte Wassermangel die Sommermonate, eine Situation, die sich erst zum Ende des Jahres hin entspannte. Trotz vielen Regens und Schnees im Winter 2009 ist aufgrund des Klimawandels langfristig keine Besserung in Sicht. Es ist zu erwarten, dass die Abhängigkeit von Importen steigt. Währenddessen liegen Pläne für den Bau weiterer Meeressalzungsanlagen vor, diese müssen aber noch nach Protesten der Opposition juristische Hürden nehmen. Im November 2008 verabschiedete das Parlament ein Gesetz, demzufolge der Import und die Verteilung von Flüssigerdgas nur durch den Staatsbetrieb EAC erfolgen darf. Eine bereits verteilte Lizenz für ein Privatunternehmen wurde damit ungültig, der Staat selbst soll bis 2015 eine Verteileranlage bekommen. Damit folgte man den Forderungen der betroffenen Gewerkschaften. Abgelehnt wird die Teilprivatisierung der Energieversorgung, ebenso ein Umstieg auf größere Erdgasimporte.

Eine weitere Gesetzesänderung des letzten Jahres umfasst die Möglichkeit, im Ausland zu wählen und die Beschränkung der Wahlkampfausgaben. Derzeit behandelt wird eine Reform des Adoptionsrechts, wobei der finale Gesetzesentwurf noch nicht steht. Im Gespräch ist auch ein Rauchverbot, was jedoch nicht der Initiative der AKEL entspringt, sondern dem DISY und den Grünen, die einen Sitz im Parlament haben. In diesem Jahr soll eine große Reform der Polizei ebenso wie der Situation im Gefängnisystem angegangen werden. So hatten zuletzt die Flucht des verurteilten Vergewaltigers Antonis Kitas aus einem Krankenhaus und die Umstände seines Aufenthaltes dort tiefe Missstände aufgezeigt und den Justizministers Kypros Chrysostomides, ein Mitglied der AKEL, zum Rücktritt bewegt.

Das wichtigste im letzten Jahr fertig gestellte Bauprojekt war ein Terminal des Flughafen Paphos. Ende Januar erfolgte die Grundsteinlegung für das neue Gebäude der zyprischen Theaterorganisation. In dieselbe Richtung zielt der Bau eines Kulturzentrums, das Musiksäle, Bibliotheken und Lehrinrichtungen umfassen und wichtigste Einrichtung dieser Art auf der Insel werden soll. Dem Programm des Präsidenten entsprechend wurde zudem die Einrichtung einer Medizinischen Fakultät an der Universität von Zypern beschlossen.

Von Standpunkt der Linken aus kann für das erste Regierungsjahr ein positives Urteil getroffen werden. Große Umwälzungen waren nicht zu erwarten, da das Gleichgewicht zwischen den Parteien seit Jahrzehnten relativ gleich ist. Die AKEL strebt eine soziale und gerechte Gesellschaft an und hat dafür den Weg von Reformen eingeschlagen. Dabei helfen die Beziehungen zur anderen Organisationsform der Arbeiter, den Gewerkschaften, deren Einfluss im letzten Jahr unübersehbar war. Präsident Christofias tritt energisch auf und konnte seinen Worten bisher treu bleiben. Ob aber die AKEL langfristig als wichtigste Regierungskraft bestehen kann, wird weniger davon abhängen, ob ihre Sozial- und Gesellschaftspolitik Erfolg hat, sondern davon, ob die Wiedervereinigung Zyperns gelingt.

Autorenverzeichnis

Ken Ahern studierte Regierungs- und öffentliche Politik am University College Cork, Irland. Er ist Sinn Féin-Kandidat bei den diesjährigen Kommunalwahlen.

Paul-Émile Dupret ist Berater der Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) im Europäischen Parlament.

Leo Furtlehner ist Koordinator des Bundesvorstands der Kommunistischen Partei Österreichs.

Dominic Heilig, Politikwissenschaftler, ist Europa-Experte mit Schwerpunkt auf Justiz und Inneres. Er ist Mitarbeiter des Bundestagsbüros von Jan Korte, MdB der LINKEN.

Cornelia Hildebrandt ist Referentin für Parteien und Soziale Bewegungen der Rosa Luxemburg Stiftung.

Stanislav Holubec ist Soziologe an der Karls-Universität Prag und Leiter des Netzwerkprojekts lavka.info.

William Howard ist ehemaliges Mitglied von Sinn Féin. Er studiert Geschichte und Geographie am University College Cork, Irland.

Thomas Kachel ist Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft Frieden / Internationale Politik der LINKEN Sachsen. Er absolvierte ein europawissenschaftliches Studium in Cambridge und arbeitet zurzeit als Lehrer.

Heiko Kosel, MdL, ist europa- und minderheitenpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Sächsischen Landtag und Beauftragter für internationale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Landesvorstand der LINKEN. Sachsen.

Julian Marioulas ist Student und Praktikant im AK Internationale Politik der Linksfraktion.

Dorothee de Nève ist Juniorprofessorin am Institut für Politikwissenschaft und Japanologie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Tina Olteanu ist Lehrbeauftragte am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien.

Holger Politt ist Leiter des Warschauer Büros der Rosa Luxemburg Stiftung und seit langem "teilnehmender Beobachter" linker Diskussionsprozesse in Polen.

Mimmo Porcaro ist Mitglied der Rifondazione Comunista Italien und der Kulturvereinigung Punto Rosso e Alternative Europa.

Dag Seierstad ist Mitglied im Parteivorstand der Sozialistischen Linken Partei Norwegen und politischer Berater ihrer parlamentarischen Gruppe zu europäischen Themen.

Cem Sey ist freier Journalist in Washington D.C.. Er berichtet unter anderem für die Deutsche Welle, BBC, TV8 und schreibt regelmäßige Kolumnen für AGOS und TARAF.

José Soeiro ist Abgeordneter der Partido Comunista Português (PCP) im portugiesischen Parlament.

Anna Striethorst studierte Politische Wissenschaften in Marburg, Bonn, London und Breslau. Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Brüsseler Büros der Rosa Luxemburg Stiftung.

Henning Süssner ist Rektor der Volkshochschule Kvarnby in Malmö und Forscher am Institut für Forschung zu Migration, Ethnizität und Gesellschaft der Universität Linköping.

Sascha Wagener, Politikwissenschaftler, ist Doktorand an der Universität Potsdam und Mitglied im Parteivorstand der LINKEN.

Conny Weißbach studierte Politische Wissenschaft an der Universität Marburg (Forschungsgruppe FEI). Sie ist für die Gewerkschaft NGG tätig.

Europa in den Publikationen der RLS (eine Auswahl):

Migration and Trade Policy in Europe

Annette Groth, Policy Paper 5/2008

Das globale Europa« – Partnerschaft, die Armut schafft?

Annette Groth, Standpunkte 12/2008

Auch in Sachen Europäische Union gilt: Linke Politik sucht keine einfachen Antworten auf komplizierte Fragen

Gabi Zimmer, Standpunkte 10/2008

Freiheit und Sicherheit in Europa. Trilog zur europäisierten Innenpolitik

Dominic Heilig, Reihe rls papers, Berlin 2007

Erneuerung des Sozialstaates in Europa

Lars Dieckmann, Lena Ellenberger, Frank Nitzsche, Reihe Manuskripte 72, Berlin 2007

Französisch lernen! Ein Gespräch über die Linke in Europa

Ein Gespräch zwischen Oskar Lafontaine und Jean-Luc Mélenchon im Juni 2006 in der RLS, Reihe Texte 32, Berlin 2006

Parteien und Bewegungen. Die Linke im Aufbruch

Michael Brie, Cornelia Hildebrandt, Texte 30, Berlin 2006

Dorfbewegungen in Europa – Verallgemeinerte Erfahrungen

Vanessa Halhead, Reihe rls papers, Berlin 2006

Für ein anderes Europa. Linke Parteien im Aufbruch

Michael Brie, Cornelia Hildebrandt, Texte 19, Berlin 2005

Europäische Wege. Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Entwicklung

Hella Hertzfeldt, Katrin Schäfggen, Sandra Thieme (Hrsg.),
Polnisch-Deutscher Workshop des Studienwerks der RLS in Kraków 2004 und Łódz,
Reihe Manuskripte 67, Berlin 2005

Impressum

Bibliographische Hinweise:

Birgit Daiber, Cornelia Hildebrandt (Hrsg.):

Die Linke in Europa. Analysen zu linken Parteien
und Parteilianzen, Reihe rls papers, Berlin 2009

Druck: Media-Service, Berlin

Satz: Jonas Bens

Redaktion: Cornelia Hildebrandt, Anna Striethorst

© Rosa Luxemburg Stiftung 2009

Die Linke in Europa